

# Sicherheit 2009

Aussen-, Sicherheits- und  
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Silvia Würmli, Mark Pletscher, Urs Wenger

**Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger**

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich  
und Militärakademie an der ETH Zürich

HÖHERE KADERAUSBILDUNG  
MILITÄRAKADÉMIE AN DER ETH ZÜRICH  
ACADEMIE MILITAIRE A L'ETH DE ZÜRICH  
ACCADEMIA MILITARE ALL'ETH DI ZURIGO



**ETH**

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich  
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Die Reihe «Sicherheit» sowie die anderen Publikationen der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und der Militärakademie sind im Internet im Volltext verfügbar:  
[www.css.ethz.ch](http://www.css.ethz.ch) / [www.milak.ch](http://www.milak.ch).

Die der Studie zugrunde liegenden Datensätze sind archiviert beim Schweizerischen Informations- und Daten-Archivdienst für die Sozialwissenschaften (SIDOS): [www.sidos.ch](http://www.sidos.ch)

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch und Andreas Wenger  
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich  
Militärakademie an der ETH Zürich

© 2009 ETH Zürich  
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik  
ETH Zentrum SEI, 8092 Zürich  
E-Mail: [css@sipo.gess.ethz.ch](mailto:css@sipo.gess.ethz.ch)

Militärakademie an der ETH Zürich  
Kaserne, 8903 Birmensdorf  
E-Mail: [tibor.szvircsev@vtg.admin.ch](mailto:tibor.szvircsev@vtg.admin.ch)

Umschlaggestaltung: Susana Perrottet Rios  
Layout und Satz: Fabian Furter  
Grafiken: Autorinnen und Autoren, Frank Haydon

Fonts: «Adobe Garamond pro» und «Neue Helvetica»

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische oder elektronische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der beiden Institutionen.

Die in der Reihe «Sicherheit» wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

ISBN 3-905696-23-1  
ISSN 1424-5698

# **Sicherheit 2009**

**Aussen-, Sicherheits- und  
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Silvia Würmli, Mark Pletscher, Urs Wenger



# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
Vorwort	7
Kurzzusammenfassung	9
Condensé	11
Breve riassunto	13
Executive Summary	15
Zusammenfassung der Studie «Sicherheit 2009»	17
Ziele und Datenbasis	17
Trends und Tendenzen	17
Résumé de l'étude «Sécurité 2009»	25
Buts et bases de données	25
Courants et tendances	25
Riassunto dello studio «Sicurezza 2009»	35
Obiettivi e dati	35
Tendenze	35
Summary of the Survey «Security 2009»	45
Goals and Database	45
Trends and Tendencies	45
<b>1 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2008</b>	<b>53</b>
1.1 Gemischte Bilanz im Nahen und Mittleren Osten – Destabilisierung in Südwestasien – Krieg im Kaukasus – Globale Finanzkrise	53
1.2 Aussenpolitik: Beitritt zu Schengen/Dublin – Eskalation des Steuer- streits – Umstrittene Dialogpolitik	56
1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Anhaltende Grundsatzdebatten – Affäre Nef – Maurer löst Schmid ab	60
1.4 Innere Sicherheit: Zusammenlegung der Nachrichtendienste – Kritik an BWIS II – Armeeinsätze am WEF und an der Euro o8	62

<b>2</b>	<b>Untersuchungsdesign</b>	65
<b>3</b>	<b>Datenbasis</b>	67
<b>4</b>	<b>Sicherheitsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt</b>	71
4.1	Allgemeines Sicherheitsempfinden	71
4.2	Zukunftseinschätzung der Schweiz	75
4.3	Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage	76
4.4	Landeszuversicht, allgemeine Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmung – Trends	77
4.5	Sicherheitsgefühl und Wirtschaftsentwicklung	79
4.6	Bedrohungswahrnehmung	80
<b>5</b>	<b>Vertrauen in ausgewählte Institutionen und in die Politik im Allgemeinen</b>	89
5.1	Institutionen-Vertrauensindex	89
5.2	Verhältnis zwischen Vertrauen und Sicherheit	91
<b>6</b>	<b>Aspekte der Inneren Sicherheit</b>	97
6.1	Wahrgenommene Bedrohung durch Terrorismus	97
6.2	Akzeptanz staatlicher Sicherheitsmassnahmen	99
<b>7</b>	<b>Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen</b>	105
7.1	Eine skalenartige Fragebatterie als Grundlage	105
7.2	Die 20 Indikatoren der Öffnungsbereitschaft bzw. der Autonomiebetonung im Trend	106
7.3	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Europäische Union	106
7.4	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung	107
7.5	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Erhöhtes Engagement in der Uno	109
7.6	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen	110
7.7	Betonung nationaler Autonomie	114
7.8	Politische Einstellung, soziodemographische Merkmale und Öffnung versus Autonomie	115
7.9	Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993 bis 2009	117

<b>8 Die Neutralität</b>	121
8.1 Allgemeine Zustimmung zur Neutralität	121
8.2 Neutralitätsfunktionen im Trend bis 2009	123
8.3 Neutralität: Instrument der Aussenpolitik, finaler Wert oder Hindernis?	126
8.4 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie	128
<b>9 Armeeakzeptanz</b>	135
9.1 Notwendigkeit der Armee	135
9.2 Gründe für und gegen die Notwendigkeit der Armee	139
9.3 Fremdeinschätzung der Akzeptanz der Armee	143
9.4 Umfang der Armee	144
9.5 Gesellschaftliche Rolle der Armee	146
9.6 Wahrgenommene Effektivität der Armee	149
9.7 Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee	153
9.8 Allgemeine Dienstpflicht als Alternative zur heutigen Wehrpflicht	158
9.9 Verteidigungsausgaben	160
<b>10 Sicherheitspolitisches Interesse</b>	167
<b>Literaturverzeichnis</b>	171
<b>Anhang I</b>	177
I Die Qualität der Variablen	177
II Korrelationen und Koeffizienten	177
III Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels $\chi^2$ -Test	178
IV Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels t-Test	179
V Die Clusteranalyse	179
VI Die Korrespondenzanalyse	180
VII Regressionsanalyse	181
<b>Anhang II</b>	183
I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung	183
II Korrespondenzanalyse zur Neutralitätstypologie	187
III Häufigkeiten der Gründe für und gegen Notwendigkeit der Armee	189
<b>Anhang III</b>	193
Sicherheit 2009 – Fragebogen und Häufigkeitstabellen	193



## Vorwort

Die vorliegende Studie «Sicherheit 2009» ist die elfte Ausgabe der seit 1999 unter dem Titel «Sicherheit» erscheinenden Studienreihe. Die Studien beruhen auf einem Kern von Fragestellungen und Daten, die bis 1991 und zum Teil noch weiter zurückreichen. Mit jedem Jahresband werden die Zeitreihen länger. Damit wird dem Studienkonzept, Tendenzen und längerfristige Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Bevölkerung mittels Repräsentativerhebungen sichtbar zu machen, noch besser Rechnung getragen. Die Herausgeber, die Militärakademie an der ETH Zürich und die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich, hoffen, auf diese Weise den langfristigen Interessen der Politik, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zu dienen.

In bewährter Weise beginnt der Band mit den Zusammenfassungen der wichtigsten Ergebnisse in verschiedenen Sprachen und einer «Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse», bevor die im Januar 2009 erfolgte Erhebung analysiert und die Daten im Einzelnen ausgewiesen werden. Neben langjährigen Standardfragen werden jährlich ergänzende Themen aufgegriffen: Im vorliegenden Band wird der Wahrnehmung der Bedrohung durch unterschiedliche Ereignisse, der Zusammenarbeit mit Armeen anderer europäischer Staaten, der Wehrstruktur und den Begründungen zur Notwendigkeit der Armee besonderer Raum gewidmet. Zudem werden wie im Vorjahr Textboxen mit Hinweisen auf Vergleichsstudien, die einen Bezug zu den Erhebungsinhalten der vorliegenden Studie aufweisen, und Textboxen mit speziellen Analysen eingefügt.

Die Autoren und Herausgeber danken Fabian Furter und Frank Haydon für die Herstellung des Layouts und die Anfertigung der Abbildungen. Sie bedanken sich bei Elisabeth Matousek für die Mithilfe bei der französischen Übersetzung und bei Markus Williner für die englische Übersetzung. Für das Gegenlesen des Manuskripts geht der Dank an Markus Kratochwill und Esther Bisig.

Dr. Tibor Szvircsev Tresch  
Militärakademie  
an der ETH Zürich

Prof. Dr. Andreas Wenger  
Forschungsstelle für Sicherheitspolitik  
der ETH Zürich



## Kurzzusammenfassung

**Allgemeines Sicherheitsempfinden:** Die grosse Mehrheit der Befragten fühlt sich sicher und gibt sich bezüglich der Zukunft der Schweiz (noch) optimistisch, wenn auch auf leicht tieferem Niveau als 2008. Die Einschätzung der Entwicklung der Weltlage hat sich zum Zeitpunkt der Befragung Ende Januar 2009 nicht verdüstert.

**Vertrauen in Institutionen:** Auf der Liste des geäusserten Vertrauens in Institutionen rangieren unverändert Justiz und Polizei an oberster Stelle. Mittleres Vertrauen erhalten die Bundesbehörden, die Armee und die Wirtschaft. Weniger Vertrauen haben die Leute gegenüber den Parteien und den Medien. Das Vertrauen in die Institutionen hat allgemein abgenommen. Insbesondere die Armee und die Schweizer Wirtschaft haben gegenüber dem letzten Jahr an Vertrauen eingebüsst.

**Innere Sicherheit:** Telefonüberwachung, Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden und die Sammlung biometrischer Daten stossen tendenziell auf Ablehnung. Andere Massnahmen wie das Sammeln von Daten verdächtiger Personen oder eine erhöhte Polizeipräsenz im öffentlichen Bereich würden weiterhin grossmehrerheitlich toleriert.

**Autonomismus und Öffnungsbereitschaft:** Die SchweizerInnen geben sich öfönungsbereiter als im Vorjahr bei gleichzeitig anhaltendem Wunsch nach maximaler nationaler Autonomie. Der bilaterale Weg mit der EU geniesst nach wie vor grossmehrerheitliche Zustimmung. Die stark verbreitete Skepsis gegenüber einer politischen Annäherung an die EU und die Nato nimmt leicht ab. Die Zustimmung zu einer Mitgliedschaft in der EU oder der Nato bewegt sich aber weiterhin auf tiefem Niveau. Die Gutheissung der Uno zeigt sich leicht steigend und die Befürwortung einer internationalen Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindung akzentuiert sich noch deutlicher und befindet sich im Mehrheitsbereich.

Eine Zusammenarbeit zwischen der Schweizer Armee und den Armeen anderer europäischer Staaten könnte sich die Bevölkerung vorstellen. Vor allem im Verbund durchgeführte Einsätze bei Grosskatastrophen, eine gemeinsame Ausbildung und

die organisatorische Anpassung der Schweizer Armee für eine verbesserte Zusammenarbeit sind aus Sicht der Befragten denkbare Kooperationsmöglichkeiten.

**Neutralität:** Eine Abschaffung der Schweizer Neutralität bleibt undenkbar. Die Solidaritäts- und Identitätsaspekte der Neutralität werden stärker betont als die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität. Die Zustimmung zu Letzterer ist jedoch signifikant gestiegen.

**Akzeptanz und Notwendigkeit der Armee:** Die Akzeptanz der Armee und die Einschätzung ihrer Notwendigkeit nehmen bei gleichzeitig steigendem Ruf nach einer Verkleinerung der Armee zu. Das erste Mal äussert eine relative und knappe Mehrheit der Befragten die Ansicht, dass die Höhe der Verteidigungsausgaben gerade richtig sei und nicht zu viel für das Militär ausgegeben werde. Die Ausrüstung, die Einsatzbereitschaft und die Ausbildung der Armee werden für gut befunden, die Befürwortung zu einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee hat hingegen leicht abgenommen. Das Vertrauen in die Armee ist gesunken, und die Führung der Armee wie auch die Motivation der Soldaten werden eher kritisch beurteilt. Miliz- und BerufsarmeeanhängerInnen teilen sich in etwa zwei gleich grosse Lager, wobei das Milizmodell leicht mehr Rückhalt erhält. Geteilter Meinung ist die Bevölkerung auch in der Frage, ob die Armee als ein notwendiges Übel wahrgenommen oder ihr eine zentrale gesellschaftliche Rolle zugeordnet werden soll. Insgesamt wird die Schweizer Armee klar befürwortet; in der Frage des Umfangs und der Ausgestaltung bleibt die Bevölkerung gespalten.

**Auslandeinsätze:** Eine anhaltende Skepsis gegenüber Auslandeinsätzen zeichnet sich weiterhin ab, wobei die Bereitstellung von Schweizer Truppen im Rahmen eines Uno-Mandats knapp mehrheitlich akzeptiert wird.

## Condensé

**Sentiment général de sécurité:** la majorité des personnes interrogées se sentent en sécurité et se déclarent (encore) optimistes en ce qui concerne l'avenir de la Suisse, mais dans une moindre mesure par rapport à 2008. Au moment du sondage à la fin janvier 2009, l'évaluation de l'évolution de la situation mondiale ne s'est pas assombrie.

**Confiance dans les institutions:** le classement des institutions en fonction de la confiance de la population reste inchangé: confiance élevée dans la police et la justice, confiance mesurée dans les autorités fédérales, l'armée et l'économie et confiance peu élevée à l'égard des médias et des partis. De manière générale, la confiance dans les institutions a toutefois diminué. Par rapport à l'an dernier, la confiance à l'égard de l'armée et de l'économie suisse a notamment régressé.

**Sécurité interne:** la surveillance téléphonique, les contrôles d'entrée dans les bâtiments publics et le rassemblement de données biométriques seraient plutôt désapprouvées. D'autres mesures, comme la récolte de données concernant des personnes suspectes ou une présence renforcée de la police dans le secteur public, seraient en revanche toujours bien acceptées.

**Autonomie et volonté d'ouverture:** la volonté d'ouverture des citoyennes et des citoyens suisses est plus élevée que l'an dernier, mais ils souhaitent parallèlement jouir d'une autonomie nationale maximale. La voie bilatérale avec l'UE continue à jouir d'un large soutien. Le scepticisme fortement ancré à l'égard d'un rapprochement politique avec l'UE et l'OTAN diminue légèrement. La volonté d'adhésion à l'UE ou à l'OTAN reste toutefois peu élevée. L'acceptation de l'ONU est en légère hausse et les partisans d'une coopération internationale sans lien institutionnel susceptible de restreindre la souveraineté sont clairement majoritaires.

**Coopération en matière de politique de sécurité en Europe:** la population approuve l'idée d'une collaboration entre l'Armée suisse et les armées d'autres Etats européens. Selon les personnes interrogées, des engagements menés conjointement en cas de catastrophe, une instruction conjointe et l'adaptation organisationnelle de l'Armée suisse en vue d'une meilleure collaboration représentent des possibilités de coopération tout à fait envisageables.

**Neutralité:** la suppression de la neutralité suisse reste inenvisageable. Les aspects de la neutralité se référant à la solidarité et à l'identité sont plus importants que la fonction de la neutralité en matière de politique de sécurité, même si le nombre de partisans de cette dernière a augmenté de manière significative.

**Acceptation et nécessité de l'armée:** l'acceptation de l'armée et l'évaluation de sa nécessité augmentent parallèlement à la volonté croissante de réduire l'armée. Pour la première fois, une petite majorité des personnes interrogées estiment que le montant des dépenses liées à la Défense est correct et que les dépenses militaires ne sont pas trop élevées. L'équipement, la disponibilité opérationnelle et l'instruction de l'armée sont considérés comme bons, alors que les partisans d'une armée bien équipée et bien instruite ont légèrement diminué. La confiance dans l'armée a nettement diminué et le commandement de l'armée ainsi que la motivation des soldats sont évalués de manière plutôt critique. Les partisans de l'armée de milice et de l'armée professionnelle se divisent en deux camps de taille similaire, mais le modèle de milice obtient un soutien légèrement plus marqué. La population est également partagée quant à la question de savoir si l'armée est un mal nécessaire ou si elle joue un rôle central dans la société. L'existence de l'Armée suisse n'est pas remise en question, mais la population reste divisée en ce qui concerne sa taille et sa composition.

**Engagements à l'étranger:** le scepticisme à l'égard des engagements à l'étranger subsiste, alors que la mise à disposition de troupes suisses dans le cadre d'un mandat de l'ONU est acceptée à une faible majorité.

## Breve riassunto

**Sensazione di sicurezza generale:** la maggioranza delle persone interpellate si sente sicura e per quanto riguarda il futuro della Svizzera si dice (ancora) ottimista, sebbene a un livello leggermente inferiore rispetto al 2008. Al momento dell'indagine, ovvero a fine gennaio 2009, la valutazione dello sviluppo relativo alla situazione mondiale non si è offuscata.

**Fiducia nelle istituzioni:** la classifica delle istituzioni stilata in base alla fiducia della popolazione resta invariata: elevata fiducia nella polizia e nella giustizia, fiducia media nelle autorità federali, nell'esercito e nell'economia nonché scarsa fiducia nei media e nei partiti. In generale, tuttavia, la fiducia nelle istituzioni è diminuita. In particolare l'esercito e l'economia svizzera hanno subito, in confronto allo scorso anno, un calo di fiducia.

**Sicurezza interna:** l'intercettazione telefonica, i controlli all'ingresso degli edifici pubblici e la raccolta di dati biometrici vengono generalmente rifiutati. Altre misure quali la raccolta di informazioni su persone sospette o un'intensificata presenza di polizia nei luoghi pubblici continuerebbero invece ad essere tollerate dalla grande maggioranza.

**Autonomismo e disponibilità all'apertura:** il popolo svizzero si dice maggiormente disposto all'apertura rispetto allo scorso anno, rivendicando al contempo il persistente desiderio di un'autonomia nazionale al massimo grado. Il percorso bilaterale con l'UE continua a godere dell'approvazione di gran parte della popolazione. Lo scetticismo ampiamente diffuso nei confronti di un avvicinamento politico all'UE e alla NATO è in leggero calo. Tuttavia un'adesione all'UE o alla NATO continua a riscontrare un consenso limitato. L'approvazione dell'ONU è in leggera ascesa e il favore verso una cooperazione internazionale senza vincoli istituzionali che comporterebbero una diminuzione della sovranità è ancora più chiaramente accentuato e raccoglie i consensi della maggioranza.

**Cooperazione in materia di politica di sicurezza con l'Europa:** per la popolazione una collaborazione tra l'Esercito svizzero e gli eserciti di altri Stati europei è pensabile. Dal punto di vista degli interpellati, in particolare gli impieghi svolti in maniera integrata in caso di catastrofi di ampie dimensioni, l'istruzione comu-

ne nonché l'adeguamento a livello organizzativo dell'Esercito svizzero nell'ottica di una migliorata collaborazione costituiscono delle possibilità immaginabili di cooperazione.

**Neutralità: l'abolizione della neutralità svizzera continua ad essere fuori discussione.** Gli aspetti legati alla solidarietà e all'identità della neutralità vengono messi ulteriormente in evidenza rispetto alla funzione in materia di politica di sicurezza. Il grado di approvazione nei confronti di quest'ultimo aspetto ha tuttavia subito un incremento significativo.

**Accettazione e necessità dell'esercito:** l'accettazione nei confronti dell'esercito e la percezione della sua necessità aumentano con una simultanea pretesa di ridimensionamento dello stesso. Per la prima volta la maggioranza, seppure limitata e relativa, delle persone intervistate ha espresso il parere che l'entità degli investimenti per la difesa sia adeguata e le spese destinate all'ambito militare non siano eccessive. L'equipaggiamento, la prontezza all'impiego e l'istruzione dell'esercito sono reputati buoni, al contrario l'approvazione per un esercito ben equipaggiato e ben istruito ha subito un lieve calo. La fiducia nell'esercito è calata e la condotta dell'esercito come pure la motivazione dei soldati vengono giudicati in maniera piuttosto critica. I militari di milizia e di professione si suddividono in due fazioni grossomodo equivalenti, sebbene il modello di milizia goda di un appoggio leggermente maggiore. I pareri della popolazione sono divisi anche per quanto riguarda la questione se l'esercito debba essere percepito come un male necessario oppure se debba essergli conferito un ruolo sociale centrale. In complesso l'Esercito svizzero beneficia del sostegno della popolazione, tuttavia le opinioni sono divergenti per quanto attiene alla questione della sua entità e strutturazione.

**Impieghi all'estero:** lo scetticismo verso gli impieghi all'estero continua a perdurare, sebbene la messa a disposizione di truppe svizzere nel quadro di un mandato ONU venga accettata da una stretta maggioranza.

## Executive Summary

**General feeling of security:** A large majority of respondents feels secure and is optimistic about Switzerland's future, even though the overall level of optimism has declined compared with 2008. As of the end of January 2009, respondents did not assess the international situation to be bleaker.

**Confidence in institutions:** The police and the judiciary again inspire the highest public confidence of all institutions. There is a medium confidence in federal authorities, the armed forces and the economy, and little confidence in the media and political parties. Confidence levels in institutions have witnessed a general decline. In particular, the armed forces and the economy have lower confidence levels compared with last year.

**Domestic security:** Telephone surveillance, security checks in public buildings and gathering biometric data are generally disapproved of. A majority would continue to tolerate other measures such as building databases of suspect individuals or an increased police presence in the public sphere.

**Autonomy and willingness to open up:** The Swiss are more willing to open up compared with last year, while their wish for maximum national autonomy remains popular. A majority still endorses the bilateral agreements with the EU. The traditionally high levels of scepticism towards a political convergence between Switzerland and both the EU and NATO have slightly decreased. The approval rates of membership of the EU or NATO remain low. The UN tends to be more approved of. Also, the endorsement of international cooperation that has no adverse effect on sovereign institutional commitments becomes more popular and is approved of by a majority of the population.

**Security political cooperation with Europe:** The population thinks openly about cooperation between the Swiss armed forces and their foreign counterparts. According to respondents, possible cooperation opportunities include joint missions in major catastrophes, joint training and the organisational adaptation of the Swiss armed forces for improved cooperation.

**Neutrality:** Abolishing Swiss neutrality remains unthinkable. The solidarity and identity aspects of neutrality are more emphasised than its security function. However, the latter witnessed a significant increase in approval rates.

**Acceptance and necessity of the armed forces:** While the acceptance of the armed forces and their perceived necessity increase, so does the call for their downsizing. For the first time, a relative and narrow majority of respondents thinks that the size of the defence budget is adequate and not too high. The equipment, the operational readiness and the training of the armed forces are considered to be good, while the approval of well-equipped and trained armed forces has slightly decreased. Confidence levels in the armed forces have decreased, and both the armed forces high command as well as the motivation of soldiers are often criticised. Advocates of a militia or an all-volunteer force almost balance each other. Yet, the militia is slightly more popular the population. There is no consensus as to whether the army is a necessary evil or whether it has a pivotal social function. All in all, the Swiss armed forces are approved of, yet opinions are divided when it comes to the question of their size and form.

**Deployments abroad:** There is continued scepticism about deployments abroad, yet the participation of Swiss troops under the aegis of the UN is accepted by a narrow majority.

# Zusammenfassung der Studie «Sicherheit 2009»

## Ziele und Datenbasis

Die Jahresstudien «Sicherheit» der *Militärakademie an der ETH Zürich* in Zusammenarbeit mit der *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich* dienen der Trendermittlung in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen der Schweizer Stimmbevölkerung.

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen gestellten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. Besondere Aufmerksamkeit wurde 2009 der Akzeptanz verschiedener Massnahmen zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit, der Einschätzung der Bedrohung durch unterschiedliche Ereignisse, der Zustimmung zu verschiedenen Formen der Zusammenarbeit mit Armeen anderer europäischer Staaten, den Begründungen der Notwendigkeit der Armee, den Präferenzen bezüglich Rekrutierungs- und Dienstleistungsform und der wahrgenommenen Effektivität der Schweizer Armee (Ausbildung, Führung, Einsatzbereitschaft, Ausrüstung und Motivation) geschenkt.

Die Datenerhebung fand vom 7. bis 28. Januar 2009 telefonisch bei 1200 Personen in allen Sprachregionen statt und wurde durch das Befragungsinstitut ISO-PUBLIC AG durchgeführt.

Die  $\pm$ -Prozentzahlen in Klammern geben die Differenz zur Februarerhebung 2008 an. In der Befragung 2009 liegt der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei  $\pm 3\%$ .

## Trends und Tendenzen

### 1. Allgemeine Sicherheit

**Allgemeines Sicherheitsempfinden:** Im Jahr 2009 hat das allgemeine Sicherheitsempfinden mit einem Anteil von 90% aller Befragten, die sich «sehr» oder «eher sicher» fühlen, erneut das Spitzenniveau von 2008 erreicht. Der Anteil derjenigen Personen, die sich «sehr sicher» fühlen, beträgt 33% (-2%), der Anteil der

Befragten, die sich «eher sicher» fühlen, macht 57% (+2%) der Befragten aus. Nur 1% der SchweizerInnen bekundet ein «ganz unsicheres» Gefühl. Das ausgeprägte Sicherheitsempfinden scheint im Widerspruch zur Finanzkrise im Herbst / Winter 2008 zu stehen. Zeitreihenanalysen zeigen jedoch, dass zum Beispiel zwischen dem Anstieg der Arbeitslosenquote und dem Rückgang der wahrgenommenen Sicherheit eine zeitliche Verzögerung besteht.

**Zukunftseinschätzung der Schweiz:** 76% der SchweizerInnen beurteilen die Zukunft des Landes positiv. Während wie im Jahr 2008 69% der Befragten die Zukunft «eher optimistisch» einschätzen, äussern sich nur noch 7% (-3%) «sehr optimistisch». Auch wenn die Zuversicht in die Zukunft innert Jahresfrist leicht abgenommen hat, ist diese im langjährigen Vergleich immer noch sehr hoch. Der Anteil der Befragten, die die Zukunft der Schweiz sehr pessimistisch einstufen, ist weiterhin äusserst gering (2%, +1%).

**Weltpolitische Lage:** Die seit 2006 zu beobachtende Tendenz zu einer positiveren Einschätzung der zukünftigen Weltlage hält auch 2009 an. So haben die Optimisten über die letzten drei Jahre signifikant dazu gewonnen und machen dieses Jahr rund 13% (+8% seit 2006) der befragten Personen aus, während sich der Anteil der Pessimisten deutlich verringert hat (42%, -11% seit 2006). Ob die Wahl des neuen US-Präsidenten Barack Obama und die damit verbundenen optimistischen Hoffnungen auf eine friedlichere Welt das Meinungsbild beeinflussen, kann nicht überprüft werden, muss aber bei der Interpretation der Daten mitberücksichtigt werden.

**Vertrauen in Behörden und Institutionen:** Über die letzten 14 Jahre hinweg wird den sieben regelmässig erfassten Behörden und Institutionen stets mittleres bis hohes Vertrauen entgegengebracht. An der Spitze liegt das Rechtswesen (Polizei und Justiz). Der Bundesrat, das Parlament, die Schweizer Wirtschaft und die Armee erreichen mittlere Werte. Bei den politischen Parteien halten sich Vertrauen und Misstrauen fortgesetzt die Waage, während die Leute den Medien wie immer eher misstrauisch gegenüber stehen. Die Zahlen von 2009 widerspiegeln den langjährigen Vertrauensdurchschnitt. Im Vergleich zum Mittelwert über die Jahre 1995 bis 2009 erhalten die Armee und die Medien tiefere Werte, Bundesrat und Parlament erhalten höhere Werte. Gegenüber dem Vorjahr haben aber alle erfassten Institutionen - ausser dem Bundesrat und dem Eidgenössischen Parlament - signifikant an Vertrauen eingebüsst. Am grössten ist der Vertrauensunterschied im Vergleich

zu 2008 bei der Armee und der Schweizer Wirtschaft, wobei Letztere stärker als andere Institutionen Schwankungen unterworfen ist.

**Bedrohungswahrnehmung:** Umweltzerstörung (3.5 Punkte auf einer Skala von 0 = «überhaupt keine Bedrohung», 5 = «grosse Bedrohung»), die weltweite Verknappung der Rohstoffe (3.4), die Wirtschaftskrise (3.3), die Kriminalität (3.2), die weltweite Überbevölkerung (3.1), das Drogenproblem (3) sowie Naturkatastrophen (3) stellen für die StimmbürgerInnen in absteigender Reihenfolge die grössten Bedrohungen dar. In der Mitte des Feldes finden sich Problemlagen wie die Überalterung der Bevölkerung (2.9), politischer Druck von aussen auf die Schweiz (2.9), die politische Radikalisierung durch Extremisten (2.9), Migration (2.7) und der Terrorismus (2.6). Als relativ gering beurteilen die Befragten die Bedrohung durch technische Katastrophen (2.5), Epidemien (2.2) und innere Unruhen (2.1). Auch die Bedrohung, die von kriegerischen Ereignissen in Europa (1.9) oder von einem Konflikt mit Atomwaffen (2.3) ausgeht, wird vergleichsweise tief eingeschätzt. Im Vergleich zu 1995 reduzierten sich die Einschätzungen der Bedrohung besonders bei der Drogenproblematik, den technischen Katastrophen und einem möglichen Krieg in Europa. Zugenommen hat hingegen die Befürchtung einer weltweiten Verknappung der Rohstoffe. Auch scheint tendenziell die Angst vor einer Wirtschaftskrise gestiegen zu sein.

**Terrorismus als Bedrohung für die Schweiz:** Die gefühlte Bedrohung durch den Terrorismus hat sich seit Beginn der Messungen im Jahr 2007 auf mittlerem bis niedrigem Niveau eingependelt. So gaben 2009 rund 41% (-4%) der Befragten an, der Terrorismus stelle eine Bedrohung für die Schweiz dar.

**Akzeptanz staatlicher Massnahmen zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit:** Am stärksten wird von der Bevölkerung eine erhöhte Polizeipräsenz (81%, +3%) sowie das Sammeln von Daten verdächtiger Personen (80%, +1%) akzeptiert, gefolgt vom Rayonverbot (73%) und der Videoüberwachung öffentlicher Plätze (72%, +3%). Auch die Kontrolle des Ausländeranteils (66%, -4%) und zusätzliche Gepäckkontrollen an Flughäfen (64%, -3%) werden weiterhin mehrheitlich befürwortet und selbst die vorsorgliche Verhaftung von Verdächtigen wird - zwar auf signifikant tieferem Niveau als 2008 - von jedem zweiten Befragten gebilligt (51%, -5%). Neu wird nicht mehr nur die Telefonüberwachung deutlich abgelehnt (70% Ablehnung, -1%), sondern auch Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden (55%, +10%) sowie die Sammlung biometrischer Daten (53%, +6%) stossen 2009 mehrheitlich auf Missbilligung.

## 2. Aussenpolitik

**Internationale Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen:** Das Streben nach internationaler Kooperation ohne institutionelle Bindung, dem die Schweizer Bevölkerung äusserst positiv gegenüber steht, gewinnt im Vergleich zum Vorjahr signifikant an Unterstützung. Mit 81% (+7%) wünschen so viele Personen wie noch nie seit Messbeginn, dass die Schweiz ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes hervorheben soll. Auch die Forderung nach einer aktiven Rolle bei der Durchführung von internationalen Konferenzen wird gegenüber 2008 wieder vermehrt geäussert (76%, +7%). Nur leicht und statistisch nicht signifikant angestiegen ist die Unterstützung für die Vermittlung in Konflikten (72%, +3%). 61% (+3%) der Befragten finden, die Schweiz solle mehr Entwicklungshilfe leisten.

**Beziehung zur EU, EU-Beitritt:** In der Beziehung zur EU stösst die pragmatische Sichtweise einer wirtschaftlichen Annäherung weiterhin auf die grösste Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Zustimmung dazu hat gegenüber dem Vorjahr um 4% zugenommen und liegt 2009 mit 75% auf dem höchsten Stand seit Messbeginn. Die BefürworterInnen einer politischen Annäherung nehmen im Vergleich zu 2008 um 3% zu und machen dieses Jahr rund 50% der Befragten aus. Daneben, aber auf deutlich tieferem Niveau als zu den anderen Vorgaben, stimmen 2009 mit 31% (+4%) der Befragten wieder signifikant mehr Personen dem EU-Beitritt zu als im Vorjahr. Erstmals seit 2005 wurde der Trend einer abnehmenden Unterstützung für den EU-Beitritt der Schweiz gebrochen.

**Beteiligung in der Uno:** Seit dem Uno-Beitritt 2002 oszilliert die Zustimmung zu einer aktiven Beteiligung in der Uno um den Wert von 60%. Fand von 2002 bis 2005 die Forderung nach einem Sitz im Uno-Sicherheitsrat gegenüber dem aktiven Einsatz für Uno-Anliegen etwas weniger Zuspruch in der Bevölkerung, so kann über die letzten vier Jahre diesbezüglich eine Konvergenz beobachtet werden. Sowohl die Forderungen nach einem aktiven Einsatz für Uno-Anliegen (64%, +6%) als auch für einen Sitz im Sicherheitsrat der Uno (62%, +5%) verzeichnen bei fortgesetzter Mehrheitszustimmung Zuwachs gegenüber dem Vorjahr.

**Öffnungsbereitschaft für Allianzen und Friedenstruppen:** Unverändert wird militärischen Engagements im Rahmen der Uno stärker zugestimmt als der sicherheitspolitischen Kooperation im Rahmen der Nato oder einer europäischen Armee. Nach einer seit 2005 andauernden Abnahme der Unterstützung für Schweizer Friedenstruppen zuhanden der Uno geniesst diese Kooperationsform 2009 noch

die Zustimmung einer knappen Mehrheit der Bevölkerung (53%, -7% seit 2005). Bewaffnete Einsätze werden hingegen klar abgelehnt (36%). Die Nato als sicherheitspolitische Allianz wird skeptisch beurteilt. Eine Annäherung an die Nato begrüßen 38% der Befragten, was einer statistisch signifikanten Zunahme von 4% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Weniger als ein Viertel der Befragten möchte hingegen, dass die Schweiz der Nato beitrifft (21%, +3%) oder beim Aufbau einer europäischen Armee mitmacht (24%, -2%).

**Sicherheitspolitische Kooperation mit Europa:** Obwohl die Zustimmung zu einzelnen denkbaren Bereichen der Zusammenarbeit zwischen der Schweizer Armee und den Armeen anderer europäischer Staaten in ihrem Ausmass variiert, zeigt sich dennoch, dass eine solche nicht grundsätzlich abgelehnt würde. 92% (-1% gegenüber 2001) können sich einen gemeinsamen Einsatz bei Grosskatastrophen vorstellen, 69% (-2%) eine organisatorische Anpassung der Schweizer Armee für eine verbesserte Zusammenarbeit, 65% (-6%) eine gemeinsame Ausbildung und 63% (-2%) kollektive Manöver. Auch die Planung einer gemeinschaftlichen militärischen Verteidigung findet knapp mehrheitlich Zustimmung (56%, -2%). Die Zustimmung hat 2009 im Vergleich zur Messung des Jahres 2001 in allen Bereichen signifikant abgenommen.

**Allgemeine und sicherheitspolitische nationale Autonomie:** 69% der Befragten teilen 2009 die Meinung, die Schweiz solle wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben. Nach jahrelangem Anstieg hat sich damit die Unterstützung für diese Forderung seit 2006 bei rund 70% stabilisiert. Mit 50% (-3%) der Befragten halten es wieder weniger Personen als im Vorjahr für wichtig, sich nur auf die eigene Landesverteidigung zu verlassen. Wie 2008 möchte sich weniger als ein Drittel der Umfrageteilnehmer (31%) grundsätzlich von Bündnissen und Zusammenschlüssen mit anderen Staaten fernhalten. Zwar meint wie letztes Jahr etwas mehr als die Hälfte der Befragten (52%, ±0%), dass die nationale Sicherheit der Schweiz zunehmend von anderen Staaten anstatt von der Schweiz selbst beeinflusst werde, doch wird diese Sichtweise seit 2006 in abnehmendem Masse geteilt.

**Neutralität:** Die Schweizer Bevölkerung steht weiterhin geeint hinter dem Prinzip «Neutralität». In den neunziger Jahren befürworteten durchschnittlich 82% der StimmbürgerInnen die Aufrechterhaltung der Neutralität. Die Zustimmung dazu ist seit 2002 deutlich angestiegen und erreicht 2009 wie schon 2008 ein Allzeithoch von 93% (±0%), allerdings hat der Anteil derjenigen, die «sehr» mit der Beibehaltung der Neutralität einverstanden sind zugunsten der «eher» Einverständenen abgenommen. Konstant heissen zwei Drittel der Befragten die «differenzielle

Neutralität» gut, wonach die Schweiz aussenpolitisch Stellung beziehen soll, sich militärischer Interventionen aber enthält (63%, +4%). Die «De-facto» Aufgabe der Neutralität, nämlich die Forderung, nicht nur bei politischen, sondern auch bei militärischen Konflikten «klar» Stellung zu beziehen, wird nur von einer Minderheit von 21% gutgeheissen (-4%). Ganz auf die Neutralität zu verzichten ist für die SchweizerInnen keine Option (7%, -1%).

**Neutralitätsfunktionen:** Die Neutralität prädestiniert in den Augen der Bevölkerung die Schweiz in höchstem Masse für die Schlichtung von Konflikten und als internationale Vermittlerin (92%, +1%). Auch wird sie seit der Jahrtausendwende wieder zunehmend und grossmehrheitlich als «untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden» wahrgenommen (83%, +2%). Darin manifestiert sich die hohe symbolische Bedeutung der Neutralität für die nationale Identität. An die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität wird zwar im Vergleich zur Solidaritäts- und Identitätsfunktion weniger stark geglaubt, die Zustimmung hierzu ist aber innert Jahresfrist signifikant gestiegen. 65% (+7%) sind der Meinung, dank der Neutralität werde die Schweiz nicht in internationale Konflikte hineingezogen. Knapp mehrheitlich Zuspruch findet die «bewaffnete Neutralität» als Beitrag zur Stabilisierung Europas (57%, +2%). Hingegen bestehen Zweifel, ob die Neutralität militärisch noch geschützt werden könne (46%, -2%).

**Neutralität als aussenpolitisches Hindernis:** 35% (+1%) der Befragten nehmen die Neutralität als ein Hindernis für eine europäische Kooperation wahr. Dass «unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten» Neutralität verunmögliche, glaubt ebenfalls lediglich eine Minderheit (28%, +1%). Seit 2007 würde nur noch ein Fünftel (früher ein Drittel) der Befragten die Neutralität aufgeben, wenn sie für die Schweiz keine Vorteile mehr brächte (21%, ±0%). Eine deutliche Mehrheit der Schweizer Bevölkerung sieht demnach keine Einbusse an internationalem Spielraum durch die Neutralität.

### 3. Verteidigungspolitik

**Notwendigkeit und Akzeptanz der Armee:** Die wahrgenommene Notwendigkeit der Schweizer Armee ist im Vergleich zum Vorjahr signifikant angestiegen. 75% (+6%) der SchweizerInnen halten die Armee für «unbedingt» oder «eher notwendig». Niedriger liegt der Wert bei den 20 – 29-Jährigen, der Alterskohorte im Wehrpflichtigenalter. Hier sind nur 59% der Meinung, die Armee sei notwendig. Danach gefragt, weshalb die Armee notwendig sei, begründeten 44% der Befragten,

welche die Schweizer Armee als notwendig erachten, ihre Meinung mit Verweis auf die Innere Sicherheit (Katastrophenhilfe, Schutz der Bevölkerung, Ordnung im Land, subsidiäre Einsätze). Als weiterer wichtiger Grund wird die Sicherheit des Landes gegen aussen (Verteidigung, Abschreckung) genannt (34%). 13% wollen eine Armee als Vorkehrung für ungewisse Zeiten. Bei jenen, welche die Armee für nicht notwendig halten, spielen vor allem die geringe Bedrohung und der Zweifel an der Schlagkraft der Schweizer Armee eine Rolle (zusammen 45%). 32% der Befragten zweifeln nicht per se an der Notwendigkeit, sondern sprechen sich gegen die aktuelle Armee aus, sei dies aus Kostengründen oder der Forderung nach einer Berufsarmee. Jede fünfte Person, welche die Armee als nicht notwendig erachtet, äussert eine prinzipielle Ablehnung der Armee. Erstmals wurde nach der angenommenen Akzeptanz der Armee in der Bevölkerung gefragt. 77% glauben, dass die Armee in der Bevölkerung «sehr» oder «eher akzeptiert» ist.

**Umfang der Armee:** Obwohl die Armee noch stärker als im Vorjahr als notwendig und akzeptiert angesehen wird, ist das Einverständnis zur Forderung, «die Schweiz solle eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee halten», signifikant gesunken (71%, -7%). Auch spricht sich fast jeder bzw. jede zweite Befragte für eine Verkleinerung der Armee aus (45%, +6%).

**Milizarmee vs. Berufsarmee:** In den siebziger Jahren bis Mitte der achtziger Jahre bestand in der Schweiz bezüglich der Wehrform ein breiter Konsens: Die Milizarmee wurde eindeutig der Berufsarmee vorgezogen. Der Anteil der SchweizerInnen, die eine Berufsarmee befürworteten, ist im langfristigen Trend bis 1999 relativ kontinuierlich gestiegen. Seit der Jahrtausendwende halten sich mit kleineren Schwankungen die beiden Lager in etwa die Waage. Wie bereits im Vorjahr liegt der Anteil der BefürworterInnen einer Milizarmee mit 51% ( $\pm 0\%$ ) über jenem der AnhängerInnen einer Berufsarmee (42%, +1%). Die 18 – 29-Jährigen (52%, -1%), das heisst die Kohorte der Wehrpflichtigen, befürworten im langjährigen Trend die Berufsarmee stärker als der Rest der Bevölkerung.

**Rekrutierungsart und Dienstleistungsform:** Die Wehrform einer Armee wird einerseits durch die Rekrutierungsart – Wehrpflicht oder Freiwilligkeit – und andererseits durch ihre Präsenz – Miliz oder stehendes Heer – bestimmt. Bezüglich Rekrutierungsart haben die meisten SchweizerInnen eine klare Meinung: 47% sprechen sich für die Wehrpflicht aus und praktisch ebenso viele (44%) für eine Armee, die ihre Soldaten und ihre Offiziere auf freiwilliger Basis rekrutiert. Nur gerade 8% geben an, dass die Art der Rekrutierung für sie keine Rolle spiele.

Jedem bzw. jeder vierten Befragten ist es hingegen egal, ob die Armee nach dem Prinzip der Miliz, d.h. mit alljährlichen Wiederholungskursen, oder als stehendes Heer aufgestellt wird. 40% der StimmbürgerInnen geben der Miliz den Vorrang, 33% einem Heer mit Dienst am Stück.

**Allgemeine Dienstpflicht:** Die Idee der Umwandlung der Wehrpflicht in eine Dienstpflicht mit freier Wahl der Dienstart (zivil, militärisch) erreicht wie in den Jahren 2005 bis 2007 einen hohen Konsensgrad: 85% (-1% im Vergleich zu 2007) befinden diese für «eher» oder «sehr gut».

**Allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben:** Im langjährigen Trend erachtet die Mehrheit der SchweizerInnen die Verteidigungsausgaben als zu hoch. Dieser Trend schwächt sich allerdings seit ein paar Jahren ab. Erstmals seit Beginn der Erhebungsreihe im Jahr 1986 halten mit 46% (+4%) mehr Befragte die Ausgaben für «gerade richtig» als für zu hoch (40%, -5%). 7% erachten sie für zu gering (7%, ±0%).

**Gesellschaftliche Rolle der Armee:** Vor die Wahl gestellt, die gesellschaftliche Rolle des Militärs als zentral, als notwendiges Übel oder als abschaffungswürdige Institution zu bezeichnen, entscheiden sich 45% (-1%) der BürgerInnen für eine Umschreibung der Armee als «notwendiges Übel». Beinahe gleich viele glauben, dass das Militär eine zentrale Rolle in der Schweiz spiele und bewerten dies positiv (41%, +1%). Für 13% (±0%) der Befragten könnte die Armee abgeschafft werden. Die Armee verlor insbesondere zur Zeit der ersten GSoA-Abschaffungsinitiative 1989 an gesellschaftlicher Bedeutung. Danach verringerte sich der Anteil der ArmeegegnerInnen wieder, und der Glaube an die gesellschaftliche Bedeutung der Armee nahm zu. Der Einfluss, den die Armee auf die Politik hat, wird als gering wahrgenommen. Auf einer Skala von 0 = «kein Einfluss» bis 10 = «sehr starker Einfluss» wird die Einflussmöglichkeit der Armee auf die Politik im Mittel auf 4.8 geschätzt.

**Beurteilung der Effektivität der Armee:** Hinweise auf die Einschätzung der Effektivität der Schweizer Armee gibt eine 1995 erstmals in die Erhebung einbezogene und 1998 sowie 2003 wiederholte Fragebatterie. Mehrheitlich für «eher gut» oder «gut» werden die Ausrüstung der Armee mit Waffen und Geräten (74%) und die Einsatzbereitschaft der Armee (66%) beurteilt. Rund die Hälfte der Befragten hält auch die Ausbildung (59%) und die Führung der Armee (50%) für «gut» oder «eher gut». Die Motivation der Soldaten wird hingegen nur von 41% der SchweizerInnen als «gut» oder «eher gut» bewertet. Aufgrund einer Skalenveränderung sind Vergleiche zu den Messungen der vorangegangenen Jahre nur mit Vorbehalt möglich.

# Résumé de l'étude «Sécurité 2009»

## Buts et bases de données

Les études annuelles «Sécurité» menées par l'*Académie militaire à l'EPF Zurich* en collaboration avec le *Centre de recherche sur la politique de sécurité de l'EPF Zurich* permettent d'établir les tendances de l'opinion suisse en matière de politique extérieure, de politique de sécurité et de politique de défense. Elles se basent sur des sondages annuels représentatifs de la population suisse ayant le droit de vote.

Outre les questions qui sont toujours posées ou posées à intervalles irréguliers, le sondage comprend également chaque année des questions portant sur les thèmes actuels de la politique de sécurité. En 2009, une attention particulière a été apportée à l'acceptation de différentes mesures visant à garantir la sécurité intérieure, à l'évaluation de la menace par différents résultats, à l'approbation de diverses formes de collaboration avec les armées d'autres Etats européens, aux motifs de la nécessité de l'armée, aux préférences concernant la forme du recrutement et des services et à l'efficacité de l'Armée suisse (instruction, conduite, disponibilité opérationnelle, équipement et motivation).

Le sondage s'est déroulé du 7 au 28 janvier 2009. 1200 personnes ont été interrogées par téléphone dans toutes les régions linguistiques par l'institut ISOPUBLIC AG.

Le pourcentage  $\pm$  qui figure entre parenthèses indique la différence par rapport au sondage effectué en février 2008. Dans le sondage de 2009, l'erreur d'échantillonnage potentielle pour un degré de sécurité de 95% s'élève à  $\pm 3\%$  dans le cas le moins favorable.

## Courants et tendances

### 1. Sentiment général de sécurité et confiance dans les institutions

**Sentiment général de sécurité:** En 2009, 90% de toutes les personnes interrogées ont déclaré qu'elles se sentaient «très en sécurité» ou «plutôt en sécurité». Le pic de 2008 a donc été une nouvelle fois atteint. Le pourcentage de personnes qui se sentent «très en sécurité» atteint 33% (-2%) et le taux de personnes qui se sentent «plutôt en sécurité» atteint 57% (+2%). Seul 1% des citoyennes et des citoyens suisses

ne se sentent «pas du tout en sécurité». Le sentiment manifeste de sécurité semble être en contradiction avec la crise financière de l'automne/hiver 2008. Les analyses démontrent toutefois qu'il y a par exemple un retard temporel entre l'augmentation du taux de chômage et le recul du sentiment de sécurité.

**Evaluation de l'avenir de la Suisse:** 76% des citoyennes et des citoyens suisses sont optimistes en ce qui concerne l'avenir du pays. Alors qu'en 2008, 69% des personnes interrogées se déclaraient «plutôt optimistes», seules 7% (- 3%) se disent aujourd'hui «très optimistes». Même si la confiance en l'avenir a légèrement diminué en un an, elle reste très élevée par rapport aux dernières années. Le pourcentage des personnes interrogées qui se déclarent «très pessimistes» pour l'avenir de la Suisse reste extrêmement faible (2%, +1%).

**Situation politique mondiale:** La tendance à une évaluation positive de la situation mondiale future que l'on observe depuis 2006 se confirme en 2009. Les personnes optimistes ont nettement augmenté au cours des trois dernières années et représentent cette année environ 13% des personnes interrogées (+8% depuis 2006), alors que le pourcentage des personnes pessimistes a clairement diminué (42%, -11% depuis 2006). Il n'est pas possible d'évaluer si l'élection du nouveau président des Etats-Unis Barack Obama et les espoirs d'un monde plus pacifique qui en découlent influencent l'opinion, mais ces éléments doivent être pris en considération dans l'interprétation des données.

**Confiance dans les autorités et les institutions:** Depuis quatorze ans, les sept autorités et institutions régulièrement évaluées jouissent d'une confiance mesurée à élevée. La police et la justice obtiennent les valeurs les plus élevées. Le Conseil fédéral, le Parlement, l'économie suisse et l'armée obtiennent des valeurs moyennes. En ce qui concerne les partis politiques, la confiance et le scepticisme s'équilibrent, alors que les personnes interrogées se montrent plutôt sceptiques à l'égard des médias. Les chiffres de 2009 reflètent la moyenne observée depuis plusieurs années. En comparaison avec les valeurs moyennes des années 1995 à 2009, l'armée et les médias obtiennent de moins bons résultats. Le Conseil fédéral et le Parlement obtiennent en revanche des valeurs plus élevées. Par rapport à l'année précédente, la confiance dans toutes les institutions sondées a clairement diminué, à l'exception du Conseil fédéral et du Parlement. Dans ce contexte, la différence la plus marquée par rapport à 2008 concerne l'armée et l'économie suisse. Cette dernière est par ailleurs soumise à des fluctuations plus fortes que d'autres institutions.

**Perception de la menace:** Pour les citoyennes et les citoyens suisses, les menaces les plus grandes sont la destruction de l'environnement (3,5 points sur une échelle de 0 = «pas du tout de menace» à 5 = «grande menace»), la pénurie mondiale des matières premières (3,4), la crise économique (3,3), la criminalité (3,2), la surpopulation mondiale (3,1), le problème de la drogue (3) et les catastrophes naturelles (3). Le vieillissement de la population (2,9), la pression politique de l'extérieur sur la Suisse (2,9), la radicalisation politique par des extrémistes (2,9), la migration (2,7) et le terrorisme (2,6) obtiennent des résultats intermédiaires. Les personnes interrogées considèrent que les catastrophes techniques (2,5), les épidémies (2,2) et les troubles internes (2,1) représentent une menace relativement faible. Les conflits armés en Europe (1,9) et les conflits avec des armes nucléaires (2,3) représentent également une menace plutôt faible. En comparaison avec 1995, la menace résultant du problème de la drogue, des catastrophes techniques et d'une guerre potentielle en Europe a notamment diminué. En revanche, la crainte d'une pénurie mondiale des matières premières a augmenté. La peur d'une crise économique a également tendance à augmenter.

**Le terrorisme en tant que menace pour la Suisse :** Depuis le début des relevés en 2007, la perception de la menace terroriste s'est stabilisée. Elle atteint un degré moyen à faible. En 2009, environ 41% (-4%) des personnes interrogées pensent que le terrorisme représente une menace pour la Suisse.

**Acceptation des mesures étatiques visant à garantir la sécurité intérieure:**

La population estime qu'il est important de renforcer la présence de la police (81%, +3%), de récolter les données relative à des personnes suspectes (80%, +1%), d'interdire l'accès à un rayon (73%) et de surveiller les endroits publics au moyen de caméras vidéo (72%, +3%). La majorité des personnes interrogées se déclarent également favorables au contrôle du nombre d'étrangers en Suisse (66%, -4%) et à des contrôles supplémentaires de bagages dans les aéroports (64%, -3%). Près d'une personne sur deux (51%, -5%) se déclare en outre favorable à l'incarcération préventive de personnes suspectes. Ce pourcentage est toutefois nettement inférieur à celui de 2008. Les personnes interrogées désapprouvent par contre la surveillance téléphonique (70%, -1%), les contrôles d'entrée aux bâtiments publics (55%, +10%) et la collecte de données biométriques (53%, +6%).

## 2. Coopérations politiques et militaires

**Coopération internationale sans lien institutionnel susceptible de restreindre la souveraineté:** Les efforts en vue d'une coopération internationale sans lien institutionnel, que la population suisse approuve, jouissent d'un soutien sensiblement plus élevé par rapport à l'année précédente. 81% (+7%) des personnes interrogées, un pourcentage jamais observé auparavant, estiment que la Suisse doit mettre en évidence sa position en tant que siège de la Croix-Rouge. Par rapport à 2008, le pourcentage de personnes qui souhaitent que la Suisse s'implique activement dans l'organisation de conférences internationales a une nouvelle fois augmenté (76%, +7%). Le soutien en vue d'une médiation dans les conflits n'a que légèrement augmenté (72%, +3%), ce qui n'a pas de valeur statistiquement importante. 61% (+3%) des personnes interrogées estiment que la Suisse devrait fournir une aide au développement plus importante.

**Relation avec l'UE, adhésion à l'UE:** Dans la relation avec l'UE, la population continue de soutenir l'idée d'un rapprochement économique. Par rapport à l'année précédente, le taux d'approbation a augmenté de 4% et atteint en 2009 le niveau le plus élevé depuis le début des sondages avec 75%. En comparaison avec 2008, les partisans d'un rapprochement politique ont augmenté de 3% pour atteindre cette année environ 50%. En outre, mais avec un taux sensiblement inférieur aux autres propositions, 31% (+4%) des personnes interrogées sont favorables à l'adhésion à l'UE, un taux également supérieur à celui de l'année précédente. Pour la première fois depuis 2005, les personnes favorables à une adhésion à l'UE sont plus nombreuses.

**Participation au sein de l'ONU:** Depuis l'adhésion à l'ONU en 2002, le taux d'acceptation d'une participation active au sein de l'ONU se situe autour de 60%. Si la demande relative à l'obtention d'un siège au sein du Conseil de sécurité de l'ONU a connu un moindre succès par rapport à un engagement actif pour les affaires de l'ONU entre 2002 et 2005, une convergence peut être observée dans ce domaine depuis quatre ans. Par rapport à l'année précédente, les demandes relatives à un engagement actif pour les affaires de l'ONU (64%, +6%) et à l'obtention d'un siège au sein du Conseil de sécurité de l'ONU (62%, +5%) sont approuvées par une majorité en constante augmentation.

**Volonté d'ouverture face à des alliances et des troupes de maintien de la paix:** Les engagements militaires dans le cadre de l'ONU continuent d'être plus fortement

soutenus que la coopération en matière de politique de sécurité dans le cadre de l'OTAN ou d'une armée européenne. Alors que l'on observe depuis 2005 une diminution constante du soutien en faveur des troupes suisses de maintien de la paix au profit de l'ONU, cette forme de coopération obtient en 2009 l'appui d'une faible majorité de la population (53%, -7% depuis 2005). Les engagements armés sont en revanche clairement rejetés (36%). L'OTAN en tant qu'alliance de la politique de sécurité est évaluée avec scepticisme. 38% des personnes interrogées saluent un rapprochement avec l'OTAN, ce qui correspond à une augmentation statistique significative de 4% par rapport à l'année précédente. En revanche, moins d'un quart des personnes interrogées souhaitent que la Suisse adhère à l'OTAN (21%, +3%) ou participe à la constitution d'une armée européenne (24%, -2%).

**Coopération en matière de politique de sécurité avec l'Europe:** Bien que l'approbation varie en fonction des différents domaines envisageables de la collaboration entre l'Armée suisse et les armées d'autres Etats européens, l'idée n'est toutefois pas rejetée sur le fond. 92% (-1% par rapport à 2001) des personnes interrogées peuvent imaginer un engagement mené conjointement en cas de catastrophe, 69% (-2%) une adaptation organisationnelle de l'Armée suisse en vue d'une meilleure collaboration, 65% (-6%) une instruction conjointe et 63% (-2%) des manœuvres collectives. La planification d'une défense militaire collective est également approuvée par une petite majorité (56%, -2%). En 2009, l'acceptation a diminué de manière significative dans tous les domaines en comparaison avec l'évaluation de 2001.

**Autonomie nationale en général et en matière de politique de sécurité:** En 2009, 69% des personnes interrogées estiment que la Suisse devrait rester si possible indépendante sur le plan économique et politique. Après une augmentation pendant plusieurs années, l'appui en faveur de ce domaine s'est stabilisé à environ 70% depuis 2006. 50% (-3%) des personnes interrogées pensent que la Suisse devrait compter uniquement sur sa propre défense nationale. Ce pourcentage est moins élevé que l'année précédente. Comme en 2008, moins d'un tiers des participants au sondage (31%) voudraient en principe éviter des alliances et des accords de collaboration avec d'autres Etats. Comme l'an dernier, plus de la moitié des personnes interrogées (52%, ±0%) estiment que la sécurité nationale du pays est de plus en plus influencée par d'autres Etats plutôt que par la Suisse elle-même. Depuis 2006, la tendance est toutefois à la baisse.

### 3. Neutralité

**Neutralité:** La population suisse tient fortement au principe de la neutralité. Dans les années 90, 82% en moyenne des citoyennes et des citoyens suisses se déclaraient en faveur du maintien de la neutralité. Depuis 2002, le pourcentage d'approbation a considérablement augmenté pour atteindre 93% ( $\pm 0\%$ ) en 2009. Toutefois, la proportion des personnes qui se déclarent «très» en faveur du maintien de la neutralité a diminué au profit des personnes qui se déclarent «plutôt» en faveur du maintien de la neutralité. Deux tiers des personnes interrogées sont favorables à la «neutralité différenciée». Cela signifie que la Suisse doit prendre position en politique extérieure, mais s'abstenir de participer à des interventions militaires (63%, +4%). L'abandon «de facto» de la neutralité, qui consiste à prendre «clairement» position dans les conflits politiques et militaires est approuvé par une minorité seulement (21%, -4%). Renoncer complètement à la neutralité n'est pas une option pour les citoyennes et les citoyens suisses (7%, -1%).

**Fonctions de la neutralité:** Aux yeux de la population, la neutralité prédestine la Suisse à servir de médiatrice dans les conflits et à fournir de bons services sur le plan international (92%, +1%). Depuis le début du XXI<sup>e</sup> siècle, la neutralité est de plus en plus considérée par une majorité de la population comme étant «indissociablement liée à notre conception de l'Etat» (83%, +2%). Cet aspect met en évidence l'importante valeur symbolique de la neutralité pour l'identité nationale. En comparaison avec la fonction de la neutralité se référant à la solidarité et celle relative à l'identité, la fonction de la neutralité en matière de politique de sécurité est moins bien cotée, mais les valeurs ont cependant sensiblement augmenté en une année. 65% (+7%) des personnes interrogées estiment que grâce à la neutralité, la Suisse ne sera pas mêlée à des conflits internationaux. Une petite majorité (57%, +2%) estime que la «neutralité armée» contribue à la stabilisation de l'Europe. Il subsiste en revanche certains doutes quant à savoir si la neutralité peut encore être protégée militairement (46%, -2%).

**La neutralité en tant qu'obstacle à la politique extérieure:** 35% (+1%) des personnes interrogées estiment que la neutralité est un obstacle à une coopération européenne. Une minorité des personnes interrogées (28%, +1%) considèrent que «nos liens politiques et économiques avec d'autres Etats nous empêchent d'être neutres». Depuis 2007, un cinquième seulement des personnes interrogées (contre un tiers auparavant) estiment que nous devrions renoncer à la neutralité si elle n'apporte plus d'avantages à la Suisse (21%,  $\pm 0\%$ ). Une majorité importante des

citoyennes et des citoyens suisses pensent que la neutralité n'empêche pas d'agir sur le plan international.

#### 4. Défense et armée

**Nécessité et acceptation de l'armée:** Par rapport à l'année précédente, les chiffres relatifs à la nécessité de l'Armée suisse ont considérablement augmenté. 75% (+6%) des citoyennes et des citoyens suisses sont d'avis que l'armée est «absolument indispensable» ou «plutôt indispensable». Ce taux est plus bas chez les personnes âgées de 20 à 29 ans, soit la cohorte d'âge faisant du service militaire. Seules 59% de celles-ci pensent que l'armée est nécessaire. Lorsqu'elles doivent dire pourquoi elles considèrent que l'armée est indispensable, 44% des personnes interrogées déclarent que l'Armée suisse est indispensable pour la sécurité intérieure (aide en cas de catastrophe, protection de la population, ordre dans le pays, engagements subsidiaires). La sécurité du pays contre l'extérieur (défense, dissuasion) est un autre motif important mentionné par 34% des personnes interrogées. Pour 13% des sondés, l'armée est un instrument pour les périodes incertaines. Les personnes qui considèrent que l'armée n'est pas indispensable expliquent leur motivation par la faible menace et émettent des réserves au sujet de la force combattive de l'Armée suisse (45% en tout). 32% des personnes interrogées ne remettent pas en question la nécessité de l'armée, mais sont contre l'armée actuelle, pour des raisons de coûts ou parce qu'elles considèrent qu'une armée professionnelle serait plus adaptée. Parmi les personnes qui considèrent que l'armée n'est pas indispensable, une personne sur cinq invoque un rejet de principe de l'armée. Pour la première fois, les personnes ont été interrogées sur l'acceptation de l'armée par la population. 77% estiment que l'armée est «très acceptée» ou «plutôt acceptée» par la population.

**Taille de l'armée:** Bien que la nécessité de l'armée soit encore plus fortement reconnue et acceptée que l'année précédente, l'affirmation selon laquelle «la Suisse devrait avoir une armée bien équipée et bien instruite» a recueilli un taux considérablement moins élevé (71%, -7%). Par ailleurs, près d'une personne sur deux se déclare en faveur d'une réduction de l'armée (45%, +6%).

**Armée de milice versus armée professionnelle:** Dans les années 70 et jusqu'au milieu des années 80, un consensus concernant la forme de l'armée était largement répandu en Suisse: l'armée de milice était clairement préférée à l'armée professionnelle. Jusqu'en 1999, la proportion de citoyennes et de citoyens suisses partisans d'une armée professionnelle a augmenté de manière relativement constante. Depuis

l'an 2000, les deux camps sont à peu près équilibrés avec de petites fluctuations. Comme l'année précédente, les partisans d'une armée de milice (51%, ±0%) sont plus nombreux que les partisans d'une armée professionnelle (42%, +1%). Depuis de nombreuses années, les personnes âgées entre 18 et 29 ans, c'est-à-dire la cohorte des astreints à l'obligation de servir, sont plus fortement favorables à une armée professionnelle que le reste de la population (52%, -1%).

**Type de recrutement et forme des services:** La forme d'une armée est définie d'une part par le type de recrutement (obligation de servir ou volontariat) et d'autre part par sa présence (milice ou troupes permanentes). En ce qui concerne le type de recrutement, la plupart des citoyennes et des citoyens suisses ont une opinion claire: 47% se prononcent en faveur de l'obligation de servir et 44% en faveur d'une armée qui recrute des soldats et des officiers volontaires. Seules 8% des personnes interrogées déclarent que le recrutement ne joue aucun rôle pour elles. En revanche, pour une personne interrogée sur quatre, il importe peu que l'armée soit constituée selon le principe de la milice (cours de répétition annuels) ou comme troupes permanentes. 40% des citoyennes et des citoyens suisses donnent la priorité à la milice et 33% à des troupes permanentes avec un service pouvant être accompli d'un seul trait.

**Obligations militaires :** L'idée de transformer les obligations militaires en un service obligatoire avec la possibilité de choisir la forme de service (civil ou militaire) atteint un degré de consensus élevé entre 2005 et 2007. 85% (-1% par rapport à 2007) trouvent cette idée «plutôt» ou «très bonne».

**Position générale à l'égard des dépenses de l'armée:** Depuis plusieurs années, la tendance indique que la majorité des citoyennes et des citoyens suisses estiment que les dépenses de l'armée sont trop élevées. Cette tendance s'affaiblit toutefois depuis quelques années. Pour la première fois depuis que le sondage existe (1986), la proportion des personnes interrogées estimant que les dépenses sont «raisonnables» (46%, +4%) est plus importante que celles qui considèrent qu'elles sont trop élevées (40%, -5%). Seules 7% des personnes interrogées estiment que les dépenses ne sont pas assez importantes (7%, ±0%).

**Rôle social de l'armée:** Lorsque les personnes interrogées doivent choisir si l'armée joue un rôle central dans la société, si elle est un mal nécessaire ou si elle pourrait être supprimée, 45% (-1%) des citoyennes et des citoyens estiment que l'armée est un «mal nécessaire». 41% (+1%) des personnes interrogées sont d'avis que l'armée

joue un rôle central en Suisse, ce qu'ils évaluent positivement. Pour 13% ( $\pm 0\%$ ) des sondés, l'armée pourrait être supprimée. L'armée a perdu de son importance au sein de la société, notamment lors de la première initiative lancée par le GSsA pour l'abolition de l'armée en 1989. Les opposants à l'armée ont ensuite diminué et la reconnaissance de l'importance de l'armée pour la société a augmenté. L'influence de l'armée sur la politique est considérée comme étant faible. Sur une échelle comprise entre 0 = «pas d'influence» à 10 = «très grande influence», l'influence de l'armée sur la politique atteint un score intermédiaire de 4,8.

**Evaluation de l'efficacité de l'armée:** Une batterie de questions prise en considération pour la première fois en 1995 puis répétée en 1998 et en 2003 fournit des informations sur l'évaluation de l'efficacité de l'Armée suisse. L'équipement de l'armée avec les armes et le matériel (74%) et la disponibilité opérationnelle de l'armée (66%) sont majoritairement qualifiés de «très bons». La moitié environ des personnes interrogées estiment que l'instruction (59%) et le commandement de l'armée (50%) sont «bons» ou «plutôt bons». En revanche, seulement 41% des citoyennes et des citoyens suisses évaluent la motivation des soldats comme «bonne» ou «plutôt bonne». En raison d'une modification des échelles, les comparaisons avec les résultats des années précédentes sont possibles sous réserve seulement.



# Riassunto dello studio «Sicurezza 2009»

## Obiettivi e dati

Gli studi «Sicurezza» condotti annualmente dall'*Accademia militare presso il PF di Zurigo* in collaborazione con il *Centro di ricerche sulla politica di sicurezza del PF di Zurigo* rilevano le tendenze dell'opinione nell'ambito della politica estera, di sicurezza e di difesa in Svizzera. Tali studi si fondano su inchieste rappresentative eseguite annualmente presso la popolazione votante svizzera.

Oltre a un nucleo di domande costantemente ricorrenti o poste a scadenze irregolari, vengono trattati annualmente anche temi attuali di politica di sicurezza. Nel 2009 è stata dedicata particolare attenzione all'accettazione di diverse misure concernenti la garanzia della sicurezza interna, la valutazione della minaccia determinata da eventi di varia natura, l'approvazione di diverse forme di collaborazione con gli eserciti di altri Stati europei, le motivazioni relative alla necessità dell'esercito, le preferenze in merito alle forme di reclutamento e di servizio nonché la percezione dell'efficienza dell'Esercito svizzero (istruzione, condotta, prontezza all'impiego, equipaggiamento e motivazione).

La raccolta dei dati è stata effettuata dalla ditta ISOPUBLIC AG tra il 7 e il 28 gennaio 2009 presso 1200 persone contattate telefonicamente in tutte le regioni linguistiche.

Le differenze di percentuale  $\pm$  riportate fra parentesi si riferiscono al sondaggio effettuato nel febbraio 2008. Nel sondaggio 2009 il margine d'errore è, nel peggiore dei casi, del  $\pm 3\%$  con una probabilità del 95%.

## Tendenze

### 1. Sensazione di sicurezza generale e fiducia nelle istituzioni

**Sensazione di sicurezza generale:** nel 2009 la sensazione di sicurezza generale ha nuovamente raggiunto il livello da primato del 2008, con una quota del 90% di tutte le persone interpellate che hanno affermato di sentirsi «molto sicure» o «piuttosto sicure». La quota di coloro che si sentono «molto sicuri» ammonta al 33% (-2%), mentre quella di coloro che si sono detti «piuttosto sicuri» raggiunge il 57% (+2%). Soltanto l'1% degli Svizzeri dichiara di sentirsi «totalmente insicuro». La spiccata

sensazione di sicurezza sembra essere in contraddizione con la crisi finanziaria che ha caratterizzato l'autunno e l'inverno del 2008. Le analisi della serie cronologica mostrano tuttavia ad esempio che vi è uno scarto temporale tra l'aumento del tasso di disoccupazione e il regresso della sicurezza percepita.

**Valutazione del futuro per la Svizzera:** il 76% degli Svizzeri giudica positivamente il futuro del Paese. Come nel 2008, il 69% degli intervistati si è detto «piuttosto ottimista» riguardo al futuro e soltanto il 7% (-3%) è «molto ottimista». Anche se la fiducia nel futuro entro il termine di un anno è calata leggermente, continua tuttavia ad essere assai elevata nella comparazione pluriennale. La quota degli interpellati che vede il futuro della Svizzera in maniera estremamente pessimista resta assai ristretta (2%, +1%).

**Situazione politica mondiale:** la tendenza osservabile dal 2006 concernente una valutazione più positiva della situazione mondiale futura perdura anche nel 2009. Infatti, negli ultimi tre anni gli ottimisti sono aumentati in maniera significativa e attualmente hanno raggiunto il 13% circa (+8% dal 2006) degli interpellati, mentre la quota dei pessimisti è notevolmente calata (42%, -11% dal 2006). Non è dato verificare se l'elezione del nuovo presidente degli Stati Uniti Barack Obama e le relative speranze in un mondo più pacifico possano influenzare la formazione dell'opinione; tale fattore deve tuttavia essere tenuto in considerazione in fase di interpretazione dei dati.

**Fiducia nelle autorità e nelle istituzioni:** negli ultimi quattordici anni alle sette autorità e istituzioni regolarmente oggetto del sondaggio è stato attestato un grado di fiducia da medio a elevato. Ai vertici si situa il diritto (polizia e giustizia). Il Consiglio federale, il Parlamento, l'economia svizzera e l'esercito raggiungono un valore intermedio. Per quanto riguarda i partiti politici, la fiducia e la sfiducia si bilanciano costantemente, mentre i media occupano come sempre l'ultimo posto nella graduatoria della fiducia. Le cifre del 2009 rispecchiano la media pluriennale in materia. Rispetto al valore medio tra il 1995 e il 2009, l'esercito e i media hanno ottenuto valori inferiori, mentre il Consiglio federale e il Parlamento valori superiori. In confronto allo scorso anno tutte le istituzioni oggetto del sondaggio, ad eccezione del Consiglio federale e del Parlamento federale, hanno subito un significativo calo di fiducia. La differenza maggiore rispetto al 2008 è stata riscontrata per l'esercito e l'economia svizzera, sebbene quest'ultima sia maggiormente soggetta a oscillazioni se paragonata alle altre istituzioni.

**Percezione della minaccia:** la distruzione dell'ambiente (3,5 punti su una scala da 0 = «nessuna minaccia» e 5 = «grande minaccia»), la diminuzione delle materie prime a livello mondiale (3,4), la crisi economica (3,3), la criminalità (3,2), la sovrappopolazione mondiale (3,1), il problema della droga (3) nonché le catastrofi naturali (3) rappresentano in successione decrescente per i votanti le minacce maggiori. Al centro del campo vi sono problematiche quali l'invecchiamento della popolazione (2,9), la pressione politica esterna nei confronti del nostro Paese (2,9), la radicalizzazione politica da parte di estremisti (2,9), la migrazione (2,7) e il terrorismo (2,6). Gli interpellati valutano invece minacce relativamente limitate le catastrofi tecnologiche (2,5), le epidemie (2,2) e i disordini interni (2,1). Anche la minaccia derivante da conflitti bellici in Europa (1,9) o da un conflitto con armi atomiche (2,3) è valutata bassa rispetto alle altre. In confronto al 1995, la valutazione della minaccia legata in particolare al problema della droga, alle catastrofi tecnologiche e a un possibile conflitto in Europa si è ridotta. Al contrario è aumentata la paura di una diminuzione delle materie prime a livello mondiale. Anche il timore di una crisi economica sembra essere tendenzialmente cresciuto.

**Terrorismo:** La percezione della minaccia dal terrorismo è rimasta stabile negli ultimi tre anni. Nel 2009 il 41% (-1%) dei intervistati crede che il terrorismo rappresenti un pericolo per il nostro Paese.

**Accettazione delle misure statali per la garanzia della sicurezza interna:** un'intensificata presenza della polizia (81%, +3%) come pure la raccolta di informazioni su persone sospette (80%, +1%) incontrano il favore maggiore della popolazione, seguiti dall'interdizione d'accesso a un'area (73%) e dalla videosorveglianza nei luoghi pubblici (72%, +3%). Anche i controlli della percentuale di stranieri (66%, -4%) e i controlli supplementari dei bagagli negli aeroporti (64%, -3%) continuano ad essere appoggiati dalla maggioranza e soltanto l'arresto precauzionale di sospetti viene accolto da un cittadino su due (51%, -5%), sebbene a un livello significativamente inferiore rispetto al 2008. Una novità è data dal fatto che non soltanto l'intercettazione telefonica viene chiaramente respinta (70% di contrari, -1%), bensì nel 2009 anche i controlli all'ingresso degli edifici pubblici (55%, +10%) e la raccolta di dati biometrici (53%, +6%) vengono rifiutate dalla maggioranza.

## 2. Cooperazioni politiche e militari

**Cooperazione internazionale senza vincoli istituzionali che comporterebbero una diminuzione della sovranità:** gli sforzi miranti alla cooperazione internazionale senza vincoli istituzionali, verso i quali la popolazione svizzera dimostra un atteggiamento estremamente positivo, guadagnano favori in maniera significativa rispetto allo scorso anno. L'81% (+7%), una quota mai così alta fin dall'inizio dei sondaggi, auspica che la Svizzera metta in risalto la sua importanza quale sede della Croce Rossa. Anche la richiesta manifestata di assumere un ruolo attivo nello svolgimento di conferenze internazionali è nuovamente aumentata rispetto al 2008 (76%, +7%). L'appoggio nella mediazione di conflitti (72%, +3%) ha subito soltanto un lieve aumento e peraltro irrilevante sul piano statistico. Il 61% (+3%) degli interpellati è dell'opinione che la Svizzera dovrebbe fornire maggiori aiuti allo sviluppo.

**Rapporti con l'UE, adesione all'UE:** nel rapporto con l'UE, il punto di vista pragmatico di un avvicinamento economico continua a riscontrare una notevole accettazione da parte della popolazione. Il grado di approvazione in proposito è aumentato del 4% rispetto allo scorso anno e nel 2009 ha raggiunto con il 75% il livello più elevato dall'inizio dei rilevamenti. I favorevoli a un avvicinamento politico sono aumentati rispetto all'anno scorso del 3%, raggiungendo così il 50% degli interpellati. Inoltre, seppur a un livello chiaramente inferiore se paragonato agli altri criteri, nel 2009 il 31% (+4%) degli interpellati si è espresso in termini positivi circa l'adesione all'UE. Per la prima volta dal 2005 il trend calante del sostegno all'adesione della Svizzera all'UE è stato invertito.

**Partecipazione in seno all'ONU:** fin dall'adesione all'ONU nel 2002, la partecipazione attiva in seno a tale organizzazione viene approvata dal 60% circa della popolazione. Se tra il 2002 e il 2005 la rivendicazione di un seggio al Consiglio di sicurezza dell'ONU ha riscontrato un minor favore rispetto all'impegno attivo negli affari dell'ONU, negli ultimi quattro anni è possibile osservare una sorta di convergenza in merito. Sia le richieste miranti a un impegno attivo negli affari dell'ONU (64%, +6%) come pure a un seggio al Consiglio di sicurezza (62%, +5%) fanno segnare una costante crescita di consensi da parte della maggioranza rispetto allo scorso anno.

**Disponibilità all'apertura verso alleanze e truppe di pace:** l'impegno militare nel quadro dell'ONU continua ad essere maggiormente sostenuto rispetto alla cooperazione in materia di politica di sicurezza nell'ambito della NATO o di un esercito

europeo. Dopo un calo costante dal 2005 dell'appoggio alle truppe di pace svizzere a favore dell'ONU, questa forma di cooperazione nel 2009 gode ancora del favore di un'esigua maggioranza della popolazione (53%, -7% dal 2005). Gli impieghi armati vengono invece chiaramente respinti (36%). La NATO, in quanto alleanza nell'ambito della politica di sicurezza, è considerata con scetticismo. Un avvicinamento alla NATO è pertanto auspicato dal 38% degli interpellati, il che corrisponde a un aumento statisticamente significativo del 4% rispetto all'anno precedente. Meno di un quarto degli intervistati desidera invece che la Svizzera aderisca alla NATO (21%, +3%) o partecipi alla creazione di un esercito europeo (24%, -2%).

**Cooperazione in materia di politica di sicurezza con l'Europa:** sebbene il grado d'approvazione relativo ad alcuni ambiti immaginabili della collaborazione tra l'Esercito svizzero e gli eserciti di altri Stati europei sia piuttosto variabile, emerge tuttavia che una collaborazione di questo genere non verrebbe respinta per principio. Per il 92% (-1% rispetto al 2001) è ipotizzabile un impiego comune in caso di catastrofi di vaste dimensioni, per il 69% (-2%) un adeguamento a livello organizzativo dell'Esercito svizzero nell'ottica di una migliorata collaborazione, per il 65% (-6%) un'istruzione comune mentre per il 63% (-2%) delle manovre collettive. Anche la pianificazione di una difesa militare comune raccoglie il consenso di una scarsa maggioranza (56%, -2%). Nel 2009 i consensi sono comunque diminuiti significativamente in tutti gli ambiti rispetto ai rilevamenti del 2001.

**Autonomia nazionale in generale e rispetto alla politica di sicurezza:** nel 2009 il 69% degli interpellati ha espresso l'opinione che la Svizzera debba mantenere il più possibile la propria indipendenza dal punto di vista economico e politico. Dopo una crescita pluriennale, a partire dal 2006 tale rivendicazione viene appoggiata stabilmente dal 70% circa della popolazione. Il 50% degli intervistati (-3%), ossia una quota inferiore rispetto allo scorso anno, ritiene importante che la Svizzera si limiti alla difesa della propria nazione. Come nel 2008, meno di un terzo delle persone che hanno partecipato all'inchiesta (31%) auspica che la Svizzera eviti alleanze di qualsiasi tipo con altri Stati. Inoltre poco più della metà (52%, ±0%) è del parere che la sicurezza nazionale sia maggiormente influenzata da altri Stati, anziché dalla Svizzera stessa; tuttavia, a partire dal 2006 questo punto di vista viene condiviso in misura sempre minore.

### 3. Massima «neutralità»

**Neutralità:** la popolazione svizzera continua a schierarsi compatta dietro il principio della «neutralità». Negli anni Novanta, in media l'82% dei votanti era favorevole al mantenimento della neutralità. A partire dal 2002 tale consenso è chiaramente cresciuto fino a raggiungere sia nel 2008 che nel 2009 il picco storico del 93% ( $\pm 0\%$ ); tuttavia la percentuale di coloro che sono «molto d'accordo» con il mantenimento della neutralità è calata a vantaggio di coloro che si dicono «piuttosto d'accordo». In maniera costante, due terzi degli interpellati approvano la «neutralità differenziale», in base alla quale la Svizzera può prendere posizione in materia di politica estera, pur astenendosi da qualsiasi intervento militare (63%, +4%). Il compito vero e proprio della neutralità, ossia la richiesta non soltanto in caso di conflitti politici, bensì anche di conflitti militari di prendere «chiaramente» posizione, viene sostenuto da una minoranza pari al 21% (-4%). La rinuncia totale alla neutralità non costituisce quindi per gli Svizzeri alcuna opzione praticabile (7%, -1%).

**Funzioni della neutralità:** agli occhi della popolazione, mediante la neutralità, la Svizzera è predestinata al massimo grado all'appianamento di conflitti e al ruolo di mediatrice internazionale (92%, +1%). Inoltre, dall'inizio del nuovo millennio, la neutralità viene sempre più percepita dalla maggioranza come un elemento «indissolubile collegato alla nostra idea di Stato» (83%, +2%). In questo senso emerge la grande importanza simbolica della neutralità per l'identità nazionale. La funzione della neutralità a livello di politica di sicurezza è meno radicata in confronto alla funzione di solidarietà e d'identità, sebbene a tale proposito si sia registrato un significativo incremento nel giro di un anno. Il 65% (+7%) degli interpellati è dell'opinione che grazie alla neutralità la Svizzera non sarà coinvolta in conflitti internazionali. La «neutralità armata» in quanto contributo alla stabilizzazione dell'Europa riscontra un'esigua maggioranza di favori (57%, +2%). Al contrario sussistono dei dubbi sul fatto che la neutralità possa ancora essere protetta militarmente (46%, -2%).

**Neutralità come impedimento per la politica esterna:** il 35% degli interpellati considera la neutralità un ostacolo alla cooperazione europea. L'idea che «il nostro stretto coinvolgimento politico ed economico con altri Stati renda la neutralità impossibile» è tuttavia condivisa unicamente da una minoranza (28%, +1%). Dal 2007 soltanto un quinto (in precedenza un terzo) degli interrogati rinunciarebbe alla neutralità se questa non comportasse più alcun vantaggio per la Svizzera (21%,  $\pm 0\%$ ). La maggioranza della popolazione svizzera non vede quindi alcun pregiudizio a detrimento del margine di manovra internazionale determinato dalla neutralità.

#### 4. Difesa ed esercito

**Necessità e accettazione dell'esercito:** la percezione della necessità dell'Esercito svizzero è cresciuta in maniera significativa rispetto allo scorso anno. Il 75% (+6%) degli Svizzeri ritiene l'esercito «assolutamente necessario» o «abbastanza necessario». Tale percentuale è inferiore presso le persone d'età compresa tra i 20 e i 29 anni, ossia la fascia d'età soggetta all'obbligo di prestare servizio. In questo caso soltanto il 59% ritiene che l'esercito sia necessario. Alla domanda successiva, sul perché l'esercito sia necessario, il 44% degli interrogati che si sono espressi in tal senso ha motivato la propria opinione alludendo alla sicurezza interna (aiuto in caso di catastrofe, protezione della popolazione, ordine all'interno del Paese, impieghi sussidiari). Un'altra importante ragione menzionata (34%) è la sicurezza del Paese verso l'esterno (difesa, dissuasione). Il 13% vuole un esercito quale misura precauzionale in vista di tempi incerti. Per coloro che non reputano necessario l'esercito entrano in gioco soprattutto la minaccia contenuta e il dubbio circa la reale potenza dell'Esercito svizzero (assieme 45%). Il 32% degli interrogati non mette in dubbio la necessità in sé dell'esercito, bensì è contrario all'esercito attuale, sia per ragioni di costi sia perché rivendica un esercito di professionisti. Un interpellato su cinque non ritiene necessario l'esercito, rifiutandolo per principio. Per la prima volta è stato chiesto inoltre di pronunciarsi in merito al grado di accettazione dell'esercito tra la popolazione. Il 77% crede che l'esercito sia «molto accettato» o «piuttosto accettato».

**Entità dell'esercito:** sebbene l'esercito sia considerato necessario e accettato in maggior misura rispetto allo scorso anno, la richiesta per cui «la Svizzera dovrebbe disporre di un esercito ben equipaggiato e ben istruito» ha subito un significativo calo di consensi (71%, -7%). Quasi una persona su due si dice favorevole a un ridimensionamento dell'esercito (45%, +6%).

**Esercito di milizia vs. esercito di professionisti:** negli anni Settanta e fino alla metà degli anni Ottanta in Svizzera l'obbligo di leva godeva di un ampio consenso: l'esercito di milizia era chiaramente preferito all'esercito di professionisti. La percentuale degli Svizzeri favorevoli a questo secondo tipo di esercito è relativamente cresciuta in maniera costante fino al 1999. Dal 2000 le due fazioni si bilanciano, seppur con lievi oscillazioni. Come è stato il caso già lo scorso anno, la percentuale di favorevoli a un esercito di milizia supera con il 51% ( $\pm 0\%$ ) quella dei sostenitori di un esercito di professionisti (42%, +1%). Da diversi anni si riscontra una tendenza

per cui le persone d'età compresa tra i 18 e i 29 anni (52%, -1%), ossia la fascia d'età soggetta all'obbligo di prestare servizio, sono maggiormente favorevoli all'esercito di professionisti rispetto al resto della popolazione.

**Tipo di reclutamento e forme di servizio:** il genere di leva di un esercito è determinato da un canto dal tipo di reclutamento (obbligo di prestare servizio militare o a titolo volontario) e d'altro canto dalla rispettiva presenza (milizia o esercito permanente). Per quanto riguarda il tipo di reclutamento gli Svizzeri hanno le idee chiare: il 47% è favorevole all'obbligo di prestare servizio mentre il 44% sostiene l'idea di un esercito che recluta i propri soldati e ufficiali su base volontaria. Sol tanto l'8% ammette di non attribuire importanza al tipo di reclutamento. Per una persona su quattro è indifferente se l'esercito si basi sul principio di milizia, ossia con corsi di ripetizione svolti annualmente, oppure su un esercito permanente. Il 40% dei votanti opta per la milizia, mentre il 33% per un esercito in cui il servizio viene svolto in un unico periodo.

**Obbligo generale di servizio:** L'idea di una trasformazione dell'obbligo di leva in obbligo di servizio con la possibilità di scegliere liberamente fra servizio militare e civile ottiene come negli anni 2005, 2006 e 2007 un sostegno quasi unanime: l'85% (-1%, rispetto al 2007) è «abbastanza» o «molto» favorevole a questa proposta.

**Atteggiamento generale rispetto alle spese per la difesa:** secondo una tendenza pluriennale, la maggioranza degli Svizzeri reputa le spese per la difesa eccessivamente elevate. Da qualche anno questa tendenza va tuttavia indebolendosi. Per la prima volta dall'inizio della serie di rilevamenti nel 1986, coloro che ritengono «giuste» le spese (46%, +4%) superano coloro che invece le giudicano eccessive (40%, -5%). Il 7% le reputa troppo limitate (7%, ±0%).

**Ruolo sociale dell'esercito:** Il 45% (-1%) degli intervistati considera il militare un «male necessario», il 41% (+1%) crede che il militare giochi un ruolo centrale per la Svizzera, mentre per il 13% (±0%) l'esercito potrebbe essere abolito. In particolare al tempo della prima iniziativa del Gruppo per una Svizzera senza esercito (GSsE) l'esercito perse parte della sua importanza sociale. Successivamente la percentuale dei favorevoli all'abolizione dell'esercito è calata e, di conseguenza, l'opinione riguardo alla sua importanza sociale ha nuovamente guadagnato terreno. L'influsso dell'esercito sulla politica è percepito come limitato. Su una scala da 0 = «nessun influsso» a 10 «influsso molto forte», la possibilità dell'esercito di condizionare la politica viene valutata con un punteggio di 4,8.

**Valutazione dell'efficienza dell'esercito:** una serie di domande poste per la prima volta nel 1995 e poi ripetute nel 1998 e nel 2003 fornisce indicazioni circa la valutazione dell'efficienza dell'Esercito svizzero. L'equipaggiamento dell'esercito, comprese le armi e agli apparecchi, (74%) nonché la prontezza all'impiego dell'esercito (66%) vengono reputati dalla maggioranza come «piuttosto buoni» o «buoni». Circa la metà degli interpellati considera l'istruzione (59%) e la condotta dell'esercito (50%) «buone» o «piuttosto buone». La motivazione dei soldati, al contrario, è valutata «buona» o «piuttosto buona» soltanto dal 41% degli Svizzeri. A seguito di un cambiamento nella scala di valutazione, eventuali confronti con le misurazioni degli anni precedenti sono possibili solo con le necessarie riserve.



# Summary of the Survey «Security 2009»

## Goals and Database

The annual «Security Survey», conducted jointly by the *Military Academy at ETH Zurich* and the *Center for Security Studies of ETH Zurich*, serves to determine trends in Swiss public opinion towards Swiss foreign, defence and security policies. It is based on annual representative surveys of the Swiss voting population.

Apart from a set of questions featured in the survey annually or at irregular intervals, each year there are questions about issues of security policy. In 2009, special attention was paid to the following topics: Acceptance of the various measures tailored to guaranteeing domestic security, assessing the threats of various events, approval rates of different forms of cooperation with other European armed forces, justifying the necessity of the armed forces, preferences regarding the modes of recruitment and form of service and, last but not least, the effectiveness of the Swiss armed forces (training, leadership, operational readiness, equipment and motivation).

In 2009, the survey was carried out by means of telephone interviews from 7<sup>th</sup> to 28<sup>th</sup> January with a sample consisting of 1'200 people from all language regions. The survey was carried out by ISOPUBLIC AG.

The figures in brackets are percentage points which indicate the delta to the 2008 survey. In the 2009 survey, the maximum sampling error is  $\pm 3\%$  with a 95% degree of certainty.

## Trends and Tendencies

### 1. General sense of security and confidence in institutions

**General feeling of security:** As in the previous year, in 2009 the general sense of security again peaked with 90% of respondents saying they felt «very» or «quite secure». 33% (-2%) said they felt «very secure», 57% (+2%) feel «quite secure». Only 1% of the Swiss feel «very insecure». These high levels of perceived security seem to stand in stark contrast to the financial crisis in autumn/winter 2008. However,

time series analyses show, for example, that there is a temporal lag between the increase in unemployment and the decrease in perceived security.

**Switzerland's outlook:** 76% of the Swiss are optimistic about their country's future. As in 2008, in 2009 69% of respondents were «rather optimistic» about the future, whereas only 7% (-3%) were «very optimistic». Even if the level of confidence in the future has slightly decreased over the course of one year, it is still very high compared to previous years. The proportion of respondents who are very pessimistic about Switzerland's future remains negligible (2%, +1%).

**State of global politics:** Since 2006, there has been a continuing tendency towards an increasingly positive assessment of the future international situation. Thus, over the course of the last three years, there has been a significant increase in the number of optimists, which make up 13% (+8% since 2006) of respondents. The number of pessimists, on the other hand, has decreased sharply (42%, -11% since 2006). Whether or not the election of Barack Obama as the new US president – and its associated optimistic hopes for a more peaceful world – has had an impact on the survey remains unclear. Yet this has to be taken into account when interpreting the data.

**Confidence in public authorities and institutions:** Over the course of the last fourteen years, respondents have always assigned the seven listed public authorities and institutions medium to high credibility. Law and order (police and judiciary) is on top. The federal council, parliament, the Swiss economy and the armed forces, on the other hand, are ranked in the middle. With political parties, confidence and distrust levels remain balanced. As usual, people are very sceptical of the media. The results of 2009 mirror the long-time average confidence levels. Compared with the mean value of the surveys from 1995 to 2009, in 2009 the armed forces and the media scored lower values, while the federal council and parliament performed better. Compared to the previous year, all institutions listed – with the exception of the federal council and the federal parliament – score significantly lower levels of confidence. The largest change in confidence compared with the previous year can be found in the armed forces and the Swiss economy. The latter is subject to heavier fluctuations than all other institutions listed in the survey.

**Perception of threat:** According to the electorate, the major threats are the following (sorted in descending order): Environmental damage (3.5 points on a scale

ranging from 0 = «no threat at all», to 5 = «major threat»), global scarcity of commodities (3.4), economic crisis (3.3), crime (3.2), global overpopulation (3.1), drug problems (3) and natural disasters (3). Threats such as demographic ageing (2.9), external political pressure on Switzerland (2.9), extremism and ensuing political radicalisation (2.9), migration (2.7) and terrorism (2.6) range in the middle. Technical catastrophes (2.5), epidemics (2.2) and domestic civil disturbance are attributed relatively low levels of threat. The same holds for threats originating from hostile events within Europe (1.9) or from nuclear conflicts (2.3). Compared to 1995, the respondents in 2009 attribute lower threat levels in particular to the drug problem, technical catastrophes and possible wars in Europe. However, respondents increasingly view global scarcity of commodities as a considerable threat. Also, the fear of an economic crisis tends to increase.

**Terrorism as a threat to Switzerland:** Since being included in the survey in 2007, the subjective fear of terrorism has stabilised on a medium to low level. Thus, in 2009 roughly 41% (-4%) of respondents said that terrorism was a threat to Switzerland.

**Approval of public measures to ensure domestic security:** An increased police presence (81%, +3%) and collecting data of suspicious individuals (80%, +1%) receive the highest approval rates, followed by limiting some individuals' access to designated areas (73%) as well as video surveillance of public spheres (72%, +3%). A majority continues to approve of monitoring the number of foreign nationals (66%, -4%) and additional luggage inspections at airports (64%, -3%). Every other respondent approves pre-emptive detentions (51%, -5%), though this measure is significantly less popular than in 2008. Currently, a majority of respondents not only disapproves of telephone surveillance (70% disapproval, -1%) but also security checks in public buildings (55%, +10%) and gathering biometric data (53%, +6%).

## 2. Political and military cooperation

**International cooperation with no adverse effect on sovereign institutional commitments:** The Swiss strive for international cooperation without institutional commitments; indeed, there is a significant increase in the number of advocates compared with last year. Never before in the history of this survey have more people (81%, +7%) stressed that Switzerland should actively point out that it houses the headquarters of the Red Cross. Similarly, compared with the previous year, an increased number of respondents (76%, +7%) demand that Switzerland should

be an active host of international conferences. The slightly increased support for conflict mediation (72%, +3%) is statistically insignificant. Last but not least, 61% (+3%) think that Switzerland should increase its foreign aid.

**Relations with the EU, joining the EU:** The pragmatic view of economic convergence with the EU is highly approved of in the population, and even witnessed an increase of 4% compared with last year to the highest level ever recorded (75%). Since 2008, the number of advocates of political involvement has increased by 3% to roughly 50% of respondents overall. Simultaneously, though at a clearly lower level, a significantly higher percentage of people are in favour of joining the EU (31%, +4%). This is the first time since 2005 that the trend of declining support for a bid for EU membership has been reversed.

**Participation in the UN:** Since joining the UN in 2002, approval rates of active participation in the UN have oscillated at around 60%. While from 2002 to 2005 the demand for a seat in the UN Security Council was slightly less popular than the demand to participate actively in the UN, both demands have converged over the last four years. Both the demands for active participation in the UN (64%, +6%) as well as the demand for a seat in the Security Council (62%, +5%) have become even more popular this year.

**Willingness to participate in alliances and peacekeeping forces:** The fact that military engagements under the aegis of the UN are more popular than security political cooperation in the framework of NATO or European armed forces remains unchanged. After continually declining support for Swiss UN peacekeepers since 2005, a narrow majority (53%, -7% since 2005) still approves of this form of cooperation. Armed engagements are clearly rejected (36%). NATO as a security political alliance is critically assessed. 38% are in favour of an closer cooperation with NATO, a statistically significant increase of 4% since last year. However, a mere fifth of the population wants Switzerland to join NATO (21%, +3%), or to participate in building up European armed forces (24%, -2%).

**Security political cooperation with Europe:** Even though approval rates of particular areas of cooperation between the Swiss armed forces and those of other European states vary, there is no categorical rejection of such forms of cooperation. 92% (-1% compared to 2001) are open to participation in a joint operation in the event of a major catastrophe, 69% (-2%) are in favour of reorganising the Swiss armed forces to improve collaboration, 65% (-6%) are open to joint training and

63% (-2%) to collective manoeuvres. A narrow majority (56%, -2%) even endorses a joint military defence. Yet compared to 2001, approval rates have significantly dropped in all areas.

**General and security political national autonomy:** 69% of respondents think that Switzerland should remain economically and politically independent. After a continued increase over the last few years, support for this proposition has stabilised at approximately 70% since 2006. Compared with 2008, fewer people (50%, -3%) want to be solely dependent on national defence. As in 2008, less than a third (31%) of the population wants generally to refrain from alliances and unions with other states. As in 2008, just over half of respondents (52%, ±0%) hold that national security is increasingly influenced by other states and less so by Switzerland. However, since 2006 this view is shared by a decreasing number of people.

### 3. Maxim «Neutrality»

**Neutrality:** As usual, the Swiss population unitedly stands behind the principle of «neutrality». In the 90s, on average 82% of the electorate wanted to adhere to neutrality. Since 2002, approval of this proposition has markedly increased and peaked at an all-time high of 93% (±0%) in 2008 and 2009. However, fewer people «very much» approve of maintaining neutrality and more people «rather» agree with the proposition. A constant two-thirds majority (63%, +4%) endorses the principle of a «differential neutrality», whereby Switzerland takes a stand on foreign policies but does not intervene militarily. Abandoning neutrality «de facto», i.e. taking a firm stand not only on political but also on military conflicts, is only endorsed by a minority 21% (-4%). For the Swiss, abandoning neutrality is not an option (7%, -1%).

**Functions of neutrality:** The population thinks that because of its neutrality, Switzerland is clearly predestined to settle conflicts and to be an international mediator (92%, +1%). Additionally, since the turn of the millennium, a growing majority views neutrality as an «inseparable part of our concept of state» (83%, +2%). This is a clear sign of the crucial role that this symbolic understanding of neutrality plays in the shaping of national identity. Although there is less belief in the security function of neutrality than in its function of creating solidarity or identity, this year significantly more people endorse it compared with last year: 65% (+7%) believe that neutrality prevents Switzerland from being drawn into international conflicts. A narrow majority (57%, +2%) thinks that the concept of «armed neut-

rality» helps to stabilise Europe. Yet 46% (-2%) doubt that Switzerland's neutrality can be defended militarily.

**Neutrality as an obstacle to foreign policy:** 35% of respondents see neutrality as an obstacle to European cooperation (+1%). In any case, only a minority believes that «our close political and economic involvements with other states» renders neutrality impossible (28%, +1%). Since 2007, only a fifth (previously it used to be one third) of respondents have been willing to give up neutrality provided Switzerland no longer benefits from it (21%, ±0%). Thus, a majority of the population does not think that neutrality restricts Switzerland's international manoeuvrability.

#### 4. Defence and armed forces

**Necessity and acceptance of the armed forces:** The perceived necessity of the Swiss armed forces has significantly increased compared with last year. For 75% (+6%) of the Swiss the armed forces are «absolutely necessary» or «rather necessary». Yet, only 59% of the 20 to 29-year-olds, i.e. the age band of conscripts, think that the armed forces are necessary. Asked why the armed forces are necessary, 44% of those respondents in favour of the armed forces stated domestic security (e.g. emergency aid, protection of the population, law and order, subsidiary assignments) as a reason. Another reason given by respondents is foreign security (34%), e.g. defence and deterrence. 13% see the armed forces as a safeguard against an uncertain future. Those who think that the armed forces are unnecessary do so on the basis that there is no imminent threat and because they dispute the military's clout (45% in all). 32% do not question the necessity of armed forces per se, but oppose present Swiss armed forces, be it for financial reasons or because these people prefer an all-volunteer force. One fifth of those who think that the armed forces are unnecessary do so because they oppose armed forces as a matter of principle. For the first time, the survey asked about the perceived acceptance of the armed forces in the population. 77% believe that the armed forces are «very accepted» or «rather accepted».

**Size of the armed forces:** Despite the increase in perceived necessity and acceptance of the armed forces since last year, significantly fewer people agree to the statement that «Switzerland should have well-equipped and skilled armed forces» (71%, -7%). Additionally, almost every other respondent is in favour of downsizing the armed forces (45%, +6%).

**Militia vs. all-volunteer force:** From the 70s up to the mid-80s there was a broad consensus regarding the form of the armed forces: The electorate clearly preferred a militia to an all-volunteer force. Up until 1999, the number of advocates of an all-volunteer force continuously increased. Apart from minor fluctuations, both viewpoints have been almost equally popular since the turn of the millennium. As in the previous year, there are more proponents of a militia 51% ( $\pm 0\%$ ) than there are advocates of an all-volunteer force (42%, +1%). For many years, the 18 to 29-year-olds, i.e. the age band of conscripts, have tended to be stronger advocates of an all-volunteer force compared to the rest of the population.

**Mode of recruitment and form of service:** The form of the armed forces is determined on the one hand by its mode of recruitment – conscription or volunteer – and on the other hand by its presence – militia or standing armed forces. As regards the mode of recruitment, most Swiss have a clear view: 47% are in favour of conscription and almost as many endorse an all-volunteer force (44%). A mere 8% say that the mode of recruitment is irrelevant. Every fourth respondent, however, does not care whether the armed forces are organised as a militia with annual refresher courses or as a standing army. 40% of the population favour a militia, 33% favour a standing army.

**General compulsory service:** As in the years 2005 and 2007, there is a broad consensus that compulsory military service should be converted into a form of compulsory service (civil as well as military): 85% (-1% compared to 2007) «very much» or «rather» agree with this proposition.

**General attitudes towards defence spending:** For many years, the Swiss have considered defence spending to be too high. Yet this trend has become less pronounced in the last few years. For the first time since the beginning of the survey in 1986, more people (46%, +4%) think that defence spending is «just right», while fewer (40%, -5%) think that it is too high. A mere 7% think defence spending is too small (7%,  $\pm 0\%$ ).

**Social relevance of the armed forces:** When asked whether the armed forces play a major role, whether they are a necessary evil or even an institution in need of abolishing, 45% (-1%) opt for the «necessary evil». Almost as many believe that the military plays a major role in Switzerland, and deem it positive (41%, +1%). 13% ( $\pm 0\%$ ) of respondents think that the armed forces should be abolished. The armed forces lost some of their social relevance during the time of the first GSoA initiati-

ve in 1989. Thereafter, the number of opponents of the armed forces decreased as belief in their social relevance grew. The population thinks that the armed forces exert little influence in politics. On a scale ranging from 0 = «no influence» to 10 = «very strong influence», the armed forces' influence in politics scores an average of 4.8 points.

**Perceived effectiveness of the armed forces:** A set of questions – appearing in the survey for the first time in 1995 and repeated in 1998 and 2003 – provides an insight into the effectiveness of the Swiss armed forces. A majority thinks that the armament (weapons and equipment) of the armed forces (74%) and their operational readiness (66%) are «good» or «very good». Also, approximately half the respondents think that both training (59%) and the armed forces high command (50%) are «good» or «very good». Yet, only 41% of respondents assess the soldiers' motivation as «good» or «fairly good». Comparisons with results of previous years are subject to errors due to a change in scale.

# 1 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2008

Wie sich bereits in früheren Jahren gezeigt hat, kann das Interesse der SchweizerInnen an sicherheitspolitischen Themen – das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, die internationale Kooperationsbereitschaft sowie die Neutralitätsauffassung – kurzfristigen Schwankungen unterliegen, die von tagesaktuellen Ereignissen im In- und Ausland geprägt sind. Der Analyse wichtiger Meinungstrends auf Befragungsbasis wird deshalb eine Chronologie meinungsbildender Ereignisse des Jahres 2008 vorangestellt. Die Auswahl der Ereignisse ist naturgemäss beschränkt und auf die Wahrnehmung in der öffentlichen Debatte ausgerichtet. Die Angaben beruhen auf der Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik, welche die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik als Teil der Homepage zur Schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik auf dem Internet unterhält (<http://www.ssn.ethz.ch/>).<sup>1</sup>

## 1.1 Gemischte Bilanz im Nahen und Mittleren Osten – Destabilisierung in Südwestasien – Krieg im Kaukasus – Globale Finanzkrise

Die Krisen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Südwestasien verbunden mit dem Kampf gegen den islamistischen Terrorismus und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen dominierten die Agenda der internationalen Politik auch in diesem Berichtszeitraum (Januar bis Dezember 2008). Der Krieg in Georgien rief darüber hinaus die sicherheitspolitische Bedeutung der Konfliktherde im Kaukasus in Erinnerung. Die explosive Entwicklung der globalen Finanzmarktkrise und ihr weltweites Übergreifen auf die Realwirtschaft stellten gegen Ende des Jahres alle anderen internationalen Herausforderungen in den Schatten. Die geopolitischen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise waren dabei erst in Ansätzen zu erkennen.

Der globale Terrorismus stellte auch in diesem Jahr eine wesentliche Bedrohung für die internationale Sicherheit dar. Die Kernorganisation von al-Kaida wurde zwar geschwächt. Für die westlichen Staaten hiess dies dennoch, dass eine unmittelbare Bedrohung in erster Linie von einer Radikalisierung von in westlichen Staaten aufgewachsenen Individuen ausgehen könnte. Das Ausbleiben grosser Terroratta-

1 Für die Aufbereitung des Materials geht ein Dank an Lajescha Dubler, Andrin Hauri und Matthew Hulbert.

cken in den westlichen Staaten vermochte aber nicht darüber hinwegzutäuschen, dass der paramilitärische Kern der al-Kaida aufgrund der Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan und Pakistan tendenziell wieder an Bedeutung gewonnen hat. Terroristische Anschläge konzentrierten sich 2008 auf diejenigen Länder, in denen die globale Ideologie des Dschihadismus mit lokalen Aufstandsbewegungen zusammenfiel. Der verheerende Anschlag auf das Marriott Hotel in Islamabad (26.–29.11.08) stand dabei stellvertretend für eine erhöhte Terrorgefahr in Südwest- und Südasien.

Auch die nukleare Proliferation entwickelte sich zu einer anhaltenden sicherheitspolitische Herausforderung. Die Ereignisse um das nordkoreanische Nuklearprogramm waren wie in den Jahren zuvor von Zyklen der Eskalation und Deeskalation geprägt. Im Juni übergab Nordkorea einen Bericht über das eigene Atomprogramm an China (26.6.08). Da Nordkorea schärfere Kontrollen verweigerte, lockerten die USA die Sanktionen vorerst nicht. Dies führte dazu, dass Nordkorea Ende August seine Anreicherungsaktivitäten erneut aufnahm. Im Oktober strichen die USA Nordkorea dennoch von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen.

Im Nuklearstreit um das iranische Atomprogramm kam es zwar zu einer vorläufigen Entspannung, die Krise dürfte sich aber in den kommenden Monaten eher wieder zuspitzen. Die EU<sub>3+3</sub> (Deutschland, Frankreich, Grossbritannien; China, Russland, USA) Staaten spezifizierten und erweiterten im Juni 2008 ihr Verhandlungsangebot noch einmal. Sollte der Iran seine Urananreicherungs- und Wiederaufbereitungsaktivitäten aussetzen, werden ihm rechtlich verbindliche Liefergarantien, ein sicherheitspolitischer Dialog, eine Konferenz über regionale Sicherheit, eine Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen, ein WTO-Beitritt, eine Energiepartnerschaft und Entwicklungshilfe in Aussicht gestellt. Neu war, dass an der Besprechung dieses Pakets in Genf das erste Mal auch ein US Diplomat teilnahm (19.7.08). Bedeutsam war, dass Washington einer Aussetzung weiterer Sanktionen gegen den Iran als Gegenleistung für die temporäre Einstellung der Urananreicherung («Freeze-for-Freeze»-Vorschlag) zustimmte, den die EU<sub>3+3</sub> Staaten zusammen mit dem Paket unterbreitet hatten. Der Iran trat allerdings nicht auf den Entwurf ein, sondern bekräftigte vielmehr seine Absicht, dereinst seine eigene Anreicherungs-kapazität für den kommerziellen Export von niedrig angereichertem Uran (LEU) zu verwenden.

Im Irak konnten die punktuellen Stabilisierungserfolge des Vorjahres weiter konsolidiert werden. Während sich die Sicherheitslage weiter verbesserte, schritt jedoch die politische Versöhnung nur langsam voran. Erfolgreich verliefen die Verhandlungen zwischen der irakischen Regierung und Washington über einen US Truppenrückzug. Dagegen eskalierte der Nahostkonflikt am Ende des Jah-

res. Der 22 Tage dauernde Gaza-Krieg forderte mindestens 1200 palästinensische sowie 13 israelische Opfer. Israel, unterstützt durch die USA und die EU-Staaten, hatte an einer Wirtschaftsblockade und einer politischen Isolierungsstrategie der Hamas festgehalten. Die Hamas wiederum weigerte sich, Israels Existenzrecht anzuerkennen und der Gewalt abzuschwören. Nachdem ein im Dezember auslaufender Waffenstillstand nicht die erhoffte Wirkung gezeitigt hatte und die Hamas den Raketenbeschuss Israels intensivierte, entschied sich Israel zu einer massiven militärischen Aktion vor dem Amtsantritt des neuen amerikanischen Präsidenten Barack Obama.

Dieser gemischten Jahresbilanz im Nahen und Mittleren Osten stand eine rasante Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan und Pakistan gegenüber. Südwestasien entwickelte sich 2008 zu einem Brennpunkt der westlichen Sicherheitspolitik. In Afghanistan nahmen die Anschläge durch Aufständische stark zu, und mit 294 Opfern erreichte die Zahl der getöteten internationalen Soldaten 2008 einen Höchststand. Die Taliban kontrollierten wieder grosse Teile des Südens und des Westens des Landes. Zusammen mit der mangelnden wirtschaftlichen Entwicklung und dem nur schleppenden Staatsaufbau führte die Verschlechterung der Sicherheitslage zu einem Imageverlust von Präsident Karzai und teilweise auch der internationalen Gemeinschaft.

Aufgrund der innenpolitischen Destabilisierung Pakistans nahm die Gefahr einer regionalen Destabilisierung im Jahr 2008 markant zu. Zur innenpolitischen Instabilität beigetragen hatte der Machtkampf zwischen dem Militär und den politischen Parteien, der sich seit 2007 zuspitzte und im erzwungenen Rücktritt Musharrafs gipfelte (18.8.08). Die nur sehr selektive Terrorbekämpfung des Militärs erlaubte es militanten Islamisten und der al-Kaida, sich im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet einzunisten. Teile des Geheimdienstes und der Armee hatten radikale Gruppen jahrelang unterstützt, um Druck auf Indien und Afghanistan auszuüben. Nun drohte der neuen demokratischen Regierung und der Armee aber zunehmend die Kontrolle über diese Gruppierungen zu entgleiten. Pakistan wurde zunehmend selbst zu einem Ziel von terroristischen Anschlägen. Die von pakistanischem Territorium ausgehende Bedrohung durch militante Islamisten manifestierte sich zunehmend auch in Indien und Afghanistan.

Der unüberlegte Angriff georgischer Truppen auf die abtrünnige Republik Südossetien (7.8.09) sowie die darauf folgende Militärintervention Russlands in Georgien und die völkerrechtswidrige Anerkennung Südossetiens und Abchasiens durch Moskau (26.8.08) liessen den Kaukasus wieder zu einem sicherheitspolitischen Brennpunkt werden. Russland unterstrich mit der militärischen Machtdemonstration, dass es bereit ist, seinen Machtanspruch im Kaukasus mit allen Mitteln

durchzusetzen. Gleichzeitig diente sein unilaterales Vorgehen als unmissverständliche Warnung an den Westen, seinen Einfluss im post-sowjetischen Raum nicht noch weiter auszudehnen. Ein Nato-Beitritt der Ukraine und Georgiens ist aus russischer Sicht inakzeptabel. Standen für Washington die geopolitischen Konsequenzen der Georgienkrise im Vordergrund, so hatte der Krieg für Europa auch energiepolitische Konsequenzen. Die jahrelangen Bemühungen des Westens um die Schaffung eines sicheren Ost-West-Energiekorridors unter Umgehung Russlands erlitten einen herben Rückschlag.

Insgesamt machten die Ereignisse des Jahres 2008 die Grenzen der USA als allein führende globale Ordnungsmacht zunehmend offensichtlich. Dies liess sich in geopolitischer Hinsicht im Nahen und Mittleren Osten, in Asien, wie auch im postsowjetischen Raum erkennen. Aber auch auf ökonomischem Gebiet bürsteten die USA aufgrund der Finanzmarktkrise an Gestaltungsmacht ein. Dabei schienen die Schwäche des Dollar und der Aufstieg des Euro bereits seit einiger Zeit auf Machtverschiebungen innerhalb der globalen Märkte hinzuweisen. Als Ironie der Globalisierung erwies sich die Akkumulation von Kapital in den Händen von Staaten wie China und Russland. Allerdings machte der dramatische Zerfall des Ölpreises deutlich, dass sich die weltwirtschaftlichen Konsequenzen der Finanzkrise nicht auf den Westen beschränken würden. Zwar haben die USA unter der Regierung Bush markant an Einfluss und Reputation in der internationalen Politik verloren. Dennoch bleiben sie unverzichtbar für eine nachhaltige Lösung der meisten globalen Probleme. Entsprechend hoch fielen denn auch die Erwartungen an den neuen amerikanischen Präsidenten aus, der am 5.11.2008 in einer historischen Wahl zum ersten schwarzen amerikanischen Präsidenten gewählt wurde.

## **1.2 Aussenpolitik: Beitritt zu Schengen/Dublin – Eskalation des Steuerstreits – Umstrittene Dialogpolitik**

Wie schon im vorangehenden Jahr waren die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU von Herausforderungen im Rahmen der Umsetzung des Schengen-Abkommens und der Personenfreizügigkeit geprägt. Da der Zugang zum europäischen Markt mit den bilateralen Abkommen weitgehend gewährleistet ist, stehen zurzeit taktische Fragen im Zusammenhang mit der Konsolidierung der bilateralen Beziehungen im Vordergrund. Allerdings bleibt der Bilateralismus den Unwägbarkeiten der direkten Demokratie ausgesetzt. So war seine Umsetzung auch in diesem Berichtsjahr von emotionalen innenpolitischen Debatten begleitet.

In der Mitte des Jahres wurde das Schengener Informationssystem SIS, das gemeinsame Personen- und Sachfahndungssystem der Schengen-Staaten, schweizweit in

Betrieb genommen (14.8.08). Mit diesem Fahndungssystem erhielten die Schweizer Sicherheitskräfte ein wichtiges Instrument zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung. Neu können Polizei, Grenzwachtkorps und weitere Stellen auf die im SIS erfassten Personen- und Sachfahndungen zugreifen.

Im Rahmen der operativen Assoziierung der Schweiz an die Verträge von Schengen und Dublin überprüfte die EU die Einhaltung der Vorschriften und Verfahren in der Schweiz in einem mehrmonatigen Evaluationsverfahren. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Evaluationsverfahrens legte der Rat der EU den Zeitpunkt für den Beginn der operativen Zusammenarbeit im Rahmen von Schengen/Dublin definitiv auf den 12. Dezember 2008 fest (27.11.08). In der Nacht vom 11. auf den 12. Dezember begann die operationelle Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU im Rahmen der Sicherheits-, Visums- und Asylzusammenarbeit von Schengen und Dublin. Damit fielen die systematischen Personenkontrollen an der Grenze weg. Die Sicherheit wird durch Ausgleichsmassnahmen und verstärkte Kontrollen an den Aussengrenzen des Schengenraumes gewährleistet. In diesem Zusammenhang verabschiedete der Bundesrat bereits Anfang des Jahres (13.2.08) die Botschaft für eine Schweizer Beteiligung sowohl an der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen der EU (Frontex) wie auch dem Soforteinsatzteam für Grenzsicherungszwecke (Rabit). Frontex und Rabit sind zwei neue Instrumente zur verstärkten Kontrolle der Aussengrenzen sowie zur Intensivierung der grenzüberschreitenden Polizei- und Justizzusammenarbeit.

Ebenfalls im Februar schlossen die EU und die Schweiz die Verhandlungen über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien ab (29.2.08). Im Mai unterzeichnete Bundesrätin Widmer-Schlumpf in Brüssel das entsprechende Zusatzprotokoll zum Freizügigkeitsabkommen. Einige Wochen später verabschiedeten die eidgenössischen Räte die Verlängerung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU und dessen Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien mit 143 zu 40 Stimmen im Nationalrat und 35 zu 2 Stimmen im Ständerat (13.6.08). Sie nahmen damit den Vorschlag der Einigungskonferenz an, die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung als integrale Vorlage zu behandeln, was bis zuletzt umstritten gewesen war. In der Folge ergriff ein überparteiliches Komitee gegen die EU-Personenfreizügigkeit das Referendum, welches im Oktober erfolgreich eingereicht wurde (6.10.08). Im Hinblick auf die Abstimmung vom 8. Februar 2009 empfahlen der Bundesrat und die Kantone in einer gemeinsamen Pressekonferenz (2.12.08) die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit.

In zwei Gesprächsrunden erläuterten Vertreter der Schweiz und der EU im ersten Quartal (23.1.08 und 8.4.08) ihre Standpunkte betreffend der jeweiligen Steuerge-

setze. Dabei blieben unterschiedliche Standpunkte in entscheidenden Fragen, wie der Vereinbarkeit kantonaler Steuerregelungen mit dem Freihandelsabkommen und der Einführung der Unternehmensbesteuerung, weiterhin bestehen. Im Frühjahr geriet die Schweiz in den Strudel des deutsch-liechtensteinischen Steuerstreits. Deutsche Politiker wie Finanzminister Peer Steinbrück verschärfen ihre Drohungen gegenüber «Steuroasen».

Im Oktober traten die Auswirkungen der globalen Finanzkrise ins Zentrum der Aufmerksamkeit auch der Schweizer Politik. Auf der Grundlage einer Lageanalyse durch die Schweizerische Nationalbank (SNB), die Eidgenössische Bankenkommission (EBK) und das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) führte der Bundesrat eine vertiefte Aussprache über die Entwicklungen an den Finanzmärkten, mögliche Verschärfungen der Krise und ihre realwirtschaftlichen Konsequenzen für die Schweiz durch (2.10.08). Einige Tage später beschloss Bundesrat, SNB und EBK ein Massnahmenpaket von über 60 Milliarden Franken, um das Schweizer Finanzsystem zu stabilisieren und das Vertrauen in den Schweizer Finanzmarkt nachhaltig zu stärken (16.10.08).

Vor dem Hintergrund der globalen Finanzkrise eskalierte der Steuerstreit gegen Ende des Jahres zunehmend. Deutschland und Frankreich wollten die Schweiz auf eine schwarze Liste der OECD setzen (20. und 21.10.08). Die Schweizer Regierung war zu einem Treffen der OECD über Steuerparadiese eingeladen worden, hatte eine Teilnahme aber abgelehnt. Der Bundesrat verpasste es, eine klare Strategie zur Zukunft des Finanzstandorts zu vertreten und eine kohärente und proaktive Gegenstrategie zu ergreifen.

Der eskalierende Steuerstreit ist unter anderem auch im Kontext einer Europapolitik der Schweiz zu sehen, die neben dem Konzept der Europakompatibilität zunehmend auch von der Idee der Europakompetitivität geprägt war. In Bereichen wie dem Aussenhandel, der Währungspolitik oder dem Finanzsektor grenzte sich die Schweiz im Sinne eines Standortwettbewerbs teilweise bewusst von der EU ab. In diesem Zusammenhang kritisierte die Kommission, dass Bern keinen privilegierten Zugang zum Nischenmarkt beanspruchen und gleichzeitig EU schädigende Nischenpolitik wie die Steuerregime fortführen und sich die komparativen Vorteile der Nichtmitgliedschaft sichern könne.

Die EU-Nichtmitgliedschaft erlaubte der Schweiz eine eigenständige Vermittlerrolle. Allerdings liessen sich auch in diesem aussenpolitischen Aktivitätsfeld Kohärenzdefizite erkennen. Das Engagement für den Frieden gehört zum nationalen Selbstverständnis der SchweizerInnen. So hiess der Nationalrat als Zweitrat im März den Rahmenkredit für die zivile Friedensförderung und die Stärkung der Menschenrechte mit 123 zu 50 Stimmen gut (4.3.08). Laut dem Bericht des Bun-

desrates über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte 2007 leistete die Schweiz durch verschiedene diplomatische Initiativen einen wesentlichen Beitrag im Bereich der zivilen Friedensförderung. Erfolge im Menschenrechtsdialog mit Vietnam und in den Friedensprozessen in Burundi und Norduganda stünden Stagnation (Kolumbien, Sudan) und Rückschritte in regionalen Friedensprozessen (z.B. Sri Lanka) gegenüber (30.5.2008).

Auch im Jahr 2008 fällt die Bilanz im Bereich der Schweizer Dialogpolitik gemischt aus. Erfolgreich vermittelte die Schweiz zwischen der Türkei und Armenien. Im Juli kam es zu einem «geheimen Treffen» in Bern (8.7.08). Ziel der Vermittlungsbemühungen ist die Normalisierung der Beziehungen zwischen den zwei Staaten, die durch die Massaker an den Armeniern von 1915–17, welche die Türkei nicht als Völkermord anerkennt, belastet sind. Ebenfalls als Erfolg darf das Abkommen mit Russland und Georgien über eine Vertretung der Interessen Russlands in Georgien durch die Schweiz bezeichnet werden (5.12.08). Die Schweiz erhielt eine entsprechende Anfrage Russlands, nachdem im Zuge des bewaffneten Konflikts vom August 2008 Russland und Georgien ihre gegenseitigen diplomatischen Beziehungen abgebrochen hatten.

Der Fall Gontard führte dagegen zu einer diplomatischen Verstimmung zwischen Kolumbien und der Schweiz. Die kolumbianische Regierung beschuldigte den Schweizer Mediator Gontard, er habe 2001 nach der Befreiung zweier Novartis-Geiseln den Farc persönlich 500 000 Franken überbracht und sich an einer Verschwörung beteiligt. Bundesrätin Calmy-Rey und Mediator Gontard nahmen vor der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats Stellung zu der umstrittenen Vermittlerrolle der Schweiz in Kolumbien (20.8.08). Dabei betonte Calmy-Rey, dass der emeritierte Professor kein Diplomat und auch kein Bundesangestellter sei, das EDA aber stets über dessen Aktivitäten im Bild gewesen sei und dass der bei der kolumbianischen Regierung in Ungnade gefallene Mediator nichts hinter dem Rücken seines Auftraggebers gemacht habe.

Ungleich viel mehr innen- wie aussenpolitische Kritik erntete das EDA im Zusammenhang mit einem Arbeitsbesuch der Aussenministerin im Iran, wo Calmy Rey mit dem iranischen Präsidenten Ahmadinejad zusammentraf (17.3.08). Dass die Aussenministerin mit einem Schleier bedeckt und in Gegenwart von Ahmadinejad der Unterzeichnung des Gas-Deals zwischen der Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg und Iran beiwohnte, löste in der Schweiz eine heftige innenpolitische Kontroverse aus. Die Visite im Iran sorgte auch im Ausland für Aufsehen. Kritik wurde insbesondere in den USA und in Grossbritannien geäussert, kann das Gasabkommen doch die westlichen Isolierungsanstrengungen gegenüber Teheran unterlaufen. In Israel fielen die Reaktionen auf den Arbeitsbesuch ungleich viel

heftiger aus. Die damit verbundene Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Israel erschwerte die Vermittlungsaktivitäten der Schweiz im palästinensisch-israelischen Konflikt. Auch im Konflikt zwischen Israel und Syrien vermittelte nicht mehr die Schweiz, sondern die Türkei. Vor diesem Hintergrund entschloss sich der Bundesrat, die Vermittlungsbemühungen der Schweiz im Rahmen des Iran-Dossiers zu stoppen. Auf Ersuchen der EU und Irans organisierte die Schweiz ein Treffen der EU<sub>3</sub>+3 Staaten mit dem iranischen Chefunterhändler für Nuklearfragen in Genf, an dem erstmals ein ranghoher amerikanischer Diplomat teilnahm (19.7.08).

Auch in den Beziehungen zwischen der Schweiz und Libyen kam es zu anhaltenden Spannungen. Anlass dazu war die Verhaftung des Sohns des libyschen Herrschers Ghadhafi in einem Genfer Luxushotel, der zusammen mit seiner Frau Bedienstete misshandelt haben soll (15.7.08). Libyen verlangte von der Schweiz eine Entschuldigung für die Umstände der Verhaftung und eine Einstellung des Verfahrens. Das EDA betonte, dass die Schweiz als Rechtsstaat auf ihre Verfassung achten müsse und zu einem rechtmässigen Verfahren verpflichtet sei. Im Oktober nahm das EDA mit Befriedigung von der Ausreisebewilligung Kenntnis, welche sieben Schweizer BürgerInnen per Ende Oktober erteilt wurde (31.10.08). Es bestanden allerdings weiterhin Spannungen im bilateralen Verhältnis zwischen der Schweiz und Libyen. So war es anderen Schweizer Bürgern weiterhin nicht möglich, das Land zu verlassen und Schweizer Firmen konnten auf libyschem Territorium weiterhin nicht frei ihre Tätigkeit ausüben.

### **1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Anhaltende Grundsatzdebatten – Affäre Nef – Maurer löst Schmid ab**

Auch in diesem Berichtszeitraum rissen die politischen Grundsatzdebatten über die zukünftige Ausrichtung der Schweizer Armee nicht ab. Besonders kontrovers waren wie in den Jahren zuvor die Auslandseinsätze und die Militärgesetzrevision. Im März verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zur Änderung der Militärgesetzgebung (7.3.08). Umstritten waren dabei insbesondere die Frage des WK-Obligatoriums im Ausland sowie die Verpflichtung von Berufs- und Zeitmilitärs zu Auslandseinsätzen. Im Mai votierte die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats gegen das WK-Obligatorium für Schweizer Soldaten im Ausland (9.5.08). Eine Allianz aus SP, Grünen und SVP strich vor der Schlussabstimmung im Nationalrat zudem auch die Verpflichtung von Berufs- und Zeitmilitärs aus der Vorlage. Nach Ansicht der CVP und der FDP wurde damit die Vorlage fast vollständig ausgehöhlt (13.6.08). Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates befürwortete hingegen das

WK-Obligatorium im Ausland und stimmte auch einem Obligatorium für Ausbildung und Einsätze im Friedensförderungs- und Assistenzdienst für das militärische Personal zu (24.6.08). Ende 2008 war die Vorlage weiterhin hängig.

Aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitslage in Afghanistan hatte Bundesrat Schmid bereits im November 2007 beschlossen, das Engagement der Schweizer Armee in Afghanistan offiziell zu beenden. Im Februar 2008 gab das VBS bekannt, dass die beiden letzten in Kunduz stationierten Schweizer Stabsoffiziere in die Schweiz zurückgekehrt seien (23.2.2008). Im März stimmte der Nationalrat der Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes in Kosovo gegen den Widerstand der SVP und der Grünen mit 94 gegen 74 Stimmen zu (5.3.08). Im Juni stimmte der Ständerat der Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes bis 2011 einstimmig zu (11.6.08). Bereits im April hatte das 18. Kontingent seinen Friedensförderungsseinsatz im unabhängigen Kosovo angetreten (3.4.08). Im Februar hatte der Bundesrat beschlossen, Kosovo offiziell anzuerkennen (27.2.08).

Gegen Mitte des Jahres verdichteten sich die negativen Schlagzeilen rund um die Armee in rascher Folge. In Wimmis ereignete sich im Rahmen eines Wiederholungskurses ein Bootsunfall auf der Kander, bei dem zehn Armeeeingehörige verunglückten (12.6.08). Vier der Verunglückten kamen bei dem Unfall ums Leben, einer der Betroffenen wurde weiter vermisst. Im Zusammenhang mit dem Bootsunglück traten Unregelmässigkeiten bei der Kaderelektion der Luftwaffe zutage, für die Walter Knutti als direkter Unterstellter des Armeechefs verantwortlich zeichnete. Nachdem Knutti seine Demission eingereicht hatte, gab der Chef der Armee den sofortigen Rücktritt des Kommandanten der Luftwaffe bekannt (20.6.08).

Korpskommandant Roland Nef hatte den Posten des Chefs der Armee im Januar angetreten (9.1.08). Nef wollte die Armee konsolidieren, wobei er in erster Linie die Grundbereitschaft der Armee erhöhen, die Logistik in Ordnung bringen und die Personalführung zur Chefsache erklären wollte. Als in der Presse bekannt wurde, dass Nef zur Zeit seiner Wahl im Sommer 2007 mit einem Strafverfahren wegen Nötigung seiner ehemaligen Partnerin konfrontiert war, nahm der mediale Druck auf den neuen Chef der Armee stetig zu. Im Juli äusserte sich Bundesrat Schmid erstmals vor den Medien zur Affäre Nef (18.7.08). Zu diesem Zeitpunkt stellte er sich noch voll und ganz hinter Nef und rechtfertigte sein eigenes Vorgehen bei dessen Nominierung.

Nur wenig später beschloss der Bundesrat dann allerdings, das Arbeitsverhältnis mit Korpskommandant Nef aufzulösen (20.8.08). Divisionär André Blattmann übernahm ad interim die Führung der Armee. Im November nahm das VBS von dem Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates zu den Umständen der Ernennung von Nef zum Chef der Armee Kenntnis und leitete Verbesserungs-

massnahmen bei der Selektion von höchsten Kadern der Bundesverwaltung ein. Der Bericht hielt fest, Bundesrat Schmid habe einen schweren Fehler gemacht, indem er dem Bundesrat Roland Nef zur Wahl als Armeechef vorschlug (28.11.08).

Um seinen Willen zur sanften Weiterentwicklung der Strategie «Sicherheit durch Kooperation» zu signalisieren, beschloss der Gesamtbundesrat, den sicherheitspolitischen Bericht zu überarbeiten (2.7.08). Anlässlich einer Aussprache bestätigte der Bundesrat im August den Entwicklungsschritt 08/11 als bedrohungsgerecht. Gleichzeitig formulierte er zusätzliche Massnahmen, die der künftige Chef der Armee umsetzen sollte, damit die personellen und materiellen Ressourcen der Armee effizient eingesetzt werden konnten (20.8.08). Bereits einige Wochen zuvor hatte die SVP angekündigt, sie werde alle Kredite für die Armee sistieren, solange Schmid VBS-Chef sei (8.8.08). Im September lehnte eine Allianz aus SP, Grünen und SVP das Rüstungsprogramm 2008 im Nationalrat ab (24.9.08). Wenig später gab Bundesrat Schmid nach acht Jahren im Amt seinen Rücktritt per 31. Dezember 2008 bekannt (12.11.08). Der Rücktritt erfolgte gemäss seinen eigenen Worten seiner Gesundheit, seiner Familie, seinem Land und der Armee zuliebe.

Die Vereinigte Bundesversammlung wählte in einer Ersatzwahl Ueli Maurer als Nachfolger für den zurückgetretenen Samuel Schmid in den Schweizer Bundesrat. Maurer war neben Christoph Blocher von der Bundeshaus-Fraktion der SVP offiziell vorgeschlagen worden und wurde im dritten Wahlgang mit exakt den für das absolute Mehr nötigen 122 Stimmen gewählt (10.12.08). Noch am Wahltag entschied der Bundesrat, dass Bundesrat Maurer von seinem Vorgänger das VBS übernehmen werde.

#### **1.4 Innere Sicherheit: Zusammenlegung der Nachrichtendienste – Kritik an BWIS II – Armeeinsätze am WEF und an der Euro 08**

Im Rahmen der Bewältigung asymmetrischer Risiken und Bedrohungen kommt der Kooperation und Koordination der sicherheitspolitischen Mittel und Instrumente im Bereich der Inneren und Äusseren Sicherheit eine entscheidende Bedeutung zu. Einmal mehr befasste sich der Bundesrat in diesem Zusammenhang mit der Ausgestaltung der strategischen Krisenorganisation auf Stufe des Bundes. Im Mai beschloss der Bundesrat, die nachrichtendienstlichen Teile des Dienstes für Analyse und Prävention (DAP) inklusive Bundeslagezentrum aus dem Bundesamt für Polizei ins VBS zu transferieren und damit die zivilen Nachrichtendienste in einem Departement zusammenzufassen (21.5.08). Dies entsprach einer langjährigen Forderung des Parlamentes. Der Wechsel fand am 1. Januar 2009 statt. Der

Bundesrat ermächtigte ausserdem den Vorsteher des VBS, die Koordination im Bereich Sicherheitspolitik in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bundesstellen und den Kantonen umfassend sicherzustellen. Mit dieser interpretationsbedürftigen Formel wurde vorerst ein Schlussstrich unter die langjährige Debatte um die Schaffung eines Sicherheitsdepartementes gezogen.

Im Juli veröffentlichte das Bundesamt für Polizei den Bericht zur inneren Sicherheit der Schweiz 2007 (4.7.08). Der Bericht hielt ähnlich wie im Vorjahr fest, dass der islamistisch motivierte Terrorismus in Europa nach wie vor präsent bleibe. Obwohl die Schweiz in der Gefahrenzone liege, wurden weiterhin keine konkreten Hinweise für einen Anschlag festgestellt. Im Bereich der Gesetzgebung riss das Tauziehen um die Revisionsvorlage des Bundesgesetzes über die Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS II) weiterhin nicht ab. Die Revision sieht vor, dass «besondere Mittel der Informationsbeschaffung» eingesetzt werden können, wenn konkrete Gefahr in den Bereichen Terrorismus, politischer und militärischer Nachrichtendienst und verbotener Handel mit Waffen und radioaktiven Materialien droht. Als erste wies die Rechtskommission des Nationalrates das Geschäft zur Überarbeitung an den Bundesrat zurück. Zwar lehnte die Kommission die präventiv-polizeiliche Überwachung von Telefonen, E-Mails oder privaten Räumen nicht kategorisch ab, doch verlangte sie in verschiedenen Bereichen Präzisierungen und Konkretisierungen (20.6.08). Im Dezember beschloss der Nationalrat, gar nicht auf die Vorlage einzutreten (17.12.08). Der Ständerat berät erst im Frühjahr 2009 über die Vorlage.

Nachdem Nationalrat und Ständerat das Bundesgesetz über die polizeilichen Informationssysteme (BPI) einstimmig gutgeheissen hatten, verabschiedete der Bundesrat im Oktober das BPI und sein Ausführungsrecht (15.10.08). Das BPI harmonisiert die polizeilichen Informationssysteme des Bundes und fasst ihre Rechtsgrundlagen in einem Gesetz zusammen. Es schafft ausserdem die definitive gesetzliche Grundlage für den Nationalen Polizeiindex, mit dem auf elektronischem Weg abgeklärt werden kann, ob eine Person bei einer anderen Polizeibehörde bereits aktenkundig ist. Ebenfalls im Oktober genehmigte der Bundesrat einen Zusammenarbeitvertrag mit der EU-Institution Eurojust, welche die Strafverfolgung von grenzüberschreitender und organisierter Kriminalität koordiniert (15.10.08). Der Vertrag regelt den Informationsaustausch zwischen der Schweiz und Eurojust und gewährleistet ein hohes Datenschutzniveau.

Die Leistungen der Armee zur Unterstützung der zivilen Behörden fielen auch in diesem Berichtszeitraum gross aus. Beim World Economic Forum (WEF) 2008 standen vom 14.–28. Januar durchschnittlich rund 3400 Soldaten pro Tag im Einsatz. Die Armee schützte ausserhalb von Davos Infrastruktureinrichtungen. In Davos sel-

ber kamen Angehörige der Militärischen Sicherheit in den Bereichen Personenschutz und Zutrittskontrollen zum Einsatz. Die Luftwaffe gewährleistete die Sicherheit des Luftraumes. Die Einsatzverantwortung lag bei den zivilen Behörden.

Die Vorbereitungen auf die Euro 2008 waren das erste Halbjahr über ein Thema. Im Januar unterzeichneten die Schweiz und Europol eine gemeinsame Absichtserklärung zur Zusammenarbeit während der Euro 2008 (10.1.08). Im März hiess der Bundesrat den Antrag der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren um Unterstützung durch ausländische Polizeikräfte aus Deutschland und Frankreich gut (7.3.08). Insgesamt leisteten die mehr als 10 000 Angehörigen der Armee 123 935 Einsatztage zugunsten der *Host Cities* Bern, Genf, Zürich und Basel (10.7.08). Die Leistungen der Armee umfassten Manpower, Materiallieferungen und Spezialaufträge. Die Einsatzverantwortung trugen die zivilen Behörden.

## 2 Untersuchungsdesign

Seit 1990 führen die Dozentur für *Militärsoziologie der Militärakademie an der ETH Zürich* und die *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich* in regelmässigen Abständen die bevölkerungsrepräsentative Befragung «Sicherheit» zur Wahrnehmung von Themen der nationalen Sicherheit im weitesten Sinne durch.

Ziel dieser Erhebungen ist die Ermittlung von Trends und Tendenzen in Bezug auf:

- das allgemeine Sicherheits- und Bedrohungsempfinden,
- das Vertrauen in Institutionen und Behörden,
- den Grad an aussen- und sicherheitspolitischer Kooperationsbereitschaft,
- die Neutralität allgemein und verschiedene Auffassungen von Neutralität,
- die Einstellung zur militärischen Landesverteidigung.

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen gestellten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. 2009 waren dies:

- Akzeptanz von verschiedenen Massnahmen zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit,
- Einschätzung der Bedrohung durch unterschiedliche Ereignisse,
- Zustimmung zu verschiedenen Formen der Zusammenarbeit mit Armeen anderer europäischer Staaten,
- Begründungen für die Notwendigkeit der Armee,
- Wehrstruktur: Präferenzen bezüglich Rekrutierungs- und Dienstleistungsform,
- Beurteilung der Schweizer Armee: Ausbildung, Führung, Einsatzbereitschaft, Ausrüstung und Motivation.



### 3 Datenbasis

Die Daten 2009 beruhen auf einer Repräsentativbefragung (CATI: Computer Assisted Telephone Interview) von 1200 Schweizer StimmbürgerInnen aus allen drei Landesteilen. Die Interviews wurden vom 07. bis 28. Januar 2009 durch das Befragungsinstitut ISOPUBLIC AG durchgeführt.

Die Stichprobenauswahl erfolgte nach der «Random-Quota»-Methode (Alter, Geschlecht, Region). Die Resultate sind ungewichtet. Die nach dem AAPOR-Standard berechnete Ausschöpfungsquote beträgt 21%,<sup>1</sup> die Befragungen dauerten im Schnitt 27 Minuten.

Tabelle 3.1 zeigt die Verteilung der Interviews nach Geschlecht, Alter und Region. Insgesamt wurden zum Beispiel 566 Männer befragt. Dies entspricht 47% der Stichprobe.

*Tabelle 3.1: Quotenplan 2009: Schweizer Stimmbevölkerung*

Merkmal	Anzahl absolut	Anzahl in %	BFS 2007 in %
Region			
D-CH	859	72	72
F-CH	287	24	24
I-CH	54	4	4
Geschlecht			
Männer	566	47	47
Frauen	634	53	53
Alter Männer			
18–29 Jahre	103	9	9
30–59 Jahre	306	25	25
60++ Jahre	157	13	13
Alter Frauen			
18–29 Jahre	100	8	8
30–59 Jahre	320	26	26
<b>Total</b>	<b>1200</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

1 Die Stichprobentheorie basiert auf einer absoluten Ausschöpfungsquote. Bei Studien mit einer Rücklaufquote von weniger als 100% muss mit Verzerrungen gerechnet werden; besonders dann, wenn sich die Antwortenden von den Nicht-Antwortenden systematisch unterscheiden. Eine hohe Ausschöpfungsquote minimiert zwar das Risiko von Verzerrungen, ein Zusammenhang zwischen Rücklaufquote und Ausmass von Verzerrungen ist jedoch nicht per se gegeben. Groves (2006) nimmt an, dass die Verzerrungen innerhalb einer Studie grösser sind als zwischen Studien mit unterschiedlicher Rücklaufquote. Anzunehmen ist, dass im Falle dieser Studie die Teilnahme an der Umfrage unter anderem vom generellen Interesse an Sicherheitspolitik und von der Einstellung gegenüber dem Auftraggeber (Bund) abhängt und dass das Risiko von Verzerrungen bei Fragen, die direkt mit diesen Einstellungen in Zusammenhang stehen, am höchsten ist.

Die Häufigkeitsverteilungen der Antworten auf die gestellten Fragen sind im Anhang III aufgeführt. Der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% beträgt im ungünstigsten Fall  $\pm 3\%$ . Wo nicht anders erwähnt, sind sämtliche angegebenen Zusammenhangsgrößen mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5% signifikant ( $\alpha = 5\%$ ). Zusätzliche Informationen zur Methodik und zu den verwendeten Einstellungstypologien finden sich in Anhang I bzw. in Anhang II. Die  $\pm$  Prozentwerte geben Veränderungen im Vergleich zur letzten Erhebung vom Februar 2008 an.

Tabelle 3.2: Wichtigste Datenerhebungen 1976 bis 2009

Jahr	Anzahl	Publikation	Erhebungszeitraum	Institut
1976	1872	Ruth Meyer «Werte und Wertordnungen in der schweizerischen Bevölkerung»	1976	Isopublic
1983	1786	Haltiner K.W. (1986) : «Der Bürger und seine Verteidigung» (NFP 11)	Juni – Oktober 1983	gfs
1986	666	Riklin et al. (1986): Bericht zum UniVox-Thema Ivb «Verteidigung»	1986	gfs
1988	676	Riklin et al. (1988): Bericht zum UniVox-Thema Ivb «Verteidigung»	1988	gfs
1989/90	1061	Haltiner, K.W. (1990): Nachbefragung zur Initiative «Schweiz ohne Armee». Bern: Stab der Gruppe für Ausbildung, EMD	Dezember 1989	Isopublic
1990	686	Riklin et al. (1990): Bericht zum UniVox-Thema Ivb «Verteidigung»	1990	gfs
1990/91	1005	Buri et al. (1991): Sicherheit 1991	17.11.1990 – 28.02.1991	Explora
1992	1003	Haltiner/ Bertossa (1993): Stand der Sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung	16.11.1992 – 08.12.1992	Demoscope
1993	1003	Haltiner et al. (1994): Öffnung oder Isolation der Schweiz?	April – Juni 1993	Isopublic
1994	827	Haltiner (1994): Sicherheit 1994. Unveröffentlichter Bericht	1994	Isopublic
1995	795	Haltiner et al. (1995): Sicherheit '95	21.02. – 21.03.1995	IHA
1996	821	Haltiner et al. (1996): Sicherheit '96	22.02. – 16.04.1996	Isopublic
1997	1014	Haltiner et al. (1997): Sicherheit '97	24.02. – 11.03.1997	Demoscope
1998	1000	Haltiner et al. (1998): Sicherheit '98	24.02. – 15.03.1998	Isopublic
1999/1	1201	Haltiner et al. (1999): Sicherheit 1999	Januar – Februar 1999	IPSO
1999/2	1009	Haltiner et al. (1999): Sicherheit 1999	August 1999	Demoscope
2000	1202	Haltiner et al. (2000): Sicherheit 2000	Januar – Februar 2000	Demoscope
2001	1235	Haltiner et al. (2001): Sicherheit 2001	Januar – Februar 2001	Isopublic
2002	1201	Haltiner et al. (2002): Sicherheit 2002	Februar 2002	Demoscope
2003/1	1202	Haltiner et al. (2003): Sicherheit 2003	11.01 – 05.02.2003	gfs
2003/2	1002	Haltiner et al. (2003): Sicherheit 2003	07.04. – 14.04.2003	Demoscope
2004/1	1200	Haltiner et al. (2004): Sicherheit 2004	07.01. – 09.02.2004	Isopublic
2004/2	803	Haltiner et al. (2004): Sicherheit 2004	22.03. – 28.03.2004	Demoscope
2005	1200	Haltiner et al. (2005): Sicherheit 2005	17.01. – 04.02.2005	Demoscope
2006/1	1200	Haltiner et al. (2006): Sicherheit 2006	16.01. – 06.02.2006	LINK

## Datenbasis

2006/2	826	Haltiner et al. (2007): Sicherheit 2007	23.10. – 01.11.2006	Isopublic
2007	1200	Haltiner et al. (2007): Sicherheit 2007	15.01. – 10.02.2007	Isopublic
2008	1200	Haltiner et al. (2008): Sicherheit 2008	14.01. – 02.02.2008	Demoscope
2009	1200	Haltiner et al. (2009): Sicherheit 2009	07.01. – 28.01.2009	Isopublic



## 4 Sicherheitsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt

### 4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden

Als allgemeines Sicherheitsempfinden kann die unspezifische Wahrnehmung bezeichnet werden, wonach Befragte das, was ihnen in ihrer aktuellen Lebensumgebung wichtig erscheint, zurzeit als ungefährdet sehen. Die Teilnehmer der Studie können seit 1991 ihr Sicherheitsgefühl auf vier Stufen mit «sehr sicher» (4), «eher sicher» (3), «eher unsicher» (2) und «ganz unsicher» (1) bezeichnen. 90% ( $\pm 0\%$ , siehe Abbildung 4.1) der befragten SchweizerInnen geben 2009 an, sich «ganz allgemein [...] in der heutigen Zeit» «sehr» oder «eher» sicher zu fühlen. Damit hat sich das allgemeine Sicherheitsgefühl auf dem Niveau von 2008 – dem höchsten der gesamten Messreihe – gehalten. Aufgrund der leichten Abnahme der Nennungen von «sehr sicher» zugunsten der Angabe eines «eher» sicheren Gefühls hat sich der Mittelwert des gefühlten Sicherheitsniveaus gegenüber dem Vorjahr von 3.25 auf 3.23 ganz leicht aber nicht signifikant reduziert. Wie 2008 liegt auch dieses Jahr der Anteil jener, welche sich unsicher fühlen, so tief wie nie zuvor.

Die hohe gefühlte Sicherheit nach dem Krisenherbst 2008 scheint im Widerspruch zum vermuteten Zusammenhang zwischen den Wirtschaftszyklen und dem allgemeinen Sicherheitsbefinden zu stehen. Zeitreihenanalysen aus dem Jahr 2008 zeigen jedoch, dass zwischen volkswirtschaftlichen Kennzahlen wie der Arbeitslosenquote oder der Inflation und dem gemessenen Sicherheitsgefühl ein zeitlich verzögerter Zusammenhang besteht. Ausserdem lag im Januar 2009 die Arbeitslosenquote unter den Schweizer BürgerInnen mit 2.3% nur um 0.4 Prozentpunkte höher als im Vorjahresmonat<sup>1</sup>, und obwohl die Konsumentenstimmung<sup>2</sup> im Jahresverlauf abgenommen hat, blieb der Konsum<sup>3</sup> 2008 bei abnehmender Teuerung<sup>4</sup> stabil.

1 Quelle: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (2009): Die Lage auf dem Arbeitsmarkt. [http://www.amstat.ch/infospc/public/archiv/200901\\_de.pdf](http://www.amstat.ch/infospc/public/archiv/200901_de.pdf).

2 Quelle: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (2009): Konsumentenstimmungsindex. <http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00453/index.html>.

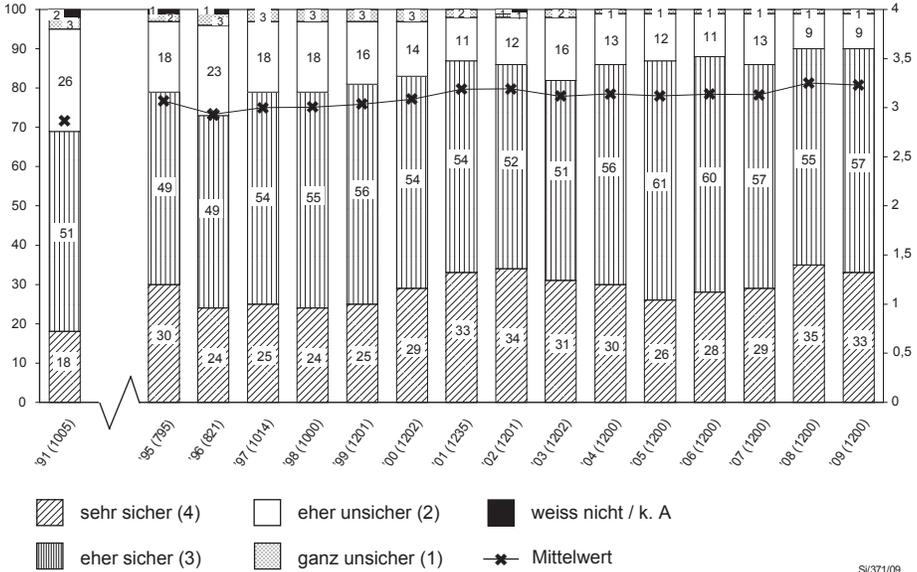
3 Quelle: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (2009): Jahresaggregate des Bruttoinlandproduktes, Verwendungsansatz (BFS). <http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00456/00458/index.html?lang=de>.

4 Quelle: Bundesamt für Statistik (2009): Landesindex der Konsumentenpreise – Indikatoren. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05/02/blank/key/aktuell.html>.

Abbildung 4.1

Allgemeines Sicherheitsgefühl

«Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in der heutigen Zeit?» (Angaben in Prozent)



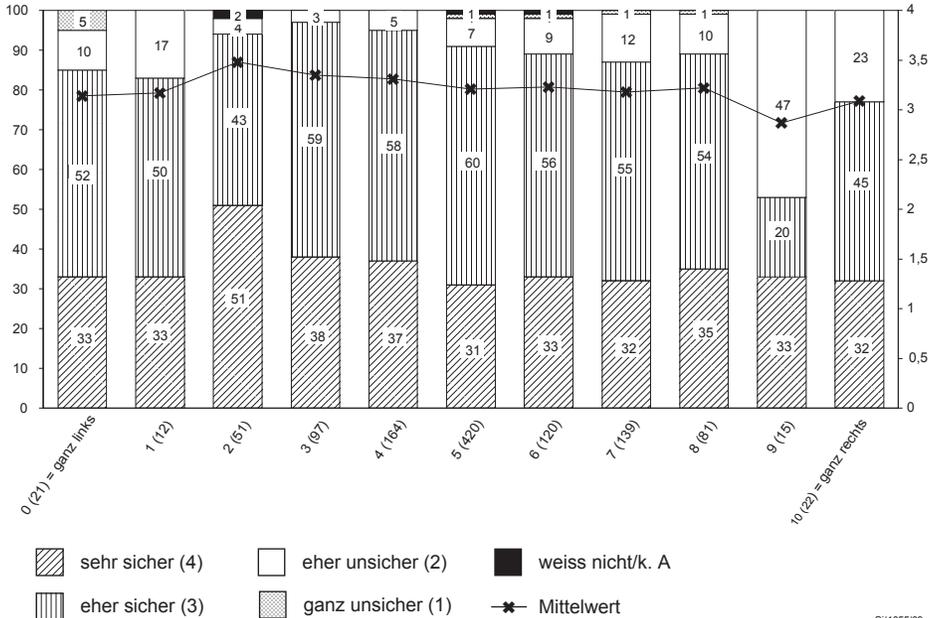
4.1.1 Allgemeine Sicherheit – Demographie

Wie in den Vorjahren äussern Frauen im Durchschnitt ein geringeres Sicherheitsgefühl als Männer. Die Altersgruppe der ab 60-Jährigen berichtet ein tieferes Sicherheitsniveau als die 18–29- bzw. 30–59-jährigen SchweizerInnen. Die Stichprobenmitglieder mit einer mittleren Bildung (Berufsschule/Gewerbeschule/KV und Mittelschule/Gymnasium) oder Höhergebildete (Technikum/Fachhochschule/Seminar/Hochschule/Uni, ETH/HW) fühlen sich signifikant sicherer als solche mit einer tiefen Bildung.

Grundsätzlich fühlen sich die Befragten umso unsicherer, je stärker sie sich politisch als rechts einstufen. Stark links (0, 1) bzw. rechts (9, 10) eingestellte Personen weisen im Durchschnitt die tiefste gefühlte Sicherheit aus (siehe Abbildung 4.2).

Abbildung 4.2

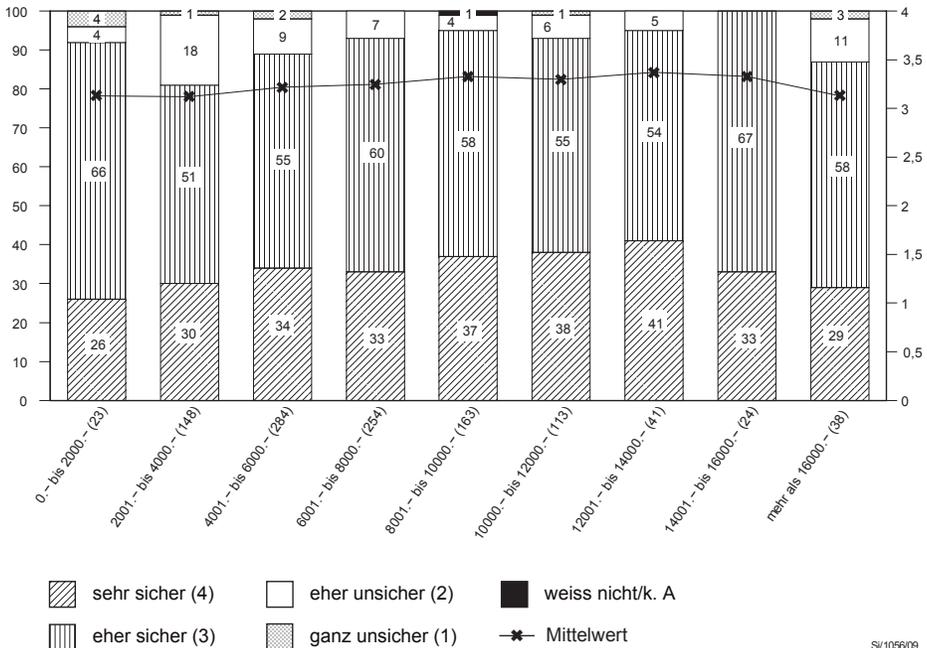
Mittleres Sicherheitsgefühl nach politischer Einstellung auf einer Skala von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) in Prozent



2009 wurde erstmals das Haushaltseinkommen (netto) der befragten Personen erfasst. Insgesamt fühlen sich die SchweizerInnen umso sicherer, je höher das Nettoeinkommen ihres Haushalts ist. Allerdings wird unter den Mitgliedern der reichsten Gruppe (mehr als CHF 16 000.– Nettoeinkommen pro Monat) ein mittleres Sicherheitsgefühl gemessen, welches auf demselben Niveau der Personen der untersten Einkommensklasse (CHF 0.– bis CHF 2 000.–) liegt (siehe Abbildung 4.3). Ein leicht höheres Sicherheitsempfinden in der Deutschschweiz kann auch dieses Jahr beobachtet werden, der Unterschied zu Personen aus der italienischsprachigen und französischsprachigen Schweiz ist aber nicht signifikant.

Abbildung 4.3

Mittleres Sicherheitsgefühl nach Haushaltseinkommen (netto) (Angaben in Prozent)



SI/1056/09

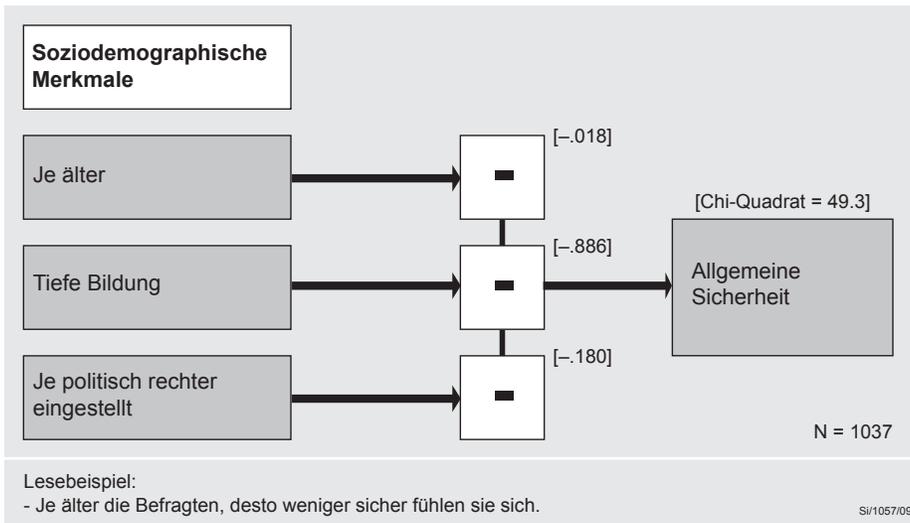
Aus den beobachteten Gruppenunterschieden kann aber nicht geschlossen werden, dass die gewählten demographischen Variablen auch die tatsächlichen Bestimmungsfaktoren der gefühlten Sicherheit darstellen. Um zu überprüfen, welche individuellen Merkmale das allgemeine Sicherheitsgefühl erklären können, sollte eine gemeinsame Analyse aller Merkmale der Befragten durchgeführt werden. Damit kann erkannt werden, ob eine Variable in einem direkten Zusammenhang mit dem allgemeinen Sicherheitsgefühl steht oder ob diese Eigenschaft nur häufig gleichzeitig mit tatsächlichen Bestimmungsfaktoren der allgemeinen Sicherheit beobachtet wird.

Eine Regressionsanalyse unter Einbezug von Geschlecht, Sprachregion, politischer Einstellung, Bildung und Haushaltseinkommen zeigt, dass nur das Alter, die politische Einstellung und eine tiefe Bildung einen direkten Zusammenhang mit der gefühlten Sicherheit aufweisen (siehe Abbildung 4.4). Wie bereits die Gruppenvergleiche gezeigt haben, fühlen sich die SchweizerInnen umso weniger sicher, je älter sie sind. Eine tiefe Bildung beeinflusst gemäss der Regression das allgemeine Sicherheitsgefühl ebenfalls negativ. Der beobachtete Unterschied zwischen höher

gebildeten Leuten und Personen mit einer mittleren Bildung erklärt sich hingegen mit dem höheren Einkommen, das diese Befragten erzielen. Personen mit einem Hochschulstudium fühlen sich also nicht signifikant sicherer als solche mit einer Berufslehre.

Abbildung 4.4

Soziodemographische Bestimmungsfaktoren des Sicherheitsgefühls 2009 (logistische Regression, nicht standardisierte Betas, nur statistisch signifikante Effekte)



## 4.2 Zukunftseinschätzung der Schweiz

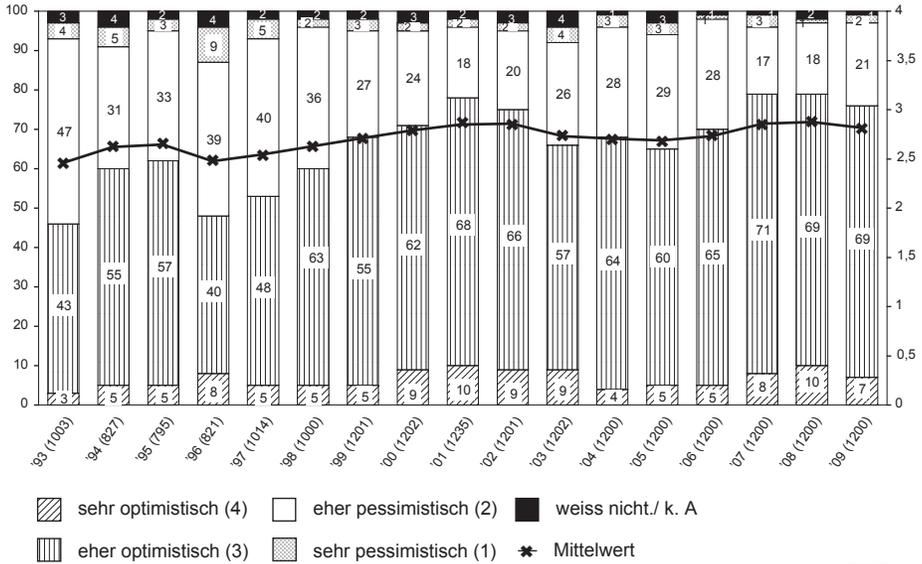
Drei Viertel der SchweizerInnen beurteilen 2009 die Landes Zukunft optimistisch (76%, -4%; siehe Abbildung 4.5). Die Zukunft der Schweiz wird von den Befragten signifikant schlechter eingeschätzt als noch im Vorjahr. Der Anteil jener, welche die Zukunft der Schweiz «sehr optimistisch» (7%, -3%) beurteilen, nahm zu Gunsten der «eher pessimistischen» (21%, +3%) Einschätzungen ab. Die Aufwärtsentwicklung in der Optimismusintensität der letzten fünf Jahre wurde demnach auf hohem Niveau gestoppt.

Die früher stets beobachteten Unterschiede in der Zukunftszuversicht nach Sprachregion und Geschlecht sind dieses Jahr nicht signifikant. Die unteren Bildungsschichten sehen die Zukunft der Schweiz aber nach wie vor weniger optimistisch.

Abbildung 4.5

Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz

«Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz?» (Angaben in Prozent)



SI/370/09

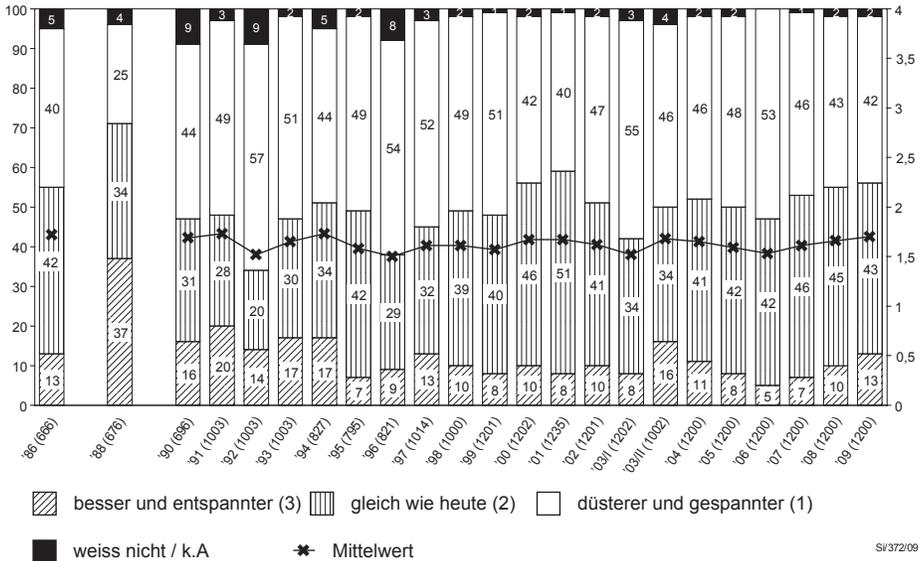
### 4.3 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage

Wie in den Jahren 2006 und 2007 bewegt sich auch dieses Jahr die Einschätzung der Weltlage gegenläufig zum Optimismus für die Entwicklung der Schweiz (siehe Abbildung 4.6). Obwohl die Befragten die weltpolitische Lage im Durchschnitt nicht signifikant positiver beurteilen als im Vorjahr, fällt die Zunahme der Erwartung einer «besseren und entspannteren» Lage (13%, +3%) auf Kosten der Einschätzungen einer gleich bleibenden (43%, -2%) oder «düsteren und gespannten» Welt auf. Während 2006 noch eine Mehrheit der Befragten (53%) die weltpolitische Lage für die nähere Zukunft negativ einschätzte, hat dieses Meinungsbild in den darauf folgenden Jahren stetig abgenommen.

Abbildung 4.6

Einschätzung der weltpolitischen Lage

«Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird?» (Angaben in Prozent)



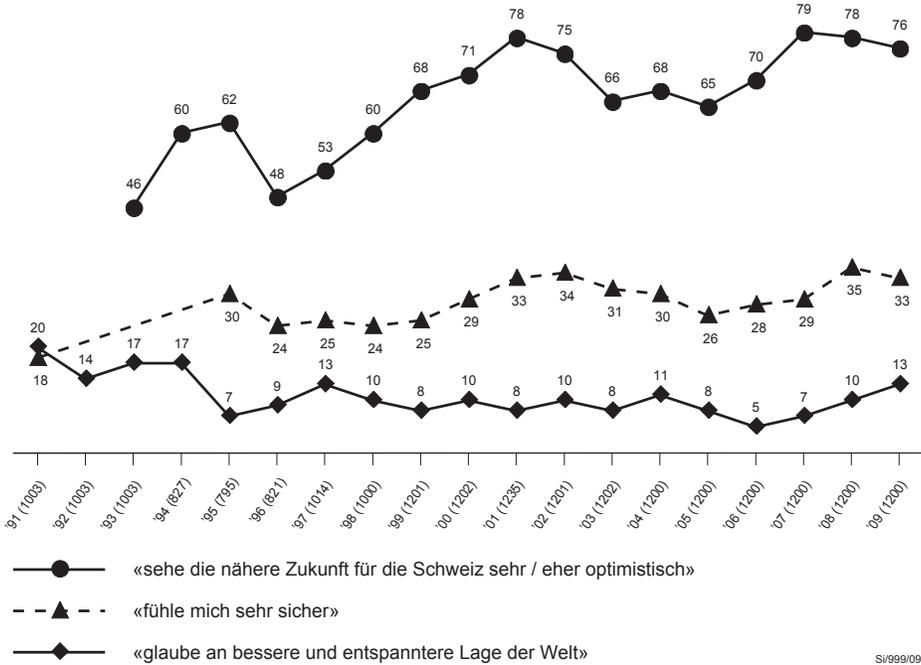
#### 4.4 Landeszuversicht, allgemeine Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmung – Trends

In der langfristigen Entwicklung bewegen sich die allgemeine Sicherheitswahrnehmung, die Zuversicht hinsichtlich der Entwicklung der Schweiz und die Einschätzung der Weltlage in einem hohen Masse gleichläufig (siehe Abbildung 4.7), wobei sich das allgemeine Sicherheitsgefühl stärker im Gleichklang mit der Einschätzung der nationalen Entwicklung bewegt als mit der Einschätzung der Weltlage («besser und entspannter»). Die offensichtliche Gleichläufigkeit könnte ein Hinweis darauf sein, dass das Sicherheitsgefühl, das in der Fragestellung unserer Erhebung auf die eigene Person bezogen wird («Wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?»), erheblich von Makrofaktoren wie etwa der Wahrnehmung der Landesentwicklung und den Erwartungen über die globale Sicherheitslage mitbestimmt wird.

SI/372/09

Abbildung 4.7

Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz, der weltpolitischen Lage und des allgemeinen Sicherheitsgefühls (Angaben in Prozent)



Der Schweiz-Optimismus zeigt im Vergleich zu den beiden anderen Variablen eine markant höhere Volatilität (siehe Abbildung 4.5). In ihm künden sich Trendwenden rascher an als in den beiden anderen Wahrnehmungsvariablen. So schlägt die Zuversicht in die Entwicklung der Schweiz im Nachgang zu den Terrorattacken in den USA vom 11. September 2001 um ein Jahr schneller in Pessimismus um als die Sicherheitswahrnehmung und die Einschätzung der Weltlage. Dieses Mass darf damit nach den bisher gewonnen Erfahrungen dieser Messreihe als sensibler Prädiktor für die Veränderung der Sicherheitswahrnehmung in der Schweizer Stimmbevölkerung eingestuft werden.

Diese Vermutung bestätigt auch eine probit-Regressionsanalyse über alle abgedeckten Jahre der Studie:<sup>5</sup> Das Sicherheitsempfinden kann in erster Linie durch die Wahrnehmung der nationalen Zukunft und in zweiter Linie durch die Einschätzung

5 Für die Berechnung der probit-Regressionsmodelle geht ein Dank an Tobias Stucki. Zur probit-Regressionsanalyse vgl. Anhang I, VII Regressionsanalyse.

der weltpolitischen Lage prognostiziert werden. Dieser statistische Zusammenhang gilt auch dann, wenn man andere wichtige Merkmale wie Bildung, politische Einstellung, Geschlecht und regionale Herkunft mitberücksichtigt, welche die Ausprägung des subjektiven Sicherheitsgefühls ebenfalls vorhersagen.<sup>6</sup>

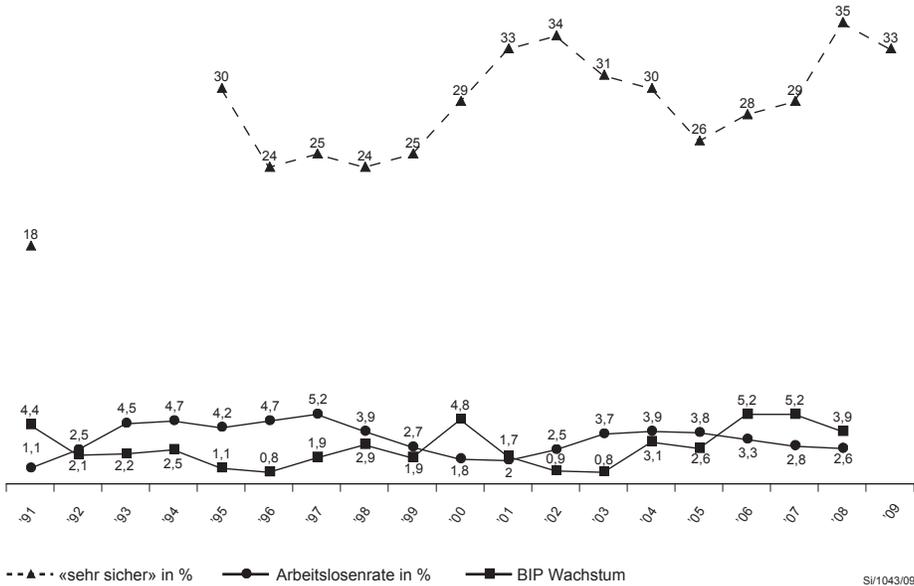
#### 4.5 Sicherheitsgefühl und Wirtschaftsentwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung dürfte das allgemeine Sicherheitsgefühl besonders beeinflussen. Diese Einschätzung bestätigt sich in einer Zeitreihenanalyse des allgemeinen Sicherheitsgefühls mit der Arbeitslosenrate und dem Verlauf des Bruttoinlandprodukts (BIP).<sup>7</sup> Ersteres entwickelt sich klar gegenläufig und nur etwa ein Jahr zeitverzögert zur schweizerischen Arbeitslosenrate (siehe Abbildung 4.8). Beginnt diese nachhaltig zu sinken, wie zum Beispiel ab 1997, so lässt sich zeitverzögert ein Anstieg im Sicherheitsempfinden beobachten. Nimmt die Arbeitslosenrate wieder zu, wie zum Beispiel nach 2001, so beginnt man sich wieder weniger sicher zu fühlen. Gleiches lässt sich mit umgekehrten Vorzeichen für 2004 bzw. 2005 beobachten. Der Zusammenhang zum Verlauf des BIP ist ähnlicher Art, aber gleichläufig. Das heisst, das allgemeine Sicherheitsgefühl tendiert insbesondere zum Anstieg in Zeiten erhöhter BIP-Wachstumsraten und neigt zum Rückgang in Zeiten eines stagnierenden Wirtschaftswachstums. Es lässt sich somit ein enger Zusammenhang zwischen der makroökonomischen Entwicklung der Schweiz und dem Sicherheitsempfinden der Bürgerschaft nachweisen, wobei offensichtlich die Arbeitslosenrate ein vorausweisender Indikator für die subjektive Sicherheit darstellt.

- 6 Bei steigendem nationalem Zukunftsoptimismus erhöht sich auch das Sicherheitsgefühl. Nimmt der Anteil jener, welche die weltpolitische Lage als düsterer wahrnehmen, zu, dann sinkt die Sicherheitswahrnehmung.
- 7 Für die Berechnung der Zeitreihen geht ein Dank an Tobias Stucki.

Abbildung 4.8

Entwicklung des Bruttoinlandproduktes (BIP), der Arbeitslosenrate und des allgemeinen Sicherheitsgefühls (Angaben in Prozent)



SI/1043/09

## 4.6 Bedrohungswahrnehmung

Wird Sicherheit als das Gefühl definiert, dass man das, was einem von Bedeutung ist, nicht als bedroht ansieht, dann interessiert besonders, wie die Bevölkerung mögliche Gefahren für die Schweiz beurteilt. Das letzte Mal wurde im Rahmen dieser Studie die Bedrohungswahrnehmung in der folgenden Form im Jahr 1995 gemessen. Der zeitlich sehr weit zurückliegende letzte Messpunkt erschwert die Interpretation der Daten und die Identifikation eines möglichen Trends in hohem Masse. Dennoch lassen sich gewisse Schlüsse über die Wahrnehmung und Gewichtung von Bedrohungen ziehen. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass es sich um eine subjektiv empfundene Einschätzung von Bedrohungen handelt. Die unterschiedliche Art der Berichterstattung in den Medien, das private Umfeld, persönliche Betroffenheiten oder die parteipolitische Ausrichtung prägen dabei die Einschätzung der Befragten entscheidend mit. Die folgende Darstellung der Bedrohungswahrnehmung (siehe Abbildung 4.9) basiert auf Berechnung des Mittelwertes der Antworten auf einer Skala von null bis fünf. Da sehr viele Gefahren

im Mittelfeld der Rangliste mit einem Durchschnitt von etwa drei Punkten beurteilt wurden, betrachten wir Bedrohungen, die einen Wert von über drei erreichen, als für die Befragten eher wichtig, Bedrohungsfelder mit einem Wert unter drei als eher weniger wichtig. Ein interessantes Faktum vorweggenommen: Bei vielen der abgefragten Items hat sich die Einschätzung der Bedrohung seit 14 Jahren nur unwesentlich oder gar nicht verändert, und wenn, dann werden die Bedrohungen heute kleiner eingestuft als 1995. Dieser Effekt widerspiegelt das allgemein gestiegene Sicherheitsempfinden in der Schweiz. Nur drei der genannten möglichen Bedrohungen werden von der Bevölkerung heute als grösser gewichtet. Es sind dies mit einem aktuellen Mittelwert von 3.4 (+0.8) die weltweite Verknappung der Rohstoffe, die Gefahr einer Weltwirtschaftskrise (3.3, +0.3) und die Bedrohung durch Naturkatastrophen (3, +0.3).

Als Spitzenreiterin in der Bedrohung wird im Jahr 2009 mit einem Mittelwert von 3.5 (-0.1) die Zerstörung der Umwelt genannt, gefolgt von den oben erwähnten Problemen Rohstoffverknappung und Weltwirtschaftskrise. Im Vordergrund stehen also drei nicht-militärische und nicht-gewaltinduzierte Bedrohungen. Gefolgt wird diese Triade von der wahrgenommenen Bedrohung durch die Kriminalität (3.2, -0.1), der weiterhin eine gewichtige Bedeutung eingeräumt wird. Es folgt die Überbevölkerung (3.1, -0.3), die bereits genannte Angst vor Naturkatastrophen und die Drogenproblematik (3, -0.5). Dieser offensichtliche Bedeutungsverlust im Vergleich zu 1995 lässt sich auf der einen Seite mit einer spürbaren Verschiebung des öffentlichen Fokus betreffend der Drogenproblematik erklären. So war im Jahr 1995 die offene Drogenszene in Zürich ein vielbeachtetes Problem. Auf der anderen Seite kann aber die verminderte Bedrohungswahrnehmung auch mit einer realen Verbesserung des Problems erklärt werden: Seit 1995 ist die Zahl der jährlichen Drogentoten von 361 auf 152 im Jahr 2007 gesunken.<sup>8</sup>

Auf der anderen Seite der Wasserscheide «Mittelwert 3.0» sieht es wie folgt aus: Mit dem im Vergleich zum Jahr 1995 unveränderten Bedrohungswert von 2.9 wird die Überalterung der Schweiz gewichtet. Die aktuellen Debatten um die Zukunft der Pensionskassen oder die Sanierung der AHV haben offenbar auf die Bedrohungswahrnehmung keinen entscheidenden Einfluss. Etwa gleich stark wird die Bedrohung durch politische Extremisten eingeschätzt. Etwas geringer wird hingegen die Gefahr durch Migration, also einer möglichen «Überfremdung», betrachtet (2.7, -0.2). Die subjektive Terrorismusbedrohung rangiert bei 2.6 und ist seit 1995 unverändert. In diesem Zusammenhang ist allerdings darauf hinzuweisen, dass aus den sensitiven

8 Vgl. Bundesamt für Polizei fedpol (2008). Polizeiliche Kriminalstatistik PKS – Schweizerische Betäubungsmittelstatistik. Bericht 2007, S. 21.

und möglicherweise aufschlussreichen Jahren nach dem 11. September 2001 keine Messwerte vorhanden sind. Technische Katastrophen werden in einem geringeren Mass als Bedrohung empfunden als noch 1995 (2.5, -0.6). Die Gefahr eines Atomkrieges ist in der subjektiven Wahrnehmung der Bevölkerung unverändert tief (2.3,  $\pm 0\%$ ). Die Schlusslichter der Bedrohungsrangierung durch die Bevölkerung bilden innere Unruhen (2.1, -0.3) und ein Krieg in Europa (1.9, -0.6).

In der vorliegenden Erhebung wurden aus aktuellem Anlass erstmals die Bereiche der Ausübung politischen Drucks auf unser Land und die potenzielle Bedrohung durch Epidemien und Seuchen gemessen. Die mögliche Einflussnahme ausländischer Mächte oder anderer Staaten auf die Schweiz wird mit einem Mittelwert von 2.9 durchaus als Bedrohung wahrgenommen. Die Anfälligkeit einer globalisierten Schweiz für Seuchen hingegen wird von der Bevölkerung eher als gering eingeschätzt (2.2), wenngleich angemerkt werden muss, dass die vorliegenden Daten noch vor dem Aufkommen des Virus A (H1N1) (Schweinegrippe) Ende April 2009 erhoben worden sind.

#### 4.6.1 Bedrohungswahrnehmung – Demographie

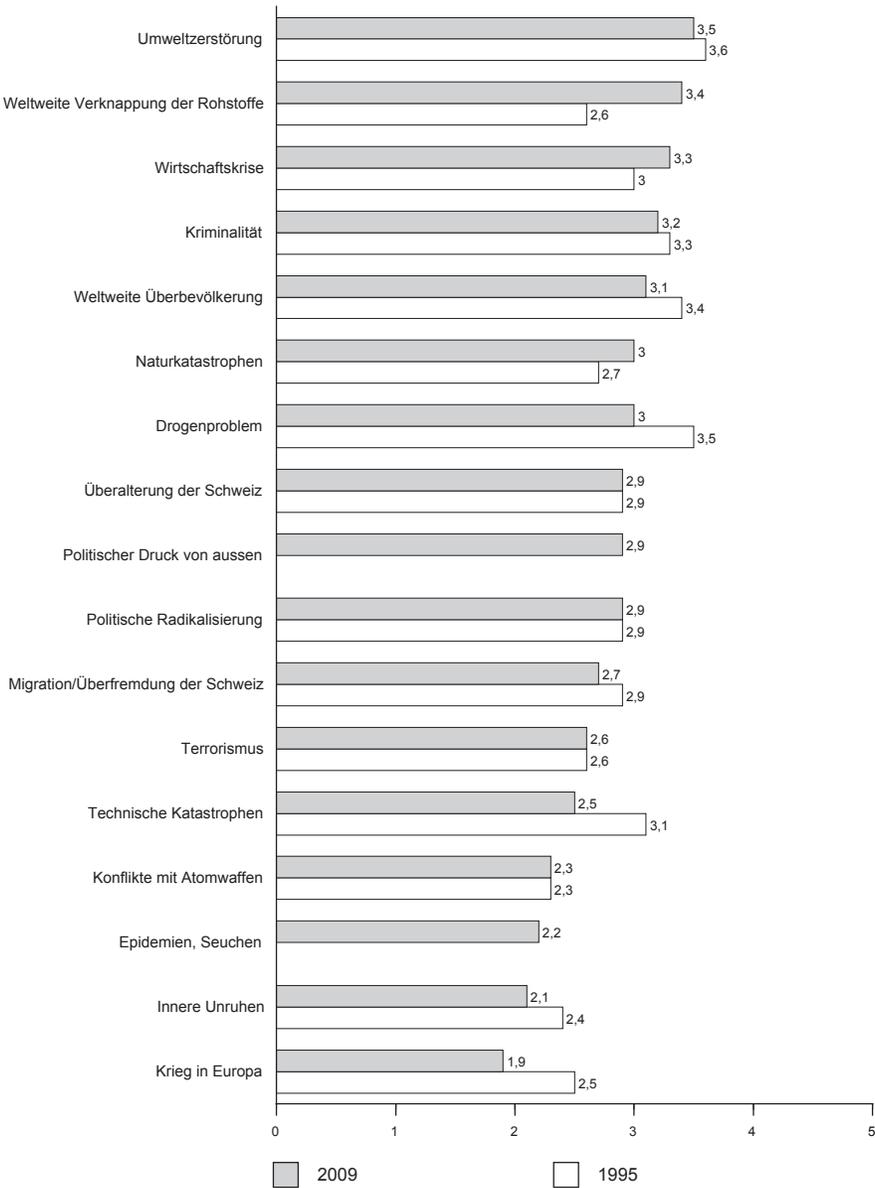
Die Zusammenhänge zwischen soziodemographischen Merkmalen und der gefühlten Bedrohung werden mittels einer Regressionsanalyse ausgewertet. Mit dem Einsatz von multivariaten Methoden kann verhindert werden, dass einer Variablen ein Zusammenhang mit dem Bedrohungsempfinden zugeschrieben wird, obwohl sie nur in Verbindung mit einem anderen erklärenden Kriterium steht.

Die durchschnittliche Bedrohung, die eine Person über alle erfragten Items empfindet, wird in hohem Masse durch demographische Merkmale erklärt (siehe Abbildung 4.10). So fühlen sich Frauen und Personen mit einer tiefen Bildung stärker bedroht als Männer und solche Personen mit höherer Bildung. Ausserdem beurteilen die Befragten die vorgeschlagenen Probleme stärker als Bedrohung je älter sie sind und je stärker politisch rechts sie sich einstufen. Personen mit Wohnsitz in der Deutschschweiz, mit einer höheren Bildung und einem höheren Einkommen weisen ein geringeres Bedrohungsempfinden auf. Diese Zusammenhänge zwischen den demographischen Merkmalen und dem Bedrohungsempfinden decken sich mit den Resultaten zum allgemeinen Sicherheitsempfinden (vgl. Kapitel 4.1).

Abbildung 4.9

Gefühlte Bedrohung (0=überhaupt keine Bedrohung, 5= grosse Bedrohung, Angabe des Mittelwertes)

«Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem heute als eine Bedrohung für unseren Staat ansehen.»



SI/1047/09

Abbildung 4.10

Soziodemographische Bestimmungsfaktoren der durchschnittlich gefühlten Bedrohung 2009 (lineare Regression, nicht standardisierte Betas, nur statistisch signifikante Effekte)

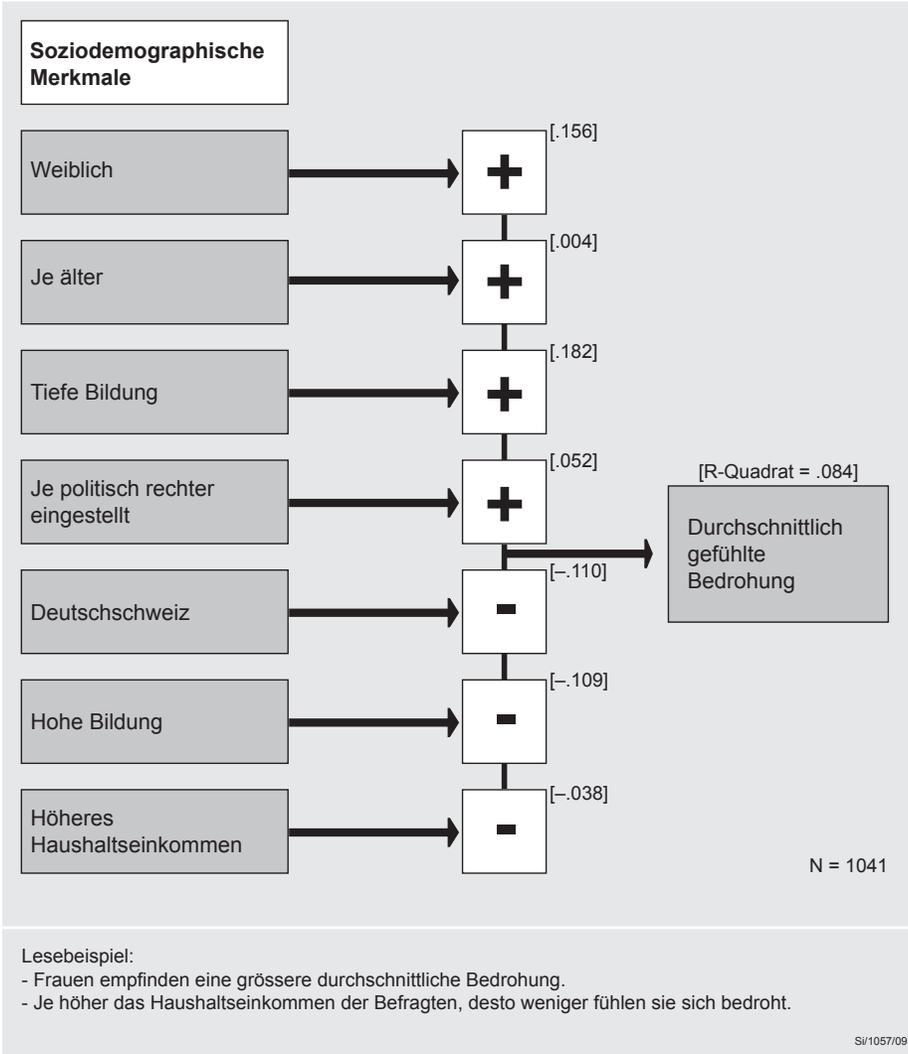


Tabelle 4.1 enthält die Resultate von mehreren Regressionen, welche wie in Abbildung 4.10 aufgebaut sind, aber den Einfluss von soziodemographischen Merkmalen auf jeweils nur eine Bedrohung messen. Diese Tests zeigen ein differenzierteres Bild als die Regression mit der durchschnittlich gefühlten Bedrohung. Frauen fühlen sich von Drogenproblemen, Atomwaffen, inneren Unruhen, dem Terrorismus, der Umweltzerstörung, der Kriminalität und von einem Krieg in Europa stärker bedroht als Männer. Hat eine Person ihren Wohnort in der Deutschschweiz, dann fühlt sie sich signifikant weniger stark durch Drogenprobleme, Atomwaffen, innere Unruhen, die Umweltzerstörung, einen Krieg in Europa, technische Katastrophen und Epidemien bedroht. Die Bedrohung durch politischen Druck von aussen auf die Schweiz wiegt für die deutschsprachigen Befragten hingegen schwerer als für die BewohnerInnen der lateinischen Schweiz. Mit zunehmendem Alter werden das Drogenproblem, Atomwaffen, der Terrorismus, die weltweite Überbevölkerung, die Kriminalität, der politische Extremismus und Epidemien stärker als bedrohend beurteilt. Die Überalterung der Schweiz wird jedoch umso weniger gravierend empfunden, je älter die befragten Personen sind. Eine hohe Bildung nimmt den Leuten grundsätzlich eher die Furcht vor Bedrohungen. Verfügen Befragte über eine tiefe Bildung, empfinden sie vor allem die Wirtschaftskrise, innere Unruhen, die Kriminalität, weltweite Rohstoffverknappung, politischen Extremismus, Migration und politischen Druck auf die Schweiz vermehrt als Bedrohung. Höhergebildete fühlen sich dagegen signifikant weniger durch Drogenprobleme, Naturkatastrophen, innere Unruhen, den Terrorismus, die Kriminalität, einen Krieg in Europa und durch Migration bedroht. Höher schätzt diese Gruppe nur die Gefahr ein, welche von einer Überalterung der Schweiz ausgehen kann. Eine politisch «rechte» Einstellung steht bei den meisten Faktoren in einem positiven Zusammenhang mit dem Bedrohungsempfinden. Nur die Umweltzerstörung und die weltweite Verknappung der Rohstoffe werden umso weniger als Problem angesehen, je stärker «rechts» sich eine Person einstuft. Ein höheres Einkommen führt zu einer tieferen Einstufung des Drogenproblems, von Atomwaffen, Naturkatastrophen, inneren Unruhen und einem Krieg in Europa.

Tabelle 4.1

Demographische Bestimmungsfaktoren der Beurteilung möglicher Bedrohungen 2009 (lineare Regressionen)

	Politischer Druck von aussen	Epidemien	Migration	Politischer Extremismus	Technische Katastrophen	Weltweite Rohstoffknappung	Krieg in Europa	Überalterung der Schweiz	Kriminalität	Umweltzerstörung	Weltweite Überbevölkerung	Terrorismus	Innere Unruhen	Naturkatastrophen	Konflikte mit Atomwaffen	Wirtschaftskrise	Drogenproblem
Weiblich							.373		.143	.199		.304	.312	.508	.253		
Deutsschweiz	.257	-.368			-.241	.198	-.227			-.329	.224		-.245	-.418	-.441		
Höheres Alter	.006			.010			-.005			.012	.017				.013	.008	
Keine Berufs- bildung	.327		.258	.283	.227			.267					.282		.276		
Studium			-.274				-.270	-.219	.217			-.237	-.291	-.273	-.434		
Politisch rechts	.158	.231	.054		-.058	.093		.147		-.108	.048	.116	.071		.136		
Höheres Haushalts- einkommen							-.100						-.089	-.073	-.085	-.080	
N	1034	1035	1027	1034	1031	1039	1027	1036	1041	1038	1035	1037	1032	1035	1031	1035	1039

SI/1059/09

**Fazit:** Die SchweizerInnen fühlen sich sicher in unserem Land und sind nach wie vor zuversichtlich, was die nähere Zukunft der Schweiz angeht. Die Befragten fürchten sich tendenziell weniger vor kriegerischen oder gewaltinduzierten Bedrohungen. Grundsätzlich fühlen sich Frauen, ältere Leute, solche mit einer tiefen Bildung und politisch rechts stehende stärker bedroht, während DeutschschweizerInnen, höher gebildete und reichere Personen die Bedrohungen durch die vorgeschlagenen Gefahren als weniger gross empfinden.

## Sorgenbarometer 2008

Im jährlich angelegten «Sorgenbarometer» der Credit Suisse, deren Erhebung zwischen dem 2. und 28. September 2008 stattfand, werden stimmberechtigte SchweizerInnen über politisch prioritäre Probleme und ihre Entwicklungen befragt (N=1008, Face-to-Face Interviews). Dabei wird unter anderem aus den Antworten der Befragten eine Liste der fünf prioritären Problembereiche hinsichtlich Wichtigkeit und Dringlichkeit erstellt. Die Befragung fand noch vor der Gewährung eines grossen Kredits an die UBS durch Bund sowie Nationalbank statt. Auch spürte die Schweizer Wirtschaft die Folgen der weltweiten Finanzkrise noch nicht in dem Masse wie 2009.

Bezüglich der Top-Five-Liste im Sorgenbarometer bleibt die Arbeitslosigkeit für die Mehrheit der befragten Personen das wichtigste bzw. dringendste Problem. Probleme mit der Altersvorsorge und dem Gesundheitswesen stehen im Sorgenbarometer an zweiter respektive dritter Stelle bezüglich Wichtigkeit und Dringlichkeit.

Ein Drittel der Befragten nimmt die Teuerung als eines der fünf wichtigsten Problemfelder wahr. Diese Sorge wird seit 2006 zunehmend häufiger genannt; im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der Befragten, die sich um die Inflation sorgen, nochmals sprunghaft angestiegen. Ebenfalls erhöht hat sich die Erwähnung der neuen Armut als eines der wichtigsten Probleme. Gemäss den Verfassern der Studie deutet dies auf eine Verlagerung des Problemdruckes hin: Zugenommen habe das Gefühl, dass man sich mit dem verdienten Geld immer weniger leisten könne.

An fünfter und achter Stelle des Sorgenbarometers stehen die Flüchtlingsproblematik bzw. die AusländerInnenfrage, allerdings werden diese Problemfelder als weniger dringlich wahrgenommen.

Bei der sozialen Sicherheit zeigt sich ein anderes Bild: Sie wird am fünfthäufigsten als eines der dringlichsten Probleme bezeichnet; in der Liste der wichtigsten Sorgen nimmt sie hingegen Rang zehn ein.

Die Verfasser der Studie halten fest, dass die Sorgen der SchweizerInnen durch innenpolitische Themen geprägt sind. Ökonomische Fragen sind nur insofern von Belang, als dass sie das persönliche Umfeld durch Arbeitslosigkeit und Teuerung gefährden könnten. Es sind nebst der Arbeitslosigkeit insbesondere kulturell bedingte, soziale und gesellschaftliche Fragen, die das Problembewusstsein der SchweizerInnen prägen: die Kosten für das Gesundheitswesen, die Sicherung der Sozialwerke sowie die Asyl- und Ausländerproblematik.

Quelle: gfs.bern (2008). Sorgenbarometer 2008: Die Schweiz zuerst. Bern.



## 5 Vertrauen in ausgewählte Institutionen und in die Politik im Allgemeinen

### 5.1 Institutionen-Vertrauensindex

Seit 1995 wird das Vertrauen in ausgewählte Institutionen erhoben. Es handelt sich bei diesen um wichtige Behörden (Bundesrat, Eidgenössisches Parlament, Gerichte, Polizei und Armee), um die Schweizer Wirtschaft, die Medien sowie die politischen Parteien. Die Befragten bekunden ihr Vertrauensmass auf einer Skala von 1 «überhaupt kein Vertrauen» bis 10 «volles Vertrauen». Über die Bewertungen und Trends gibt Tabelle 5.1 summarisch Auskunft.<sup>1</sup>

Im Vergleich zum Vorjahr hat das Vertrauen in fast alle erfragten Institutionen signifikant abgenommen. So auch in die Polizei (6.9, -0.2) und die Gerichte (6.7, -0.2), welche erneut die Rangliste anführen.

Die Bewertungen des Bundesrats (6.5,  $\pm 0.0$ ) und des Eidgenössischen Parlaments (6.2, -0.1) verlaufen weitgehend parallel mit einem minimalen Vertrauensvorteil der Landesregierung. Von 1997 bis 2001 gewannen beide Institutionen jährlich an Vertrauen, danach reduzierte sich dieses wieder. 2007 und 2008 haben Bundesrat und Parlament wieder an Vertrauen in der Bevölkerung gewonnen und 2009 als einzige zwei Institutionen das Niveau des Vorjahres halten können.

Besonders gross war der Vertrauensverlust bei der Schweizer Wirtschaft (6.2, -0.5) und bei der Armee (5.9, -0.6), welche dieses Jahr auf der Liste hinter den Bundesrat und das Eidgenössische Parlament fallen. Hier dürften wahrscheinlich die Finanzkrise und die Berichterstattung zum Fall Nef/Schmid ihre Spuren hinterlassen haben. Das Vertrauen in die Armee erreicht 2009 den tiefsten Wert seit dem Messbeginn im Jahr 1995, das Vertrauen in die Wirtschaft liegt hingegen nach wie vor im Bereich des langjährigen Durchschnitts.

1 Der Sorgenbarometer 2008 der CS (gfs.bern 2008) – durchgeführt durch gfs.bern – mass mit einer ähnlichen Fragestellung und mit einer etwas erweiterten Liste von Institutionen für 2008 ein ähnliches Rating: Bundesgerichte und die Polizei führten dieses ebenfalls an und auch den Parteien wird unter den politischen Institutionen am wenigsten Vertrauen entgegengebracht.

Tabelle 5.1

## Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 1997 bis 2009

Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10 (1 = «kein Vertrauen», 10 = «volles Vertrauen»). Nach Vertrauensmass sortiert)

	'95	'97	'98	'99	'00	'01	'02	'03	'04	'05	'06	'07	'08	'09	SD**	Saldo 08/09	Ø 95-09
Polizei	6.9	6.5	6.5	6.7	6.8	7.0	7.1	7.1	7.2	7.1	7.2	7.3	7.2	6.9	1.9	-0.2*	7.0
Gerichte allgemein	-	-	6.3	-	6.4	6.7	6.6	6.7	6.9	6.7	6.8	7.0	7.0	6.7	2.1	-0.2*	6.7
Bundesrat	6	5.5	5.8	6.5	6.3	6.9	6.5	6.4	6.4	6.3	6.0	6.3	6.5	6.5	2.0		6.3
Eidg. Parlament	5.4	5.2	5.4	5.9	5.8	6.3	6.2	6.1	6.1	6.0	5.8	6.1	6.3	6.2	1.9	-0.1	5.9
Schweizer Wirtschaft	-	5.6	5.7	6.3	6.1	6.8	6.1	5.7	6.0	6.0	6.1	6.7	6.7	6.2	1.8	-0.5*	6.2
Armee	6.2	6.1	6.2	6.1	6.3	6.4	6.4	6.6	6.3	6.3	6.8	6.6	6.5	5.9	2.2	-0.6*	6.3
Politische Parteien	4.8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.1	5.2	4.9	2.0	-0.3*	5.0
Medien	-	4.8	4.8	4.8	4.7	5.0	4.9	5.0	4.9	4.9	4.5	5.0	4.9	4.6	1.9	-0.3*	4.9

\* signifikanter Unterschied, t-test, 0,5% Irrtumswahrscheinlichkeit, \*\* Standardabweichung

SI/397/09

Die Medien, das langjährige «Schlusslicht» unseres Vertrauensratings, verlieren im Vorjahresvergleich drei Zehntelpunkte (4,6, -0,3). Damit liegen sie dieses Jahr unter dem langjährigen Durchschnitt und im Bereich des Misstrauens. Die politischen Parteien haben innert Jahresfrist ebenfalls signifikant verloren (4,9, -0,3), liegen aber nach wie vor im mittleren Bereich der 10-Punkte-Skala.

Das Variationsmuster im Institutionenvertrauen nach Geschlecht, Landesregion, Alter und Bildungsgrad entspricht 2009 in etwa dem langjährigen Trend.<sup>2</sup> Mit zunehmendem Alter misstrauen die Leute tendenziell stärker den Gerichten, haben aber eher Vertrauen in die Armee (siehe Tabelle 5.2). Je besser die Befragten ausgebildet sind, umso eher vertrauen sie dem Bundesrat und den Gerichten, misstrauen aber eher der Armee. Im Gegensatz zu den letzten zwölf Jahren ist 2009 kein Zusammenhang zwischen dem Alter und dem Vertrauen in die Polizei zu erkennen und die befragten Personen äussern anders als früher umso höheres Vertrauen in die Wirtschaft, je besser sie ausgebildet sind. Dieses Resultat widerspiegelt die Tatsache, dass das mittlere Vertrauen in die Wirtschaft gegenüber dem Vorjahr in der oberen Bildungsgruppe weniger stark abgenommen hat als in den tieferen Bildungsschichten. Frauen vertrauen 2009 nicht nur wie in der Vergangenheit der

2 Eine detaillierte Zusammenstellung findet sich bei Haltiner et al. (2006: 73).

Schweizer Wirtschaft weniger, sondern beurteilen auch die Gerichte und den Bundesrat kritischer als Männer. Personen, die sich politisch rechts einstufen, bringen insbesondere der Armee – aber auch der Polizei und der Schweizer Wirtschaft – mehr Vertrauen entgegen als solche, die sich selbst politisch links einordnen.

Tabelle 5.2

Korrelationen zwischen Vertrauen in öffentliche Institutionen und individuellen Merkmalen 1997 bis 2009

	1997–2009					2009					
	Weiblich	Deutschschweiz	Je älter	Je höher gebildet	Je politisch rechter eingestellt	Weiblich	Deutschschweiz	Je älter	Je höher gebildet	Je politisch rechter eingestellt	Je höheres Einkommen
	CC	CC	γ	γ	γ	CC	CC	γ	γ	γ	γ
Bundesrat				+					++		+
Eidg. Parlament									+		
Gerichte allgemein			-	++		-		--	++	-	+
Polizei			+		+					++	
Armee			++	-	+++			+	-	+++	
Medien										-	
Schweizer Wirtschaft	-				++	-			+	++	+

- + schwache, positive Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.1–0.2
  - ++ mässig schwache, positive Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.2–0.3
  - +++ mittlere positive Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.3–0.4
  - schwache, negative Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.1–0.2
  - mässig schwache, negative Korrelation: Korrelationskoeffizient 0.2–0.3
- Si 1000/09

## 5.2 Verhältnis zwischen Vertrauen und Sicherheit

Vertrauen ist in hoch arbeitsteilig organisierten Gesellschaften eine wichtige, sicherheitsstiftende Verhaltensweise. In dem Masse, in dem Abläufe und das Funktionieren lebenswichtiger komplexer Systeme von den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern immer weniger oder nicht (mehr) durchschaut werden können, hilft Vertrauen, Komplexität zu reduzieren (vgl. Luhmann 1968). Vertrauen manifestiert sich im Gefühl, dass «Personen oder Instanzen die Dinge schon richtig machen». Wie eng sind nun das Vertrauen in Institutionen und Gefühle der Sicherheit bzw. der Zuversicht miteinander verknüpft?

Tabelle 5.3

Signifikante Korrelationen zwischen Vertrauen in öffentliche Institutionen und Sicherheitsgefühl bzw. Optimismus, 2008 und 2009

	Allgemeines Sicherheitsgefühl (Y)		Zukunftsoptimismus bezüglich Schweiz (Y)	
	2008	2009	2008	2009
Bundesrat	0.34	0.29	0.36	0.32
Eidg. Parlament	0.21	0.25	0.30	0.26
Gerichte allgemein	0.23	0.29	0.25	0.18
Polizei	0.12	0.18	0.19	0.19
Armee			0.11	0.17
Medien		0.18	0.17	0.21
Schweizer Wirtschaft		0.16	0.29	0.28
Politische Parteien	0.11	0.18	0.27	0.18

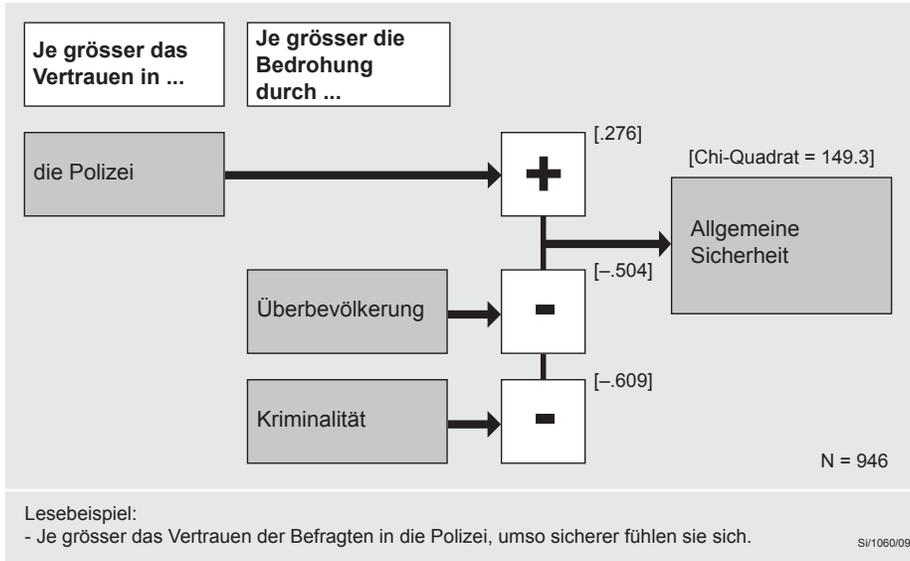
Si 1000/09

In Tabelle 5.3 sind die Koeffizienten von signifikanten Zusammenhängen zwischen der allgemeinen Sicherheit bzw. dem Optimismus und dem Vertrauen in die abgefragten Institutionen dargestellt. Die Korrelationsmasse zeigen bei allen Institutionen positive Zusammenhänge. Ein positiver Wert bedeutet, dass sich die Befragten umso eher sicher fühlen bzw. optimistisch sind, je stärker sie einer Institution vertrauen. Besonders Leute, welche dem Bundesrat, dem Parlament und Gerichten vertrauen, fühlen sich eher sicher. Während im Jahr 2008 bezüglich des Vertrauens in die Medien, in die Wirtschaft und in die Parteien keine Unterschiede im allgemeinen Sicherheitsgefühl erkennbar waren, unterscheiden sich die Befragten 2009 signifikant in der gefühlten Sicherheit nach dem Vertrauen in diese Institutionen. Im Zuge des allgemeinen Vertrauensverlusts war der Rückgang bei der Wirtschaft und bei den Medien im Vergleich zum Vorjahr in der Gruppe mit sicherem Gefühl weniger stark als unter den unsicheren Personen.

Auch mit der Zukunftszuversicht steht das Institutionenvertrauen in positivem Zusammenhang. Besonders Personen, welche dem Bundesrat, dem Parlament und der Wirtschaft vertrauen, sind optimistischer betreffend der Entwicklung der Schweiz.

Abbildung 5.1

Zusammenhang zwischen dem Institutionenvertrauen und der allgemeinen Sicherheit 2009 (logistische Regression, nicht standardisierte Betas, nur statistisch signifikante Effekte)



Im Gegensatz zu den bivariaten Korrelationskoeffizienten zwischen den Vertrauensmassen und dem Sicherheitsgefühl zeigt eine Regressionsanalyse unter Kontrolle der soziodemographischen Eigenschaften nur noch signifikante Effekte zwischen dem Sicherheitsgefühl und dem Vertrauen in die Polizei und in die Armee. Daraus kann geschlossen werden, dass die signifikanten bivariaten Korrelationskoeffizienten aus Tabelle 5.3 eher einen allgemeinen Zusammenhang zwischen Vertrauen und Sicherheit ausdrücken und weniger mit den abgefragten Institutionen zu tun haben.

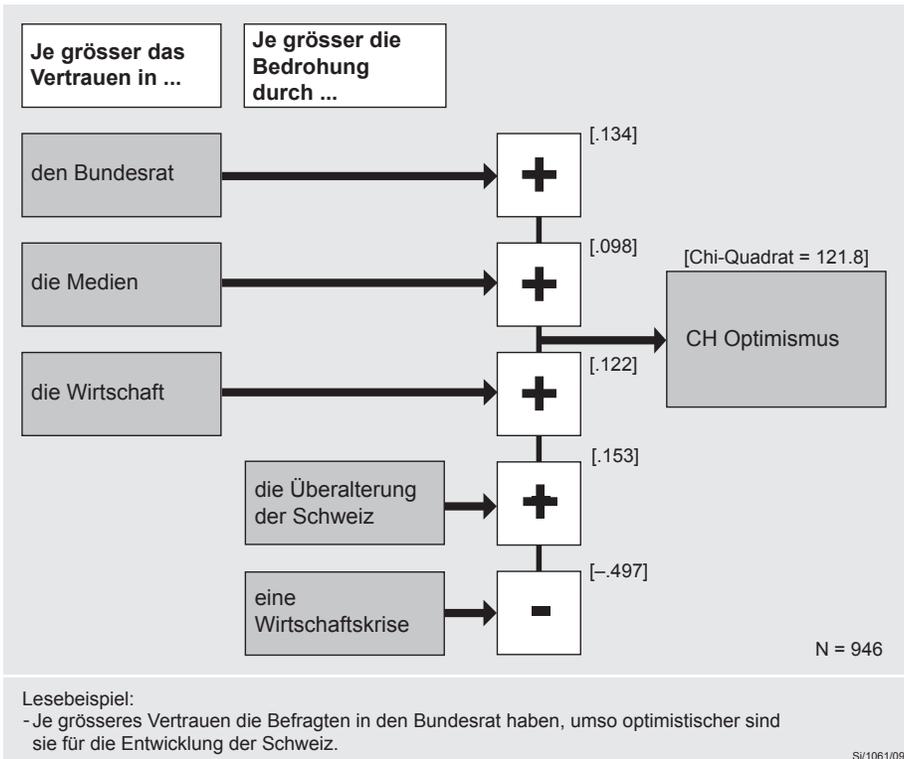
Werden nun aber auch noch die Masse der gefühlten Bedrohung integriert, dann steht nur noch das Vertrauen in die Polizei in einem signifikanten Zusammenhang mit dem Sicherheitsgefühl (siehe Abbildung 5.1). Personen, welche der Polizei vertrauen, fühlen sich eher sicher. Entsprechend beeinflusst neben der Angst vor Überbevölkerung die Furcht vor Kriminalität die gefühlte Sicherheit signifikant negativ. Ob das Vertrauen in die Polizei einen positiven Einfluss auf das Sicherheitsgefühl hat oder ob Personen, welche sich sicher fühlen, auch eher der Polizei vertrauen, kann aufgrund der Tatsache, dass alle Variablen einer Person zum gleichen Zeitpunkt erfasst wurden, nicht beantwortet werden.

Das Verschwinden des negativen Effekts des Vertrauens in die Armee nach der Einführung der möglichen Gefahren bedeutet, dass das Institutionenvertrauen

auch über die gefühlte Bedrohung mit dem Sicherheitsgefühl in Verbindung steht. So haben Leute, welche eher Angst vor den vorgeschlagenen Bedrohungen haben, sowohl ein höheres Vertrauen in die Armee als auch ein tieferes Sicherheitsempfinden.

Abbildung 5.2

Zusammenhang zwischen dem Institutionenvertrauen und dem Optimismus bezüglich der Schweiz 2009 (logistische Regression, nicht standardisierte Betas, nur statistisch signifikante Effekte)



Auch beim Optimismus für die Schweiz verschwinden die Effekte, welche einfache Korrelationsmasse suggerieren, wenn eine multivariate Analyse des Zusammenhangs zwischen dem Vertrauen in einzelne Institutionen und der Zukunftszuversicht vorgenommen wird. Auch hier kann vermutet werden, dass die Korrelationskoeffizienten zwischen den Institutionen und dem Optimismus eher einen allgemeinen Vertrauenseffekt auf die Zukunftszuversicht messen. Eine Regression des Optimismus auf das Vertrauen in die erfragten Institutionen unter Kontrolle demographischer Variablen und der gefühlten Bedrohungen fördert noch signifi-

kante Effekte des Vertrauens in den Bundesrat, die Medien und in die Wirtschaft zutage (siehe Abbildung 5.2). Befragte, die der Landesregierung, den Medien und der Schweizer Wirtschaft vertrauen, sind also eher zuversichtlich was die nähere Zukunft des Landes angeht. Personen, welche sich vor einer Wirtschaftskrise fürchten, äussern sich weniger optimistisch, während die gefühlte Bedrohung durch die Überalterung der Schweiz in einem positiven Zusammenhang mit der Einschätzung der Zukunft des Landes steht.

Die Hinzunahme bzw. das Weglassen der gefühlten Bedrohungen verändert die Effekte auf die Zukunftszuversicht, welche vom Vertrauen in die verschiedenen Institutionen ausgehen, nicht massgeblich. Die Beziehung zwischen Vertrauen und Optimismus scheint also weniger mit der gefühlten Bedrohung zusammenzuhängen als dies bei der allgemeinen Sicherheit der Fall ist.

**Fazit:** Ausser dem Bundesrat und dem Parlament haben alle erfragten Institutionen im Vergleich zum Vorjahr an Vertrauen in der Bevölkerung eingebüsst. Besonders stark war der Vertrauensverlust bei der Schweizer Wirtschaft und bei der Armee. Ausser der Armee liegen aber alle Institutionen etwa im Bereich des langjährigen Durchschnitts. Das Institutionenvertrauen steht grundsätzlich in einem positiven Zusammenhang mit dem allgemeinen Sicherheitsgefühl und mit dem Optimismus für die Schweiz.



## 6 Aspekte der Inneren Sicherheit

Wie bereits in früheren Jahrgängen dieser Studie angemerkt, erodiert die Trennlinie zwischen Innerer und Äusserer Sicherheit mehr und mehr. Bei beiden Begriffen handelt es sich lediglich um Konstrukte. Aufgrund der Tatsache, dass die sicherheitspolitische Ausrichtung der Schweiz diese Trennung strukturell durchaus noch widerspiegelt, scheint es dennoch angemessen, sich in einem separaten Kapitel mit Aspekten aus dem Bereich der Inneren Sicherheit zu befassen. Das folgende Kapitel widmet sich grundsätzlich zwei Fragestellungen. Zunächst wird auf die aktuelle Wahrnehmung der Bedrohung durch den Terrorismus auf die Schweizer Bevölkerung eingegangen. Im zweiten Teil des Kapitels werden verschiedene restriktive Massnahmen aus dem Bereich der Inneren Sicherheit auf ihre jeweilige Akzeptanz durch die Bevölkerung überprüft.

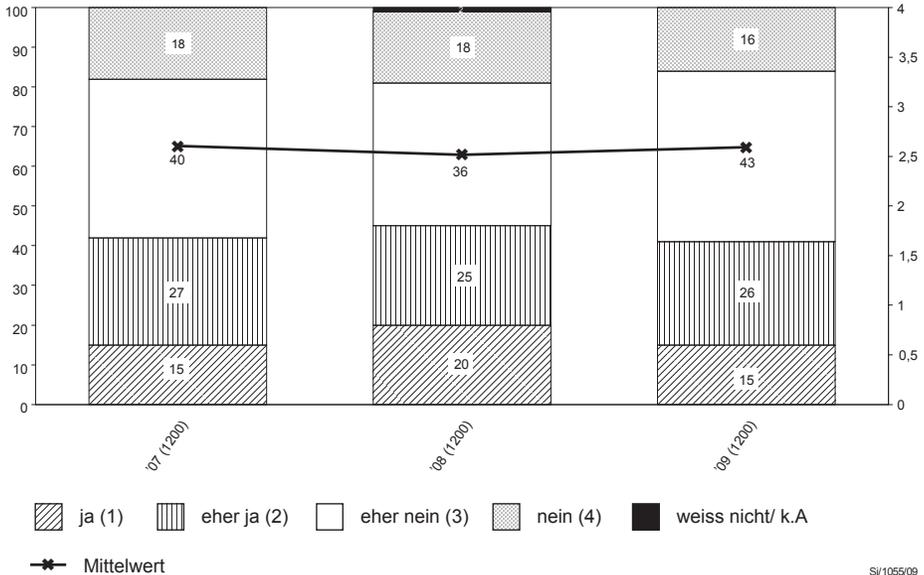
### 6.1 Wahrgenommene Bedrohung durch Terrorismus

Die gefühlte Bedrohung durch Terrorismus hat sich seit Beginn der Messungen 2007 auf mittlerem bis niedrigem Niveau eingependelt. So gaben 2009 41% der Befragten an, der Terrorismus stelle eine Bedrohung für die Schweiz dar (2008: 45%; 2007: 42%; siehe Abbildung 6.1). Der im gesamteuropäischen Durchschnitt relativ niedrige Wert lässt sich zumindest teilweise mit einem geringen Betroffenheitsgrad der Schweiz und ihrer Bevölkerung erklären. So wurden zwar immer wieder Schweizer BürgerInnen im Ausland Opfer terroristischer Aktionen (so z.B. beim Attentat von Luxor am 17. November 1997 oder im Verlauf der Anschläge des 11. Septembers 2001), ein grösserer Terroranschlag mit zahlreichen Todesopfern und der entsprechenden Resonanz in der Bevölkerung hat aber auf Schweizer Boden nicht stattgefunden. Des Weiteren scheint sich die Berichterstattung in den Medien in den letzten Jahren verändert zu haben. Terrorismus ist nicht mehr das Reizwort wie in der aufgeladenen Phase nach dem 11. September 2001 und den Nachfolge-Anschlägen in Madrid (2004) und London (2005). Die häufig stattfindenden Terroranschläge in Ländern wie Afghanistan oder dem Irak werden nicht in Verbindung mit der Schweiz gebracht. Es ist anzunehmen, dass künftige Anschläge einen umso grösseren Effekt auf die Bedrohungswahrnehmung der SchweizerInnen haben werden, je näher sie sich im geografischen Umfeld der Schweiz ereignen.

Abbildung 6.1

## Wahrgenommene Bedrohung durch Terrorismus

«Glauben Sie, dass der Terrorismus für unser Land eine Gefahr darstellt?»



SI/1055/09

Interessant ist die unterschiedliche Wahrnehmung der Terrorismusbedrohung nach Alter und politischer Einstellung der Befragten (siehe Tabelle 6.1). So sind jüngere SchweizerInnen eher selten der Ansicht, dass Terrorismus derzeit eine Bedrohung für unser Land darstellt. In der Gruppe der 18–29-Jährigen ist nur jeder Fünfte der Meinung, vom Terrorismus ginge eine Gefahr für die Schweiz aus. In der Kohorte der 30–59-Jährigen sehen 40% Terror als potenzielles Problem an. Bei den ab 60-Jährigen setzt sich dieser steigende Trend fort: Gut jeder Zweite betrachtet Terrorismus als eine Gefahr für die Schweiz. Ähnlich verhält es sich beim Zusammenhang der politischen Selbsteinschätzung der Befragten und ihrer Wahrnehmung der Terrorgefahr. Grundsätzlich lässt sich festhalten: Je weiter politisch rechts sich die Befragten einschätzen, umso höher die Beurteilung der Bedrohung. Bei den sich selbst als politisch links einstufenden SchweizerInnen sehen rund 27% eine Bedrohung durch Terrorismus. Unter jenen, die sich in der politischen Mitte verorteten, erkennen rund 38% eine Gefahr. In der Gruppe der politisch sich rechts Einstufenden sind es 44%.

Eine signifikant unterschiedlich empfundene Terrorismusbedrohung in den verschiedenen Sprachräumen der Schweiz lässt sich dieses Jahr nicht mehr feststellen.

Tabelle 6.1

Wahrnehmung der Terrorismusbedrohung nach Region, Alter und politischer Einstellung der Befragten

«Glauben Sie, dass der Terrorismus eine Gefahr für unser Land darstellt?» (Angaben in Prozent)

	Total	Region			Alter			Politische Einstellung		
		D-CH	F-CH	I-CH	18–29	30–59	60+	links	Mitte	rechts
ja	15	16	12	17	10	15	19	7	19	18
eher ja	26	26	27	22	11	26	35	21	29	27
eher nein	43	43	44	31	49	45	35	50	38	45
nein	16	15	17	28	30	14	11	22	14	10
weiss nicht	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0
Mittelwert	2.59	2.57	2.65	2.72	3.00	2.59	2.37	2.88	2.48	2.47

## 6.2 Akzeptanz staatlicher Sicherheitsmassnahmen

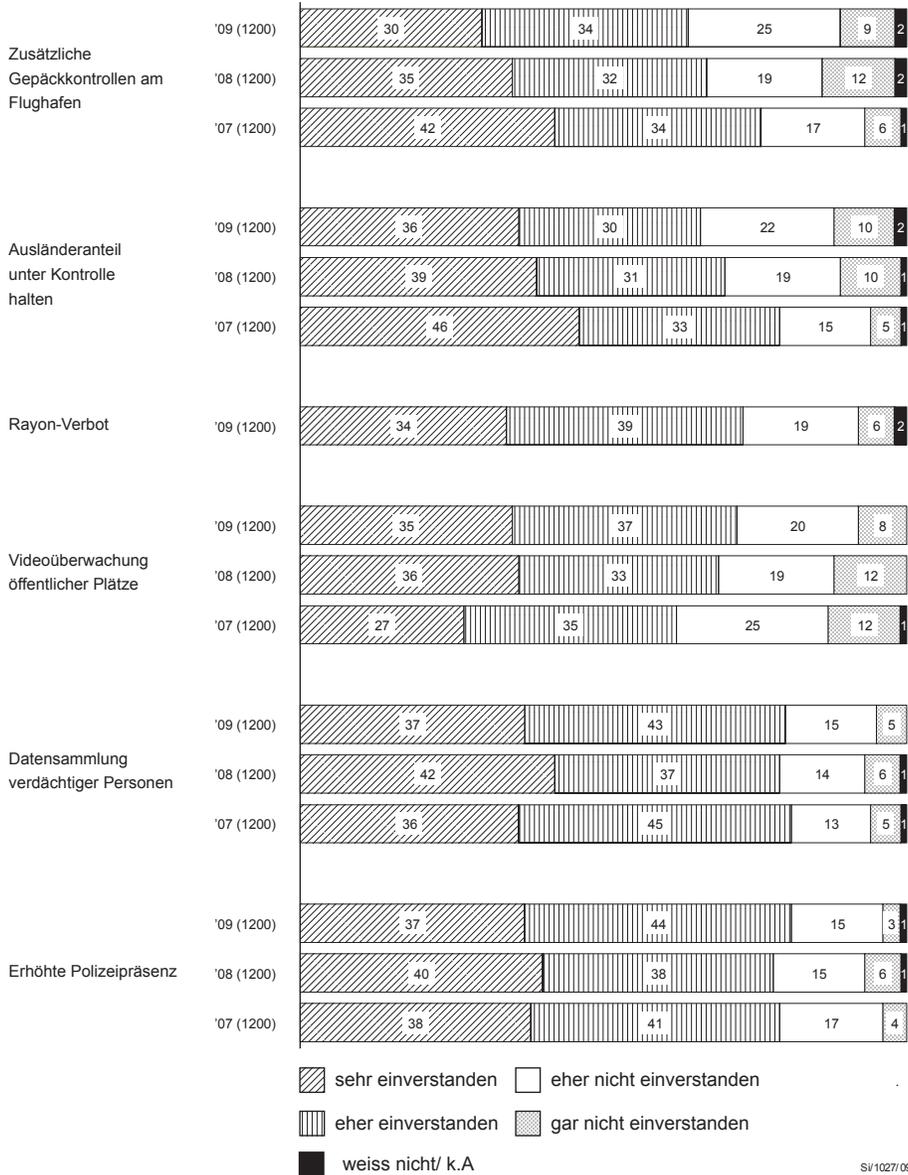
Ein Rechtsstaat muss über eine differenzierte Palette von Massnahmen verfügen, um die Durchsetzung des Gesetzes, die Souveränität staatlichen Handelns und die Unversehrtheit seiner Bevölkerung gewährleisten zu können. Art, Umfang und Ausprägung dieser Schutzmassnahmen festzulegen ist Aufgabe des Gesetzgebers. Es gilt dabei nicht nur zu beachten, dass eine Massnahme geeignet ist, um die oben angeführten Zwecke zu erfüllen; hierbei handelt es sich zwar um eine notwendige, nicht aber eine hinreichende Begründung. Wesentlich bedeutender ist in der Staatsrechtslehre der Aspekt der Angemessenheit. So darf der durch eine staatliche Handlung potenzielle Schaden nicht im Missverhältnis zum angestrebten Nutzen stehen. Restriktive polizeiliche Sicherheitsmassnahmen müssen die Freiheit der BürgerInnen auf der einen Seite im richtigen Mass schützen. Auf der anderen Seite dürfen diese Sicherheitsmassnahmen die zu Schützenden nicht einengen und sie in ihrer Gestaltungsfreiheit einschränken. Die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit bewegt sich also immer auf einem schmalen Grad zwischen zu restriktiven und zu schwachen Sicherheitsvorkehrungen. Im Folgenden soll geprüft werden, wie sich das Schweizer Volk zu möglichen Sicherheitsvorkehrungen stellt. Gemäss dem Antwortverhalten der Befragten lassen sich zwei Gruppen von Massnahmen erkennen. Erstens solche Massnahmen, die eine (teilweise sehr breite) Zustimmung bei einer Mehrheit der Bevölkerung erhalten, und zweitens solche, die keine oder

eine nur ausserordentlich knappe Mehrheit finden. Da erst zum dritten Mal die in Abbildung 6.2 und Abbildung 6.3 erwähnten Merkmale erhoben wurden (2007, 2008, 2009), können noch keine langfristigen Trends beschrieben werden.

Eine breite Zustimmung finden Massnahmen, die einem «handfesten» und klar erkennbaren Zweck dienen. So glauben 81% (+3%) der Befragten, dass mehr Polizei-präsenz in den Wohnquartieren der Inneren Sicherheit in der Schweiz dienlich wäre. Dies steht sicher in Verbindung mit dem hohen Institutionenvertrauen in die Polizei (vgl. Kapitel 5). Auch die klassische Arbeit von Polizei und Staatsschutz im Sinne der Sammlung von Daten über verdächtige Personen wird von einer breiten Mehrheit von 80% (+1%) gutgeheissen. Die relativ neue, aber durch die breit geführte Debatte bekannte Massnahme der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen durch die Polizei findet ebenfalls einen hohen Zustimmungswert. 72% (+3%) der Befragten sind mit der Kameraüberwachung «einverstanden» oder «sehr einverstanden». Die Kontrolle des Ausländeranteils in der Schweiz gilt in der Bevölkerung ebenfalls als eine akzeptierte Massnahme, die Zustimmung fällt allerdings geringer aus als in den letzten beiden Jahren. 66% (2008: 70%; 2007: 77%) sind mit diesem Vorgehen «einverstanden» oder «sehr einverstanden». 64 % (-3%) der Befragten äussern sich zustimmend zu einer Verschärfung der Gepäckkontrollen an Flughäfen. Die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und weiteren Anschlagversuchen in den letzten Jahren sukzessiv implementierten Sicherheitsvorkehrungen (z.B. keine Flüssigkeiten im Handgepäck, schärfere, teilweise mehrfache Gepäckkontrollen, zusätzliche Interviews bei Transatlantik-Flügen, etc.) treffen offenbar bei einer breiten Mehrheit der Bevölkerung auf Verständnis. 2009 erstmalig gemessen wurden die in der Öffentlichkeit im Verlauf des letzten Jahres häufiger diskutierte sogenannten Rayon-Verbote, d.h. die Möglichkeit, für Personen räumlich und zeitlich begrenzte Platzverweise auszusprechen. Diese Massnahme wird mit 73% Zustimmung gutgeheissen.

Abbildung 6.2

Hobe Zustimmung zu staatlichen Massnahmen im Bereich der Inneren Sicherheit



SI/1027/09

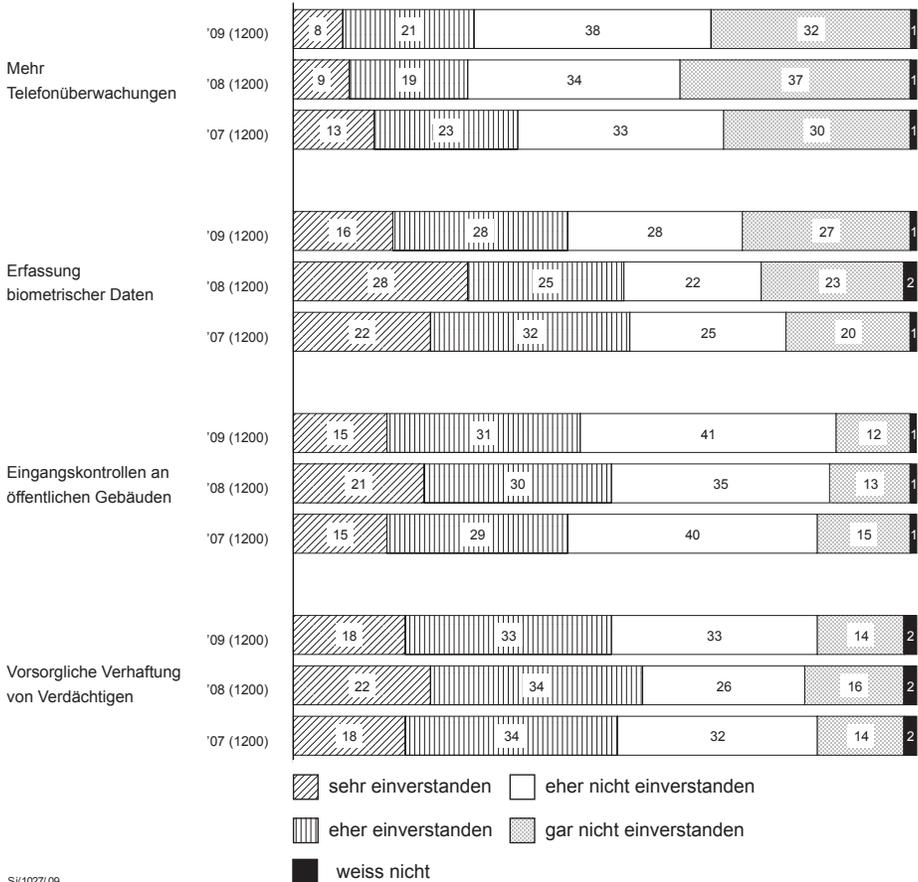
Ein in der der Bevölkerung kontrovers diskutiertes Thema ist die vorsorgliche Verhaftung von Verdächtigen. In Deutschland wird bereits seit einigen Jahren darüber diskutiert, unter gewissen Auflagen sogenannte «Gefährder» im Falle drohender Terroranschläge auch ohne eine Verurteilung präventiv in Haft nehmen zu können. In der Schweizer Bevölkerung sind 51 % (-5%) mit der Vorgabe «Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass Personen auch auf den blossen Verdacht hin, dass sie eine Tat planen, verhaftet und vorsorglich eingesperrt werden können.» «einverstanden» (33%) oder «sehr einverstanden» (18%). Gemessen am unter Gesichtspunkten der Rechtsstaatlichkeit relativ extremen Grad dieser an Schutzhaft erinnernden Massnahme ist die Zustimmung hoch. Allerdings wird dieser Vorgabe im Verhältnis zu den anderen abgefragten Massnahmen eher geringer zugestimmt. Keine Mehrheit in der Zustimmung der befragten Stimmbevölkerung finden verschärfte Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden (46%, -5%). Die Erfassung biometrischer Daten (beispielsweise Fingerabdrücke, spezifische fotografische Aufnahmen des Gesichtes oder DNA-Profile) findet in diesem Jahr erstmalig keine Mehrheit mehr. Nur 44% (-9%) sprechen sich für diese Art der Datensammlung aus. Die öffentliche Diskussion um die offenbar mangelhafte Sicherheit der auf sogenannten RFID-Chips<sup>1</sup> gespeicherten biometrischen Daten in modernen Ausweisen und Reisepässen könnte eine der Ursachen für die Erosion des Zustimmungswertes sein. Am 17. Mai 2009 stimmte das Schweizervolk über eine Initiative gegen die Einführung der Speicherung biometrischer Daten in Ausweisdokumenten ab: 49,9% der Stimmbevölkerung lehnten die Einführung biometrischer Pässe ab, 50,1% stimmten ihr zu. Die Vorgabe einer vermehrten Überwachung von Telefongesprächen durch staatliche Behörden bildet wie in den letzten Erhebungen das Schlusslicht in der gemessenen Akzeptanz. Nur 29% (+1%) der Befragten zeigen sich mit dieser Art der Gefahrenabwehr einverstanden. Der hohe Grad der gefühlten persönlichen Betroffenheit ist hier mit Sicherheit als eine der Ursachen zu werten.

1 Radio Frequency Identification Chips sind sehr kleine Datenträger, auf denen Informationen gespeichert und drahtlos über Funk ausgelesen werden können.

Abbildung 6.3

Geringe Zustimmung zu staatlichen Massnahmen im Bereich der Inneren Sicherheit

«Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen?»



SI/1027/09

**Fazit:** Terrorismus wird nur von einer Minderheit der Befragten als Bedrohung für die Schweiz wahrgenommen. Dies in stärkerem Mass bei älteren Befragten und bei Personen, die sich politisch eher rechts einordnen. Die Zustimmung zu staatlichen Sicherheitsmassnahmen ist unterschiedlich hoch. Erhöhte Polizeipräsenz in Wohnquartieren findet ebenso breite Zustimmung wie die Videoüberwachung öffentlicher Plätze, während vermehrte Telefonüberwachung und die Erfassung biometrischer Daten durch den Staat grossmehrheitlich abgelehnt werden.



## **7 Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen**

### **7.1 Eine skalenartige Fragebatterie als Grundlage**

Die aussenpolitische Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung lässt sich mit einer Einzelfrage nicht angemessen beurteilen. Dieser Tatsache wird im Rahmen der Befragungsreihe «Sicherheit» Rechnung getragen, indem die Kooperationsbereitschaft über einen Index, d.h. eine Zusammenstellung mehrerer Indikatoren, erfasst wird (vgl. Haltiner & Spillmann 1994). Diesem Index – bestehend aus insgesamt 20 Variablen – liegt die Überlegung zugrunde, dass sich eine maximale Öffnungsbereitschaft bzw. ein stark ausgeprägter Autonomiewunsch als Extreme eines Kontinuums verstehen lassen. Innerhalb dieses Kontinuums sind demnach auch mildere Ausprägungsformen sowohl der Autonomie wie der Öffnung denkbar. Maximal Öffnungsbereite zeichnen sich dadurch aus, dass sie Beitritte zu supra- bzw. internationalen Institutionen wie der EU und der Nato befürworten und sich eine Schweiz wünschen, die sich innerhalb der Uno stark engagiert. Eine abgemilderte Form der Öffnungsbereitschaft liesse sich dadurch charakterisieren, dass man etwa der Uno durchaus sehr wohlwollend gegenüber steht, hingegen von einer EU- geschweige denn einer Nato-Annäherung nichts wissen will. Als «Autonomismus» kann jene Haltung definiert werden, die jeglicher Art von internationaler Kooperation kritisch gegenübersteht und generell danach trachtet, die militärische und politische Souveränität der Schweiz zu maximieren.

## 7.2 Die 20 Indikatoren der Öffnungsbereitschaft bzw. der Autonomiebetonung im Trend

Die 20 Indikatoren sind gegliedert nach der

- Bereitschaft zur internationalen Kooperation durch institutionelle Annäherung oder Beitritt zur *EU* (siehe Abbildung 7.1),
- Bereitschaft zur Öffnung der Schweiz *ohne institutionelle Bindungen* an inter- bzw. supranationale Institutionen (siehe Abbildung 7.2),
- Bereitschaft zu einem verstärkten Engagement innerhalb der *Uno* (siehe Abbildung 7.3),
- Bereitschaft zur Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Allianzen (*Nato*, europäische Armee) (siehe Abbildung 7.4),
- Betonung verschiedener Grade nationaler Autonomie (siehe Abbildung 7.5),
- Einstellung zur Beibehaltung verschiedener Grade der Neutralität (siehe Abbildung 8.1, Kapitel 8).

## 7.3 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Europäische Union

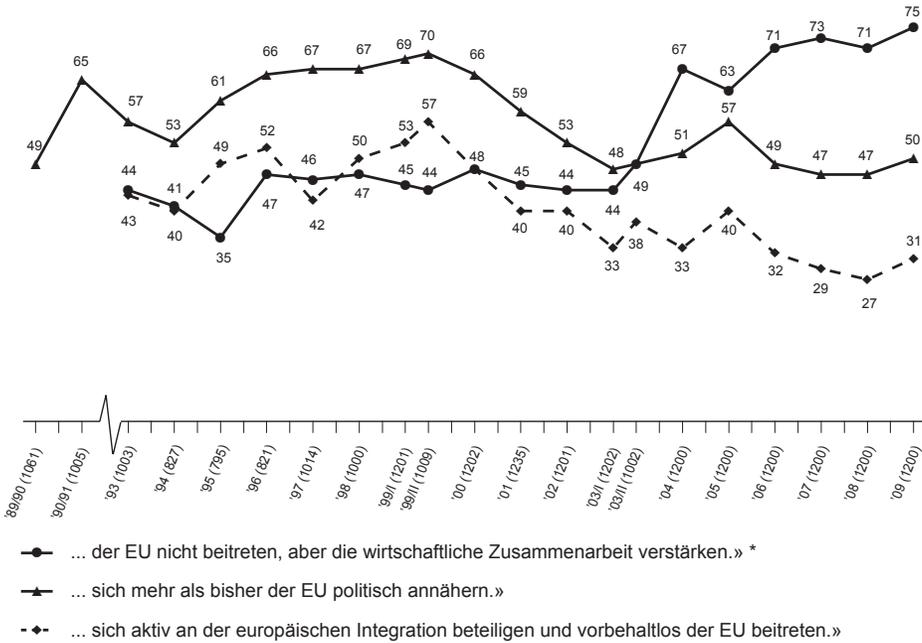
Die Daten der letzten sechs Jahre bestätigen den nach den neunziger Jahren eingetretenen Meinungsumschwung gegenüber einer Annäherung an die EU. Bis 2003 war die politische Annäherung an die EU der am stärksten befürwortete Weg in der Europapolitik der Schweiz. Danach gewann die wirtschaftliche Annäherung an die EU rasant an Zustimmung, während die politische Annäherung von etwa der Hälfte der Befragten unterstützt wurde. 2009 sind 75% (+4%) der Befragten mit einer stärkeren wirtschaftlichen, 50% (+3%) mit einer grösseren politischen Annäherung an die EU einverstanden (siehe Abbildung 7.1). Das bedeutet, dass heute mehr als doppelt so viele StimmbürgerInnen wirtschaftlich lohnende Aussenbindungen mit der EU unterhalten möchten als 1995.

Die Haltung der Schweizer Bevölkerung zu einem EU-Beitritt ist beträchtlichen Schwankungen unterworfen. Nachdem der Beitritt 1996, 1998 sowie 1999 mehrheitsfähig war, sank die Anzahl der BefürworterInnen über die letzte Dekade deutlich. Eine Integration bzw. ein vorbehaltloser EU-Beitritt wird auch 2009 klar abgelehnt: Nur ein knappes Drittel spricht sich für den EU-Beitritt aus (31%, +4%). Insgesamt geben sich die befragten Personen aber 2009 leicht europafreundlicher als im Vorjahr.

Abbildung 7.1

Europäische Integration (Zustimmung «sehr» und «eher einverstanden» in Prozent)

«Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Die Schweiz sollte ...



\*Bis 2003: «...dem EWR, nicht aber der EU beitreten.»

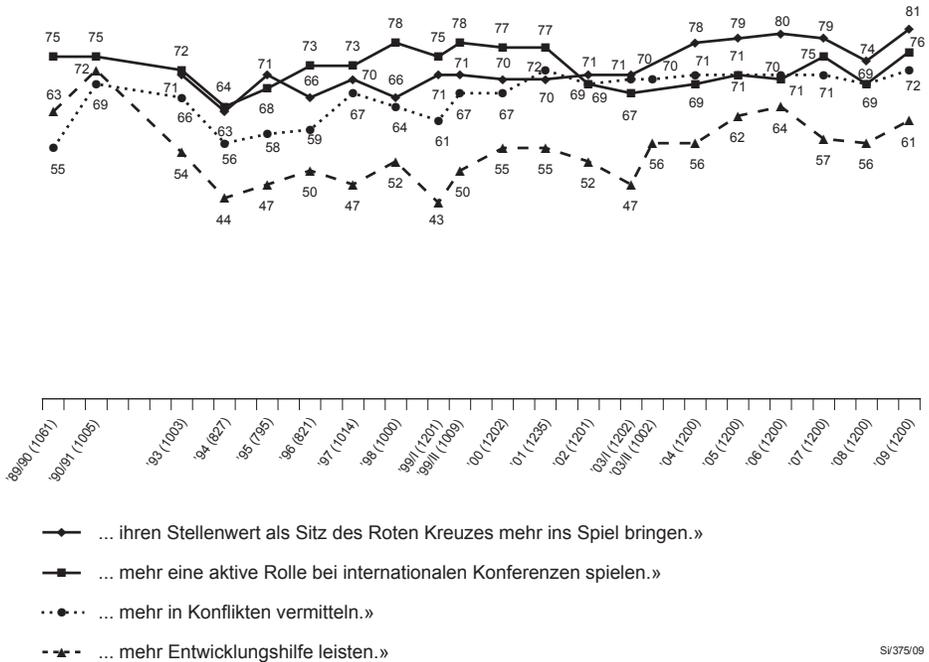
### 7.4 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung

Insgesamt weisen alle abgefragten Formen einer internationalen Kooperation ohne institutionelle Bindung und ohne Souveränitätsminderung eine hohe Akzeptanz in der Schweizer Bevölkerung auf. In den letzten beiden Dekaden hat sich an dieser Einstellung nicht viel geändert. Auch im Jahre 2009 bleibt die Zustimmung hoch, d.h. im Bereich von Dreiviertelmehrheiten, ausser bei zusätzlicher Entwicklungshilfe (61%, +5%; siehe Abbildung 7.2).

Abbildung 7.2

Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft ohne institutionelle Bindungen («weiche» Kooperation – Zustimmung «sehr» und «eher einverstanden» in Prozent)

«Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Die Schweiz sollte ...»



Im Vergleich zum Vorjahr haben alle aussenpolitischen Aktivitäten, welche von der Schweiz ohne institutionelle Bindungen unternommen werden können, an Zustimmung gewonnen. Von den befragten Personen wünschen mit 81% (+7%) so viele wie noch nie, dass die Schweiz ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes stärker ins Spiel bringt. 72% (+7%) wären damit einverstanden, wenn die Schweiz vermehrt eine aktive Rolle bei internationalen Konferenzen spielen würde. Auch die Rolle der Schweiz als Vermittlerin in Konflikten wird von einer überwiegenden Mehrheit (70%, +3%) getragen. Die Akzeptanz zusätzlicher Entwicklungshilfe als Instrument der Aussenpolitik schwankt über die Jahre am stärksten und liegt 2009 bei 61% (+5%).

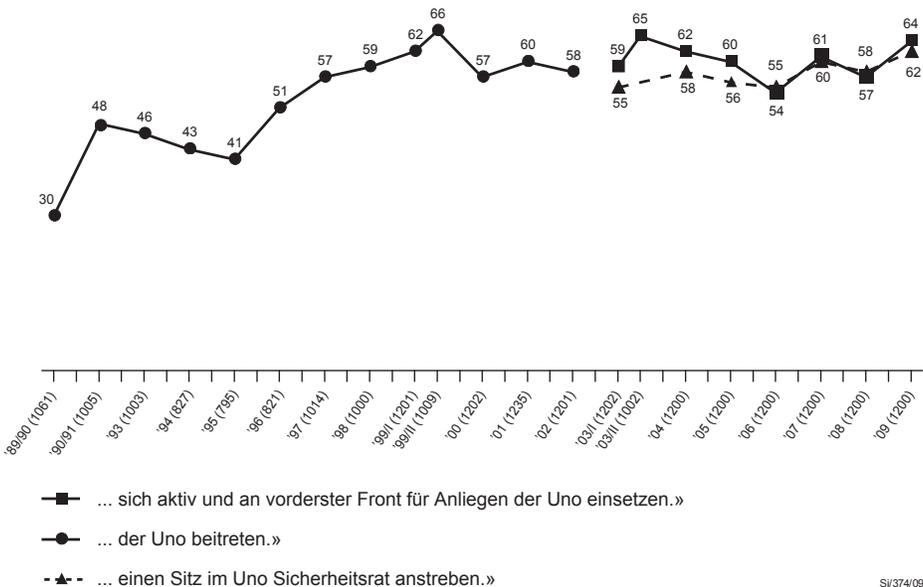
## 7.5 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Erhöhtes Engagement in der Uno

Nach einem harten Abstimmungskampf wurde am 3. März 2002 die Volksinitiative für den Uno-Beitritt mit 55% Ja-Stimmen angenommen. Die Einstellung gegenüber der Uno hat sich seit dem Beitritt nur unwesentlich verändert und bleibt positiv. Nachdem man insbesondere 2006 der Uno gegenüber relativ kritisch eingestellt war, hat sich die Zustimmung zur internationalen Kooperation im Rahmen der Uno wieder auf dem Niveau der Jahre davor eingependelt. Dieses Jahr liegt die Befürwortung des Engagements der Schweiz in der Uno deutlich höher als im Vorjahr (siehe Abbildung 7.3). 64% (+7%) sprechen sich dafür aus, dass sich die Schweiz «aktiv und an vorderster Front» für die Anliegen der Uno einsetzt. Fast ebenso viele (62%, +4%) meinen zudem, die Schweiz solle sich um einen Sitz im Sicherheitsrat der Uno bemühen.

Abbildung 7.3

Einstellung zur Uno (Zustimmung «sehr» und «eher einverstanden» in Prozent)

«Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Die Schweiz sollte ...



SV/374/09

## 7.6 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen

Von den vier erfragten Möglichkeiten einer militärischen Allianz findet lediglich die Forderung, die Schweiz solle der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen, jeweils eine mehrheitliche Unterstützung. Nachdem seit dem Jahr 2000 die Entsendung von Friedenstruppen im Rahmen der Uno im Trend an Popularität verloren hat, ist 2009 noch eine knappe Mehrheit von 53% (-1%) für solche Einsätze (siehe Abbildung 7.4). Ganz anders beurteilen die befragten SchweizerInnen die Vorgaben, mehr Sicherheit durch Kooperation mit der Nato zu erlangen. Ein Nato-Beitritt (21%, +2%) oder eine Annäherung an die Nato (38%, +4%) kommen weiterhin nur für Minderheiten in Frage. Ebenso bleibt eine Beteiligung am Aufbau einer europäischen Armee für die Mehrheit der Befragten nicht erstrebenswert. Nur gerade 24% (-2%) können sich ein solches Mitwirken vorstellen. Auf die erstmals gestellte Frage nach einer grundsätzlichen Teilnahme an «bewaffneten Friedenseinsätzen» ohne Spezifizierung des Mandats antworten nur 36% zustimmend.

In den letzten drei Jahren hat die Zustimmung zum Engagement in einer möglichen europäischen Armee oder im Rahmen der Uno signifikant abgenommen. Einzig die Stimmung gegenüber der Nato hat sich im Vergleich zum Jahr 2008 wieder etwas aufgehellt. Die vier Kurven der Zustimmung zu sicherheitspolitischen Allianzen verlaufen ausserdem über die gesamte Messreihe ziemlich ähnlich.

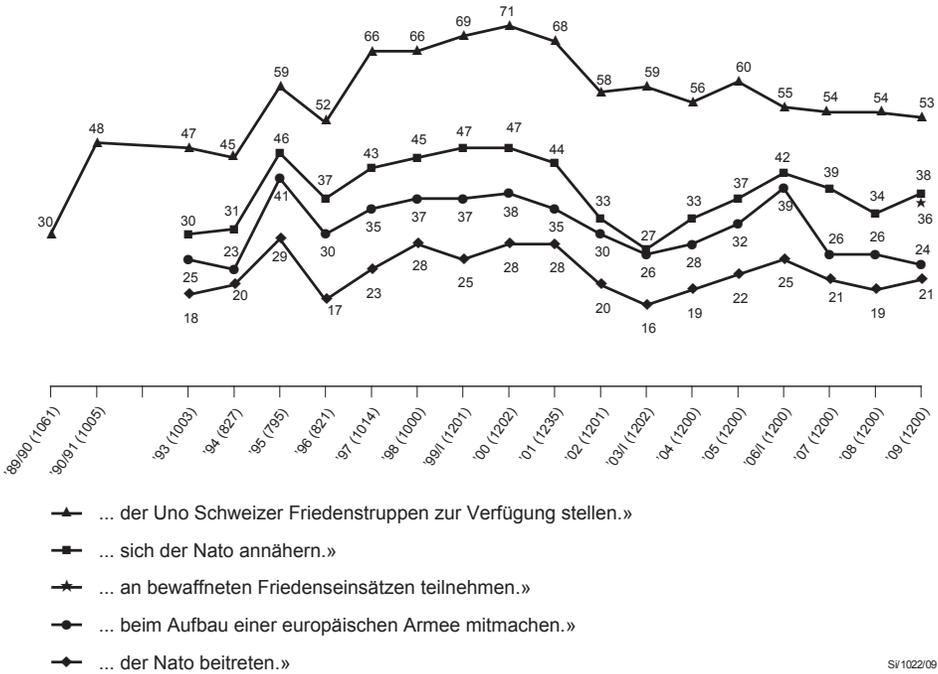
Die unterschiedliche Akzeptanz von Kooperationen mit den verschiedenen Institutionen könnte durch den Grad der institutionellen Bindung, welche bei einem Engagement eingegangen werden muss, bedingt sein. Die tiefe Zustimmung zu «bewaffneten Friedenseinsätzen» im Allgemeinen, welche etwa im Bereich der Akzeptanz von Einsätzen im Rahmen der Nato oder einer europäischen Armee liegt, könnte auf einen legitimitätsfördernden Effekt eines Uno-Mandats hinweisen. Allerdings muss angemerkt werden, dass auch das Wort «bewaffnet» einen Einfluss auf die tiefe Zustimmungsrates haben könnte.

Dass in den Jahren 1998 bis 2001 sowie im Zeitraum von 2004 bis 2006 die Möglichkeit einer Kooperation positiver beurteilt wurde, kann daran liegen, dass sowohl der Krieg in Ex-Jugoslawien als auch die gemeinsame Terrorbekämpfung der Nato-Länder sichtbar gemacht haben, wie sehr Sicherheit in Europa nur noch durch Kooperation erreichbar ist.

Abbildung 7.4

Einstellung zu Allianzen (Zustimmung «sehr» und «eher einverstanden» in Prozent)

«Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Die Schweiz sollte ...



SI/1022/09

Eine direkte Zusammenarbeit der Schweizer Armee mit Streitkräften anderer europäischer Länder können sich die SchweizerInnen aber gut vorstellen. Alle vorgeschlagenen Kooperationsformen gemäss Abbildung 7.5 werden von einer Mehrheit der Befragten für möglich gehalten. Am meisten akzeptiert sind gemeinsame Einsätze bei Grosskatastrophen. 92% der Befragten (-1% im Vergleich zu 2001) können sich eine militärische Zusammenarbeit in solchen Fällen «sehr gut» oder «gut» vorstellen. Eine Anpassung der Schweizer Armee für eine bessere Zusammenarbeit mit anderen europäischen Armeen ziehen 69% (-2%) in Betracht. Fast gleich viele (65%, -6%) halten auch eine gemeinsame Ausbildung von schweizerischen

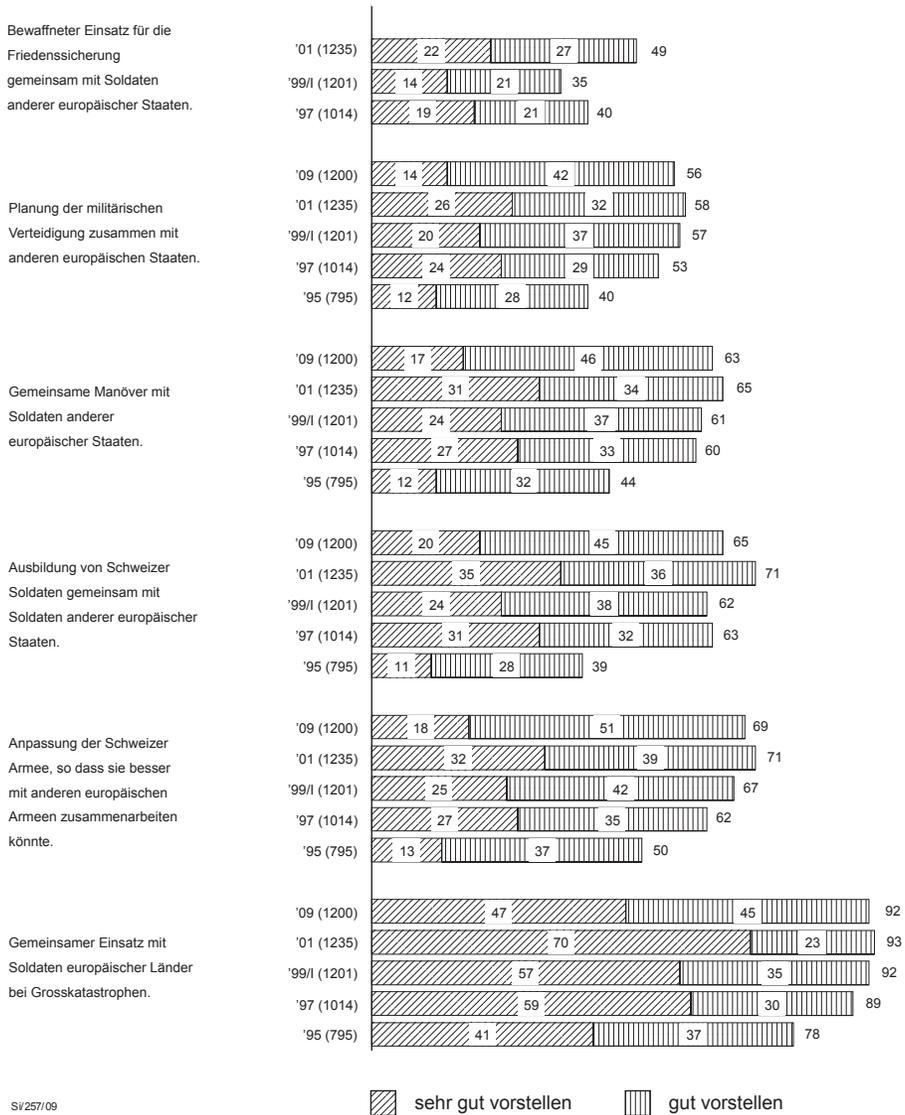
und ausländischen Soldaten und gemeinsame Manöver (63%, -2%) für möglich. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (56%, -2%) erwägt eine gemeinsame Verteidigungsplanung. Die hohe Zustimmung zur bilateralen Zusammenarbeit mit ausländischen Armeen bei gleichzeitiger Ablehnung von Kooperationen in militärischen Organisationen kann dahingehend interpretiert werden, dass die Schweizer Bevölkerung institutionelle Bindungen im militärischen Bereich verhindern und das Kommando in eigenen Händen behalten möchte.

Insgesamt haben alle erfragten Arten der Zusammenarbeit mit Armeen anderer europäischer Staaten im Vergleich zur letzten Messung im Jahr 2001 leicht an Zustimmung verloren. Damit wurde der seit 1995 anhaltende Trend einer ansteigenden Kooperationsbereitschaft mit anderen Armeen gebrochen.

Abbildung 7.5

Zusammenarbeit mit Armeen europäischer Staaten

«Wir haben hier einige Möglichkeiten zusammengestellt, wie die Schweizer Armee mit den Armeen anderer europäischer Länder zusammenarbeiten könnte («sehr gut» und «gut» vorstellbar in Prozent)



SI/257/09

## 7.7 Betonung nationaler Autonomie

Die Einstellung der Bevölkerung zur nationalen Autonomie wird anhand dreier Verhaltensdispositionen gemessen: Wirtschaftliche, politische und militärische Autonomie. Seit dem Messbeginn von 1993 erhält die Politik der wirtschaftlichen und politischen Autonomie stets höhere Zustimmungsraten als die militärische Unabhängigkeit. Nur etwa ein Drittel der Befragten möchte sich grundsätzlich von Bündnissen und Allianzen fernhalten.

Die Zustimmung zur Vorgabe «die Schweiz solle wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben» ist in den letzten zehn Jahren allmählich und 2006 markant gestiegen. Nachdem seit 2006 etwa 70% der SchweizerInnen das Bestreben nach wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit befürworten, liegt 2009 der Zuspruch bei 69% (-2%; siehe Abbildung 7.6). Der Anteil jener Befragten, die «sehr» oder «eher» mit einem Alleingang ohne «Bündnisse und Zusammenschlüsse aller Art mit anderen Staaten» einverstanden sind, oszilliert um die 30%-Marke und liegt 2009 wie im Vorjahr bei 31% ( $\pm 0\%$ ). Die Hälfte der Befragten (50%, -2%) spricht sich dafür aus, dass sich die Schweiz nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen solle.

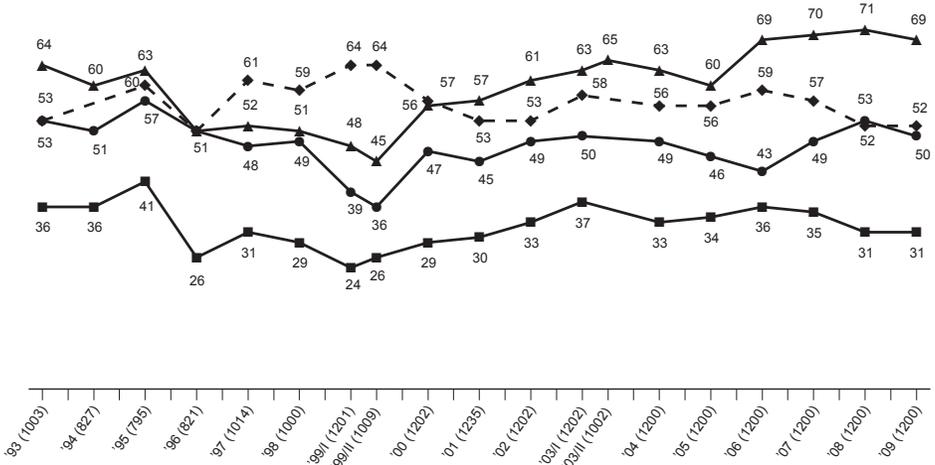
Bezüglich nationaler Autonomie interessiert nicht nur, inwieweit man sich Souveränität wünscht, sondern auch inwiefern man denkt, dass die «nationale Sicherheit immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt wird.» Die Einschätzung der nationalen Sicherheitsautonomie erweist sich über die Jahre hinweg als relativ stabil. Eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ist der Ansicht, die nationale Sicherheit werde immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von den SchweizerInnen selbst bestimmt (52%, -1%).

Insgesamt wird 2009 wie in den letzten drei Jahren die nationale Autonomie relativ differenziert bewertet: Die Zustimmungen zur politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit erfahren einen klaren Zuspruch, ohne dass deswegen jeder Art von Kooperation eine Absage erteilt würde. Alles in allem kann dies als Einverständnis zu einem bilateralen Weg gedeutet werden. Die zugespitzte Form eines «Autonomismus» im Sinne eines Alleingangs wird, wie in den Jahren zuvor, nur schwach gutgeheissen. Die Einstellung, dass die nationale Sicherheit der Schweiz immer mehr von anderen Staaten beeinflusst wird, entwickelt sich über die Jahre gegenläufig zur Meinung, die Schweiz solle sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass auch der Aspekt der Machbarkeit einer eigenständigen Verteidigung das Antwortverhalten bei der Beurteilung der militärischen Autonomie beeinflusst.

Abbildung 7.6

Indikatoren der Betonung nationaler Autonomie (Zustimmung «sehr» und «eher» einverstanden in Prozent)

«Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Die Schweiz sollte ...



- ▲ ... wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.»
- ... sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.»
- ... sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.»
- ◆ «Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten, immer weniger von uns selbst bestimmt.»

SI/377/09

## 7.8 Politische Einstellung, soziodemographische Merkmale und Öffnung versus Autonomie

Die politische Selbsteinstufung der SchweizerInnen auf einer Links-Rechts-Skala ist diejenige Variable, welche die Spannweite in der Einstellung bezüglich Öffnung versus Autonomie am besten erklären kann. Politisch sich rechts Einstufende sprechen sich deutlich weniger häufig für eine internationale Kooperation aus und betonen die nationale Autonomie stärker.

Bezüglich einer politischen Annäherung an Europa oder einem EU-Beitritt geben sich eher rechts eingestellte Personen mehrheitlich ablehnend und befürworten deshalb auch den bilateralen Weg stärker als Leute, die sich als politisch links einschätzen. Ausser zusätzlicher Entwicklungshilfe erhalten Massnahmen im Rahmen einer internationalen Kooperation ohne institutionelle Bindung in allen politischen Lagern Zustimmung. Bei all diesen Aktivitäten ohne instituti-

onelle Bindung (vgl. Abbildung 7.2) zeigt sich allerdings die grössere Öffnungsbereitschaft von sich politisch links einstuftenden Befragten. Der Einsatz für die Anliegen der Uno und das Streben nach einem Sitz im Sicherheitsrat erhalten von links wie rechts Zustimmung. Bezüglich der Entsendung von Friedenstruppen für die Uno und der Frage einer Annäherung an die Nato sind die politischen Lager geteilter Meinung, während ein Nato-Beitritt und der Aufbau einer europäischen Armee links wie rechts auf mehrheitliche Ablehnung stossen. In allen politischen Meinungsgruppen findet das Bestreben nach möglichst grosser Unabhängigkeit von anderen Staaten eine Mehrheit, ohne dass Bündnisse und Zusammenschlüsse grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Die Landesregion ist das zweite Merkmal, nach welchem signifikante Unterschiede in allen Aspekten der Öffnungsbereitschaft zu erkennen sind. Die DeutschschweizerInnen sind mit einer politischen Annäherung an die EU oder gar einem EU-Beitritt weniger einverstanden als die BewohnerInnen der lateinischen Landesteile. Ein EU-Beitritt ist aber in keiner Sprachregion mehrheitsfähig, während eine politische Annäherung von der Bevölkerung der lateinischen Schweiz im Gegensatz zu den DeutschschweizerInnen knapp mehrheitlich begrüsst wird. Der bilaterale wirtschaftliche Weg findet in der gesamten Schweiz Zustimmung, am ehesten aber in der sonst europakritischen Deutschschweiz. Aktivitäten im internationalen Rahmen ohne institutionelle Bindung werden in allen Teilen der Schweiz begrüsst, obwohl die DeutschschweizerInnen gegenüber den vorgeschlagenen Massnahmen signifikant weniger positiv eingestellt sind. Dies könnte als eine grundsätzlich tiefere Öffnungsbereitschaft interpretiert werden. Möglicherweise profitieren die BewohnerInnen der Westschweiz aber auch wirtschaftlich direkter von den dort angesiedelten internationalen Einrichtungen. Dieser Interpretation steht die höhere Akzeptanz eines Einsatzes für die Anliegen der Uno unter den deutschsprachigen Befragten entgegen, wobei ein solches Engagement in allen Landesteilen von einer Mehrheit befürwortet wird. Militärische Engagements und Kooperationen mit der Nato sind in der deutschen Schweiz signifikant unpopulärer als in den lateinischen Sprachregionen. Schweizer Truppen im Dienste der Uno sind in allen Landesteilen akzeptiert. Eine Annäherung an die Nato und bewaffnete Auslandseinsätze im Allgemeinen finden nur in der Westschweiz eine Mehrheit, wohingegen die Teilnahme an einer europäischen Armee oder ein Nato-Beitritt nirgends auf Zustimmung stossen.

Nach Geschlecht, Alter, Bildung und Einkommen sind zwar Unterschiede in der Meinung zu aussenpolitischen Optionen der Schweiz zu sehen. Diese verschwinden aber, wenn eine gemeinsame Analyse aller demographischen Variablen durchgeführt wird. Deshalb ist für diese Merkmale kein einheitliches Bild zu erkennen.

## 7.9 Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993 bis 2009

Die aussenpolitische Öffnungsbereitschaft der SchweizerInnen wird mit insgesamt 20 Fragen ermittelt. Neun besonders stark differenzierende Fragen werden seit mehreren Jahren dazu verwendet, eine Kooperationstypologie<sup>1</sup> zu bilden. Aus ihr lassen sich drei charakteristische Haltungen gegenüber der aussenpolitischen Öffnung der Schweiz ableiten.

- **«Harte Öffnungswillige»:** Als solche können Personen bezeichnet werden, die eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz selbst unter Inkaufnahme gewisser Souveränitätseinbussen befürworten. Sie sind nicht nur für einen EU-Beitritt der Schweiz, sondern unterstützen auch mehrheitlich eine Nato-Annäherung. Selbst ein Nato-Beitritt ist für eine knappe Minderheit unter den «harten Öffnungswilligen» denkbar. Die Schweizer Neutralität als sicherheitspolitisches Instrument halten sie für ein Auslaufmodell, wollen aber trotzdem an ihr festhalten. Zudem verlangen sie ein verstärktes Schweizer Engagement in der Uno.
- **«Autonomisten»:** Diese nehmen eine diametral gegenteilige Haltung ein. Sie lehnen nicht nur den EU- und den Nato-Beitritt ab, sondern sprechen sich auch für eine nur aufs Notwendigste begrenzte Kooperation mit diesen Institutionen aus. Jede Souveränitätsminderung wird abgelehnt. Dem bilateralen Weg mit der EU wird seit 2004 zugestimmt. Nach dem gegen ihren Willen erfolgten Beitritt zur Uno sind sie gegen ein verstärktes Engagements innerhalb der Weltorganisation und die Bestrebungen der Schweiz, einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat zu erlangen. Neutralität bedeutet für sie nebst Selbstverständnis vor allem Schutz.
- **«Weiche Öffnungswillige»:** Sie sind zwischen den beiden eben geschilderten Kooperationstypen anzusiedeln. Einer aussenpolitischen Kooperation stehen sie grundsätzlich positiv gegenüber, insbesondere was die Uno betrifft. Einen EU- oder gar einen Nato-Beitritt lehnen sie allerdings ab. Es kann auch gesagt werden, dass sich die «weichen Öffnungswilligen» eine maximale internationale Kooperation der Schweiz bei minimaler Souveränitätseinbusse wünschen. Sie sind es auch, welche die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne politische Annäherung am stärksten befürworten. In Neutralitätsfragen teilen sie tendenziell die Meinung der «Autonomisten».

<sup>1</sup> Die Typologie wurde anhand der Clustermethode gebildet (vgl. Anhang I und II). 14.8% der Befragten lassen sich keinem der drei Kooperationstypen zuordnen. Die Prozentangaben zu den drei Kooperationstypen beziehen sich deshalb nur auf 1023 Personen anstatt auf 1200 Personen.

Im Januar 2009 können 32% (+1%; siehe Abbildung 7.7) den «Autonomisten» zugerechnet werden. 42% (-2%) gehören zum Typus der «weichen» Form der internationalen Kooperation und 26% (+1%) zu den «harten Öffnungswilligen». Bei der Verteilung nach Typen lässt sich ein langfristiger Trend beobachten:

- Die «harten Öffnungswilligen» sind über die letzten 15 Jahre anteilmässig von einem runden Drittel auf ein Viertel geschrumpft.
- Die «Autonomisten» erlebten ihren Höhenflug unmittelbar nach der Diskussion um den EWR-Beitritt der Schweiz in den frühen neunziger Jahren. Seit dem «Taucher» auf 26% im Jahr 1999 halten sie sich stabil bei rund einem Drittel der Stimmbürgerschaft.
- Seit Beginn der Messung im Jahr 1993 ist der Anteil jener, welche ein Mehr an internationaler Kooperation ohne Souveränitätsminderung billigen, d.h. der sogenannten «weichen Öffnungswilligen», im Trend gestiegen. Ab 2006 macht diese Gruppe einen Anteil von leicht mehr als 40% der Befragten aus. Die Strategie einer vorsichtigen und behutsamen Öffnung entspricht dem bilateralen Weg der Schweiz zu Europa. Dieser findet mittlerweile bei fast der Hälfte der Befragten Unterstützung. Das Gutheissen der «weichen» Öffnungsstrategie steht zugleich für eine defensive Aussenpolitik, die sich stets der Tradition der Neutralität des Landes bewusst bleibt.

Die Zuordnung zu einem Kooperationsstypus variiert am stärksten mit der politischen Selbsteinschätzung ( $\gamma=0.46$ )<sup>2</sup> und dem Bildungsgrad ( $\gamma=-.29$ )<sup>3</sup>, aber auch mit der regionalen Herkunft ( $CC=0.18$ )<sup>4</sup> und dem Haushaltseinkommen ( $\gamma=-.08$ ). «Autonomisten» sind überdurchschnittlich häufig bei den politisch rechts Orientierten und bei Personen mit tiefem Bildungsgrad zu finden. «Harte Öffnungswillige» hingegen sind über dem Mittel politisch links orientierte SchweizerInnen aus der höheren Bildungsschicht und Befragte aus der Westschweiz. Die politische «Mitte» mit mittleren bis tiefen Einkommen stellt am meisten «weiche Öffnungswillige». Während das Alter früher eine gewisse Rolle für die Zuordnung zu den Kooperationsstypen spielte, ist dieses Merkmal inzwischen nahezu bedeutungslos geworden. «Autonomisten» beurteilen die Zukunft der Schweiz und die künftige weltpolitische Lage signifikant schlechter als «öffnungsbereitere» Befragte. Diejenigen Personen, welche eine Öffnung auch unter Inkaufnahme von institutioneller Bindung wün-

2 Bis 2008 schwankte der Korrelationskoeffizient für die politische Selbsteinstufung mit den Kooperationsstypen zwischen 0.23 und 0.47.

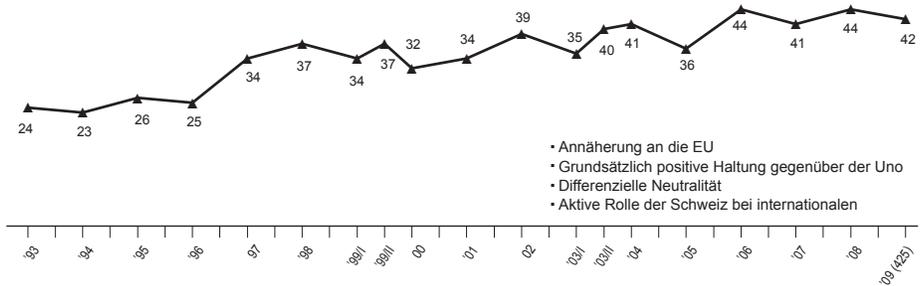
3 Bis 2008 schwankte der Korrelationskoeffizient für den Bildungsgrad mit den Kooperationsstypen zwischen -.17 und -.30.

4 Bis 2008 schwankte der Kontingenzkoeffizient für die Regionen mit den Kooperationsstypen zwischen 0.11 und 0.22.

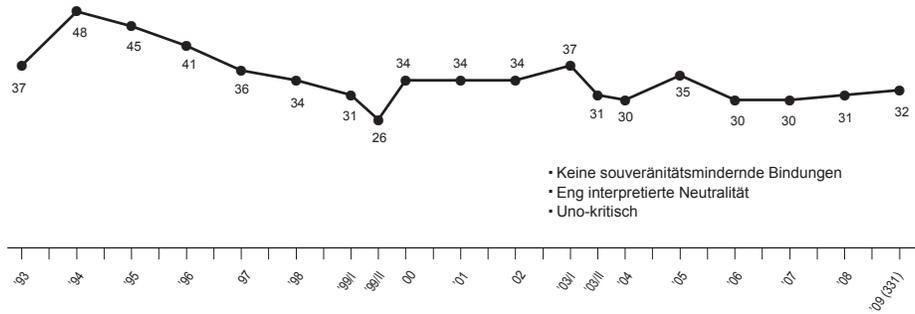
schen, schätzen vor allem die weltpolitische Lage signifikant optimistischer ein als Leute aus den anderen Gruppen.

Abbildung 7.7

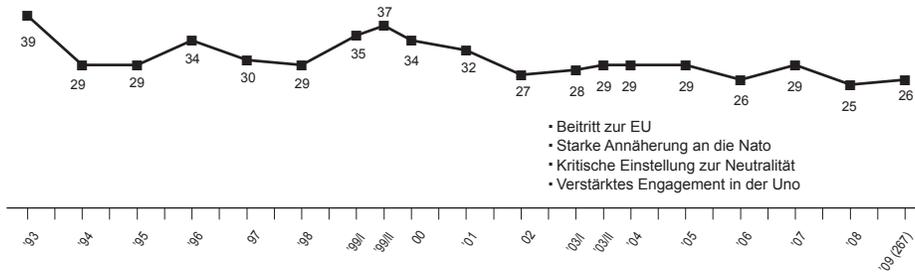
Die Kooperationstypen und ihre anteilmässige Veränderung 1993 bis 2009 (Angaben in Prozent)



▲ «Weiche Öffnungsbereitschaft»



● «Autonomismus»



■ «Harte Öffnungsbereitschaft»

**Fazit:** Im langfristigen Trend über die letzten 15 Jahre scheint sich in der Schweiz die Haltung der «weichen Öffnung» auf Kosten vor allem des «Autonomismus» und der «harten Öffnungsbereiten» durchzusetzen. Die Politik der bilateralen Verträge mit der EU kommt diesem Meinungstyp offensichtlich optimal entgegen. Dieser Kurs stösst in der Bevölkerung auf eine breite Akzeptanz und wird als derjenige Weg verstanden, der eine maximale wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit bei maximal notwendiger Kooperation zulässt. Ein Engagement in einer sicherheitspolitischen Allianz bleibt weiterhin undenkbar.

## 8 Die Neutralität

### 8.1 Allgemeine Zustimmung zur Neutralität

Das Prinzip Neutralität ist nach wie vor unbestritten. Die Bevölkerung befürwortet die Schweizer Neutralität auf einem äusserst hohen Niveau. 2009 sind es wiederum 93% ( $\pm 0\%$ ; siehe Abbildung 8.1). Im Vergleich zum Vorjahr hat die Intensität der Zustimmung leicht abgenommen: Nur noch 65% (-8%) der Befragten sind mit der Beibehaltung der Neutralität «sehr einverstanden», bei gleichzeitig steigendem Anteil an «eher Einverständenen» (28%, +8%).

Die Befürwortung der differenziellen Neutralität, wie sie die Schweiz seit 1990 durch die Beteiligung an Uno-Wirtschaftssanktionen praktiziert, wird anhand der Aussage «Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben» ermittelt. Die Zustimmung zur differenziellen Neutralität liegt mit 63% deutlich tiefer als zum allgemeinen Prinzip Neutralität, ist aber gegenüber dem letzten Jahr um 4% angestiegen (2008: 59%).

Eine De-facto-Aufhebung der Neutralität – d.h. die Auffassung, wonach die Schweiz auch in militärischen Konflikten klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen sollte – wird von 21% (-4%) der Bevölkerung unterstützt.

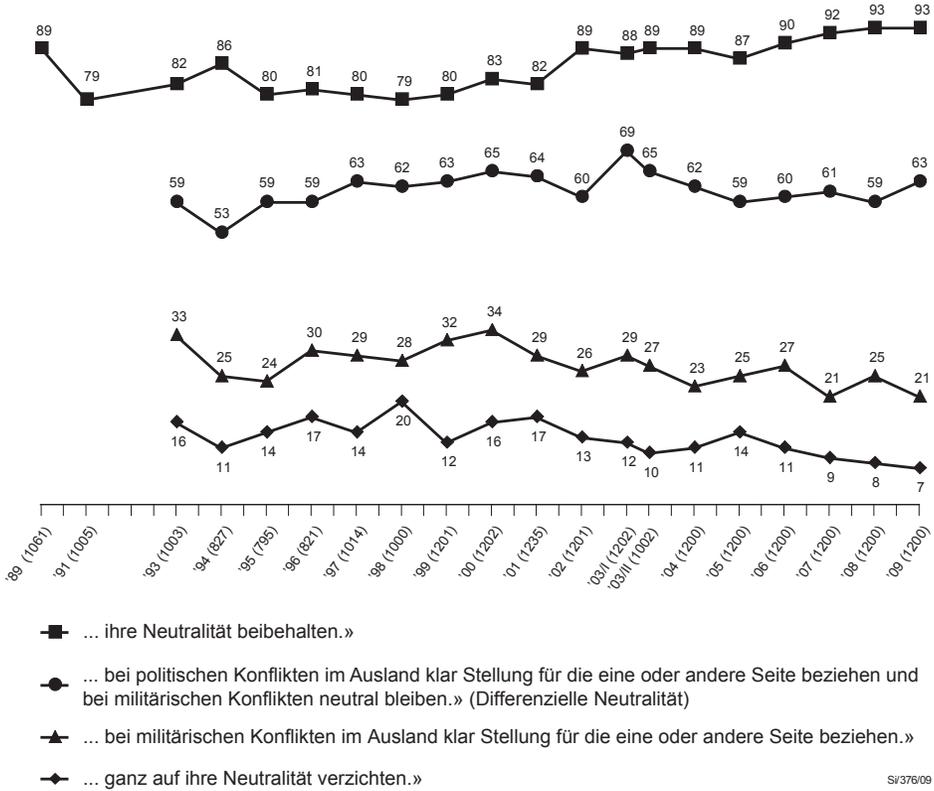
Die landesweite Akzeptanz der Neutralität zeigt sich auch darin, dass der Verzicht auf die Neutralität 2009 weniger denn je ein Thema in der Bevölkerung ist. Nur 7% (-1%) könnten sich damit einverstanden erklären.

Die Neutralität wird über alle Altersgruppen und Bildungsniveaus, von allen Befragten jeglichen politischen Couleurs, von Frauen wie Männern und in allen drei Sprachregionen gutgeheissen. Der Zustimmungswert variiert besonders ausgeprägt mit der politischen Selbsteinstufung (links: 86%, Mitte: 96%, rechts: 97%). Die Unterschiede scheinen sich aber im Zeitverlauf tendenziell zu nivellieren. So ist bei den politisch links Eingestellten die Zustimmung zur Neutralität im Verlauf der Jahre gestiegen (1996: 61%; 2009: 86%; mit einem sprunghaften Anstieg im Jahr 2002). Auch die Differenzen zwischen den Regionen, den Altersgruppen und den Bildungsschichten haben seit 2002 stark abgenommen. 2009 sind in einer logistischen Regressionsanalyse mit den üblichen soziodemographischen Merkmalen nur noch die Unterschiede nach politischer Selbsteinstufung statistisch signifikant.

Abbildung 8.1

Verschiedene Einstellungen zur Neutralität («sehr» und «eher einverstanden» in Prozent)

«Die Schweiz sollte...»



SI376/09

Die Einstellung zur differenziellen Neutralität unterscheidet sich ebenfalls nach politischer Selbsteinstufung (die Zustimmung ist im rechten politischen Lager tiefer als in der Mitte und links davon). Ausgeprägter sind jedoch die Differenzen nach Bildungsgrad: Befragte mit tieferem Bildungsniveau stimmen dieser Prämisse deutlicher zu als jene aus der mittleren oder oberen Bildungsschicht. Die Zustimmung zur differenziellen Neutralität nimmt ferner mit dem Alter zu. In einer linearen Regressionsanalyse, welche alle Effekte gleichzeitig analysiert, bleiben alle genannten Unterschiede signifikant.

## 8.2 Neutralitätsfunktionen im Trend bis 2009

Die schweizerische Neutralität diene stets verschiedenen Zielen. StaatsrechtlerInnen sprechen daher von *Neutralitätsfunktionen*. Das Interesse dieser Studie gilt seit 1993 der Wahrnehmung dreier ausgewählter Funktionen der Neutralität in der Bevölkerung: der *Solidaritäts*-, der *Identitäts*- und der *sicherheitspolitischen* Funktion (siehe Abbildung 8.2 und 8.3).<sup>1</sup> Bei der Formulierung der Fragen wurde darauf geachtet, dass eine entsprechende Fachterminologie unter den zu Befragenden nicht vorausgesetzt werden muss.

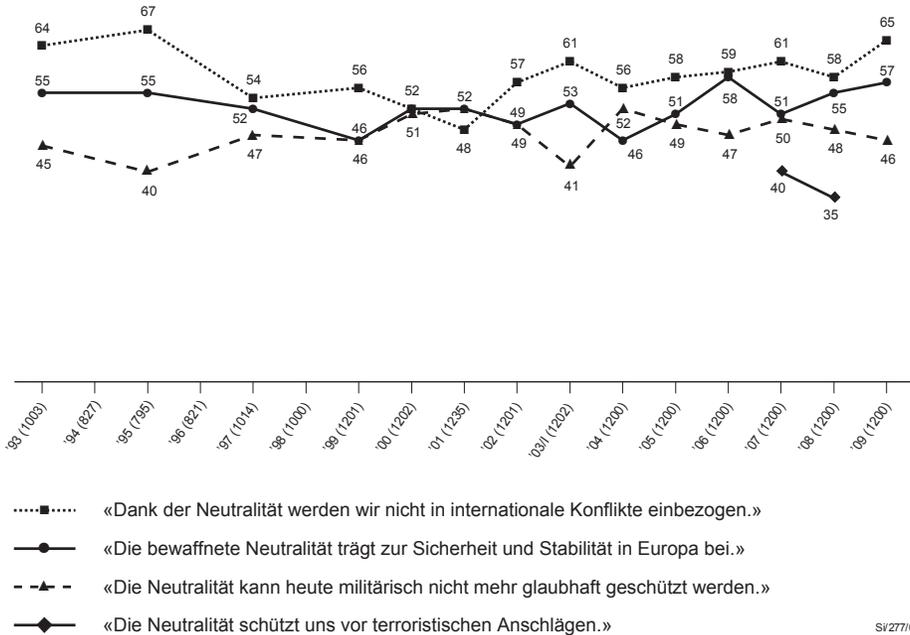
Die Neutralität gilt primär als ein sicherheitspolitisches Instrument. Der Glaube, dass die Neutralität auch heute noch vor Konflikten schützt, wird mit 65% Zustimmung nach wie vor von einer Mehrheit geteilt (+7%; siehe Abbildung 8.2). Beinahe ebenso viele vertreten die Auffassung, dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitrage (57%, +2%). Die auf zwischenstaatliche Konflikte ausgerichtete sicherheitsstrategische Neutralität büsst – wie die Erhebungen im 2007 und 2008 gezeigt haben – angesichts neuer, asymmetrischer Bedrohungen an Bedeutung ein: Eine Minderheit von 40% bzw. 35% der Befragten stimmte in diesen beiden Jahren der Aussage zu, dass die Neutralität vor terroristischen Anschlägen schütze.

Als eines der wichtigen Merkmale der schweizerischen Neutralität gilt, dass diese bewaffnet ist, d.h., dass die Neutralität militärisch verteidigt werden kann. Beinahe jeder zweite Schweizer bzw. jede zweite Schweizerin hegt jedoch Zweifel an der Erfüllung dieser Forderung: 46% (-2%) denken, dass die Neutralität «heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden» könne. Mit 6% ist der Anteil derjenigen, die darauf keine Antwort geben mögen oder können, relativ hoch.

1 Für eine ausführlichere Beschreibung der Funktionen vgl. Haltiner et al. 1993.

Abbildung 8.2

Sicherheitspolitische Funktion («sehr» und «eher einverstanden» in Prozent)



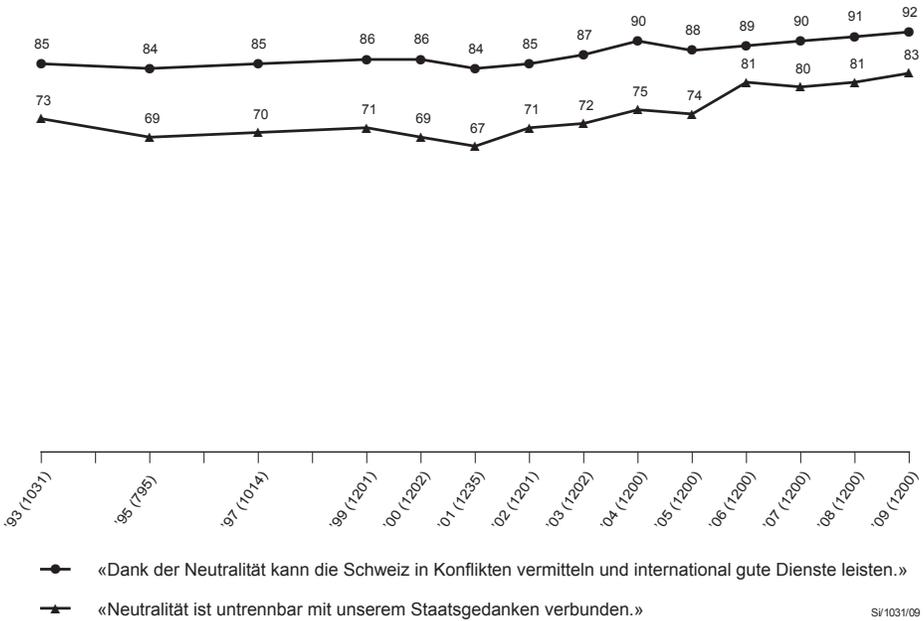
SV277/09

Eine weitere Dimension der Neutralität ist ihre Solidaritätskomponente. Neutralität kann in diesem Sinne auch als Basis für eine Friedensförderungspolitik gedeutet werden. Die Meinung, die Schweiz könne dank ihrer Neutralität «in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten», ist in der Schweizer Bevölkerung weit stärker verankert als der Glaube an ihre Schutzwirkung. Neun von zehn SchweizerInnen teilen diese Auffassung (92%, +1%; siehe Abbildung 8.3).

Auch der Identitätsfunktion, die besagt, dass Neutralität untrennbarer Bestandteil unseres Staatsgedankens sei, wird mit 83% (+2%) grossmehrheitlich zugestimmt.

Abbildung 8.3

Solidaritäts- und Identitätsfunktion («sehr» und «eher einverstanden») in Prozent



Die Solidaritäts- und Identitätsfunktionen werden nicht nur von einer grösseren Mehrheit gutgeheissen als die sicherheitspolitische Dimension, die Wahrnehmung der Schutzwirkung der Neutralität verläuft im langfristigen Trend auch anders als jene der anderen beiden Neutralitätsaspekte. Während sich letztere im Zeitverlauf einer stabilen, ja steigenden Akzeptanz erfreuen, verlor erstere in den Augen der Bevölkerung zwischen 1995 bis zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA stetig an Glaubwürdigkeit. Diese Tendenz erfuhr nach den Anschlägen eine klar erkennbare Wende. Wahrscheinlich verflogen die früheren Zweifel mit der aktuellen Bedrohungswahrnehmung und machten erneut dem Glauben an «Schutz durch Neutralität» Platz. Der langjährige Trend in dieser Erhebungsreihe zeigt, dass, wenn sich die Bedrohungswahrnehmung intensiviert, in der Regel auch die Befürwortung der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität steigt. Diese Vermutung wird durch die diesjährigen Zahlen nicht bestätigt, denn die Zustimmung zur sicherheitspolitischen Schutzfunktion ist dieses Jahr bei konstant hoher

Sicherheitswahrnehmung gestiegen.<sup>2</sup> Unter Umständen könnte dieser Anstieg jedoch ein Indiz für ein leicht höheres Unbehagen in der Bevölkerung sein.

Die Identitätsfunktion der Neutralität wird über alle soziodemographischen Gruppen hinweg positiv bewertet, je nach Alter, Geschlecht und politischer Orientierung aber signifikant unterschiedlich stark. Mit steigendem Alter nimmt die Akzeptanz zu. Männer verknüpfen die Neutralität häufiger mit der nationalstaatlichen Identität (88%, Frauen: 84%). Auf der Rechts-Links-Skala ist die unterschiedliche Bewertung besonders ausgeprägt. Politisch rechts stehende assoziieren die Neutralität deutlich häufiger mit der Schweiz (86%) als sich politisch links positionierende Personen (77%). Jedoch fällt auf, dass unter den Befragten der politischen Linken die Akzeptanz in den letzten Jahren zugenommen hat: Die Identitätsfunktion erlebte 2006 einen hohen Zustimmungsschub bei dieser Gruppe.

Diese Annäherung der politischen Lager zeigt sich auch in der Zustimmung zur Solidaritätsfunktion: Sie stieg linksseitig 2003 stark an und wird seit diesem Zeitpunkt links, rechts und in der politischen Mitte gleichermaßen gutgeheissen.<sup>3</sup> Auch bezüglich Alter, Geschlecht, regionaler Herkunft und Bildungsgrad zeigen sich in einer logistischen Regressionsanalyse keine statistisch signifikanten Unterschiede im Grad der Zustimmung.

Der dissuasive Charakter der Neutralität wird hingegen nicht nur je nach politischer Orientierung und Alter, sondern auch nach regionaler Herkunft unterschiedlich bewertet. Er erfährt vor allem in der politischen Mitte und rechts davon sowie in der italienischen Schweiz und bei der älteren Generation der ab 60-Jährigen eine überdurchschnittliche Zustimmung. Unterdurchschnittlich häufig glauben Befragte mit politisch linker Orientierung und in der Westschweiz Wohnhafte an die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität.

### **8.3 Neutralität: Instrument der Aussenpolitik, finaler Wert oder Hindernis?**

Zusätzlich zu den Neutralitätsfunktionen wird in unserer Studienreihe seit langem erhoben, ob und wie die Neutralität als Instrument der Aussenpolitik wahrgenom-

2 Ein probit-Regressionsmodell für die Zeitreihe 1999 bis 2009 bestätigt jedoch, dass der Glaube an die Schutzwirkung der Neutralität und das allgemeine Sicherheitsgefühl positiv zusammen hängen. Deshalb steigt die Zustimmung zur sicherheitspolitischen Schutzfunktion der Neutralität tendenziell in Jahren, in denen sich mehr Befragte unsicher fühlen.

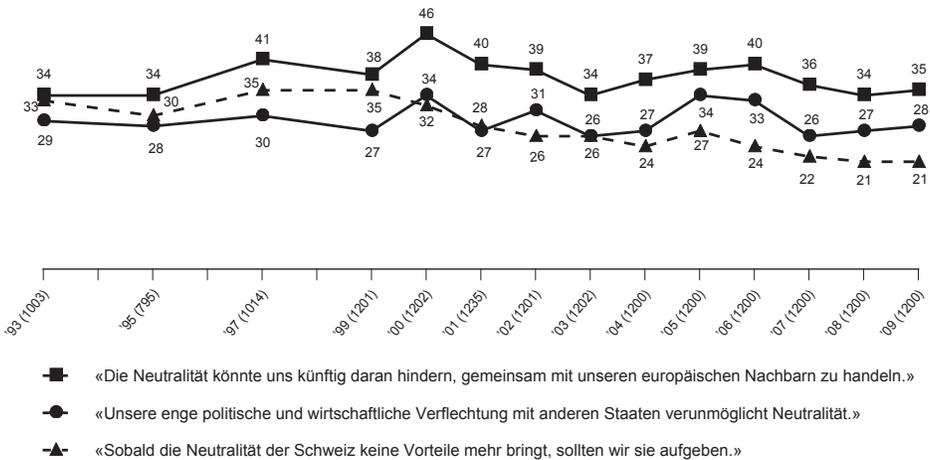
3 Der Anstieg in der Zustimmung bei den Befragten politisch linker Einstellung kann wohl nicht mit der Neutralitätspolitik von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey in Verbindung gebracht werden, denn diese wurde erst kurz vor der Befragung im Januar 2003 in den Bundesrat gewählt (4.12.2002).

men wird, oder ob man ihr in der Durchschnittsbevölkerung finalen Charakter, d.h. einen Wert an sich, zuschreibt.

Ob die Neutralität lediglich als Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird, oder ob man ihr in der Bevölkerung einen unbedingten Charakter zuschreibt, wird durch die Aussage «Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben» erfragt. Diese Forderung erreicht mit 21% Zustimmung ( $\pm 0\%$ ; siehe Abbildung 8.4) nochmals den letztjährigen Tiefpunkt der Datenerhebung. Die Schweizer Bevölkerung interpretiert die Staatsmaxime somit überwiegend und in zunehmendem Masse final. Darin manifestiert sich ebenfalls die bereits festgestellte hohe Zustimmung zur Identitätsdimension der Neutralität: Selbst wenn die Neutralität keinen Schutz mehr bieten würde und eine aktive Solidaritätspolitik auch ohne Neutralitätsbekundung möglich ist, will die Mehrheit der SchweizerInnen an der Neutralität festhalten.

Abbildung 8.4

Neutralität als aussenpolitisches Instrument, als finaler Wert oder als Hindernis («sehr» und «eher einverstanden») in Prozent



Neutralität kann nicht nur als eine Chance, sondern auch als ein Hindernis wahrgenommen werden. Die Neutralität wird jedoch nur von einer Minderheit mit negativen Folgen, konkret der Beschneidung der aussenpolitischen Handlungsfähigkeit, in Verbindung gebracht (35%, +1%). Dass «unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten» Neutralität verunmögliche, glaubt ebenfalls lediglich eine Minderheit (28%, +1%). Angesichts der hohen Zustimmung von 93% zur Neutralität ist der Anteil von 28%, der nicht an die Umsetzung und

Glaubwürdigkeit dieses Prinzips glaubt, dennoch beachtlich. Diese kognitive Dissonanz findet sich darin wieder, dass ein beachtlicher Teil der Bevölkerung «ja» zu einem Prinzip sagt, dessen Durchführbarkeit gleichzeitig bezweifelt wird und von dem in Zukunft eher negative Auswirkungen erwartet werden (vgl. Abschnitt 8.4, Neutralitätstypologie: «Dissonante»). Ein klarer Trend lässt sich in diesem Meinungsbild nicht ausmachen; besonders kritisch gegenüber der Neutralität gab sich die Schweizer Bevölkerung 2000 sowie 2005 und 2006.

## 8.4 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie

Wie im Falle der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft lassen sich mit Hilfe einer Typenbildung (Clusteranalyse) die verschiedenen Auffassungen von Neutralität besser differenzieren und im Trendverlauf analysieren (siehe Abbildung B in Anhang II). Eine befriedigende Lösung zur Erklärung der Varianz bildet eine Vier-Cluster-Variante (vgl. Anhang I). Ihr lassen sich von 1200 Befragten deren 1037 eindeutig zuordnen.<sup>4</sup>

Die vier Typen können wie folgt charakterisiert werden:

- **«Neutralitätskritiker»:** Personen dieses Meinungstyps glauben nur an die Solidaritätsfunktion. Die Identitätsfunktion wie auch die sicherheitspolitische Funktion lehnen sie deutlich ab (vgl. Abbildung B in Anhang II). Den negativen Neutralitätsaspekten stimmen sie zu: Sie bezweifeln die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität, die ihrer Meinung nach nicht zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen kann. Zudem glauben sie nicht, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität von Konflikten verschont bleibt. Eine nützlichkeitsorientierte Bewertung der Neutralität billigen sie knapp, d.h. die Maxime soll dann aufgegeben werden, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. Sie meinen – wenn auch nur knapp mehrheitlich –, dass unsere enge internationale Verflechtung Neutralität verunmögliche. «Neutralitätskritiker» halten die schweizerische Neutralität offensichtlich für ein national-egoistisches Konzept, das die Schweiz daran hindere, ihre internationale Mitverantwortung wahrzunehmen. Es lässt sich folgern, dass aus ihrer Sicht die Neutralität den heutigen politischen Gegebenheiten, nämlich der internationalen Verflechtung der Schweiz und den sich daraus ergebenden Forderungen nach kooperativem Handeln, nicht mehr entspricht. Der Typus

4 163 Befragte lassen sich keinem Neutralitätstypus zuordnen.

«Neutralitätskritiker» bewegt sich anteilmässig im Beobachtungszeitraum 1993 bis 2009 zwischen 11% und 19% (siehe Abbildung 8.5). 2009 beträgt sein Anteil an den Neutralitätstypen 15% (-1%) aller typologisierbaren Befragten.

- **«Neutralitätspragmatiker»:** Sie glauben an eine internationale Solidaritätsfunktion der schweizerischen Neutralität und stimmen der Identitätsfunktion klar zu (siehe Abbildung B in Anhang II). Eine sicherheitspolitische Schutzwirkung können sie hingegen nicht erkennen. Sie sind nicht der Ansicht, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität vor Konflikten verschont bleibe und dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen könne. Diese Meinung teilen sie mit den «Neutralitätskritikern». Ob die Neutralität heute militärisch noch glaubhaft geschützt werden könne, ist für sie unklar. Die «Neutralitätspragmatiker» betrachten anders als die «Neutralitätskritiker» die Neutralität nicht nur nutzenorientiert. So würden sie diese ganz klar nicht aufgeben, selbst wenn sie der Schweiz keinen Nutzen mehr bringt. Zudem glauben sie nicht, dass die Neutralität die Schweiz am gemeinsamen Handeln mit ihren europäischen Nachbarn hindern könne. Ebenso teilen sie nicht die Meinung, die internationale Verflechtung der Schweiz verunmögliche die Neutralität.

Die «Neutralitätspragmatiker» bewegen sich im Beobachtungszeitraum von 1993 bis 2009 zwischen 20% und 33%. 2009 können 28% (-4%) der Befragten zu ihnen gezählt werden.

- **«Neutralitätsdissonante»:** Personen dieses Auffassungstyps beantworten die positiven und fast alle negativen Neutralitätsfunktionen zustimmend (siehe Abbildung B in Anhang II). Ihr Antwortverhalten scheint auf den ersten Blick widersprüchlich.

Besonders hohe Zustimmung erhält die Solidaritätsfunktion, aber auch die Identitätsfunktion erfreut sich eines hohen Stellenwerts. Dass die Neutralität eine positive Wirkung auf die europäische Sicherheit und Stabilität ausübe, wird von einer Mehrheit geglaubt. Der sicherheitspolitische Nutzen der Neutralität wird von diesem Meinungstypus bejaht.

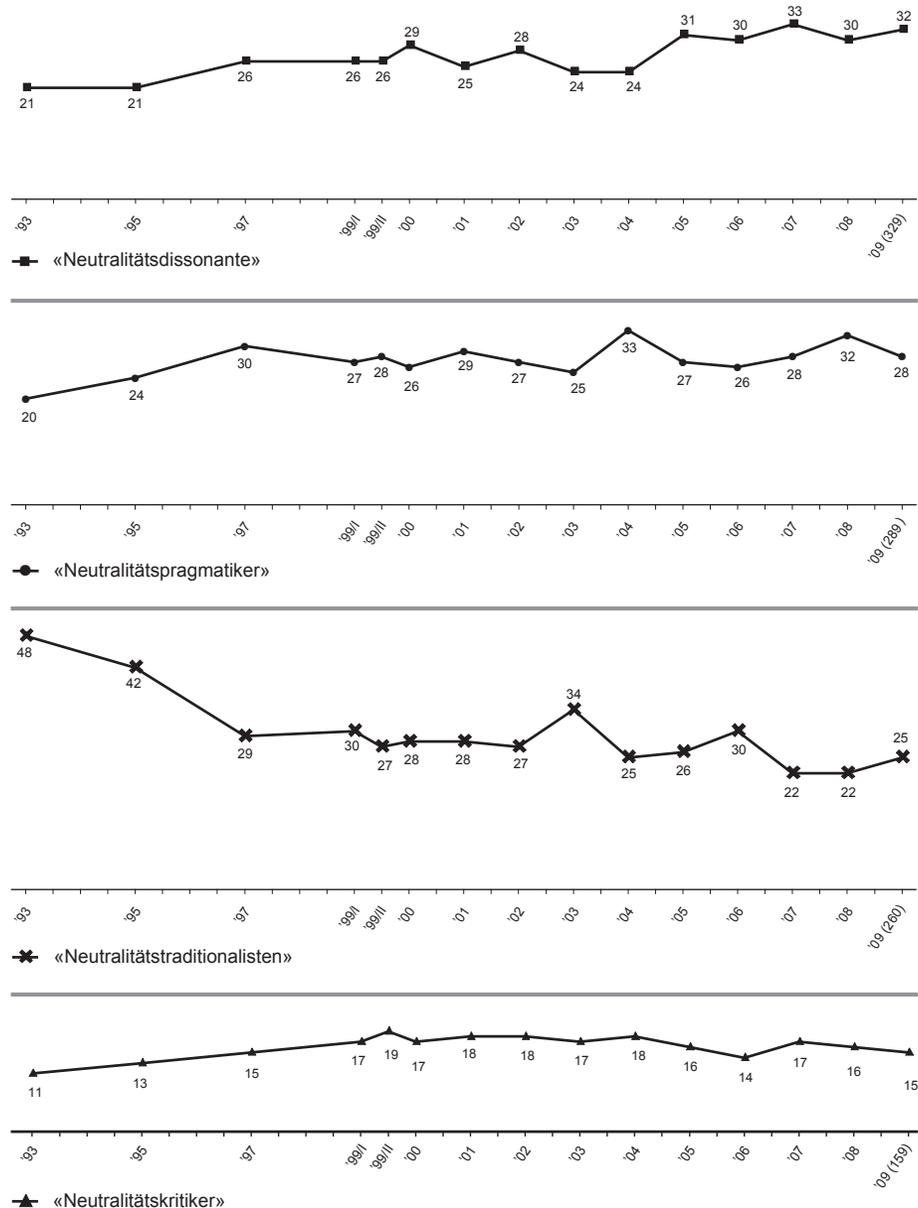
Personen dieses Typs stimmen jedoch auch den gegenteiligen Vorgaben zu, nämlich die Neutralität könne militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden, sie könne die Schweiz vom gemeinsamen Handeln mit den europäischen Nachbarn abhalten und verunmögliche die internationale Zusammenarbeit. Trotzdem: «Neutralitätsdissonante» würden nicht auf die Neutralität verzichten, auch wenn klar feststünde, dass diese der Schweiz keine Vorteile mehr

brächte. In dieser Widersprüchlichkeit manifestiert sich ein erhebliches Mass an Verunsicherung in Neutralitätsfragen. Personen dieser Auffassungsrichtung sehen die sich verstärkenden Hindernisse für die schweizerische Neutralität, möchten aber subjektiv und emotional trotzdem an ihr festhalten. Entweder sind sie sich der Widersprüchlichkeit ihrer Haltung bewusst und nehmen ihre kognitive Dissonanz wahr, oder sie realisieren ihre gegensätzliche Einstellung gar nicht, sind tendenziell apolitisch und haben sich noch kaum eingehend mit Fragen der Neutralität auseinandergesetzt. Anteilmässig macht die Gruppe der «Neutralitätsdissonanten» im Zeitraum von 1993 bis 2009 zwischen 20% und 34% aus. Mit 32% (+2%) liegt sie ähnlich hoch wie im letzten Jahr.

- **«Neutralitätstraditionalisten»:** Sie beurteilen die Neutralität konträr zu den Neutralitätskritikern. Sie stimmen den positiven Neutralitätsfunktionen überaus deutlich zu und lehnen ganz klar jegliche Negativaussagen ab (siehe Abbildung B in Anhang II). Vor allem die Solidaritäts- und die Identitätsfunktionen werden als sehr bedeutend bewertet. Der Glaube an die der Neutralität zu verdankenden Gelegenheiten für Gute Dienste im internationalen Umfeld ist ungebrochen. «Traditionalisten» lehnen die Vorgabe, wonach die schweizerische Neutralität ein Hindernis für gemeinsames Handeln mit anderen europäischen Staaten darstellen könnte, klar ab. Eine rein instrumentelle Betrachtung der Neutralität weisen sie deutlich zurück, d.h. auch wenn die Neutralität aus ihrem Blickwinkel keine Vorteile mehr bringen sollte, würden sie diese nicht aufgeben. Der Neutralität wird eine hohe symbolische Wirkung zugeschrieben, und sie wird normativ zum Selbstzweck erhoben. Sie ist aus der Sicht der «Neutralitätstraditionalisten» eng mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden. Im Zeitverlauf von 1993 bis 2009 schwankt der Anteil der «Neutralitätstraditionalisten» zwischen 22% und 48%. Seit 2007 liegt der Wert auf einem Tiefpunkt (25%, +3%).

Abbildung 8.5

Die Neutralitätstypen und ihre anteilmässigen Veränderungen von 1993 bis 2009 (in Prozent)



Gegenüber dem Vorjahr hat sich – da die Zustimmung zu den einzelnen Vorgaben konstant geblieben ist – auch die Verteilung der vier verschiedenen Meinungstypen kaum verändert.

Die grösste Gruppe ist diejenige, die einer widersprüchlichen Neutralitätsauffassung zuneigt («Neutralitätsdissonante»: 30%, -3%). Der Anteil dieses Typus steigt längerfristig. Anfang der neunziger Jahre konnte gut jeder Fünfte, 1997 bis 2004 jeder Vierte diesem Typus zugeordnet werden. Seit 2005 ist beinahe schon jeder Dritte gegenüber der Neutralität dissonant eingestellt.

Die «Neutralitätspragmatiker» sind die zweitgrösste Gruppe, und sie folgt ebenfalls einem leichten Aufwärtstrend. Dieser Meinungstypus betrachtet die Neutralität eher unter nüchternen Kosten-Nutzen-Aspekten.

Das «traditionalistische» Neutralitätsverständnis, das in erster Linie die positiven Funktionen der Neutralität betont, folgt langfristig einer sinkenden Tendenz.

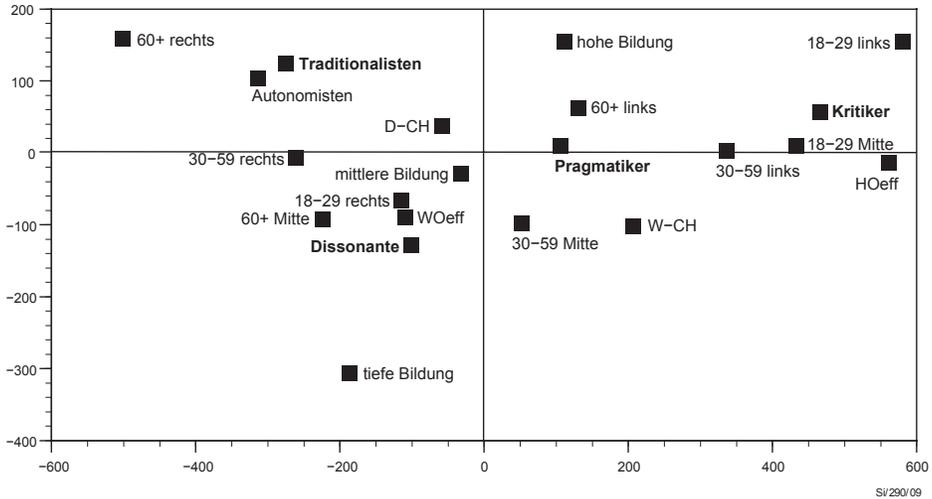
Der anteilmässig kleinste Typus – und dies schon über Jahre hinweg – wird von den «Neutralitätskritikern» gestellt. Seit 1999 schwankt der Anteil zwischen 16% und 18%.

#### **8.4.1 Die Neutralitätsauffassungen nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen**

Anhand einer zusammengesetzten Korrespondenzanalyse (siehe Abbildung 8.6) kann dargestellt werden, welche Merkmalsgruppen sich zu den vier verschiedenen Neutralitätstypen zuordnen lassen. Diese Analyse versucht die Zuordnung in einem mehrdimensionalen Raum abzubilden, wobei im vorliegenden Fall die Grenzen und zu Grunde liegenden Dimensionen des Raums durch die Neutralitätstypen bestimmt werden. Es zeigt sich, dass die Zuordnung zu den verschiedenen Typen insbesondere mit der politischen Einstellung stark variiert, aber auch mit der Bildung und der regionalen Herkunft. Zusätzlich werden auch noch die Typen der internationalen Kooperation (vgl. Abschnitt 6.9) in die Darstellung aufgenommen.

Abbildung 8.6

Die Neutralitätstypen nach soziodemographischen Merkmalen



Die Typologie der Neutralitätstypen erweist sich als recht eindimensional, die Hauptachse stellt 79%, die y-Achse 13% der insgesamt 7% Varianzaufdeckung dar. In der Abbildung wird aber aus Gründen der Übersicht eine zweidimensionale Lösung dargestellt.

Der Raum der Neutralitätstypen wird hauptsächlich durch den Gegensatz zwischen den Neutralitätstypen «Traditionalisten» und «Neutralitätskritiker» aufgespannt, wobei erstere auf der linken Seite der Hauptachse zu liegen kommen und letztere sich auf der rechten äußeren Seite befinden. Die Hauptachse kann in dieser beinahe eindimensionalen Lösung somit als Kontinuum verstanden werden: Die «Dissonanten» stehen den «Traditionalisten» näher als den «Kritikern», die «Pragmatiker» haben hingegen mit ebendiesen mehr Gemeinsamkeiten.

Entlang dieser Hauptachse, der x-Achse, können auch die Kooperationstypen zugeordnet werden: «Autonomisten» fassen Neutralität überdurchschnittlich, «stark Öffnungsorientierte» unterdurchschnittlich häufig traditionell auf. Letztere betrachten Neutralität hingegen im Schnitt kritischer, «Autonomisten» im Schnitt seltener kritisch. Die «weichen Öffnungsorientierten» können hingegen keinem Neutralitätstypus eindeutig zugeordnet werden, sie gehören aber leicht häufiger als der Schnitt dem Typus der «Neutralitätsdissonanten» an.

Ähnlich zeigt sich diese Spanne auch nach politischer Selbstorientierung. Während politisch links Eingestellte häufiger als der Schnitt dem Typus der «Neutralitäts-

kritiker» nahe stehen, teilen die politisch rechts Orientierten überdurchschnittlich oft eine traditionalistische Auffassung von Neutralität. Befragte der politischen Mitte stimmen keinem der vier Neutralitätstypen überdurchschnittlich häufig zu.

Befragte mit tiefer Bildung nehmen die Neutralität deutlich häufiger dissonant wahr, während jene mit höherer Bildung vergleichsweise seltener dem Typus der «Neutralitätsdissonanten» zugeschlagen werden können. Klare Trends bezüglich dem Alter lassen sich keine ausmachen; Der Alterseffekt variiert mit der politischen Einstellung. Die 18–29-Jährigen der politischen Mitte und links davon gehören im Schnitt häufiger zu den «Neutralitätskritikern», die ab 60-Jährigen der politischen Mitte und rechts davon zu den «Neutralitätstraditionalisten». WestschweizerInnen lassen sich seltener den «Neutralitätstraditionalisten» zuordnen, die DeutschschweizerInnen hingegen seltener dem Typus der «Neutralitätskritiker». Als «Pragmatiker» können überdurchschnittlich oft Befragte aus einer hohen Bildungsschicht, die ab 60-Jährigen der politischen Linken, die 30–59-Jährigen der politischen Mitte sowie die WestschweizerInnen bezeichnet werden.

**Fazit:** Die Neutralität geniesst in der Schweiz eine ungebrochen hohe Zustimmung, die auf hohem Niveau sogar noch steigt. Seit 2002 muss deshalb von einer Art Renaissance der Neutralität gesprochen werden. Grosse Teile der Schweizer Bevölkerung sehen offensichtlich in der Neutralität in hohem und steigendem Masse einen Wert an sich. Dieser besitzt in ihren Augen normativen Charakter. Die Überzeugung, dass die Neutralität einen solidarischen Gedanken in sich birgt – wie das auch der Neutralitätsbericht 2007 unterstreicht –, ist landesweit ungebrochen. Die Identitätsfunktion trägt – in einem logit-Modell – am stärksten zur allgemeinen Neutralitätszustimmung bei, die sicherheitspolitische am wenigsten. Dies zeigt sich auch darin, dass zwar jeder bzw. jede Zweite Zweifel daran hegt, ob die Neutralität – wie es vorgesehen ist – überhaupt noch militärisch verteidigt werden könnte. Auch wenn das Prinzip der Neutralität tief verankert ist, überwiegt nicht eine traditionalistische, sondern eine ambivalente/dissonante und pragmatische Sichtweise.

## 9 Armeeakzeptanz

Die Akzeptanz der Armee wird in dieser Studie jeweils anhand von vier Dimensionen erfasst: erstens nach der Wahrnehmung der Notwendigkeit der Armee, zweitens nach dem gewünschten Umfang, drittens nach dem Vertrauen in die Armee (vgl. Kapitel 5) und in unregelmässigen Abständen viertens nach dem gesellschaftlichen Stellenwert des Militärs. Dieses Jahr interessiert zudem die Fremdeinschätzung der Armeeakzeptanz, d.h. ob man glaube, die Armee sei in der Gesellschaft akzeptiert oder nicht. Einen weiteren Schwerpunkt bildet dieses Jahr die Frage, weshalb man die Armee für notwendig bzw. nicht notwendig erachtet.

### 9.1 Notwendigkeit der Armee

Die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee gilt in der Studienreihe «Sicherheit» als Indikator für die Akzeptanz der schweizerischen Landesverteidigung. Sie wird seit 1983 in unregelmässigen, seit 1990 in regelmässigen Abständen gestellt. Die Armee ist in der Schweiz positiv verankert: 75% (+6%) der SchweizerInnen halten die Armee für «unbedingt» oder «eher notwendig» (siehe Abbildung 9.1), 18% für «eher nicht» und 6% für «überhaupt nicht notwendig». Die Zustimmung zur Notwendigkeit der Schweizer Armee ist im Vergleich zum Vorjahr signifikant und markant angestiegen.

#### 9.1.1 Trendverlauf der Notwendigkeit der Armee

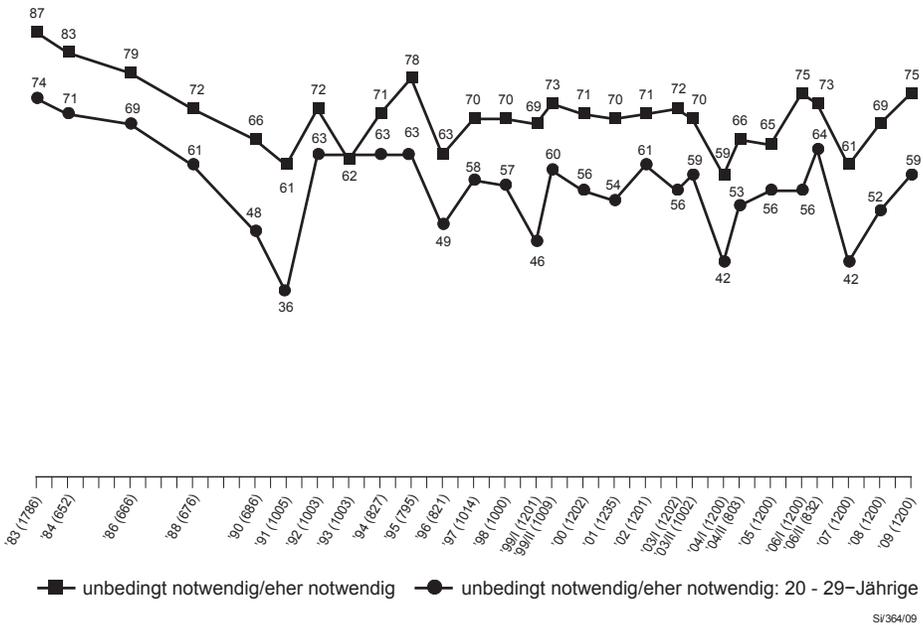
Auch wenn die Armeeakzeptanz dieses Jahr im langjährigen Vergleich besonders hoch ist, zeigt die Analyse der langjährigen Erhebung, dass sich die Zustimmung seit der ersten Erhebung 1983 graduell verringerte und deutlich volatiler wurde. Die Zustimmungskurve zur Armee lässt sich seit 1983 in vier Phasen einteilen: in eine Phase eines deutlichen Rückgangs von 1983 bis 1991, in eine erste volatile Phase in den neunziger Jahren, in eine Phase der konstanten Zustimmung um die 70% zwischen 1997 und 2003 und in eine zweite volatile Phase seit 2004.

Der stete Rückgang der Armeebefürwortung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wird mit dem Wertewandel (Haltiner 1985) und mit der Wahrnehmung einer abnehmenden militärischen Bedrohung in Verbindung gebracht. Nach einem Tiefpunkt im Jahre 1991 (61%), d.h. nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion

und dem Höhepunkt der politischen Bewegung GSoA, machte sich eine gewisse Entkrampfung im Verhältnis zur Armee bemerkbar. Ende der neunziger Jahre lag die durchschnittliche Akzeptanzrate wieder bei rund 70%.

Abbildung 9.1

Notwendigkeit der Schweizer Armee («sehr» und «eher notwendig» in Prozent)



Von besonderem Interesse ist die Frage, weshalb die Legitimation der Armee durch die Bevölkerung solchen Schwankungen, wie sie seit 2004 wieder vermehrt beobachtet werden können, unterworfen ist. Wir nehmen an, dass die aktuelle militärpolitische Lage in der Schweiz,<sup>1</sup> die Beurteilung der weltpolitischen Lage und eine im Vergleich zu den achtziger Jahren eher indifferentere Haltung gegenüber dem Militärischen einen Einfluss auf die Einschätzung der SchweizerInnen zur Notwendigkeit der Armee haben.

Eine Analyse der Schwankungen in der Datenreihe unterstützt diese Annahmen; statistisch lässt sich aber aufgrund der Datenlage nur der Zusammenhang

1 Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch das Meinungsforschungsinstitut gfs.bern in seiner integrierten Kommunikationsanalyse des VBS. In Monaten, in denen sich die Berichterstattung über Einsätze der Armee in den Medien häufen, steigt die Reputation der Armee in der Bevölkerung. Medial stark diskutierte Unglücksfälle wirken sich hingegen negativ auf die Reputation aus (gfs.bern (2008): Integrierte Kommunikationsanalyse VBS, S. 84f.).

zwischen der Einschätzung der weltpolitischen Lage und der Armeenotwendigkeit erhärten. Eine probit-Regressionsanalyse ergab, dass im Zeitraum zwischen 1995 und 2009 Befragte, welche die Zukunft der weltpolitischen Lage düster einschätzen, signifikant häufiger der Notwendigkeit der Armee zustimmen als jene, welche die weltpolitische Lage als gleich bleibend beurteilen. Somit steigt auch die Akzeptanz der Armee tendenziell in Jahren, in denen mehr Befragte glauben, dass sich die weltpolitische Lage verschlechtern wird.

Die 73-prozentige, schwach, aber signifikant angestiegene Zustimmung im August 1999 lässt sich aus der militärpolitischen Aktualität erklären: Im Gefolge des Kosovo-Krieges stieg – wie auch in anderen Datenbeständen festgestellt werden konnte – die Akzeptanz gegenüber der Sicherheitspolitik (vgl. Haltiner et al. 1999).

Man könnte erwarten, dass auch die Anschläge vom 11. September 2001 zu einer höheren Armeeakzeptanz beitragen. Zwar wurde im Nachgang zu den Ereignissen in der Schweiz die zukünftige weltpolitische Lage wiederum düsterer wahrgenommen. Diese Neubewertung der weltpolitischen Lage schlug sich aber nicht direkt in einer höheren Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee nieder. Dies könnte daran liegen, dass Terrorismusbekämpfung zu diesem Zeitpunkt noch nicht als eine der dringlichsten Armeeaufgaben betrachtet wurde.

2004 sank die Armeeakzeptanzrate auf 59%. Eine mögliche Erklärung für diesen «Taucher» wurde einerseits in den übertriebenen Erwartungen an die Armee reform und andererseits in den Schlagzeilen über Pannen insbesondere in der Personalplanung im ersten Quartal 2004 gesehen. Dieser mögliche Enttäuschungseffekt in Zusammenhang mit der Armee XXI legte sich 2005 aber bereits wieder. 2006 stieg die Akzeptanzrate signifikant an. Die rasche und effiziente Hilfe der Schweizer Armee bei den Unwetterkatastrophen im August 2005 könnte zu diesem Anstieg der Akzeptanz beigetragen haben.

Ähnlich wie 2004 sank 2007 im Vergleich zum Vorjahr die Armeelegitimationsrate signifikant. Vermutlich hat die deutlich entspanntere Wahrnehmung der weltpolitischen Lage, die gestiegene Skepsis gegenüber militärischen Auslandseinsätzen, aber auch die Debatte um den Entwicklungsschritt 08/11<sup>2</sup> zu diesem Einbruch geführt.

Wie bereits 2008 ist auch dieses Jahr die Akzeptanz der Armee – gemessen als Zustimmung zu deren Notwendigkeit – trotz medienwirksamer Vorfälle nicht gesunken, sondern sogar gestiegen. Die Affäre Nef/Schmid und das Unglück an der Kander, bei dem fünf Armeeingehörige bei einer Kaderübung ihr Leben ver-

2 Entschluss des Bundesrates zur weiteren Entwicklung der Armee für die Jahre 2008 bis 2011.

loren, haben sich auf diesen Akzeptanz-Indikator nicht negativ ausgewirkt.<sup>3</sup> Auch hat der Anteil der Befragten, die die Zukunft der Weltpolitik düsterer wahrnehmen oder im Terrorismus eine Gefahr für die Schweiz sehen, nicht zugenommen. Unter Umständen könnte der Einsatz der Armee an der Euro 08<sup>4</sup> den Zustimmungsanstieg begünstigt haben. Auch eine Analyse nach soziodemographischen Merkmalen lässt keine eindeutigen Schlüsse zu: Unter den Frauen, den 30–59-Jährigen, den Befragten mit mittlerem Bildungshintergrund und jenen aus der Deutschschweiz sowie aus der politischen Mitte erachten 2009 mehr BefragungsteilnehmerInnen die Armee als notwendig im Vergleich zum Vorjahr, während die Wertung bei Männern, in der politischen Rechten und Linken, in der jüngsten und ältesten Altersgruppe, in der Westschweiz und in der tiefsten Bildungsschicht konstant geblieben ist.

### 9.1.2. Armeeakzeptanz nach soziodemographischen Variablen

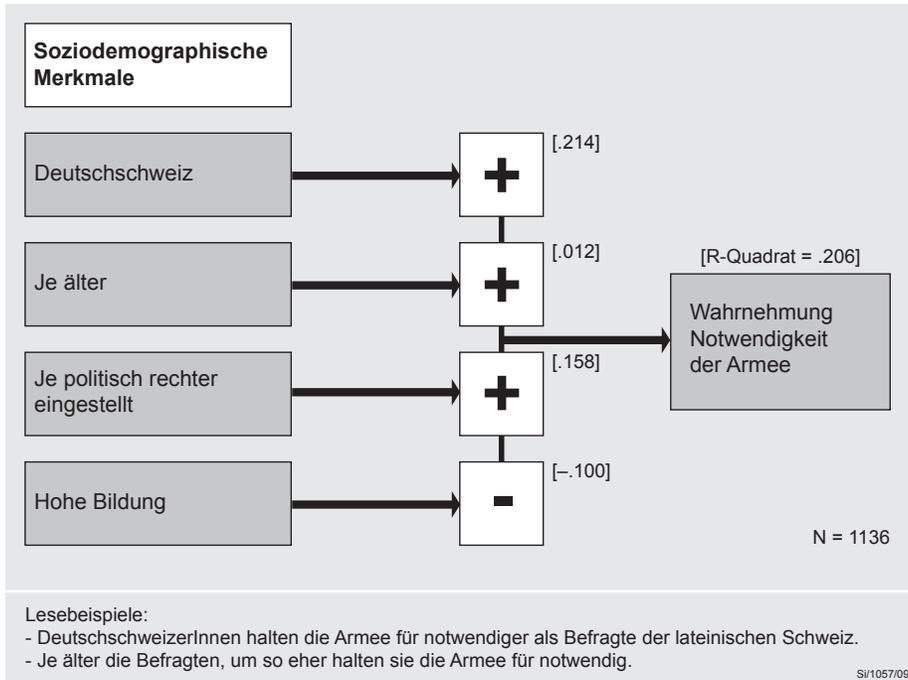
Die Akzeptanzrate der 20–29-Jährigen verläuft weiterhin – wie im langjährigen Trend – deutlich unter dem Mittel der Gesamtpopulation (59%; siehe Abbildung 9.1). Obwohl die Zustimmung mit steigendem Alter zunimmt, bleibt diese in erster Linie doch eine Frage der politischen Einstellung. Unter den politisch links Eingestellten halten 51% die Armee für «sehr» oder «eher notwendig». Befragte der politischen Mitte und der Rechten halten die Armee hingegen grossmehrheitlich für notwendig (84% bzw. 88%). Auch ist die Akzeptanz der Schweizer Armee in der Deutschschweiz (78%) signifikant höher als in der lateinischen Schweiz (68%). Befragte mit hoher Bildung schätzen die Notwendigkeit kritischer ein als jene mit mittlerem oder tieferem Bildungsniveau (67% bzw. 80%). Frauen geben sich ebenfalls skeptischer als Männer (73% bzw. 78%). Der unterschiedliche Zustimmungsgang zwischen Männern und Frauen entfällt aber in einer multivariaten Regression (siehe Abbildung 9.2). Er kann auf eine unterschiedliche politische Einstellung zurückgeführt werden.

3 Im Gegensatz zum Vorjahr vertraut die Bevölkerung der Armee hingegen signifikant weniger häufig.

4 Eine im Auftrag des BASPO durchgeführte repräsentative Umfrage zur Akzeptanz, Einstellung und Bewertung der Euro 08 zeigt, dass 95% der Befragten die Sicherheit während der Euro 08 für ausreichend gewährleistet hielten (vgl. Rütter + Partner, Sozioökonomische Forschung und Beratung, www.ruetter.ch).

Abbildung 9.2

Soziodemographische Bestimmungsfaktoren der Notwendigkeit der Armee (lineare Regression, nicht standardisierte Betas, nur statistisch signifikante Effekte)



## 9.2 Gründe für und gegen die Notwendigkeit der Armee

Weshalb man die Armee für notwendig oder für nicht notwendig hält, kann unterschiedliche Gründe haben. Diesen gilt dieses Jahr unser spezielles Interesse.

Tabelle 9.1 gibt die Antworten auf die offen gestellte Frage,<sup>5</sup> weshalb man die Armee für «sehr» oder «eher notwendig» halte, wieder.

5 Im Gegensatz zu geschlossenen Fragen werden bei offenen Fragen keine Antworten vorgegeben; die Befragten sind in ihren Antworten frei.

Tabelle 9.1

## Gründe für die Notwendigkeit der Armee

«Weshalb halten Sie die Armee für eher oder sehr notwendig?»

	Anzahl Nennungen	Anzahl BefürworterInnen
<b>Sicherheit im Land:</b>	<b>578</b>	<b>393 (44%)</b>
Katastrophenhilfe	272	272 (30%)
Schutz der Bevölkerung, Zivilschutz	62	62 (7%)
Ordnung im Land; innere Unruhen	48	48 (5%)
<b>Sicherheit des Landes, gegen aussen:</b>	<b>339</b>	<b>311 (34%)</b>
Verteidigung, Selbst-, Landesverteidigung	190	190 (21%)
Abschreckung	66	66 (7%)
Für Äussere Sicherheit; äussere Bedrohungen	55	55 (6%)
<b>Sicherheit und Bedrohung allgemein:</b>	<b>204</b>	<b>198 (22%)</b>
Sicherheit allgemein - Schutz allgemein	143	143 (16%)
Gibt Sicherheit - Sicherheitsgefühl	50	50 (6%)
<b>Notwendigkeit allgemein:</b>	<b>184</b>	<b>178 (20%)</b>
Vorkehrung; man weiss nie; Zukunft ungewiss	117	117 (13%)
Die anderen Länder haben auch eine	26	26 (3%)
<b>Latente Aufgabe:</b>	<b>163</b>	<b>137 (15%)</b>
Lebensschule; Erziehung; gut für junge Leute	47	47 (5%)
Wirtschaftsfaktor, schafft Arbeitsplätze	33	33 (4%)
Zusammenhalt	20	20 (2%)
<b>Aussenpolitik:</b>	<b>136</b>	<b>121 (13%)</b>
Wahrung, für Unabhängigkeit	61	61 (7%)
Um Neutralität zu schützen	29	29 (3%)
Beitrag in einer internationalen Kooperation	23	23 (3%)
<b>Effektivität:</b>	<b>41</b>	<b>41 (5%)</b>
<b>Frieden, humanitäre Einsätze:</b>	<b>35</b>	<b>32 (4%)</b>
<b>Total</b>	<b>1712</b>	<b>904 (100%)</b>

Bei der Bildung und Zuweisung der einzelnen Antworten auf die hier ausgewiesenen Über- und Unterkategorien kann eine subjektive Interpretation des Forschers bzw. der Forscherin nie ausgeschlossen werden. Aus diesem Grunde wurden die Bildung der Kategorien und die Zuordnung zu den Überkategorien von zwei Per-

sonen unabhängig durchgeführt. Die mittlere Spalte weist die Anzahl Nennungen aus, die letzte Spalte die Anzahl BefürworterInnen, die den entsprechenden Grund erwähnt haben.

Von den 904 ArmeebefürworterInnen begründen 44% die Notwendigkeit der Armee mit der **Sicherheit im Lande**. Dies ist der meistgenannte Grund. Am weitest häufigsten – von 30% aller BefürworterInnen – wird die Katastrophenhilfe als Begründung erwähnt. Die Armee sei notwendig, weil sie die Bevölkerung schütze, ist in dieser Kategorie der zweithäufigste genannte Grund, allerdings wird er von deutlich weniger BefürworterInnen genannt (7%), gefolgt vom Argument, die Armee Sorge für Ordnung im Land (5%). Weiter werden in der Kategorie «Sicherheit im Land» die Unterstützung der Polizei und die Mithilfe bei Sport- und Grossanlässen, Terrorismusbekämpfung, Botschaften- und Konferenzschutz (WEF) als Gründe für die Notwendigkeit der Armee aufgezählt (für eine detaillierte Analyse siehe Häufigkeitstabelle in Anhang II, Abschnitt III).

Am zweithäufigsten wird die Armeenotwendigkeit mit der **Sicherheit des Landes** begründet (34%). Die allfällige Verteidigung des Landes rechtfertigt für 21% der BefürworterInnen die Armee. Sie wird aber auch durch die Abschreckungswirkung (7%) oder durch die allgemeine Sicherheit gegen aussen (6%) legitimiert.

Jede bzw. jeder Fünfte begründet die eigene Haltung zur Armeenotwendigkeit recht unspezifisch, wobei sich 16% auf die **allgemeine Sicherheit** und 6% auf das subjektive Sicherheitsgefühl beziehen, dass ihnen eine Armee vermittelt.

Weitere 20% legitimieren die Armee durch eine **allgemeine Notwendigkeit**, wobei 13% diese als eine Vorkehrung gegen Unvorhergesehenes verstehen. Für 3% ist die Notwendigkeit der Armee gegeben, weil andere Länder auch Armeen unterhalten.

Auch im gesellschaftlichen Stellenwert sehen 15% der ArmeebefürworterInnen eine Begründung für die Armeenotwendigkeit. Bei dieser Überkategorie **latenter Aufgaben** überwiegt kein Argument: 5% nennen die Lebensschule, 4% die Armee als Wirtschaftsfaktor, 2% den Zusammenhalt der Nation.

Von 15% wird weiter die Verknüpfung mit der **Neutralität** oder der Wahrung der Unabhängigkeit ins Feld geführt. Eher selten wird die Notwendigkeit mit **Friedens- oder humanitären Einsätzen** (im In- und Ausland) (4%) begründet, oder weil sich die Armee bis jetzt bewährt habe (5%).

Von den 24% SchweizerInnen, die die Armee für nicht notwendig halten, begründen nur 19% ihre Haltung mit einer **generellen Ablehnung** von Streitkräften, sei es, weil sie andere Probleme für dringlicher halten, für die der Staat sich einsetzen sollte (8%, siehe Tabelle 9.2), oder weil sie der Meinung sind, Konflikte sollten

nicht mit Waffen gelöst werden (6%), oder weil sie sich allgemein gegen Krieg und Gewalt aussprechen (5%).

Zweifel an ihrer Effektivität ist der häufigste Grund, warum die Armee abgelehnt wird (38%). 15% der ArmeekritikerInnen glauben, die Schweizer Armee könnte uns in einem Konfliktfall nicht schützen, sie wäre chancenlos. Noch einmal so viele (14%) hegen ebenfalls Zweifel an der Schlagkraft, begründen dies aber explizit mit der Grösse des Landes: «Die Schweiz ist sowieso zu klein, um sich selbst zu verteidigen». Einige kritisieren zudem die Qualität der Ausbildung (3%) und der Führung (2%) oder die Motivation der Soldaten (2%).

Tabelle 9.2

Gründe gegen die Notwendigkeit der Armee

«Weshalb halten Sie die Armee für eher nicht oder überhaupt nicht notwendig?»

	Anzahl Nennungen	Anzahl BefürworterInnen
<b>Zweifel an Effektivität</b>	<b>125</b>	<b>108 (38%)</b>
Was kann ein kleines Land schon ausrichten – Alleingang sinnlos	43	43 (15%)
Zweifel an Schlagkraft	40	40 (14%)
<b>Gegen aktuelle Armee</b>	<b>103</b>	<b>91 (32%)</b>
Zu teuer	49	49 (17%)
Für Berufsarmee	11	11 (4%)
Armee ist zu gross	7	7 (2%)
<b>Sicherheit und Bedrohung</b>	<b>86</b>	<b>86 (30%)</b>
Keine, geringe Bedrohung	68	68 (24%)
Verschiedenartige - neuartige Bedrohungen	16	16 (6%)
<b>Gegen Armee allgemein</b>	<b>63</b>	<b>54 (19%)</b>
Wichtigere, andere Probleme, für die man sich einsetzen sollte, Geld investieren sollte	23	23 (8%)
Konflikte – Probleme anders lösen	17	17 (6%)
Krieg, Gewalt ist schlecht	13	13 (5%)
<b>Armeeaufgaben, die akzeptiert werden</b>	<b>48</b>	<b>36 (13%)</b>
Katastrophenhilfe	24	24 (8%)
<b>Neutralität, Unabhängigkeit</b>	<b>20</b>	<b>20 (7%)</b>
Ein neutrales Land braucht keine Armee	11	11 (4%)
<b>Total</b>	<b>464</b>	<b>288</b>

Ein Drittel spricht sich deutlich gegen die aktuelle Armee aus, hauptsächlich weil diese Personen die heutigen Armeeausgaben für zu hoch halten (17%), aber auch weil sie eine Berufsarmee der Milizarmee vorziehen (4%).

Ein weiteres Drittel hält die Armee aufgrund der Sicherheits- und Bedrohungslage für nicht notwendig (30%). 24% der ArmeekritikerInnen glauben nicht an eine militärische Bedrohung oder halten die Möglichkeit einer solchen für sehr gering, zumindest zu gering, als dass eine Streitkraft notwendig wäre. Dies ist im Vergleich zu allen Unterkategorien der am häufigsten genannte Grund. Weitere 6% der ArmeekritikerInnen glauben, dass die Armee für neuartige Bedrohungen wie Terrorismus, atomare oder nicht militärische Konflikte nicht gerüstet sei.

Einige Befragte schwächen ihre Meinung zur fehlenden Notwendigkeit der Armee stark ab, indem sie Aufgaben aufzählen, die sie doch akzeptieren. Hier ist insbesondere die Katastrophenhilfe zu nennen (8%). Vereinzelt wird auch der Schutz der Bevölkerung, der Zivildienst oder Schutz vor Terrorismus erwähnt. Eine klassische Verteidigungsarmee wird zwar nicht für notwendig erachtet, aber insbesondere im Falle einer Katastrophe scheint man doch froh zu sein, auf das Militär zurückgreifen zu können: «Ich sehe keinen Grund für eine grosse Armee, ausser für Katastrophenhilfe im eigenen Land.»

Während auf der Seite der ArmeebefürworterInnen die Armeenotwendigkeit auch mit der Neutralität und Unabhängigkeit begründet wird, halten auf der Seite der ArmeegegnerInnen 7% die Neutralität als nicht vereinbar mit dem Halten einer Streitkraft oder glauben, ein neutrales Land brauche keine Armee.

### 9.3 Fremdeinschätzung der Akzeptanz der Armee

77% der SchweizerInnen glauben, dass die Armee in der Bevölkerung «sehr» oder «eher akzeptiert» sei. Die Notwendigkeit der Armee und die gesellschaftliche Akzeptanz werden im Schnitt gleich hoch bewertet. Bei gewissen Subgruppen zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede in der Fremd- und Eigeneinschätzung der Armeeakzeptanz. Jene, die an die Notwendigkeit der Armee glauben (Eigeneinschätzung), halten auch eher die Armee für gesellschaftlich akzeptiert (Fremdeinschätzung; 82% der ArmeebefürworterInnen). Bei den ArmeekritikerInnen zeigt sich ein anderes Bild: Der Grossteil derjenigen, die die Armee nicht für notwendig halten, glaubt, dass die Armee in der Gesellschaft akzeptiert sei (69% der ArmeegegnerInnen). Bei politisch links Positionierten und bei der jüngsten Alterskohorte kann man dieselbe Tendenz beobachten: Ihre eigene Akzeptanz der Armee liegt signifikant tiefer als ihre Perzeption der allgemeinen gesellschaftlichen Akzeptanz. Männer, die ab 60-Jährigen, Befragte der politischen Mitte und rechts davon halten die Armee in

der Gesellschaft hingegen für signifikant weniger akzeptiert als sie die Armee selber legitimieren (siehe Tabelle 9.3).

Während die Befragten also deutlich zwischen ihrer eigenen Meinung und der Auffassung, die sie für allgemein verbreitet wahrnehmen, unterscheiden, zeigt sich, dass über alle soziodemographischen Merkmale hinweg Einigkeit besteht, wie stark die Allgemeinheit die Armee akzeptiert. Einzig die jüngste Altersgruppe der 18–29-Jährigen fällt in ihrer Perception vom Mittel ab, hält sie die Armee in der Gesellschaft doch für signifikant weniger stark akzeptiert als der Durchschnitt.

Tabelle 9.3

*Armeeakzeptanz: Fremd- und Eigenwahrnehmung nach soziodemographischen Merkmalen (Angabe des Mittelwertes)*

	Region			Geschlecht		Alter		
	WCH	DCH	TI	Männer	Frauen	18-29	30-59	60+
Eigeneinschätzung	3	<b>3.1</b>	2.9	<b>3.1</b>	3	2.6	3	<b>3.3</b>
Fremdeinschätzung	3	3	3.2	3	3	<b>2.8</b>	3	3.1
t-test	n.s.	sig	n.s.	sig	n.s.	sig	n.s.	sig

	Bildung			politische Einstellung		
	tief	mittel	hoch	links	Mitte	rechts
Eigeneinschätzung	3.2	3.1	2.9	2.5	<b>3.2</b>	<b>3.3</b>
Fremdeinschätzung	3.1	3	2.9	<b>2.9</b>	3	3
t-test	n.s.	n.s.	n.s.	sig	sig	sig

## 9.4 Umfang der Armee

Die grosse Mehrheit der Befragten wünscht sich eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee (71%, -8%; siehe Abbildung 9.3.), 45% (+6%) eine Verkleinerung des Militärs. Wer mit der Verkleinerung der Armee einverstanden ist, kann sich tendenziell – wie erwartet – nicht damit einverstanden erklären, eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee zu halten ( $\gamma=-.7$ ,  $r=-0.6$ ).

Die Einstellung zur Notwendigkeit einer Streitkraft korreliert sehr hoch mit beiden Vorgaben: Je weniger Befragte an die Notwendigkeit der Armee glauben, desto eher wünschen sie sich eine Verkleinerung der Armee ( $\gamma=-.73$ ,  $r=-0.61$ ) und desto eher lehnen sie die Forderung nach einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee ab ( $\gamma=0.8$ ,  $r=0.68$ ).

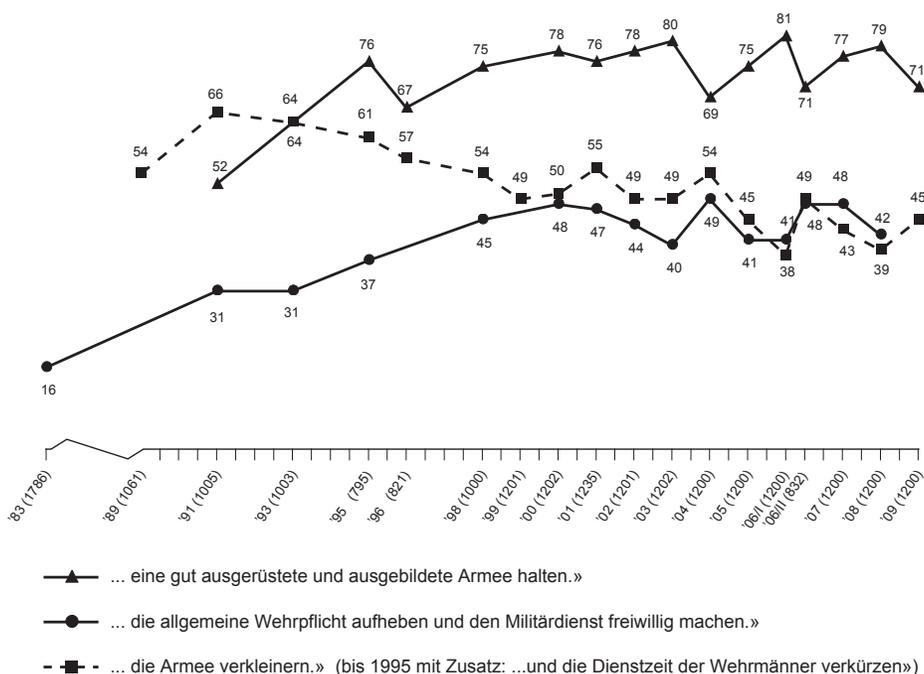
Blickt man auf 19 Jahre Erhebung zurück, so erstaunt es folglich nicht, dass in Jahren, in denen die Armeeakzeptanz zunimmt, jeweils auch der Anteil der Befür-

worterInnen einer Verkleinerung der Armee abnimmt und der Anteil jener, die eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee befürworten, zunimmt. Dieses Jahr verhält es sich jedoch genau entgegengesetzt: Obwohl dieses Jahr signifikant mehr Befragte die Armee für notwendig halten, hat die Forderung, die Schweiz soll ihre Armee verkleinern, signifikant mehr, die Forderung nach einer gut ausgestatteten Armee hingegen signifikant weniger Unterstützung in der Bevölkerung gefunden als im Vorjahr.

Abbildung 9.3

Armeeumfang («sehr» und «eher einverstanden») in Prozent)

«Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Die Schweiz sollte...»



SI/383/09

Die Zunahme in der Befürwortung zu einer kleineren Armee und die Zunahme in der Ablehnung einer gut gerüsteten Armee zeigt sich über alle Alters- und Bildungsgruppen hinweg und unabhängig von der politischen Selbsteinstufung und der Haltung zur Notwendigkeit der Armee, für welche die Zustimmung hingegen nicht in allen Subpopulationen gestiegen ist (vgl. Abschnitt 9.1.1.).

Die Einstellung zur Wehrstruktur, die bisher immer mit der Vorgabe, die Schweiz solle die Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst freiwillig machen, erfasst wurde, bildet dieses Jahr einen Schwerpunkt der Umfrage. Anhand zweier neuer Frageformulierungen wurde dieses Jahr die Einstellung zur Rekrutierungsform und Dienstleistungsart getrennt erhoben (vgl. Abschnitt 9.7).

## 9.5 Gesellschaftliche Rolle der Armee

Hat die Armee ihre einst zentrale Rolle für die Schweiz vollends verloren? Wie bereits die Erhebung im Jahr 2008 zeigte und wie die diesjährige Studie bestätigt, hat sich die soziale Einbettung der Armee in die schweizerische Gesellschaft im Vergleich zum ersten Messpunkt 1976 zwar statistisch signifikant, in ihrer Tendenz allerdings weniger stark verändert als aufgrund des Werte- und Bedrohungswandels zu erwarten gewesen wäre.

Die Identifikation mit der Landesverteidigung und die Bewertung des Militärischen in der Schweiz wird seit 1976 in unregelmässigen Abständen anhand einer Frage mit drei Antwortvorgaben, wie sie in untenstehender Abbildung 9.4 aufgeführt sind, erhoben.

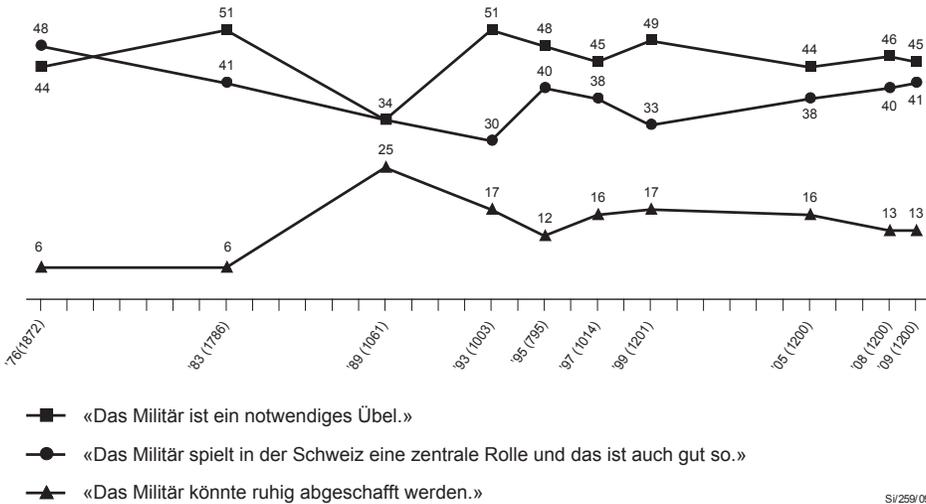
2009 halten mit 45% (1976: 44%) gleich viele Befragte wie 2008 die Armee für ein notwendiges Übel. Unwesentlich kleiner – das heisst 41% (1976: 48%) – ist der Anteil jener, die der Armee in der Schweiz eine zentrale Rolle zubilligen und dies für gut halten. Eine Minderheit von 13% (1976: 6%) sieht in der Armee weder ein notwendiges Übel noch eine gesellschaftliche Bezugsgrösse, sondern möchte diese gerne abgeschafft wissen.

Der leichte Zentralitätsverlust gegenüber den siebziger Jahren zeigt sich daran, dass in der Erhebungsreihe nie mehr so viele Befragte das Militär als gesellschaftlich bedeutend ansahen wie 1976. Damals war beinahe jede bzw. jeder Zweite dieser Auffassung, heute sind das noch vier von zehn. Ein weiteres Indiz ist die steigende Zustimmung zur Armeearschaffung. Nachdem der Anteil der ArmeegegnerInnen bis Ende der neunziger Jahre stark zunahm, bewegt sich dieser seit 1993 zwischen 13% und 17% und liegt klar höher als 1976 und 1983, als sich jeweils nur 6% der Befragten für diese Option aussprachen. Klar überwiegt seit den achtziger Jahren jeweils eine instrumentelle Sicht, wonach die Armee ein notwendiges Übel sei.

Abbildung 9.4

Die gesellschaftliche Rolle der Armee (Angaben in Prozent)

«Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können?»



SI/259/09

Das Ende der achtziger bzw. der Anfang der neunziger Jahre – zum Zeitpunkt, als in der Schweiz zum ersten Mal über die von der GSoA eingereichte Armeeabschaffungsinitiative abgestimmt wurde – kann als Wendepunkt im zivil-militärischen Verhältnis der Schweiz bezeichnet werden. Das Militär geriet insbesondere nach Ende des Kalten Krieges als nationales Identifikationssymbol stark unter Druck. Jedoch: Seit Mitte der neunziger Jahre erlebt die Armee – eventuell mit dem gestiegenen Bedürfnis nach nationaler Identität – tendenziell eine Renaissance; eine Einschätzung die sich in den letztjährigen Erhebungen widerspiegelt.<sup>6</sup>

6 So sind 2007 66% - und somit gleich viele wie 1983 - der SchweizerInnen der Meinung, der Militärdienst fördere den Gemeinschaftssinn und das Verantwortungsbewusstsein für öffentliche Belange. Die Armee als Souveränitätssymbol hat hingegen in diesem Zeitraum an Gültigkeit verloren (vgl. Haltiner et al. 2007: 153) Demgegenüber hat die Armee als Symbol der Bürgerpflicht seit 1989 wieder signifikant an Gültigkeit gewonnen (vgl. Haltiner et al. 2008: 161).

### 9.5.1 Gesellschaftlicher Stellenwert nach soziodemographischen Variablen

Der Stellenwert der Schweizer Milizarmee wird nach soziodemographischen Gruppen sehr unterschiedlich bewertet.

- Die Vorgabe «Das Militär spielt in der Schweiz eine zentrale Rolle und das ist auch gut so» wird von den ab 60-Jährigen (54%), von Befragten der politischen Mitte und rechts davon (49% bzw. 56%) sowie von Personen mit einer tieferen Bildung (56%) mehrheitlich und signifikant überdurchschnittlich als Antwortkategorie ausgewählt. Unterdurchschnittlich häufig ist dies unter den WestschweizerInnen (34%), den 18–29-Jährigen (27%), den politisch sich links Einstufenden (16%) und den gut Gebildeten der Fall (28%).
- Eine instrumentelle Sicht der Miliz teilen vor allem Personen mit höherem Bildungsniveau (51%), Befragte aus der Romandie (49%) wie auch politisch links stehende SchweizerInnen (53%). Die älteste Kohorte der ab 60-Jährigen bezeichnet das Militär unterdurchschnittlich häufig als notwendiges Übel.
- Für die Abschaffung der Armee plädieren überdurchschnittlich stark gut Gebildete (19%) sowie die 18–29-Jährigen (22%) und besonders Personen mit selbst-deklariertem politischer Linksorientierung (29%).

Der starke Links-Rechts-Gegensatz bei dieser Fragestellung hat sich in den letzten Jahren leicht aber auffallend abgeschwächt. Für sich als politisch links stehend bekennende Personen ist die radikale Lösung, nämlich die Armeeabschaffung, wieder weniger häufig eine Option, hingegen verkörpert das Militär vermehrt ein notwendiges Übel.

### 9.5.2 Einflussnahme des Militärs auf die Politik

Ein weiterer Indikator für den gesellschaftlichen Stellenwert des Militärs ist seine Einflussnahme auf die Politik. Auf einer Skala von null bis zehn, bei der null keinen Einfluss bedeutet und zehn für sehr starken Einfluss steht, wird im Schnitt der Armee eine Einflussnahme auf die Politik von 4.8 attestiert. Da diese Frage 2009 das erste Mal gestellt wurde, kann kein Vergleich zu den Vorjahren gezogen werden. Die Perzeption bleibt sich – in einer multivariaten Betrachtung anhand einer Regressionsanalyse – über alle Altersgruppen und Bildungsschichten gleich. Auch unterscheiden sich die WestschweizerInnen nicht von den DeutschschweizerInnen. Frauen halten die Beeinflussung der Politik durch das Militär in signi-

fikantem Masse eher gegeben als Männer, ebenso glauben politisch rechts und links Orientierte eher daran als jene der politischen Mitte. Mit steigendem Haushaltseinkommen nimmt die wahrgenommene Einflussnahme ab. Die Höhe des Vertrauens in und die Meinung zur Notwendigkeit der Armee korrelieren hingegen nicht mit diesem Aspekt des zivil-militärischen Verhältnisses. Jene, die für die Abschaffung der Armee plädieren, glauben eher, dass die Armee Einfluss auf das politische Geschehen nimmt als jene, die das Militär für ein notwendiges Übel oder für gesellschaftlich zentral halten. In der multivariaten Regressionsanalyse entfällt jedoch diese Differenz. Die Unterschiede in den genannten Merkmalsgruppen sind alles in allem eher gering und die politische Einflussnahme des Militärs wird über alle Merkmale hinweg ähnlich tief bewertet.

## 9.6 Wahrgenommene Effektivität der Armee

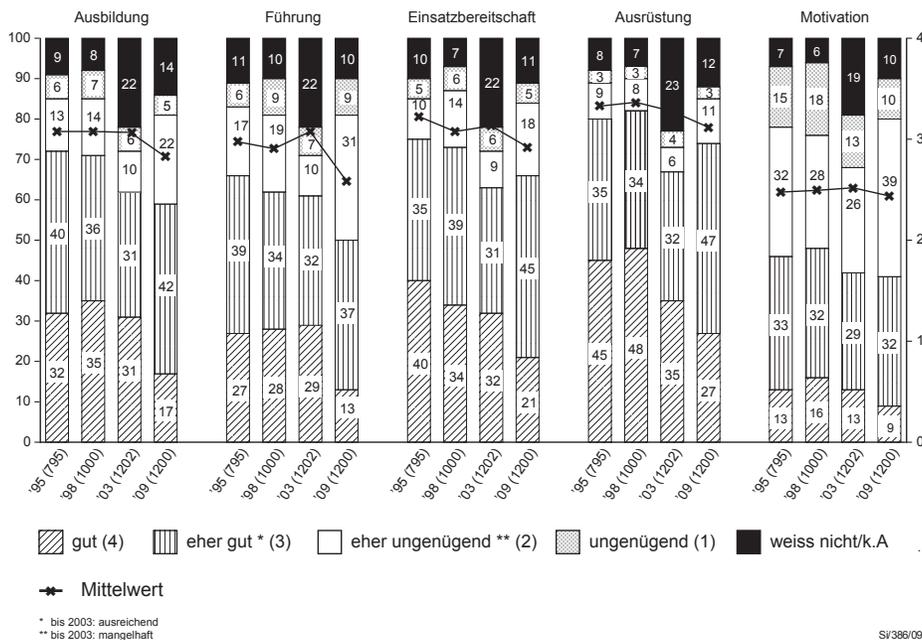
Hinweise auf die wahrgenommene Effektivität der Schweizer Armee gibt eine 1995 erstmals in die Erhebung einbezogene und 1998, 2003 sowie 2009 wiederholte Fragenbatterie. Darin können die Befragten Ausbildung, Führung, Einsatzbereitschaft, Ausrüstung und Motivation beurteilen (siehe Abbildung 9.5). Da die beiden mittleren Antwortkategorien leicht geändert wurden, ist ein Vergleich zum letzten Messpunkt 2003 nur mit Vorbehalt möglich. Die Abfolge bezüglich wahrgenommener Effektivität ist dennoch unverändert geblieben. Im Urteil der Bevölkerung schneidet die Ausrüstung mit Waffen und Geräten am besten ab; 74% halten diese für «eher gut» oder «gut». Jene, die hier der Armee eine schlechte Note attestieren, halten auch eher die Verteidigungsausgaben für zu gering (vgl. Abschnitt 9.9).<sup>7</sup> Am zweit- und drittbesten schneiden wie 2003 die Einsatzbereitschaft (66%) und die Ausbildung (59%) ab, gefolgt von der Führung (50%). Im Vergleich zu diesen vier Aspekten wird die Motivation der Soldaten am stärksten bemängelt. 41% der Befragten halten diese für gut, 49% für «eher ungenügend» oder «ungenügend».

7 Dies ergibt eine lineare Regressionsanalyse, bei der die soziodemographischen Variablen Alter, Geschlecht, Bildung, Region sowie politische Einstellung, Haltung zur Notwendigkeit der Armee und Vertrauen in die Armee kontrolliert wurden.

Abbildung 9.5

Die Wahrnehmung der Effektivität der Armee (Angaben in Prozent)

«Wie steht es Ihrer Meinung nach mit der Ausbildung, der Führung, der Einsatzbereitschaft, der Ausrüstung und der Motivation in der Schweizer Milizarmee?»



Der Anteil der Antwortkategorie «weiss nicht»<sup>8</sup> ist zwar nicht mehr ganz so bemerkenswert hoch wie 2003, bleibt aber mit etwas mehr als 10% auf hohem Stand. Es sind insbesondere Frauen und Männer, die nie Militärdienst geleistet haben, die WestschweizerInnen, die ab 60-Jährigen sowie Befragte aus einer bildungsfernen Schicht, die sich kein Urteil zutrauen. ArmeekritikerInnen – jene die sie für «überhaupt nicht notwendig» halten oder ihr keinen gesellschaftlichen Stellenwert zuordnen, sondern das Militär gerne abgeschafft sähen – geben ebenfalls deutlich häufiger als der Schnitt kein Urteil ab. Politisch rechts Orientierte hingegen weichen überdurchschnittlich selten auf diese Antwortkategorie aus.

Nebst dem Umstand, dass die beiden mittleren Antwortkategorien (siehe Abbildung 9.5) leicht umformuliert wurden, erschwert auch der hohe Anteil an fehlenden

8 Die Antwortkategorie «keine Antwort» wird hier unter die Kategorie «weiss nicht» subsumiert, da der Anteil ersterer sehr gering ist.

Antworten einen Vergleich zum letztmaligen Messpunkt im 2003. Lässt man die Kategorie «weiss nicht» als Antwort gelten – wie das in der Abbildung 9.4 der Fall ist – und berücksichtigt man die Anzahl an Befragten, die den jeweiligen Aspekt mit «gut» oder «eher gut» bewerten, dann fällt die Bewertung der Einsatzbereitschaft und der Ausrüstung deutlich besser aus als im Jahr 2003. Werden hingegen die Befragten, die kein Urteil abgegeben haben, ausser acht gelassen, – und dies ist wohl die zulässiger Variante und jene, die von Interesse ist – so haben im Schnitt alle Qualitätsaspekte, speziell aber die Führung, in der Wahrnehmung der urteilenden Bevölkerung an Effektivität eingebüsst. Dieser Trendverlauf ist in der Abbildung 9.4 durch die Mittelwertslinie dargestellt.

Der hohe Anteil an «weiss nicht» Antworten weist darauf hin, dass es vielen Befragten Mühe bereitet, die Arbeit der Armee zu beurteilen. Männer, die Dienst geleistet haben, Dienst leisten oder nie eingeteilt wurden, unterscheiden sich aber in ihrer Wahrnehmung nicht. Einzig die Einsatzbereitschaft wird von den aktuell Eingeteilten kritischer eingeschätzt: 52% halten sie für ungenügend, 45% für gut (im Vergleich zu 66% aller Befragten).

Die Unterschiede nach Geschlecht, regionaler Herkunft, Bildungsstand, Alter und politischer Orientierung sind zwar statistisch signifikant, allerdings im Vergleich zu den anderen Akzeptanz-Indikatoren sehr gering: Frauen, TessinerInnen, die Kohorte der ab 60-Jährigen, Befragte aus der tiefsten Bildungsschicht sowie politisch rechts Orientierte geben der Armee im Schnitt bessere Noten. Einzig beim Ausrüstungsstand urteilen politisch links Eingestellte und ältere Befragte kritischer als politisch rechts Orientierte und die jüngeren Kohorten. Sich politisch rechts einstuftende Befragte glauben bei der Führung und bei jenen Aspekten, die eng mit dieser verknüpft sind, d.h. bei der Ausbildung und bei der Einsatzbereitschaft, im Vergleich zu 2003 eine Verschlechterung festgestellt zu haben, wohingegen der Ausrüstungsstand und die Motivation in ihrer Wahrnehmung gleich gut geblieben sind.

## **Eine militärische Milizkarriere nur des Geldes wegen?**

### **Motivationsfaktoren zur Weiterbildung in der Schweizer Armee**

Der fehlende Milizkadernachwuchs in der Schweizer Armee ist nach wie vor ein aktuelles und brisantes Thema. Viele junge Männer und Frauen möchten ihre Zeit im Militär möglichst schnell hinter sich bringen und nicht länger Dienst leisten als unbedingt notwendig. Es interessiert deshalb besonders, welche Faktoren den Entscheid für eine Weiterbildung beeinflussen und wie gross deren Gewicht ist.

Für die Beantwortung dieser Frage wurden Rekruten (n=379) der Sanitätsschule (San RS 42-3/07) und der Infanterieschule (Inf RS 11-3/07) in der fünften bzw. sechsten RS-Woche schriftlich zur Bedeutung der Motivationsfaktoren Geld, Vorbild, Ausbildung, ziviler Nutzen, Sinn, Tradition und Zufriedenheit befragt. Der Fragebogen umfasste 60 Fragen, jeweils fünf bis sechs Fragen pro Faktor, die in vier Ausprägungen («trifft überhaupt nicht zu» bis «trifft vollständig zu») beantwortet werden konnten.

Entgegen gewisser Bedenken, dass Rekruten nur des Geldes wegen eine militärische Milizkaderlaufbahn anstreben, hat die Untersuchung ergeben, dass Geld für 82% aller Rekruten kein zusätzlicher Motivator für eine militärische Karriere darstellt. Ebenso sagen 85% aller Rekruten aus, dass die militärische Tradition in der Familie bei der Entscheidung für oder gegen eine militärische Führungsposition eine eher untergeordnete oder gar keine Rolle spielt.

Am meisten Einfluss auf die Motivation hat die allgemeine Zufriedenheit, welche von 64% aller Befragten (bei den Interessenten an einer Kaderlaufbahn sogar 92%) als wichtig bewertet wurde. Das Zusammenspiel vorbildlicher Kader, professioneller Organisation, guter Ausbildung und einem reibungslosen Dienstbetrieb spielt eine übergeordnete Rolle.

Ebenfalls müssen eine stringent verfolgte Sinnvermittlung, die von 92% als wichtig beurteilt wird, und vorbildliche Vorgesetzte (von 76% aller Befragten als wichtig bezeichnet), welche die Unterstellten fördern und mit Respekt behandeln, gegeben sein.

Die Qualität der Ausbildung während der Rekrutenschule (von 87% aller Interessenten als wichtig bezeichnet) und der Nutzen für die zivile Tätigkeit (von 62% aller Interessenten als wichtig bezeichnet) werden von den an einer militärischen Laufbahn interessierten Rekruten als Motivatoren, wenn auch nicht als Hauptargumente genannt.

Das Fazit aus dieser Voruntersuchung ist, dass Rekruten nicht primär aus materiellen oder monetären Gründen eine Milizkaderlaufbahn antreten. Die wichtigsten Anreize, um junge Erwachsene für eine Kaderposition zu gewinnen, sind vielmehr

vorbildliche und faire Vorgesetzte sowie das Vermitteln des Sinnes von Ausbildung und Tätigkeit.

Brühlmann, B., Stgier, M. (2009). Weiterbildung in der Schweizer Armee: Eine Untersuchung in der Inf RS 11 und der San RS 42. Birmensdorf: Militärakademie an der ETHZ.

## 9.7 Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee

Während die Notwendigkeit der Schweizer Armee von Dreivierteln der Befragten nach wie vor unbestritten ist, trifft das für die Wehrform nicht zu. In der Frage, wie die Armee sich personell rekrutieren soll, sind sich die SchweizerInnen seit Mitte der neunziger Jahre nicht mehr einig. Im Zentrum steht nicht nur die Frage, wie die Bevölkerung über die Art und Weise der Rekrutierung denkt, also hinsichtlich Wehrpflicht oder Freiwilligkeit, sondern auch, welche Streitkräfteform die nationale Sicherheit in Zukunft besser gewährleisten kann. Hier geht es um die Frage nach Milizarmee oder Berufsstreitkraft. Seit 1976 wird in unserer Erhebung diese Einstellung zum Wehrmodell erfragt (siehe Abbildung 9.6). Generell lässt sich festhalten, dass die Zustimmung für eine Berufsarmee seit Erhebungsbeginn bis Ende der neunziger Jahre stetig wuchs, der Anteil der BefürworterInnen einer Milizarmee kontinuierlich schrumpfte. Seit der Jahrtausendwende halten sich mit kleineren Schwankungen die beiden Lager in der Bevölkerung in etwa die Waage.

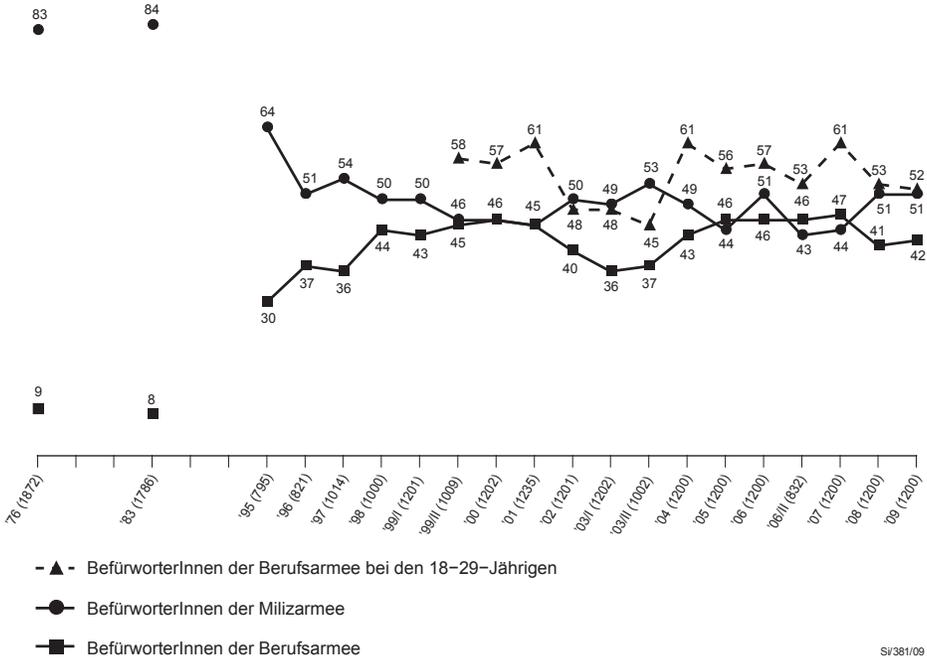
Seit Kurzem wird das Modell der Milizarmee von der Bevölkerung wieder stärker favorisiert. So liegt wie bereits im Vorjahr der Anteil der BefürworterInnen einer Milizarmee mit 51% über jenem der AnhängerInnen einer Berufsarmee (42%, +1%). Der Anteil der Befragten ohne Meinung ist auch dieses Jahr mit 7% hoch. Besonders in der französischsprachigen Schweiz ist er mit über 11% beträchtlich. Die Befürwortung der Milizarmee korrespondiert stark mit der gestiegenen Legitimität der Armee gemessen durch die gefühlte Notwendigkeit und Akzeptanz. Wird die Notwendigkeit der Armee als hoch eingestuft, nehmen traditionelle Werte wie die Befürwortung der Milizarmee jeweils zu.

Die 18–29-Jährigen (52%, -1%), d.h. die Alterskohorte der Wehrpflichtigen, befürworten im langjährigen Trend die Berufsarmee stärker als der Rest der Bevölkerung. Es ist offenbar hauptsächlich diese Alterskategorie, die kritisch gegenüber der allgemeinen Wehrpflicht eingestellt ist. Befragte ab einem Alter von 60 Jahren präferieren hingegen klar die Milizarmee (CC=0.14). Frauen favorisieren leicht stärker als Männer das Milizmodell. Die Wehrstruktur wird weiter vor allem je nach Sprachregion stark unterschiedlich bewertet. Wie in den Jahren zuvor sprechen sich die WestschweizerInnen gegen die Milizarmee (39%) aus, die in der Deutschschweiz wohnhaften BürgerInnen hingegen dafür (55%; CC=0.17).

Abbildung 9.6

Wehrstruktur: Milizarmee versus Berufsarmee

«Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?» (Angaben in Prozent)



Welche Organisationsform der Armee präferiert wird, scheint eine Frage der politischen Einstellung zu sein.<sup>9</sup> Auch die allgemeine Grundeinstellung zur Notwendigkeit (CC=0.28) und zur gesellschaftlichen Bedeutung der Armee (CC=0.22) steht in starkem Bezug zur bevorzugten Organisationsform. So stehen Personen, die die Armee als notwendig erachten und ihr einen zentralen Platz in der schweizerischen Gesellschaft einräumen, signifikant stärker hinter dem Milizsystem. Personen mit einer «autonomistischen» Einstellung bezüglich internationaler Kooperation unterstützen ebenfalls überdurchschnittlich stark das Milizprinzip, die «harten Öffnungsbereiten» (vgl. Kapitel 7) hingegen bevorzugen mehrheitlich eine Berufsarmee (CC=0.14). Dasselbe Bild zeigt sich bei den Neutralitätstypen. «Traditionalisten» stehen grossmehrheitlich hinter dem heutigen Wehrsystem, KritikerInnen der

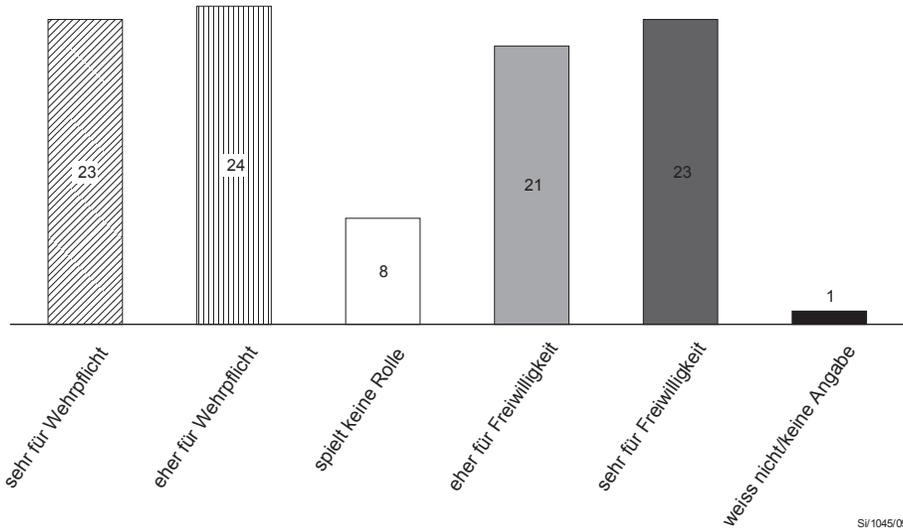
9 Für Milizarmee nach politischer Einstellung: Links: 43%, Mitte: 53%, Rechts: 59%, CC=0.14

Neutralität würden den Wechsel zu einer Berufsarmee begrüßen ( $CC=0.19$ ). Es ist daher anzunehmen, dass die Wehrpflicht und das mit ihr verbundene Milizsystem als traditionelle Werte wahrgenommen werden. Auch scheint die Befürwortung des Milizsystems stark mit einem auf die Schweiz zentrierten politischen Staatsverständnis in Bezug zu stehen, das eine grösstmögliche Autonomie des Staates vorsieht.

Neben der Frage nach der Bevorzugung des Milizsystems oder einer Berufsarmee wurde eine ähnlich lautende Frage nach der Rekrutierungsform, also der Bevorzugung der obligatorischen Wehrpflicht oder eines freiwilligen Dienstes, gestellt. Die Resultate decken sich deutlich mit der Frage nach Miliz- oder Berufsarmee (siehe Abbildung 9.7). 47% der Befragten ziehen die obligatorische Wehrpflicht als Rekrutierungsform für die Schweizer Armee vor, 44% wünschen sich eher einen freiwilligen Dienst. Einem kleinen Teil der Befragten ist es egal, wie rekrutiert werden soll (8%). Auch hier gilt wiederum, dass ältere Personen, DeutschschweizerInnen und Befragte mit einer selbstbekundeten rechten politischen Einstellung die obligatorische Wehrpflicht signifikant stärker befürworten als junge Befragte, politisch links Eingestellte und WestschweizerInnen. Die grössten Unterschiede in der Befürwortung des Rekrutierungssystems lassen sich bei den verschiedenen Neutralitätstypen feststellen. «Traditionalisten» unterstützen zu 64% die obligatorische Wehrpflicht, «Neutralitätskritiker» zu 28%. Eine freiwillige Militärdienstleistung befürworten vor allem Personen, die sich für eine politische und sicherheitspolitische Öffnung der Schweiz aussprechen.

Abbildung 9.7  
Rekrutierungsform

«Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Es wäre aber auch denkbar, dass die Schweiz die obligatorische Wehrpflicht aufhebt und nur noch die Schweizerinnen und Schweizer ins Militär holt, die freiwillig Dienst leisten wollen. Welchem System stimmen Sie persönlich sehr oder eher zu?» (Angaben in Prozent)

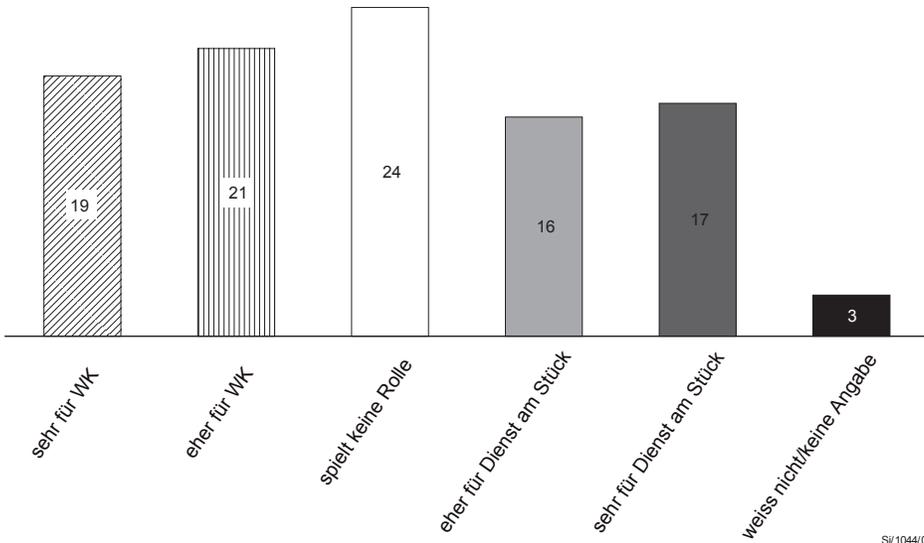


SI/1045/09

Die Wehrform von Armeen wird einerseits durch die Rekrutierungsform – Wehrpflicht oder Freiwilligkeit – und andererseits durch ihre Dienstleistungsform – Miliz oder stehendes Heer – bestimmt. Während wie oben beschrieben bezüglich der Rekrutierungsform die meisten SchweizerInnen eine klare Meinung haben, ist es jedem vierten Befragten egal, ob die Armee nach dem Prinzip der Miliz, d.h. mit alljährlichen Wiederholungskursen, oder als stehendes Heer aufgestellt wird. 40% der StimmbürgerInnen geben der Miliz den Vorrang, 33% einem Heer mit Dienst am Stück (siehe Abbildung 9.8).

Abbildung 9.8  
Dienstleistungsform

«Die Schweizer Armee ist eine Milizarmee. Das bedeutet, dass die meisten Wehrmänner jedes Jahr für dreiwöchige Wiederholungskurse ins Militär einrücken. Es wäre aber auch denkbar, dass alle Soldaten ihre Dienstzeit inklusive Rekrutenschule an einem Stück absolvieren. Welchem System stimmen Sie persönlich zu?» (Angaben in Prozent)



SI/1044/09

Mehr Frauen (27%) als Männern (20%) ist es egal, welche Dienstleistungsform für die Schweizer Armee gelten soll. Auch politisch links Eingestellte und die jüngste Altersgruppe zeichnen sich durch einen hohen «spielt keine Rolle»-Anteil aus. Das Milizsystem hat seine AnhängerInnen vor allem unter den ab 60-Jährigen, Personen mit einer «autonomistischen» Einstellung und Befragten, die ein traditionelles Neutralitätsverständnis haben.

Werden die zwei strukturbildenden Dimensionen eines Wehrsystems zusammengefasst, zeigt sich, dass ein Wiederholungskurs-Modell basierend auf der allgemeinen Wehrpflicht am meisten Unterstützung in der Bevölkerung genießt (siehe Tabelle 9.4). 25% der Befragten präferieren dieses Modell. Für eine Freiwilligenstreitkraft, bei der der Dienst am Stück geleistet wird, können sich 19% der SchweizerInnen erwärmen.

Tabelle 9.4

*Rekrutierungs- und Dienstleistungsform (Angaben in Prozent)*

	Wehrpflicht	egal	Freiwilligkeit	Total
Wiederholungskurse	25	2	14	41
egal	9	4	12	25
Dienst am Stück	14	2	19	34
Total	48	8	44	

Die Kombination «Wehrpflicht und Dienst am Stück», welche in der Schweiz durch die Durchdienerformation schon besteht, können sich 14% der Befragten vorstellen, auf die ganze Armee anzuwenden. Ebenfalls 14% finden die Idee einer Freiwilligenmiliz, also die Freiwilligkeit der Rekrutierungsform in Verbindung mit Wiederholungskursen, prüfenswert. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei den in Tabelle 9.4 ausgewiesenen Zahlen nicht um die Resultate eines direkten Abfragens der Zustimmung zur Freiwilligenmiliz oder des Durchdienermodells handelt, sondern um eine statistische Kombination der zwei erfragten Vorgaben.

Eines wird zumindest aus Tabelle 9.4 deutlich: Keine der hier vorgestellten Kombinationen setzt sich deutlich gegenüber den anderen ab. Die grösste Unterstützung erhält das jetzt geltende System der Wehrpflichtmiliz.

## 9.8 Allgemeine Dienstpflicht als Alternative zur heutigen Wehrpflicht

Die Masseneheere, rekrutiert durch die allgemeine Wehrpflicht, verlieren im gesamteuropäischen Rahmen zunehmend an Bedeutung. Durch die Verkleinerung der Bestände aufgrund eines gesunkenen militärischen Personalbedarfs wird die Wehrgerechtigkeit unterhöhlt, was in einigen Staaten zum bestimmenden Motiv für die Infragestellung der allgemeinen Männerdienstpflicht wurde. Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die Hälfte der europäischen Streitkräfte im Zuge der umfangmässigen Verkleinerung der Streitkräfte die Wehrpflicht ausgesetzt (vgl. Szvircsev Tresch 2005; Werkner 2006). In der Schweiz gehen bei einigen politischen Parteien und Gruppierungen die Bestrebungen in eine andere Richtung, nämlich dahin, die Wehrgerechtigkeit durch eine Ausdehnung der heute auf den militärischen Dienst beschränkten Verpflichtungen auf eine allgemeine Dienstpflicht auszudehnen. Junge Männer könnten dann – teilweise unter Beibehaltung des Armeeprimats –

zwischen Militär-, Zivil- oder Sozialdienst wählen (vgl. Haltiner & Szvircsev Tresch 2005, Haltiner, Wenger & Würmli 2007).<sup>10</sup>

Die Idee ist in der Schweiz nicht neu. Bereits nach dem Zweiten Weltkrieg gab es Bestrebungen, die Wehrpflicht in eine Dienstpflicht auch auf bisher nicht militärdienstpflichtige Bevölkerungsteile auszuweiten. Allerdings unterscheidet sich die damalige Debatte von der heutigen bezüglich der Absichten. Wollte man damals aufgrund der Erfahrungen während des Zweiten Weltkrieges das Potenzial an maximaler Verteidigung möglichst ausschöpfen, zielen die aktuellen Vorstösse in erster Linie darauf hin, die Wehrgerechtigkeit zu erhöhen und damit die Wehrpflicht und das Milizsystem zu erhalten.

Seit 2005 wird im Rahmen dieser Studie die Einstellung der BürgerInnen zur allgemeinen Dienstpflicht erhoben. 85% (-1%; siehe Abbildung 9.9) der befragten SchweizerInnen finden die Idee der allgemeinen Dienstpflicht für Männer «sehr» oder «eher gut». Die bereits in den Vorjahren konstatierte hohe Befürwortung für die Idee der Ausweitung der Männerwehrrpflicht in eine Männerdienstpflicht bestätigt sich auch 2009. 2005 wurde die Zustimmung zu einer allgemeinen Dienstpflicht mit einer leicht veränderten Frageformulierung erfragt, die den Aspekt der freiwilligen Wahl zwischen Militärdienst, Sozial- und Zivildienst weniger unterstrich. Die Zustimmung fiel zwar signifikant tiefer aus, aber mit 74% erreichte sie dennoch eine klare Zustimmung der Mehrheit.

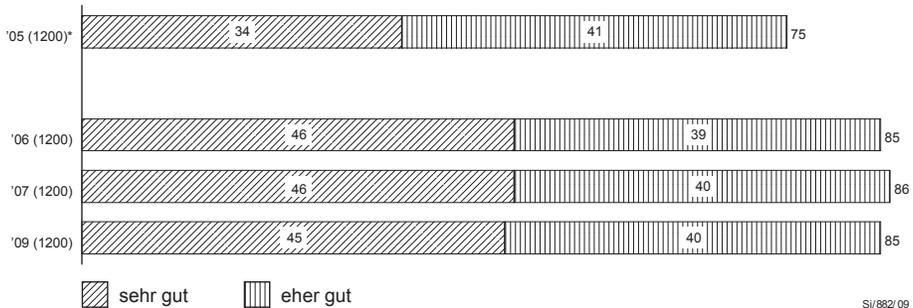
Frauen befürworten signifikant häufiger eine allfällige Einführung der allgemeinen Dienstpflicht (89%; Männer: 81%;  $CC=0.15$ ). Auch Personen aus der französischsprachigen Schweiz unterstützen das Postulat der allgemeinen Dienstpflicht überaus deutlich mit 90% ( $CC=0.18$ ). Dies trifft auch für Höhergebildete zu (88%;  $CC=0.13$ ). Die deutlichsten Unterschiede lassen sich aber zwischen den politischen Ausrichtungen erkennen. Sich politisch links einstufoende Befragte befürworten zu 93% die allgemeine Dienstpflicht, wohingegen nur 79% der sich rechts Einstufen den diese Idee gut finden ( $CC=0.24$ ).

10 Siehe zu den verschiedenen Vorschlägen auch: Libera'll. *Von der allgemeinen Wehrrpflicht zur allgemeinen Dienstpflicht. Diskussionsbeitrag zu Gunsten eines gesellschaftspolitisch und volkswirtschaftlich tragfähigen Lifecycle-Modells*. August 2004. <http://www.allgemeine-dienstpflicht.ch/>. Siehe zu den politischen Vorstössen im Parlament die Motionen von Büchler, Frick und Darbellay: Büchler, Jakob. Allgemeine Dienstpflicht für Männer. Motion an den Bundesrat 04.3379. Eingereicht von der Christlichdemokratischen Fraktion im Nationalrat, 17. Juni 2004. [http://www.parlament.ch/afs/data/d/gesch/2004/d\\_gesch\\_20043379.htm](http://www.parlament.ch/afs/data/d/gesch/2004/d_gesch_20043379.htm); Frick, Bruno. Allgemeine Dienstpflicht für Männer. Motion an den Bundesrat 04.3369. Eingereicht im Ständerat, 17. Juni 2004. [http://www.parlament.ch/afs/data/d/gesch/2004/d\\_gesch\\_20043369.htm](http://www.parlament.ch/afs/data/d/gesch/2004/d_gesch_20043369.htm); Darbellay, Christophe. Allgemeine Dienstpflicht für Männer. Parlamentarische Initiative 05.409. Eingereicht im Nationalrat, 18. März 2005. [http://www.parlament.ch/afs/data/d/gesch/2005/d\\_gesch\\_20050409.htm](http://www.parlament.ch/afs/data/d/gesch/2005/d_gesch_20050409.htm)

Abbildung 9.9

## Allgemeine Dienstpflicht

«In letzter Zeit wird die Idee diskutiert, die obligatorische Militärdienstpflicht in eine allgemeine Dienstpflicht umzuwandeln. Bei dieser müssen die jungen Männer zwischen Militärdienst, Zivildienst oder Sozialdienst wählen. Was halten Sie von dieser Idee?»



\* Fragestellung 2005: «Die Schweiz sollte die heutige Wehrpflicht in eine obligatorische Dienstpflicht für Männer umwandeln, wobei ein Teil der Männer Militärdienst zu leisten hätte, der andere Teil Sozialdienst oder Zivildienst zu leisten hätte» (Sehr und eher einverstanden in Prozent)

Die allgemeine Männerdienstpflicht findet bei den SchweizerInnen eine klare und beachtlich hohe Zustimmung. Ausdruck dieser öffentlichen Meinung dürfte sein, dass der Dienst an der Gemeinschaft nicht nur im Militärischen gesehen und geschätzt werden könnte, sondern sich auch auf weitere Bereiche des öffentlichen Lebens ausdehnen könnte. Welche Konsequenzen, zum Beispiel finanzieller und administrativer Art, sich aus der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht ergeben würden, wurde hingegen nicht in die Frage aufgenommen. Ob die ideelle und allgemeine Zustimmung bei Berücksichtigung dieser Faktoren ebenfalls so hoch ausfallen würde, kann mit unseren Daten nicht aufgezeigt werden.

## 9.9 Verteidigungsausgaben

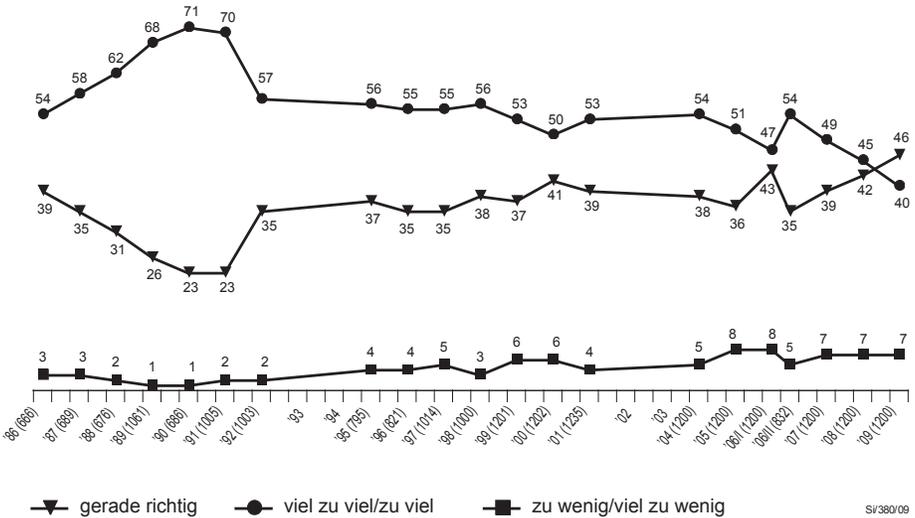
Die SchweizerInnen sind gegenüber der Höhe der Verteidigungsausgaben kritisch eingestellt. Im langjährigen Trend erachtet die Mehrheit der SchweizerInnen die Verteidigungsausgaben als zu hoch. Dieser Trend schwächt sich allerdings seit ein paar Jahren ab. 1991 kann diesbezüglich als das Jahr des Trendbruches bezeichnet werden, denn von 1986 bis 1991 stieg die Gruppe der Befragten, die glaubten, es würde «zu viel» für die Verteidigung ausgegeben, rasch und stetig an. Am Wendepunkt hielten 70% der Befragten die Ausgaben für zu hoch. Seit 1992 steigt unter den Befragten die Auffassung kontinuierlich, das Verteidigungsbudget sei «gerade

richtig» bemessen. Dieser Anteil hat sich auch dieses Jahr erhöht, und erstmals seit Beginn der Erhebungsreihe im Jahr 1986 halten mit 46% (+4%) mehr SchweizerInnen die Ausgaben für «gerade richtig» als für zu hoch (40%, -5%; siehe Abbildung 9.9). Nur 7% erachten sie als zu gering (7%, ±0%).

Abbildung 9.10

Allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben

«Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig oder zu wenig, viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?» (Angaben in Prozent)



Wichtig bei der Einschätzung der Höhe der Verteidigungsausgaben ist die (sicherheits-)politische Einstellung der SchweizerInnen. 63% der politisch links Orientierten sind für einen Abbau der Ausgaben, während die sich als politisch rechts bezeichnenden Befragten nur zu 27% Einsparungen fordern (CC=0.34). Auch ein Generationenunterschied lässt sich feststellen: Ältere Befragte schätzen die Verteidigungsausgaben als gerade richtig oder zu tief ein, während die jungen SchweizerInnen noch Sparpotenzial ausmachen. Personen, die weiterhin die Miliz als die richtige Form für die Schweizer Armee sehen, erachten mit 54% die Ausgaben als «gerade richtig». BefürworterInnen einer Berufsarmee sind mehrheitlich der Meinung, dass immer noch zu viel Geld für die Armee ausgegeben werde (52%). Am stärksten zeigen sich die Unterschiede zwischen den Befragten, die die Armee für notwendig halten und den SchweizerInnen, die dies nicht tun ( $\gamma = -0.74$ ).

**Fazit:** Obwohl das Vertrauen in die Armee innert Jahresfrist signifikant gesunken ist, erfreut sich die Armee in der Schweiz einer hohen Akzeptanz: 75% und damit signifikant mehr Befragte als im Vorjahr halten die Armee für notwendig. Zwar erachtet ein Viertel der Befragten die Notwendigkeit einer Armee für nicht gegeben, diese können aber nicht durchwegs als ArmeegegnerInnen bezeichnet werden. Dies zeigt sich am geringen Anteil an Befragten, welche das Militär abschaffen würden (13%): Es sind dies vor allem jene, die die Armee für «überhaupt nicht notwendig» halten. Deutlich wird dies auch in den Begründungen für die fehlende Notwendigkeit der Armee: Hier überwiegt nicht eine pazifistische Haltung, sondern die Wahrnehmung nicht vorhandener oder geringer Bedrohung bei gleichzeitig anderen, wichtigeren gesellschaftlichen Problemen, Zweifel an der Schlagkraft und Kritik an den Kosten sowie an der Armeestruktur.

Legitimiert wird die Armee durch die Generierung von Sicherheit im Innern und gegen aussen, wobei die Befragten in erster Linie spontan an die Katastrophenhilfe, Assistenzeinsätze für die Ordnung im Land und bei Grossanlässen sowie an die Landesverteidigung denken. Die Notwendigkeit der Armee wird äusserst selten spontan mit den nicht traditionellen Aufgaben der Terrorismusbekämpfung und Friedenseinsätzen begründet. Dies heisst jedoch nicht – wie die Erhebung im Vorjahr gezeigt hat – dass die Verhinderung von Terroranschlägen von den SchweizerInnen als eine unbedeutende Armeeaufgabe wahrgenommen wird. Im Gegenteil: Die Bevölkerung erwartet hier eher einen Bedeutungszuwachs. Einsätze im Ausland als Friedenstruppen werden im Vergleich hingegen eher für unbedeutend wahrgenommen (Haltiner et al. 2008: 118f).<sup>11</sup>

Die hohe Akzeptanz der Armee zeigt sich ferner in der Beurteilung der Effektivität: Ausrüstung, Ausbildung, Einsatzbereitschaft und Führung werden mehrheitlich als gut wahrgenommen, die Motivation der Soldaten eher als ungenügend. Beinahe jede Zweite bzw. jeder Zweite bezeichnet das Militär als «notwendiges Übel». Die gesellschaftliche Bedeutung des Militärs ist aber nicht zu unterschätzen: Vier von zehn SchweizerInnen weisen der Armee eine zentrale Rolle zu und 77% meinen, sie sei in der Bevölkerung akzeptiert.

Während die Armee klar grossmehrheitlich legitimiert ist, besteht doch eine gewisse Unsicherheit in Bezug auf den Umfang und die Wehrstruktur der Armee:

11 2006 wurde offen nach den zentralen Armeeaufgaben gefragt: Auch hier zeigte sich, dass die Bekämpfung des Terrorismus und der Einsatz der Armee bei PSO (Peace Support Operations) vergleichsweise selten spontan als zentrale Armeeaufgaben genannt werden, hingegen die Landesverteidigung und Katastrophenhilfe am häufigsten erwähnt wurden. In einer gestützten Nachfrage rangierte jedoch die Verhinderung von Terroranschlägen als die dritt wichtigste von 13 denkbaren Armeeaufgaben, hinter der Katastrophenhilfe im Inland und der Verteidigung im Kriegsfall. Die Einsätze bei PSO hingegen lag auf Rang acht der wichtigsten Armeeaufgaben (Haltiner et al. 2006: 127).

45% der StimmbürgerInnen plädieren für eine Verkleinerung der Armee. Im Vergleich zum Vorjahr sind das signifikant mehr Befragte. Dies erstaunt, denn bis anhin fiel die Zustimmung für eine Verkleinerung der Armee in Jahren, in denen die Akzeptanzrate stieg. Ob es sich hierbei um eine Trendwende handelt, werden erst die nachfolgenden Erhebungen zeigen.

In der Frage, welche Wehrform die Schweizer Armee haben soll, ist die Bevölkerung geteilter Meinung. Das Milizsystem wird aber wieder stärker befürwortet als eine allfällige Berufsarmee. Auch die Umwandlung der Männerwehrpflicht in eine allgemeine Dienstpflicht findet bei einer grossen Mehrheit der Bevölkerung Unterstützung. Das erste Mal seit Messbeginn meinen die Befragten, dass für die Verteidigung gerade genug ausgegeben wird und nicht zu viel, wie dies in den vergangenen Jahren der Fall war.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Armee in der Schweiz hohe Akzeptanz genießt, dass aber eine gewisse Unsicherheit in Bezug auf den Umfang und die Wehrform besteht. Die grössten Differenzen im Zustimmungsgrad zeigen sich nach politischer Orientierung und nach Alter.

## **Akzeptanz der Deutschen Bundeswehr, der Wehrpflicht und des Auslandsengagements**

Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SOWI) erhebt seit 1996 Daten hinsichtlich der Einstellung zu «zentralen sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen». Dabei werden Aspekte der Wahrnehmung und der Akzeptanz der Bundeswehr in der deutschen Bevölkerung, Zustimmung zu den Armeeaufgaben und die Einstellung zu Auslandseinsätzen ebenso erhoben wie Fragen nach der medialen Berichterstattung über die Armee, dem Vertrauen in Institutionen und der Beurteilung der Bundeswehr gestellt.

Vergleicht man die Ergebnisse der deutschen Studie vom Mai/Juni 2008 mit jenen der Studie «Sicherheit», so treten in den Einstellungen und Wahrnehmungen der Bevölkerung in der Schweiz und Deutschland einige Gemeinsamkeiten, aber auch einige Unterschiede zu Tage. Grundsätzlich ist vorwegzuschicken, dass bei einem direkten Vergleich der Resultate Vorsicht geboten ist. Die deutsche Erhebung arbeitet mit anderen Methoden (CAPI), Fragestellungen und einer anderen Stichprobe (N=2422, allesamt deutschsprachige Personen ab 16 Jahren).

Bei der Frage nach der grundsätzlichen Akzeptanz der Armee spricht die deutsche Bevölkerung ihrer Bundeswehr auf konstant hohem Niveau das Vertrauen aus: Neun von zehn BundesbürgerInnen vertrauen der Bundeswehr «voll und ganz», «überwiegend» oder «eher». Ähnlich wie hierzulande erhalten Polizei und das Bundesverfassungsgericht ein noch höheres, die politischen Parteien ein tieferes Vertrauen.

2008 antworteten 85% der Befragten auf die Frage nach ihrer «generellen Einstellung zur Bundeswehr», diese sei «sehr positiv», «positiv» oder «eher positiv». Auch in der Schweiz ist die aktuelle Armeekzeptanz – gemessen an der Einstellung zur Notwendigkeit der Armee – hoch, allerdings unterliegt diese stärkeren Schwankungen als die generelle Einstellung zur Bundeswehr.

Die Wehrpflicht geniesst der Studie zufolge in Deutschland, trotz der dort deutlich geringeren Wehrgerechtigkeit, einen leicht höheren Rückhalt als in der Schweiz. 62% der Deutschen möchten die Wehrpflicht beibehalten, während sich nur 27% für ihre Aufhebung aussprechen und weitere 11% sich nicht dazu äussern (Schweiz: 47% möchten an der Wehrpflicht festhalten, 44% wünschen sich einen freiwilligen Dienst). Ähnlich wie in der Schweiz ist auch in Deutschland der Rückhalt für die Wehrpflicht in den letzten drei Jahren leicht gestiegen. Die VerfasserInnen der Studie sehen aufgrund einer identischen Antwortverteilung zwischen der eigenen Meinung und der von den Befragten vermuteten Einstellung der Bevölkerungsmehrheit einen Hinweis darauf, dass sich die Haltung der Deutschen bezüglich

Wehrpflicht auf diesem Niveau konsolidieren wird, und dass Forderungen nach Aussetzung der Wehrpflicht nicht der öffentlichen Meinung entsprechen. Ein wichtiger Unterschied zur Schweiz ist die höhere Zustimmung der deutschen BürgerInnen für Einsätze im Ausland. Doch die allgemeine Billigung eines aktiven aussenpolitischen Engagements ist zwischen 2007 und 2008 gefallen. 47% (-8%) der Bevölkerung vertreten die Ansicht, ein aktives Mithelfen Deutschlands bei der Bewältigung von internationalen Krisen und Konflikten sei notwendig. Die Zustimmung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist aber relativ stabil geblieben. Es sind insbesondere die humanitären Einsätze der Bundeswehr, die grossmehrheitlich befürwortet werden. Die Zustimmung zum Auslandengagement fällt hingegen mit steigender militärischer Komponente des Aufgabenfeldes und wenn der unmittelbare Zusammenhang mit dem Schutz Deutschlands nicht mehr gegeben ist. Für die fortgesetzte Beteiligung Deutschlands am ISAF-Einsatz in Afghanistan sprechen sich 64% der Befragten aus.

Bulmahn, Thomas (2008): Bevölkerungsbefragung 2008. Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Kurzbericht. [www.sowi.bundeswehr.de](http://www.sowi.bundeswehr.de)



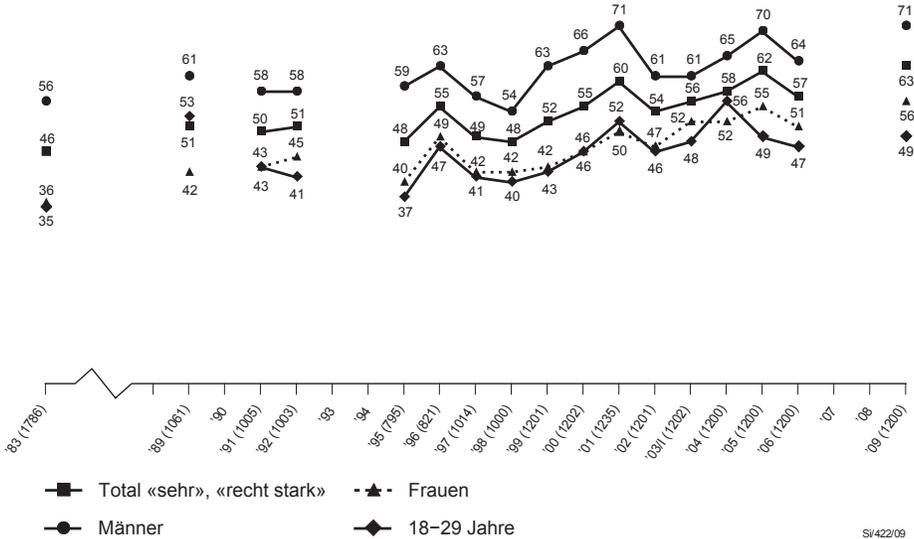
## 10 Sicherheitspolitisches Interesse

Nur wer sich für Sicherheitspolitik interessiert, wird relevante Informationen aufnehmen und sich sicherheitspolitisch engagieren. Für eine Sicherheitspolitik, die auf ein hohes Mass an Bürgerengagement angewiesen ist, bleibt die öffentliche Anteilnahme am sicherheitspolitischen Geschehen von hoher politischer Bedeutung. Seit dem 11. September 2001, den nachfolgenden Kriegen in Afghanistan und Irak und der Bedrohung durch den weltweiten Terrorismus hat die Frage der Sicherheit und der Sicherheitspolitik in den Medien eine vergleichsweise hohe Gewichtung erhalten. Es kann deshalb erwartet werden, dass die stärkere Medialisierung das allgemeine Interesse an der Sicherheitspolitik in der Schweiz beeinflusst. Diese These scheint zumindest für die Jahre 2002 und 2003 nicht zuzutreffen (siehe Abbildung 10.1). Das sicherheitspolitische Interesse reduzierte sich im Jahr 2003 sogar deutlich. Nun ist aber ein klarer Wiederanstieg zu verzeichnen. Noch nie seit Messbeginn 1983 zeigte sich die Schweizer Bevölkerung so interessiert an Sicherheitspolitik wie dieses Jahr (63%, +1% gegenüber 2005). Ob die Vorfälle im Jahre 2008 (Stichworte Kanderunfall, Fall Nef) und die Diskussionen um die Ausrichtung der Armee darauf Einfluss hatten, ist schwer abzuschätzen.

Abbildung 10.1

«Sehr» bzw. «recht starkes» sicherheitspolitisches Interesse (Angaben in Prozent)

«Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zur Sicherheitspolitik beantwortet. Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit, sehr stark, recht stark, ein bisschen oder überhaupt nicht?»



Zwei Trends sind sichtbar: Erstens scheint das im Jahr 2004 kurzfristig höhere sicherheitspolitische Interesse der 18–29-Jährigen wieder tiefer zu sein (2009: 49%, -7% gegenüber 2004), ist aber im langjährigen Mittel immer noch überdurchschnittlich hoch. Die direkte Betroffenheit scheint bei den jüngeren Befragten das Interesse an Sicherheitspolitik zu wecken. Anfangs 2004 wurde die «Armee XXI» eingeführt und auch das grösste Interesse bei den jungen StimmbürgerInnen gemessen. Eine ähnliche Beobachtung lässt sich auch bei der Einführung der Armee 95 machen, wobei das Interesse leicht zeitverzögert 1996 anstieg.

Zweitens ist seit einigen Jahren eine Mehrheit der Frauen sicherheitspolitisch interessiert (56%, +1%). Hingegen zeigen Männer weiterhin ein stärkeres sicherheitspolitisches Interesse (71%;  $CC=0.17$ ). Regionenspezifische Unterschiede können ebenfalls festgestellt werden. Die französischsprachigen SchweizerInnen geben sich weniger interessiert an Sicherheitspolitik als DeutschschweizerInnen (51% versus 66%;  $CC=0.16$ ). Als Konstante über die Jahre hinweg gilt zudem, dass politisch rechts stehende gegenüber politisch links stehenden Befragten ein signifikant stärkeres Interesse an Sicherheitspolitik zeigen (rechts: 75%, links: 53%;  $CC=0.22$ ). Je notwendiger die Befragten die Armee finden, desto stärker interessieren sie sich

auch für Sicherheitspolitik ( $CC=0.28$ ). Dies lässt vermuten, dass Sicherheitspolitik nach wie vor traditionell betrachtet wird, d.h., dass die militärische Komponente die wichtigste Rolle zu spielen scheint. Dieses Resultat zeigt sich auch bei einer zusammenfassenden Analyse. Bei dieser sind die Bejahung der Notwendigkeit der Armee neben einem höheren Alter, einer politisch rechten Einstellung, einer hohen Bildung und dem Merkmal männlich die entscheidenden positiven Einflussfaktoren auf ein höheres sicherheitspolitisches Interesse.



## Literaturverzeichnis

- Bacher, J. (1994). Clusteranalyse. München: Oldenbourg.
- Backhaus, K. et al. (1990). Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung. Berlin: Springer.
- Blasius, J. (2001). Korrespondenzanalyse. München / Wien: R. Oldenbourg.
- Bortz, J. (1984). Lehrbuch der empirischen Forschung. Berlin: Springer.
- Bortz, J. (1993). Statistik für Sozialwissenschaftler. Berlin: Springer.
- Bortz, J., Döring, N. (2002). Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler (3. überarbeitete Auflage). Berlin: Springer.
- Brühlmann, B., Stgier, M. (2009). Weiterbildung in der Schweizer Armee: Eine Untersuchung in der InfRS 11 und der San RS 42. Birmensdorf: Militärakademie an der ETHZ.
- Bundesamt für Polizei fedpol (2008). Polizeiliche Kriminalstatistik PKS – Schweizerische Betäubungsmittelstatistik. Bericht 2007. Bern: Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD.
- Bundesamt für Statistik (2009). Landesindex der Konsumentenpreise – Indikatoren. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05/02/blank/key/aktuell.html> [April 2009].
- Bulmahn, Thomas (2008). Bevölkerungsbefragung 2008. Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Kurzbericht. Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.
- Buri, Ch., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- gfs.bern (2008). Sorgenbarometer 2008: Die Schweiz zuerst. Bern.
- gfs.bern (2008). Integrierte Kommunikationsanalyse VBS 2008.
- Greenacre, M. (1990). SimCA User's Manual. Pretoria: University of South Africa, Department of Statistics (unveröffentlicht).

- Groves, R.M. (2006). «Nonresponse Rates and Nonresponse Bias in Household Surveys». In: *Public Opinion Quarterly*, Vol. 70, No.5, 646–675.
- Haltiner, K.W. (1985). *Gesellschaftliche Legitimierung und partizipatorisches Verhalten im Milizbereich der Schweiz*. Frauenfeld: Huber.
- Haltiner, K.W. (1994). *Sicherheit '94*. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung. Au/ Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1995). *Sicherheit '95*. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr.1. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1996). *Sicherheit '96*. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 3. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1998). *Sicherheit '98*. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 4. Au-Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Anker, Heinrich (1986). *Der Bürger und seine Verteidigung: Sicherheitspolitische Meinungsbilder in der Schweiz*. Auswertung einer Repräsentativbefragung. Bern: Institut für Soziologie, Universität Bern.
- Haltiner, K.W., Gut, H. (1990). *Nachbefragung zur Abstimmung vom 26.11.1989; Initiative "Schweiz ohne Armee": Abstimmungsmotive und sicherheitspolitische Meinungstrends - eine erste Auswertung*. Unterbözing: Militärwissenschaftliche Arbeitsgruppe des Ausbildungschefs Armeestabteil 360.1.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L. (1993). *Stand der Sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung: Eine Untersuchung am Beispiel der Wehrpolitischen Initiativen*. Wädenswil: Militärische Führungsschule ETHZ.
- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1997). Sicherheit '97. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 42. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner K.W., Wenger A., Bennett J., Szvircesev T. (1999). Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircesev, T. (2000). Sicherheit 2000 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircesev, T. (2001). Sicherheit 2001 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircesev, T. (2002). Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircesev Tresch, T. (2003). Sicherheit 2003 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircesev Tresch, T. (2004). Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Szvircesev Tresch, T., Würmli, S. (2005). Sicherheit 2005 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich und Militärakademie an der ETH Zürich.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Szvircesev Tresch, T., Würmli, S. (2006). Sicherheit 2006 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich und Militärakademie an der ETH Zürich.

- Haltiner, K.W., Wenger, A., Würmli, S., Wenger, U. (2007). Sicherheit 2007 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich und Militärakademie an der ETH Zürich.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Würmli, S., Wenger, U., Lipowicz, A. (2008). Sicherheit 2008 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich und Militärakademie an der ETH Zürich.
- Haltiner, K.W., Szvircesev Tresch, T. (2005). Bürgerheer wohin? Alternative Wehrformen in der aktuellen politischen Diskussion. Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 2005. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, U., Würmli, S. (2007). Allgemeine Dienstpflicht – Leitbild oder Schnee von gestern? Zürich: MILAK Schriftenreihe Nr. 8.
- Libera'll. Von der allgemeinen Wehrpflicht zur allgemeinen Dienstpflicht. Diskussionsbeitrag zu Gunsten eines gesellschaftspolitisch und volkswirtschaftlich tragfähigen Life-cycle-Modells. August 2004. <http://www.allgemeine-dienstpflicht.ch/>
- Luhmann, N. (1968). Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Meyer, R., Haltiner, K., Hofer, R., Iff, H., Rüegg, W. (1982). Fragen an die Zukunft. Die Bedeutung von Beruf, Bildung und Politik für die zwanzigjährigen Schweizerinnen und Schweizer. Aarau und Frankfurt am Main: Sauerländer.
- Riklin, A., Frei, Ch. (1986). Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung». Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Laggner, B. (1988). Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung». Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Hafen, Th. (1990). Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung». Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Rütter + Partner (2008). UEFA EURO 2008: Gesamtevaluation und Effekte nachhaltiger Entwicklung. Dritte Bevölkerungsbefragung 2008 zur Akzeptanz, Einstellung, Bewertung der UEFA EURO 2008. Rüschiikon: Rütter + Partner.

- Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (2009). Die Lage auf dem Arbeitsmarkt. [http://www.amstat.ch/infospc/public/archiv/200901\\_de.pdf](http://www.amstat.ch/infospc/public/archiv/200901_de.pdf) [April 2009].
- Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (2009). Jahresaggregate des Bruttoinlandproduktes, Verwendungsansatz (BFS). <http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00456/00458/index.html?lang=de> [April 2009].
- Staatssekretariat für Wirtschaft SECO (2009). Konsumentenstimmungsindex. <http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00453/index.html> [April 2009].
- Szvircev Tresch, T. (2005). Europas Streitkräfte im Wandel: Von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft. Eine empirische Untersuchung europäischer Streitkräfte 1975 bis 2003. Dissertation, Universität Zürich, Zürich.
- Werkner, I. J. (2006). Wehrpflicht oder Freiwilligenarmee? Wehrstruktur im europäischen Vergleich. Frankfurt am Main: Peter Lang.



# Anhang I

## I Die Qualität der Variablen<sup>1</sup>

Eine Menge von Objekten, die mittels einer Zahl dargestellt werden können, wird als Skala bezeichnet. Je nachdem, welche Eigenschaften und Beziehungen der Zahlen auf die Menge der Objekte sinnvoll übertragbar sind, unterscheidet man Skalen von verschiedenem Niveau. In der Statistik spricht man vom Skalenniveau der Variablen oder der Merkmale.

Eine Skala, die nur Identifikationen, nicht aber eine Zählung zulässt, heisst *Nominalskala* (z.B. Automarke, Beruf), eine, deren Zahlen lediglich «grösser-kleiner»-Relationen abbilden, *Ordinalskala* (z.B. militärische Grade, Bildungsgrade). Eine Skala, bei der gleiche Zahlendifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, wird als *Intervallskala* bezeichnet (z.B. Körpertemperatur, Metermass).

In dieser Studie wird hauptsächlich mit Nominal- und Ordinalvariablen gearbeitet.

## II Korrelationen und Koeffizienten<sup>2</sup>

Zusammenhangsmasse sind wichtige Instrumente der beschreibenden Statistik. Als geeignete Masse haben sich sogenannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, die Werte zwischen 0 und 1 annehmen können, wobei Werte nahe bei 0 auf einen geringen, Werte nahe bei 1 auf einen engen Zusammenhang hinweisen.

Viele Korrelationskoeffizienten geben zusätzlich noch die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, oder negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Stimmt also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmt, auch der Frage B zu, und lehnen gleichzeitig diejenigen, die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, spricht man von einem positiven Zusammenhang. Eine negative Korrelation ergäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen und umgekehrt.

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit der Daten eignen. In dieser Studie werden als Masse für nominalskalierte Variablen (Merkmale, die

1 Nach Bortz (1984) und Bortz / Döring (2002).

2 Nach Bortz (1984), Bortz / Döring (2002), Meyer / Haltiner / Hofer / Iff / Rüegg (1982).

sich nur qualitativ voneinander unterscheiden lassen wie z.B. die Staatszugehörigkeit, die Religion oder der Beruf) und ordinalskalierte Variablen (d.h. solche mit Rangcharakter, wie z.B. «grösser als...» oder «wichtiger als...») der so genannte Kontingenzkoeffizient (CC) und der Gamma-Koeffizient ( $\gamma$ ) verwendet.

Der *Kontingenzkoeffizient*, abgekürzt CC, erfasst den Zusammenhang (die Assoziation) zweier nominalskalierter Merkmale. Der Wertebereich von CC variiert zwischen 0 und 1 (nur positive Koeffizienten). Dabei bedeutet 0 völlige Unabhängigkeit und 1 einen absoluten Zusammenhang zwischen den Merkmalen.

Der Gamma-Koeffizient ( $\gamma$ ) gelangt zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen Ordinalcharakter aufweisen. Der Wertebereich des Gamma-Koeffizienten variiert zwischen -1 und +1.

*Signifikanz:* Korrelationskoeffizienten sind ein Mass für den Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen. Dieser kann aber manchmal bloss zufälligen Charakter haben. Eine festgestellte Korrelation ist also in der Stichprobe gegeben, kann aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen werden. Anders ausgedrückt: Der Rückschluss von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit ist statistisch nicht gesichert. Konkret würde dies in unserem Fall bedeuten, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs von unserer 1'200-Personen-Stichprobe auf die Gesamtheit der schweizerischen Stimmbevölkerung unsicher ist. Ist die Verallgemeinerung von Merkmalen einer Untergruppe (Stichprobe) auf die Grundgesamtheit hingegen möglich, so ist der festgestellte Zusammenhang zwischen den Variablen signifikant. Dies wird in der Regel mit  $p < 0.05$  (signifikanter Zusammenhang),  $p < 0.01$  (sehr signifikanter Zusammenhang) oder  $p < 0.001$  (hochsignifikanter Zusammenhang) ausgedrückt. Bei  $p > 0.05$  ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Zusammenhang bloss zufällig ist, nicht mehr als gering zu veranschlagen.

### III Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels $\chi^2$ -Test

Der im Rahmen dieses Berichtes ebenfalls verwendete  $\chi^2$ -Test beruht auf dem  $k \times l$ - $\chi^2$ -Verfahren zur Überprüfung von Unterschiedshypothesen, wobei  $k$  die Zahl der zu vergleichenden Stichproben und  $l$  die Zahl der Ausprägungen des zu untersuchenden Merkmals bezeichnet (Bortz 1993: 160). Es wird geprüft, ob sich  $k$  voneinander unabhängige Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B in unterschiedlicher Weise verteilen. Ein signifikantes Ergebnis bedeutet, dass die Unterschiede in der Verteilung von  $k$  unabhängigen Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit (in der Regel höchstens 5%) nicht durch Zufall zu Stande gekommen sind.

## IV Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels t-Test

Anhand des t-Test wird untersucht, ob die Differenz im Mittelwert zweier Stichproben zufällig für diesen Anteil der Grundgesamtheit zu Stande gekommen ist, oder ob aus der Differenz in der Stichprobe auf eine Differenz in der Grundgesamtheit geschlossen werden kann. Der Mittelwert ist der Durchschnittswert aller Nennungen und errechnet sich durch die Summe aller genannten Werte geteilt durch die Anzahl Nennungen.

## V Die Clusteranalyse<sup>3</sup>

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Datenreduktionsverfahren zur systematischen Klassifizierung von Objekten einer gegebenen Menge. Die durch eine bestimmte Anzahl von Merkmalen beschriebenen Objekte werden nach Massgabe ihrer Ähnlichkeit in Gruppen (Cluster) zusammengefasst, wobei die Cluster untereinander möglichst homogen und extern möglichst gut voneinander unterscheidbar sein sollen. Mit anderen Worten: Die Elemente eines Clusters sollen möglichst ähnlich sein, und jedes Element eines Clusters soll sich möglichst stark von den Objekten anderer Cluster unterscheiden. Ziel der Clusteranalyse ist es also, Gruppen so zu bestimmen, dass die Korrelationen der Variablen einer Gruppe zu den Variablen aller anderen Gruppen möglichst niedrig sind.

Es gibt zwei grosse Familien von clusteranalytischen Verfahren: die optimierenden und die hierarchischen. In der Regel muss bei Ersteren eine Startgruppierung vorgegeben werden, d.h. das erste Objekt jedes Clusters (Startwert) und die Anzahl der gewünschten Cluster werden vorgegeben. Es wird dann versucht, diese Startgruppierung durch schrittweises Verschieben jedes neu in Betracht gezogenen Objekts von einem Cluster zu einem anderen zu verbessern; man verfährt so lange, bis keine Verbesserung mehr möglich ist. Die ständige Verbesserung der Elementverteilung ist der Vorteil der optimierenden gegenüber den hierarchischen Verfahren, bei welchen keine Startgruppierung notwendig ist.

Für unsere Berechnungen haben wir ein optimierendes Verfahren gewählt. Die Prozedur QUICK CLUSTER, welche auf dem K-Means-Verfahren basiert, eignet sich besonders bei grossen Fallzahlen. Es wird dabei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Startwerte für die Clusterzentren bestimmt. Im zweiten Schritt wird bei nur einem Durchgang durch die Daten nacheinander jeder Fall dem nächstgelegenen Clusterzentrum zugeordnet. Nach jeder Zuordnung wird die

3 Nach Bortz (1984) und Bacher (1994).

Lage des Clusterzentrums so neu berechnet und korrigiert, dass es zum Schwerpunkt der zugehörigen Fälle wird. Im dritten Schritt schliesslich werden die Fälle wiederum dem (verschobenen) Zentrum zugeordnet, das nunmehr am nächsten liegt. Unter einem Clusterzentrum hat man sich aber nicht ein konkretes sondern nur ein künstliches Objekt vorzustellen. Man könnte sich das als Sonnensystem vorstellen. Dabei wäre das Zentrum des Clusters die Sonne, und die anderen Clusterobjekte würden die um die Sonne schwebenden Planeten darstellen.

Die Clusteranalyse erzeugt zwei wichtige Informationen: Jedem einzelnen Clusterzentrum wird ein Wert zugeordnet und jedes Objekt wird einem Cluster zugeteilt. Daraus ergibt sich die Clusterzugehörigkeit, die als eine neue Variable betrachtet werden kann, mit der sich arbeiten lässt.

## VI Die Korrespondenzanalyse<sup>4</sup>

Die einfache Korrespondenzanalyse ist eine Hauptkomponentenanalyse nominal-skaliertter Daten. Eine Hauptkomponentenanalyse erklärt die Varianz einer bestimmten Datenmatrix durch rechtwinklige, d.h. voneinander unabhängige Hauptachsen. In der Korrespondenzanalyse wird die Gesamtvarianz einer Datenmatrix durch das in Kreuztabellen übliche  $\chi^2$  gemessen, welches den Grad der Unabhängigkeit von Reihen und Kolonnen angibt. Es ist also das  $\chi^2$ , welches durch die Hauptachsen erklärt wird. Genau genommen wird die Inertia erklärt, welche dem  $\chi^2$  dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Häufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Häufigkeiten in allen Kolonnen) entspricht.

In der klassischen Hauptkomponentenanalyse bestimmen Reihen und Kolonnen eine einzige Punktwolke im mehrdimensionalen Raum. Die Hauptachsen zeigen auf, welche Subdimensionen diesen Punkten am nächsten kommen. Die Korrespondenzanalyse kennt dagegen zwei Punktwolken – so genannte Reihen- und Kolonnenprofile. Diese Profile entsprechen der Zellgrösse dividiert durch das jeweilige Reihen- bzw. Kolonnen total.

Eine Besonderheit der Korrespondenzanalyse ist die Masse jedes Reihen- und Kolonnenpunktes. Jeder Variablen wird auf Grund ihrer Auftretenshäufigkeit ein gewisses Gewicht beigemessen, welches proportional zur jeweiligen Reihen- oder Kolonnensumme ist. In der klassischen Hauptkomponentenanalyse fliesst dagegen in der Regel jede Variable mit dem gleichen Gewicht in die Analyse ein. Ähnlich wie in der Hauptkomponentenanalyse Faktorladungen angegeben werden, berech-

4 Nach Greenacre (1990) und Blasius (2001).

net die Korrespondenzanalyse die Korrelationen zwischen Reihen bzw. Kolonnen und den Hauptachsen.

Bei Variablen mit mehr als einer Antwortmöglichkeit werden die einzelnen Antworten als eigenständige Variablen betrachtet. Einen sehr guten deutschsprachigen Überblick zur Korrespondenzanalyse bietet Blasius (2001).

## VII Regressionsanalyse<sup>5</sup>

Die Regressionsanalyse dient zwei statistischen Fragestellungen: Einerseits wird sie zur Vorhersage einer erklärten Variable (abhängige Variable) durch erklärende Variablen angewandt (unabhängige Variable). Es kann zum Beispiel untersucht werden, wie stark sich der Verkauf eines Produktes verändern wird, wenn die Ausgaben für die Werbung verdoppelt werden.

Andererseits werden anhand der Regressionsgleichung Ursache-Wirkungs-Beziehungen untersucht. Es wird berechnet, wie gut sich die erklärte Variable durch die erklärenden beobachten lässt, d.h. welche Varianz durch letztere erklärt werden kann und welchen Beitrag die erklärenden Variablen zur Varianzaufdeckung der erklärten Variable beitragen. Wenn man also zum Beispiel wissen will, ob und wie gut sich die politische Partizipation durch die Bildung, durch das Elternhaus und durch das Vertrauen in die Politik erklären lässt, dann bedient man sich ebenfalls der Regressionsanalyse.

Wird zur Vorhersage einer erklärten Variable nur eine erklärende Variable ins Modell aufgenommen, spricht man von einer einfachen Regression. Werden hingegen mehrere erklärende Variablen beigezogen, dann handelt es sich um eine multiple Regression.

Bei der Regressionsanalyse geht man von i.d.R. von einem linearen Zusammenhang aus (je-desto-Beziehung) und im Gegensatz zur Korrelation, die einen ungerichteten Zusammenhang untersucht, wird bei der Regressionsanalyse aufgrund theoretischer Vorkenntnisse eine Richtung der Beziehung vorbestimmt.

Die Variablen der Regressionsgleichung müssen metrisch, d.h. mindestens intervallskaliert sein. Ist die erklärte Variable nominal- oder ordinalskaliert, wird eine logistische- oder probit-Regressionsanalyse durchgeführt.

5 Vgl. Backhaus et al. (1990).



## Anhang II

### I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung

Ein Verfahren zur Typenbildung von Personen mit verwandten Eigenschaften bietet die Clusteranalyse. Sie erlaubt es, Befragte mit einem weitgehend ähnlichen Einstellungsprofil zu Typen zusammenzufassen. Der eine Typ soll dabei zu Typen mit anderen Einstellungsprofilen möglichst wenig Ähnlichkeit aufweisen. Die Typenbildung erfolgt in einem Optimierungsprozess, d.h. es gibt mehr oder weniger optimale Lösungen (vgl. Anhang I, Abschnitt IV).

Die hier vorgelegten Typenbildungen wurden erstmals mit den Daten des Jahres 1993 vorgenommen. Sie dienen seither als Grundlage für die Ermittlung dominanter Einstellungsmuster mit Blick auf die internationale Kooperationsbereitschaft, die Neutralitäts- und die Sicherheitsauffassung in der schweizerischen Bevölkerung.<sup>1</sup>

Im Folgenden sind die Zentren der berechneten Cluster der Typologien «internationale Kooperationsbereitschaft» und «Neutralitätsauffassung» für die Daten 2009 numerisch wiedergegeben (Tabellen I und III) und durch die Abbildungen A und B grafisch verdeutlicht. Für Vergleichszwecke werden ebenso die numerischen Clusterzentren der Daten 2008 abgebildet (Tabellen II und IV).

1 Wer sich für das theoretische Konzept der Typologie näher interessiert, sei auf den Jahresband *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend* verwiesen (Haltiner & Spillmann 1994: 15ff.).

Tabelle I

## Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2009

Variable	Zentrum Cluster 1 («Harte Öffnung»)	Zentrum Cluster 2 («Weiche Öffnung»)	Zentrum Cluster 3 («Autonomisten»)
«Die Schweiz sollte...			
...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.»	1.77*	3.14	3.53
...sich der Nato annähern.»	2.45	2.58	3.12
...sich aktiv für Anliegen der Uno einsetzen.»	1.83	1.96	2.95
...mehr in Konflikten vermitteln.»	1.73	1.68	2.73
...mehr Entwicklungshilfe leisten.»	1.71	1.99	3.05
...der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.»	2.79	1.44	2.00
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.»	2.23	2.04	2.66
...die Neutralität beibehalten.»	1.91	1.25	1.24
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.»	2.76	1.82	1.68

\*1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Tabelle II

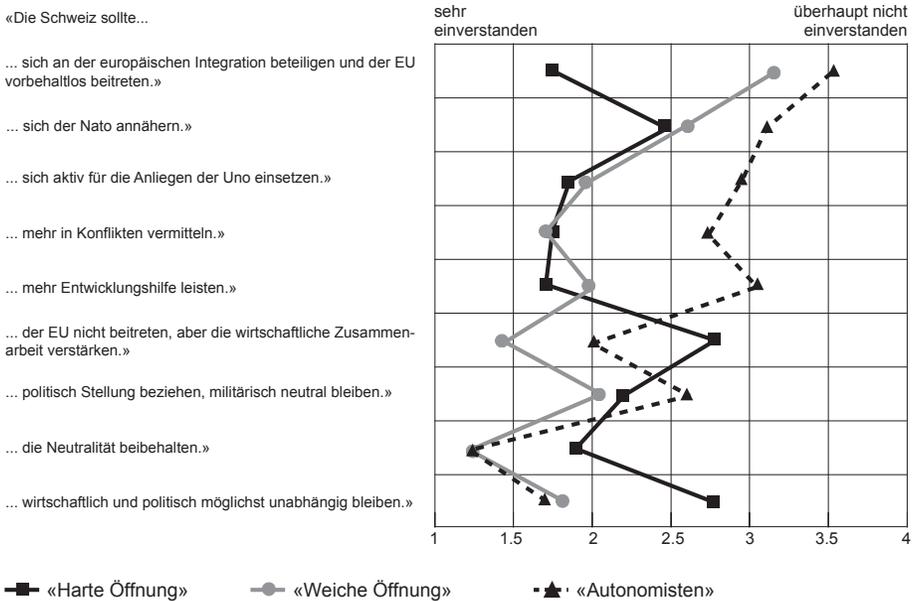
## Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2008

Variable	Zentrum Cluster 1 («Harte Öffnung»)	Zentrum Cluster 2 («Weiche Öffnung»)	Zentrum Cluster 3 («Autonomisten»)
«Die Schweiz sollte...			
...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.»	1.75*	3.30	3.61
...sich der Nato annähern.»	2.53	2.67	3.19
...sich aktiv für Anliegen der Uno einsetzen.»	1.81	2.04	3.13
...mehr in Konflikten vermitteln.»	1.61	1.83	2.75
...mehr Entwicklungshilfe leisten.»	1.77	2.26	2.96
...der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.»	2.95	1.59	1.90
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.»	2.22	1.72	3.13
...die Neutralität beibehalten.»	1.78	1.24	1.16
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.»	2.77	1.67	1.65

\*1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung A

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2009 (Mittelwerte)



SI/529/09

Tabelle III

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2009

Variable	Zentrum Cluster 1 («Kritiker»)	Zentrum Cluster 2 («Pragmatiker»)	Zentrum Cluster 3 («Dissonante»)	Zentrum Cluster 4 («Traditionalisten»)
Internationale Gute Dienste dank der Neutralität	2.14*	1.55	1.58	1.22
Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	2.77	1.72	1.62	1.22
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	2.90	2.67	1.85	1.63
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	2.96	2.83	1.96	1.73
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.91	2.49	2.32	3.28
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	2.14	3.40	2.93	3.64
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.22	3.28	2.59	3.52
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	2.13	3.28	2.25	3.52

\*1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

Tabelle IV

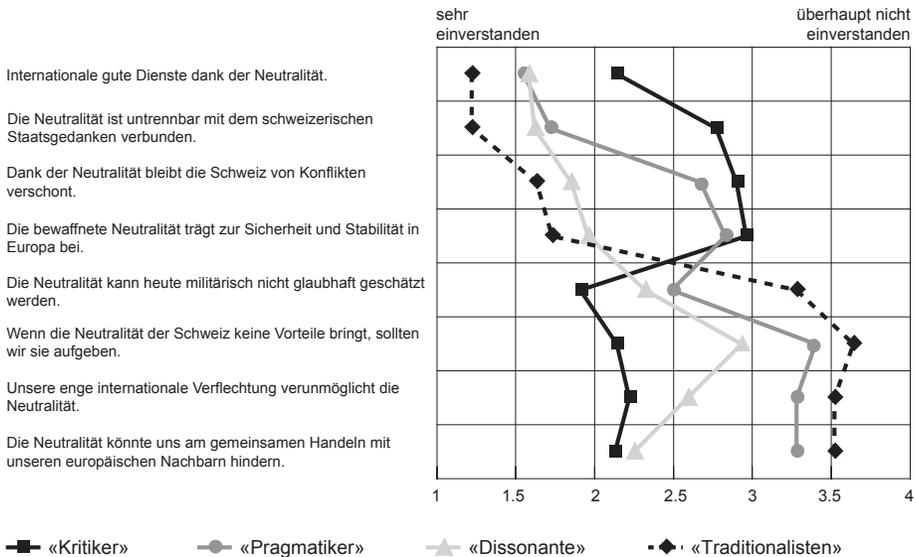
Typologie der Neutralitätsauffassungen 2008

Variable	Zentrum Cluster 1 («Kritiker»)	Zentrum Cluster 2 («Pragmatiker»)	Zentrum Cluster 3 («Dissonante»)	Zentrum Cluster 4 («Traditionalisten»)
Internationale Gute Dienste dank der Neutralität	2.03*	1.56	1.55	1.23
Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	2.46	1.77	1.66	1.24
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	2.92	2.67	1.95	1.76
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	2.89	2.97	1.90	1.55
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.80	2.51	2.27	3.34
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	1.99	3.50	3.07	3.71
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.44	3.23	2.53	3.57
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	2.28	3.32	2.22	3.52

\*1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

Abbildung B

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2009 (Mittelwerte)



SI/294/09

## II Korrespondenzanalyse zur Neutralitätstypologie

An dieser Stelle werden Kennwerte zur Korrespondenzanalyse in Kapitel 8 angegeben.

*Tabelle V*

*Rohdatenmatrix der Korrespondenzanalyse Neutralitätstypologie*

	1	2	3	4	
	kr	pr	di	tr	sum
01	27	15	15	11	30
02	36	60	40	22	72
03	13	19	18	15	23
04	11	13	10	5	76
05	29	55	65	37	354
06	8	32	44	32	166
07	7	14	21	15	26
08	11	45	58	52	86
09	3	21	34	46	69
10	13	18	58	26	117
11	71	144	170	125	501
12	69	117	84	60	310
13	44	72	73	34	203
14	109	208	240	212	738
15	78	80	61	21	202
16	37	110	134	90	360
17	24	66	97	110	250
sum	590	1089	1222	948	3583

Bemerkungen: Die Reihenvariablen und Kolonnenvariablen lauten in voller Länge:

kr = Neutralitätskritiker  
di = Neutralitätsdissonante

pi = Neutralitätspragmatiker  
tr = Neutralitätstraditionalisten

01 = 18–29 links  
04 = 18–29 Mitte  
07 = 18–29 rechts  
10 = Bildung: tief  
13 = Westschweiz  
16 = Weiche Öffnung

02 = 30–59 links  
05 = 30–59 Mitte  
08 = 30–59 rechts  
11 = Bildung: mittel  
14 = Deutschschweiz  
17 = Autonomisten

03 = 60+ links  
06 = 60+ Mitte  
09 = 60+ rechts  
12 = Bildung: hoch  
15 = Harte Öffnung

*Tabelle VI*

*Korrespondenzanalyse Neutralitätstypologie: Inertias der einzelnen Dimensionen*

1	0.058294	79.45%	*****
2	0.009645	13.14%	*****
3	0.005436	7.41%	*****
-----			
	0.073376		

Bemerkungen:  $\chi^2 = 282$ ,  $df = 48$ ; die Inertia entspricht dem  $\chi^2$  dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Kolonnen).

### III Häufigkeiten der Gründe für und gegen Notwendigkeit der Armee

«Weshalb halten Sie die Armee für sehr oder eher notwendig?»

	Anzahl Nennungen	Anzahl Befürworter
<b>Sicherheit im Land</b>	<b>578</b>	<b>393 (44%)</b>
Katastrophenhilfe	272	272 (30%)
Schutz der Bevölkerung, Zivilschutz	62	62 (7%)
Ordnung im Land, innere Unruhen	48	48 (5%)
Unterstützung Polizei - Subsidiäre Einsätze	39	39 (4%)
Sport- und Grossanlässe	36	36 (4%)
Für Innere Sicherheit (explizite Nennung)	35	35 (4%)
Terrorismusbekämpfung, wegen Terrorismus	31	31 (3%)
Botschaften, Konferenzen, WEF	18	18 (2%)
ANDERES Sicherheit im Inland	37	37 (4%)
<b>Sicherheit des Landes, gegen aussen</b>	<b>339</b>	<b>311 (34%)</b>
Verteidigung, Selbstverteidigung, Landesverteidigung	190	190 (21%)
Abschreckung	66	66 (7%)
Für Äussere Sicherheit, äussere Bedrohungen	55	55 (6%)
Grenzschutz	19	19 (2%)
ANDERES Sicherheit gegen aussen	9	9 (1%)
<b>Sicherheit und Bedrohung allgemein</b>	<b>204</b>	<b>198 (22%)</b>
Sicherheit allgemein - Schutz allgemein	143	143 (16%)
Gibt Sicherheit - Sicherheitsgefühl	50	50 (6%)
ANDERES Sicherheit und Bedrohung	11	11 (1%)
<b>Notwendigkeit allgemein</b>	<b>184</b>	<b>178 (20%)</b>
Vorkehrung - man weiss nie, Zukunft ungewiss...	117	117 (13%)
Alle haben eine Armee, die anderen Länder haben auch eine	26	26 (3%)
War schon immer so, Gewohnheit	18	18 (2%)
ANDERES Notwendigkeit	23	23 (3%)
<b>Latente Aufgabe</b>	<b>163</b>	<b>137 (15%)</b>
Lebensschule, Erziehung, gut für junge Leute	47	47 (5%)

Wirtschaftsfaktor, schafft Arbeitsplätze	33	33 (4%)
Zusammenhalt	20	20 (2%)
Verantwortung für unser Land	11	11 (1%)
Habe selbst Dienst geleistet, eigene Erfahrung	8	8 (1%)
Ausbildung	6	6 (1%)
Wehrpflicht als Kontrollinstrument	3	3 (0%)
ANDERES Latente Aufgaben	35	35 (4%)
<b>Aussenpolitik</b>	<b>136</b>	<b>121 (13%)</b>
Wahrung der Unabhängigkeit, für Unabhängigkeit	61	61 (7%)
Um Neutralität zu schützen	29	29 (3%)
Beitrag in einer internationalen Kooperation	23	23 (3%)
Man kann sich nicht auf andere verlassen	9	9 (1%)
Weil wir ein neutrales Land sind	7	7 (1%)
Staatschutz, Demokratie schützen	4	4 (0%)
ANDERES Aussenpolitik	3	3 (0%)
<b>Effektivität</b>	<b>41</b>	<b>41 (5%)</b>
Funktionstüchtigkeit in Notfällen	22	22 (2%)
Armee bewährt sich	18	18 (2%)
ANDERES Effektivität	1	1 (0%)
<b>Frieden, humanitäre Einsätze</b>	<b>35</b>	<b>32 (4%)</b>
Friedenssicherung	19	19 (2%)
Humanitäre Einsätze, In- und Ausland	14	14 (2%)
ANDERES	2	2 (0%)
<b>Anderes</b>	<b>25</b>	<b>25 (3%)</b>
<b>Keine Antwort</b>	<b>7</b>	<b>7 (1%)</b>
<b>Total</b>	<b>1712</b>	<b>904 (100%)</b>

«Weshalb halten Sie die Armee für eher oder überhaupt nicht notwendig?»

	Anzahl Nennungen	Anzahl Befürworter
<b>Zweifel an Effektivität</b>	<b>125</b>	<b>108 (38%)</b>
Was kann ein kleines Land schon ausrichten –		
Alleingang sinnlos	43	43 (15%)
Zweifel an Schlagkraft	40	40 (14%)
Qualität der Ausbildung	9	9 (3%)
Qualität der Führung	6	6 (2%)
Motivation der Soldaten	5	5 (2%)
Qualität der Ausrüstung	3	3 (1%)
ANDERES Effektivität	19	19 (7%)
<b>Gegen aktuelle Armee</b>	<b>103</b>	<b>91 (32%)</b>
Zu teuer	49	49 (17%)
für Berufsarmee	11	11 (4%)
Armee ist zu gross	7	7 (2%)
ANDERES Gegen aktuelle Armee	36	36 (13%)
<b>Sicherheit und Bedrohung</b>	<b>86</b>	<b>86 (30%)</b>
Keine, geringe Bedrohung	68	68 (24%)
Verschiedene, neuartige Bedrohung	16	16 (6%)
ANDERES Sicherheit und Bedrohung	2	2 (1%)
<b>Gegen Armee allgemein</b>	<b>63</b>	<b>54 (19%)</b>
wichtigere, andere Probleme, für die man sich einsetzen sollte,		
Geld investieren sollte	23	23 (8%)
Konflikte – Probleme anders lösen	17	17 (6%)
Krieg ist schlecht	7	7 (2%)
Gewalt ist schlecht	6	6 (2%)
Waffen sind schlecht, Pazifismus	5	5 (2%)
ANDERES Gegen Armee allgemein	5	5 (2%)
<b>Armeeaufgaben, die akzeptiert werden</b>	<b>48</b>	<b>36 (13%)</b>
Katastrophenhilfe	24	24 (8%)
Schutz der Bevölkerung, Zivilschutz	6	6 (2%)

Zivildienst	4	4 (1%)
Terrorismus	3	3 (1%)
Friedenseinsätze	2	2 (1%)
Innere Sicherheit	2	2 (1%)
Sport- und Grossanlässe	1	1 (0%)
ANDERES Armeeaufgaben	6	6 (2%)
<b>Neutralität, Unabhängigkeit</b>	<b>20</b>	<b>20 (7%)</b>
Ein neutrales Land braucht keine Armee	11	11 (4%)
Eine Armee steht im Widerspruch zur Neutralität	2	2 (1%)
ANDERES Neutralität, Unabhängigkeit	7	7 (2%)
<b>Anderes</b>	<b>9</b>	<b>9 (3%)</b>
<b>Keine Antwort</b>	<b>10</b>	<b>10 (4%)</b>
<b>Total</b>	<b>464</b>	<b>288 (100%)</b>

**ANHANG III**

**SICHERHEIT 2009**

**FRAGEBOGEN UND  
HÄUFIGKEITSTABELLEN**

**Stichprobe:**

07. Januar – 28. Januar 2009: Random-Quota-Verfahren, N=1'200

Deutsche, französische und italienische Schweiz

**Befragungsinstitut:**

ISOPUBLIC AG, Schwerzenbach

# Sicherheit 2009

Mein Name ist ... von Isopublic.

Wir führen im Auftrag vom Bund eine Befragung bei Stimmberechtigten durch zum Thema Sicherheit in der Schweiz, und ich möchte Sie fragen, ob Sie bereit wären, dazu einige Fragen zu beantworten? Das Interview dauert rund 30 Minuten.

## Zunächst einige Fragen für die Statistik

### S1

**Wie viele in der Schweiz stimmberechtigte Personen (also Schweizer Bürger oder Bürgerinnen über 18 Jahre) leben normalerweise in Ihrem Haushalt? Rechnen Sie sich mit ein.**

..... Personen

INT: Untermieter, Pensionäre, Au Pair, Hausangestellte gelten auch als Haushaltsmitglieder, sofern sie:

1. bei Ihnen in Ihrem Haus / Ihrer Wohnung wohnen UND
2. mindestens eine Hauptmahlzeit pro Tag bei Ihnen zu Hause einnehmen UND
3. keinen eigenen Telefonanschluss haben.

Kinder, die zu Studienzwecken anderswo wohnen und nur am Wochenende zurückkehren, werden hingegen nicht dazu gezählt.

### S2

**Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?**

### S3

INT: *Geschlecht der befragten Person eingeben (nur im Zweifelsfalle fragen).*

Mann ..... 1  
Frau ..... 2

### S4

**Sind Sie in der Schweiz stimm- und wahlberechtigt?**

ja ..... 1  
nein ..... 2

---> bei nein Abbruch!

**Als Erstes stelle ich Ihnen jetzt einige allgemeine Fragen zum Thema Sicherheit.**

**Q1.**

**Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?**

**Fühlen Sie sich:**

sehr sicher.....	1
eher sicher .....	2
eher unsicher .....	3
ganz unsicher.....	4
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht.....	8
keine Antwort.....	9

**Q2.**

**Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.**

[REIHENFOLGE A - J ZUFALLSVARIIEREN]

sehr einverstanden .....	1
eher einverstanden.....	2
eher nicht einverstanden.....	3
gar nicht einverstanden .....	4
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht .....	8
keine Antwort.....	9

Für unsere Sicherheit ist es wichtig,....

- A ...dass wir den Ausländeranteil in der Schweiz unter Kontrolle halten.
- B ...dass auf Flughäfen zusätzliche Kontrollen von Reisegepäck durchgeführt werden.
- C ...dass die Polizeipräsenz in Wohnquartieren und einzelnen Stadtgedenden erhöht wird.
- D ...dass bei allen öffentlichen Gebäuden die Eingangskontrolle deutlich verschärft wird.
- E ...dass auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Verkehrsmitteln vermehrt Überwachungen per Video stattfinden.
- F ...dass es erlaubt ist, vermehrt Telefonate abzuhören.
- G ...dass der Staat die Fingerabdrücke und andere biometrischen Daten von der gesamten Bevölkerung erfasst.
- H ...dass der Staat über verdächtige Personen Daten sammeln kann.

- I ...dass die Polizei bestimmten Personen das Betreten von einem Gebiet verbieten und sie von dort wegschicken kann.
- J ...dass Personen auch auf den blossen Verdacht hin, dass sie eine Tat planen, verhaftet und vorsorglich eingesperrt werden können.

**Q3.**

**Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?**

- eher besser und entspannter ..... 1
- bleibt etwa so wie heute ..... 2
- eher düsterer und gespannter ..... 3
- [INT. NICHT VORLESEN]
- weiss nicht/ ..... 8
- keine Antwort ..... 9

**Q4.**

**Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?**

- sehr optimistisch ..... 1
- eher optimistisch ..... 2
- eher pessimistisch ..... 3
- sehr pessimistisch ..... 4
- [INT. NICHT VORLESEN]
- weiss nicht/ ..... 8
- keine Antwort ..... 9

**Q5.**

**Glauben Sie, dass der Terrorismus eine Gefahr für unser Land darstellt?**

- Ja ..... 1
- Eher ja ..... 2
- Eher nein ..... 3
- Nein ..... 4
- [INT. NICHT VORLESEN]
- weiss nicht/ ..... 8
- keine Antwort ..... 9

**Q6.**

**Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?**

**Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.**

sehr einverstanden .....	1
eher einverstanden.....	2
eher nicht einverstanden.....	3
gar nicht einverstanden .....	4

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht .....	8
keine Antwort.....	9

[REIHENFOLGE A - N ZUFALLSVARIIEREN]

- A Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.
- B Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.
- C Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.
- D Die Schweiz sollte ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes mehr ins Spiel bringen.
- E Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.
- F Die Schweiz sollte mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen.
- G Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.
- H Die Schweiz sollte auf ihre Neutralität ganz verzichten.
- I Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.
- J Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.
- K Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.
- L Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.
- M Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium der UNO, anstreben.
- N Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen.

**Q7.**

Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes von den folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen. 0 bedeutet, dass Sie das Problem oder Ereignis heute als gar keine Bedrohung ansehen, 5 bedeutet, dass Sie es als eine grosse Bedrohung für unseren Staat einschätzen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihr Urteil abstimmen.

0	1	2	3	4	5
überhaupt					grosse
keine Bedrohung					Bedrohung

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht ..... 8  
keine Antwort ..... 9

[REIHENFOLGE A-Q ZUFALLSVARIIEREN]

- A Drogenproblem
- B Wirtschaftskrise
- C Konflikte mit Atomwaffen
- D Naturkatastrophen
- E Innere Unruhen
- F Terrorismus
- G Weltweite Überbevölkerung
- H Umweltzerstörung
- I Kriminalität
- J Überalterung von der Schweiz
- K Kriegerische Konflikte mit konventionellen Waffen in Europa
- L Weltweite Verknappung von den Rohstoffen
- M Technische Katastrophen
- N Politische Radikalisierung durch Extremisten
- O Migration
- P Epidemien, Seuchen
- Q Politischer Druck von aussen auf unser Land

**Q8.**

Ich habe noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden .....	1
eher einverstanden.....	2
eher nicht einverstanden.....	3
gar nicht einverstanden .....	4
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht .....	8
keine Antwort.....	9

[REIHENFOLGE A - J ZUFALLSVARIIEREN]

- A Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen
- B Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten
- C Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten
- D Die Schweiz sollte ihre Armee verkleinern
- E Die Schweiz sollte beim Aufbau von einer europäischen Armee mitmachen
- F Die Schweiz sollte sich der NATO annähern
- G Die Schweiz sollte der NATO beitreten
- H Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen
- I Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt.
- J Die Schweiz sollte an bewaffneten Friedenseinsätzen teilnehmen.

**Nun kommen wir zu einem neuen Thema, zu der Schweizer Armee**

**Q9.**

**Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?**

Milizarmee auch in Zukunft genügend .....	1
wir würden eine Berufsarmee brauchen.....	2
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht .....	8
keine Antwort.....	9

**Q10.**

**Was meinen Sie zur Schweizer Armee?**

**Halten Sie diese für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?**

unbedingt notwendig .....	1
eher notwendig .....	2
eher nicht notwendig .....	3
überhaupt nicht notwendig .....	4
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht .....	8
keine Antwort .....	9

[CODE 1 UND 2 WEITER ZU Q11, CODE 3 UND 4 WEITER ZU Q12, CODE 8 UND 9 WEITER MIT Q13]

**Q11.**

**Warum halten Sie die Armee für unbedingt oder eher notwendig?**

.....  
**Und weshalb sonst noch?**  
.....

weiss nicht .....	98
keine Antwort .....	99

[WEITER MIT Q13]

**Q12.**

**Warum halten Sie die Armee für eher oder überhaupt nicht notwendig?**

.....  
**Und weshalb sonst noch?**  
.....

weiss nicht .....	98
keine Antwort .....	99

[WEITER MIT Q13]

**Q13.**

**Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?**

- viel zu viel ..... 1
- zu viel ..... 2
- gerade richtig ..... 3
- zu wenig ..... 4
- viel zu wenig ..... 5

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht/ ..... 8
- keine Antwort ..... 9

**Q14.**

**Wie steht es Ihrer Meinung nach mit der Akzeptanz von der Armee in der Bevölkerung? Ist die Armee sehr oder eher bzw. eher nicht oder gar nicht akzeptiert?**

- sehr akzeptiert ..... 1
- eher akzeptiert ..... 2
- eher nicht akzeptiert ..... 3
- gar nicht akzeptiert ..... 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht ..... 8
- keine Antwort ..... 9

**Q15.**

**Was meinen Sie: Wie steht es Ihrer Meinung nach mit der Ausbildung, der Führung, der Einsatzbereitschaft, der Ausrüstung und der Motivation in der Schweizer Milizarmee? Sind sie gut, eher gut, eher ungenügend oder ungenügend?**

- gut ..... 1
- eher gut ..... 2
- eher ungenügend ..... 3
- ungenügend ..... 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht ..... 8
- keine Antwort ..... 9

(Reihenfolge A - F zufallsvariieren)

Wie ist das mit der ...

- A Ausbildung der Armee?  
Ist diese gut, eher gut, eher ungenügend oder ungenügend?
- B Führung der Armee?
- C Einsatzbereitschaft der Armee?
- D Ausrüstung der Armee mit Waffen und Geräten?
- E Motivation der Soldaten?

**Q16.**

**Wir haben hier einige Möglichkeiten zusammengestellt, wie die Schweizer Armee mit den Armeen anderer europäischer Länder zusammenarbeiten könnte.**

**Sagen Sie mir bitte, ob Sie sich eine solche Zusammenarbeit sehr gut, gut, eher nicht oder gar nicht vorstellen könnten.**

könnte ich mir sehr gut vorstellen .....	1
könnte ich mir gut vorstellen .....	2
könnte ich mir eher nicht vorstellen .....	3
könnte ich mir gar nicht vorstellen .....	4
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht .....	8
keine Antwort .....	9

[Reihenfolge A bis E zufallsvariieren]

Könnten Sie sich vorstellen, dass...

- A ...die Schweiz ihre militärischen Verteidigung zusammen mit anderen europäischen Staaten planen würde
- B ... Schweizer Soldaten mit Soldaten von anderen europäischen Staaten gemeinsame Manöver durchführen würden
- C ...Schweizer Soldaten zusammen mit Soldaten von anderen europäischen Staaten bei Grosskatastrophen zum Einsatz kommen würden
- D ...die Schweiz ihre Armee so anpassen würde, dass sie mit den Armeen von anderen europäischen Staaten besser zusammenarbeiten könnte
- E ...Schweizer Soldaten gemeinsam mit Soldaten von anderen europäischen Staaten ausgebildet würden

**Q17.**

**Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können:**  
[INT VORLESEN]

Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so. ....	1
Das Militär ist ein notwendiges Übel.....	2
Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.....	3
[INT NICHT VORLESEN]	
weiss nicht.....	8
keine Angabe.....	9

**Q18.**

**Die Schweizer Armee ist eine Milizarmee. Das bedeutet, dass die meisten Wehrmänner jedes Jahr für dreiwöchige Wiederholungskurse ins Militär einrücken. Es wäre aber auch denkbar, dass alle Soldaten Ihre Dienstzeit inklusive Rekrutenschule an einem Stück absolvieren. Welchem System stimmen Sie persönlich sehr oder eher zu, dem System der jährlichen Wiederholungskurse oder dem System vom Dienst am Stück? Oder spielt es für Sie keine Rolle?**

stimme den jährlichen Wiederholungskursen sehr zu.....	1
stimme den jährlichen Wiederholungskursen eher zu .....	2
es spielt für mich keine Rolle.....	3
stimme dem Dienst am Stück eher zu .....	4
stimme dem Dienst am Stück sehr zu .....	5
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht.....	8
keine Antwort.....	9

**Q19.**

**Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Es wäre aber auch denkbar, dass die Schweiz die obligatorische Wehrpflicht aufhebt und nur noch die Schweizerinnen und Schweizer ins Militär holt, die freiwillig Dienst leisten wollen. Welchem System stimmen Sie persönlich sehr oder eher zu? Dem System der Wehrpflicht oder dem System des freiwilligen Militärdienstes? Oder spielt es für Sie keine Rolle?**

Stimme der Wehrpflicht sehr zu .....	1
Stimme der Wehrpflicht eher zu .....	2
es spielt für mich keine Rolle.....	3
Stimme dem freiwilligen Militärdienst eher zu .....	4
Stimme dem freiwilligen Militärdienst sehr zu.....	5
[INT. NICHT VORLESEN]	

weiss nicht .....	8
keine Antwort .....	9

**Q20.**

**In letzter Zeit wird die Idee diskutiert, die obligatorische Militärdienstpflicht in eine allgemeine obligatorische Dienstpflicht, umzuwandeln. Bei dieser müssen die jungen Männer zwischen Militärdienst, Zivildienst oder Sozialdienst wählen. Was halten Sie von dieser Idee? Finden Sie diese...**

sehr gut .....	1
eher gut .....	2
eher schlecht .....	3
sehr schlecht .....	4

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht .....	8
keine Antwort .....	9

**Q21.**

**Für wie stark halten Sie den Einfluss des Militärs auf die Politik in der Schweiz auf einer Skala von 0 bis 10? 0 bedeutet, dass Sie keinen Einfluss der Armee auf Politik sehen, 10 bedeutet dass Sie den Einfluss der Armee als sehr stark einschätzen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.**

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
kein									Sehr starker	
Einfluss									Einfluss	

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht .....	98
keine Antwort .....	99

**Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Politik an Sie.**

**Q22.**

**Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?**

**Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.**

sehr einverstanden .....	1
eher einverstanden.....	2
eher nicht einverstanden.....	3
gar nicht einverstanden .....	4
[INT NICHT VORLESEN]	
weiss nicht .....	8
keine Angabe.....	9

[AUSSAGEN A BIS H ZUFALLSVARIIEREN]

- A Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.
- B Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.
- C Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.
- D Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.
- E Die bewaffnete Neutralität der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.
- F Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.
- G Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.
- H Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.

**Q23.**

**Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik beantwortet.**

**Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit, sehr stark, recht stark, ein bisschen oder überhaupt nicht?**

sehr stark .....	1
eher stark .....	2
ein bisschen .....	3
überhaupt nicht.....	4
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht .....	8
keine Antwort.....	9

**Q24.**

**Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen geniessen oder nicht. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniesst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten.**

[NUR 1 ANTWORT PRO ZEILE]

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
überhaupt kein Vertrauen								volles Vertrauen	

[INT. NICHT VORLESEN]

keine Antwort .....99

[REIHENFOLGE A - H ZUFALLSVARIIEREN]

Wie ist das mit ...

- A dem Bundesrat
- B dem Parlament in Bern
- C den Gerichten
- D der Polizei
- E der Armee
- F den Medien
- G der Schweizer Wirtschaft
- H den politischen Parteien

**Zuletzt noch ein paar Fragen zu Ihrer Person.**

**Q25.**

**Welches ist die höchste Schule, die Sie besucht haben?**

Primarschule .....	1
Sekundar-/Real-/Bezirksschule .....	2
Berufsschule/Gewerbeschule/KV .....	3
Mittelschule/Gymnasium .....	4
Technikum/Fachhochschule/Seminar/Hochschule/Uni, Poly/ETH/HWV .....	5
andere .....	6

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht .....	8
keine Antwort .....	9

**Q26.**

**Welches ist Ihre Muttersprache, d.h. die Sprache, in der Sie normalerweise denken?**

Deutsch.....	1
Französisch.....	2
Italienisch .....	3
Rätoromanisch.....	4
andere Sprache .....	5
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht.....	8
keine Antwort.....	9

**Q27.**

**Sind Sie im Militär eingeteilt oder eingeteilt gewesen?**

*INT: Vorlesen*

Ja, <u>bin</u> im Militär eingeteilt .....	1
Ja, <u>war</u> im Militär eingeteilt .....	2
Nein, nicht im Militär eingeteilt (gewesen) .....	3
[INT. NICHT VORLESEN]	
keine Antwort.....	9

**Q28.**

**“Links, Mitte und Rechts” sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) etwa stehen?**

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
ganz links										ganz rechts
keine Angabe.....										99

**Q29.**

**Wie hoch ist das gesamte monatliche Netto-Einkommen Ihres Haushaltes, also das was alle Mitglieder Ihres Haushaltes zusammen pro Monat ausbezahlt erhalten? Ist es...**

0 bis 2000.- .....	1
2001 bis 4000 .....	2
4001 bis 6000 .....	3
6001 bis 8000 .....	4
8001 bis 10000 .....	5

10000 bis 12000.....	6
12001 bis 14000.....	7
14001 bis 16000.....	8
mehr als 16000.....	9
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht .....	98
keine Antwort .....	99

**BESTEN DANK FÜR DAS INTERVIEW!**

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 1

S1. Wie viele in der Schweiz stimmberechtigte Personen (also Schweizer Bürger oder Bürgerinnen über 18 Jahre) leben normalerweise in Ihrem Haushalt?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1	28.0	25.8	33.4	33.3	23.0	32.5	27.6	23.6	35.6	31.6	29.0	22.0	35.6	26.4	27.0
2	49.3	51.9	42.9	40.7	52.3	46.5	29.1	52.4	55.0	44.6	51.9	51.7	46.6	49.5	50.4
3+	22.8	22.2	23.7	25.9	24.7	21.0	43.3	24.0	9.4	23.8	19.0	26.3	17.8	24.1	22.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 2  
 S2: Alter

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
18-29	16.9	16.8	17.1	18.5	18.2	15.8	100.0	-	-	23.2	11.0	18.0	14.1	16.3	19.0
30-59	52.2	52.2	52.3	51.9	54.1	50.5	-	100.0	-	53.3	53.3	49.3	31.3	53.9	58.1
60+	30.9	31.1	30.7	29.6	27.7	33.8	-	-	100.0	23.5	35.7	32.6	54.6	29.8	22.9
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 3  
 S3. Geschlecht

	Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau					
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
Mann	47.2	47.3	47.0	46.3	100.0	-	50.7	48.9	42.3	40.3	40.5	61.3	35.6	45.0	55.2
Frau	52.8	52.7	53.0	53.7	-	100.0	49.3	51.1	57.7	59.7	59.5	38.7	64.4	55.0	44.8
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 4  
 S4. Sind Sie in der Schweiz stimmberechtigt oder nicht?

	Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
Ja	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Nein	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 5  
 Q1. Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit? Fühlen Sie sich:

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr sicher	33.3	34.3	32.1	24.1	38.3	28.9	31.0	34.3	32.9	38.8	31.2	32.9	28.8	32.7	35.9
2 = eher sicher	56.8	56.6	54.7	72.2	53.0	60.3	64.5	57.2	52.0	55.4	59.5	53.3	49.7	57.6	58.8
3 = eher unsicher	8.6	8.0	11.1	3.7	7.2	9.8	3.9	7.8	12.4	5.2	7.1	12.7	17.2	8.9	4.8
4 = ganz unsicher	0.8	0.6	1.7	-	1.1	0.6	0.5	0.3	1.9	0.3	1.4	0.8	3.1	0.3	0.5
weiss nicht / keine Angabe	0.4	0.5	0.3	-	0.4	0.5	-	0.3	0.8	0.3	0.7	0.3	1.2	0.5	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.77	1.75	1.83	1.80	1.71	1.82	1.74	1.74	1.83	1.67	1.79	1.81	1.94	1.77	1.70

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 6

Q2. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...  
 A ... dass wir den Ausländeranteil in der Schweiz unter Kontrolle halten.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = sehr einverstanden	36.5	39.0	27.9	42.6	37.9	24.1	33.4	48.5	14.2	40.7	51.5	54.0	41.9	21.4	
2 = eher einverstanden	30.3	30.5	30.0	27.8	32.0	26.6	32.3	28.8	27.0	35.0	28.9	31.3	29.6	30.6	
3 = eher nicht einverstanden	21.8	20.5	26.5	16.7	24.6	32.0	22.7	14.6	33.6	18.8	14.9	7.4	19.7	30.6	
4 = gar nicht einverstanden	9.7	8.3	13.9	9.3	9.3	16.7	9.3	6.5	22.3	4.3	4.0	4.9	6.8	15.9	
weiss nicht / keine Angabe	1.8	1.7	1.7	3.7	2.1	0.5	2.4	1.6	2.9	1.2	0.8	2.5	1.9	1.4	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.05	1.98	2.27	1.92	2.00	2.42	2.08	1.79	2.66	1.87	1.71	1.62	1.91	2.42	

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 7

Q2. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...  
 B ... dass auf Flughäfen zusätzliche Kontrollen von Reisegepäck durchgeführt werden.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	30.2	31.7	23.0	44.4	28.1	32.0	24.6	29.2	34.8	18.0	33.8	35.8	42.3	34.1	19.0
2 = eher einverstanden	34.2	34.5	33.8	31.5	32.2	36.0	37.4	35.0	31.0	34.8	37.1	31.8	35.6	33.8	34.5
3 = eher nicht einverstanden	25.5	25.0	29.3	13.0	28.1	23.2	28.6	25.9	23.2	33.3	20.5	26.3	14.7	23.0	33.7
4 = gar nicht einverstanden	8.6	7.8	10.8	9.3	10.2	7.1	8.4	8.8	8.4	12.5	7.1	4.8	3.7	7.3	12.3
weiss nicht / keine Angabe	1.6	1.0	3.1	1.9	1.4	1.7	1.0	1.1	2.7	1.4	1.4	1.3	3.7	1.8	0.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.13	2.09	2.29	1.87	2.21	2.05	2.21	2.14	2.05	2.41	2.01	2.00	1.79	2.03	2.39

Anhang

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 8

Q2. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...  
 C ... dass die Polizeipräsenz in Wohnquartieren und einzelnen Stadtgebieten erhöht wird.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	37.3	34.7	43.2	48.1	38.0	36.8	25.6	33.9	49.6	24.9	39.8	44.3	53.4	38.8	28.9
2 = eher einverstanden	44.0	44.5	44.6	33.3	45.1	43.1	49.8	46.8	36.1	47.8	43.8	42.2	36.2	43.9	47.5
3 = eher nicht einverstanden	14.9	16.8	9.1	16.7	13.4	16.2	20.2	16.0	10.2	22.0	12.9	11.4	6.1	14.7	18.6
4 = gar nicht einverstanden	2.7	3.0	2.1	-	2.7	2.7	3.4	2.2	3.0	4.9	1.7	1.3	2.5	1.5	4.3
weiss nicht / keine Angabe	1.1	1.0	1.0	1.9	0.9	1.3	1.0	1.1	1.1	0.3	1.9	0.8	1.8	1.1	0.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.83	1.88	1.70	1.68	1.81	1.85	2.01	1.86	1.66	2.07	1.76	1.70	1.57	1.79	1.98

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 9

Q2. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...  
D ... dass bei allen öffentlichen Gebäuden die Eingangskontrolle deutlich verschärft wird.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = sehr einverstanden	15.3	14.4	17.8	16.7	12.9	17.5	10.3	13.7	20.8	7.8	16.7	19.1	30.7	16.2	8.0	
2 = eher einverstanden	30.6	28.5	33.4	48.1	30.0	31.1	31.0	29.2	32.6	22.6	36.4	32.1	30.7	32.4	28.0	
3 = eher nicht einverstanden	40.8	44.8	32.4	20.4	41.0	40.5	47.3	44.2	31.3	47.5	36.7	40.8	27.6	40.8	46.0	
4 = gar nicht einverstanden	12.5	11.9	15.3	7.4	15.2	10.1	10.8	12.3	13.7	21.4	8.8	7.7	8.6	10.2	17.3	
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.3	1.0	7.4	0.9	0.8	0.5	0.5	1.6	0.6	1.4	0.3	2.5	0.5	0.7	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.51	2.54	2.46	2.20	2.59	2.44	2.59	2.55	2.39	2.83	2.38	2.37	2.14	2.45	2.73	

Anhang

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 10

Q2. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...  
 E ... dass auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Verkehrsmitteln vermehrt Überwachungen per Video stattfinden.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = sehr einverstanden	34.6	32.9	38.0	42.6	34.2	19.7	31.0	48.8	21.2	36.4	44.3	50.9	35.6	26.7	
2 = eher einverstanden	37.3	37.1	36.2	46.3	40.2	40.4	39.8	31.5	36.8	39.3	35.8	29.4	38.3	39.0	
3 = eher nicht einverstanden	19.8	21.7	17.4	3.7	19.8	30.0	20.3	13.5	28.7	17.9	14.9	12.3	19.6	22.9	
4 = gar nicht einverstanden	7.7	7.9	7.0	7.4	10.4	9.9	8.5	5.1	12.5	5.7	4.8	5.5	6.3	10.6	
weiss nicht / keine Angabe	0.6	0.3	1.4	-	0.7	-	0.5	1.1	0.9	0.7	0.3	1.8	0.2	0.7	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.01	2.05	1.93	1.76	1.96	2.30	2.06	1.75	2.33	1.93	1.80	1.72	1.97	2.17	

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 11

Q2. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...  
 F ... dass es erlaubt ist, vermehrt Telefonate abzuhören.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	7.9	7.0	9.1	16.7	8.1	7.7	3.9	8.5	9.2	2.6	8.3	10.9	12.9	8.4	5.1
2 = eher einverstanden	21.4	20.1	24.7	24.1	23.0	20.0	18.2	22.5	21.3	16.5	21.9	25.2	22.7	19.4	24.1
3 = eher nicht einverstanden	38.3	41.8	31.4	20.4	35.3	41.0	38.4	39.9	35.6	42.6	39.8	35.8	27.6	44.0	34.5
4 = gar nicht einverstanden	31.8	30.8	34.1	33.3	33.4	30.3	39.4	28.3	33.4	38.0	29.0	27.9	35.0	27.5	36.4
weiss nicht / keine Angabe	0.6	0.2	0.7	5.6	0.2	0.9	-	0.8	0.5	0.3	1.0	0.3	1.8	0.6	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.94	2.97	2.91	2.75	2.94	2.95	3.13	2.89	2.94	3.16	2.90	2.81	2.86	2.91	3.02

Anhang

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 12

Q2. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...  
 G ... dass der Staat die Fingerabdrücke und andere biometrischen Daten der gesamten Bevölkerung erfasst.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	15.8	15.1	16.7	20.4	17.7	14.0	10.3	17.3	16.2	8.4	16.9	20.2	23.9	15.7	12.5
2 = eher einverstanden	28.2	29.9	24.0	22.2	26.7	29.5	29.6	27.6	28.3	23.8	30.0	31.3	25.8	30.1	26.3
3 = eher nicht einverstanden	28.1	29.3	23.7	31.5	24.4	31.4	27.6	28.9	27.0	28.1	27.6	30.0	23.3	30.1	27.2
4 = gar nicht einverstanden	27.3	25.4	33.8	24.1	30.9	24.1	32.0	25.4	28.0	39.1	24.5	18.3	25.8	23.5	33.5
weiss nicht / keine Angabe	0.7	0.2	1.7	1.9	0.4	0.9	0.5	0.8	0.5	0.6	1.0	0.3	1.2	0.6	0.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.67	2.65	2.76	2.60	2.69	2.66	2.82	2.63	2.67	2.99	2.60	2.47	2.52	2.62	2.82

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 13

Q2. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...  
 H ..., dass der Staat über verdächtige Personen Daten sammelt kann.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	36.5	34.3	38.3	61.1	34.6	38.2	29.1	35.3	42.6	20.6	39.3	45.9	55.2	36.7	28.7
2 = eher einverstanden	43.4	43.9	44.3	31.5	43.3	43.5	46.3	44.4	40.2	47.8	45.0	39.5	37.4	43.9	45.5
3 = eher nicht einverstanden	15.1	16.1	13.9	5.6	17.1	13.2	17.2	15.7	12.9	24.3	12.4	10.3	3.7	14.4	20.2
4 = gar nicht einverstanden	4.6	5.6	2.1	1.9	4.6	4.6	7.4	4.0	4.0	7.0	3.3	4.0	3.7	4.5	5.1
weiss nicht / keine Angabe	0.4	0.1	1.4	-	0.4	0.5	-	0.6	0.3	0.3	-	0.3	-	0.5	0.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.88	1.93	1.80	1.48	1.92	1.84	2.03	1.88	1.78	2.18	1.80	1.72	1.56	1.87	2.02

Anhang

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 14

Q2. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...  
 I ... dass die Polizei bestimmten Personen das Betreten eines Gebietes verbietet und sie von dort wegschicken kann.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	33.8	36.1	25.1	42.6	35.7	32.0	23.2	36.1	35.6	22.6	34.3	43.8	36.2	35.8	29.6
2 = eher einverstanden	38.8	39.6	37.6	31.5	38.3	39.1	36.9	40.9	36.1	39.4	40.2	37.1	39.3	39.5	37.8
3 = eher nicht einverstanden	19.2	18.4	22.6	13.0	17.5	20.7	28.6	16.0	19.4	24.1	18.1	16.4	14.1	17.6	23.6
4 = gar nicht einverstanden	6.4	5.0	9.8	11.1	6.7	6.2	9.4	5.4	6.5	12.8	4.8	1.9	8.0	5.5	6.7
weiss nicht / keine Angabe	1.9	0.9	4.9	1.9	1.8	2.1	2.0	1.6	2.4	1.2	2.6	0.8	2.5	1.6	2.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.98	1.92	2.18	1.92	1.95	2.01	2.25	1.91	1.97	2.27	1.93	1.76	1.94	1.93	2.08

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 15

Q2. Um uns zu schützen, muss der Staat gewisse Vorkehrungen treffen. Wie stehen Sie zu folgenden Massnahmen? Für unsere Sicherheit ist es wichtig, ...  
 J ... dass Personen auch auf den blossen Verdacht hin, dass sie eine Tat planen, verhaftet und vorsorglich eingesperrt werden können.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	18.0	15.3	24.4	27.8	16.8	19.1	15.3	16.6	21.8	8.1	20.0	23.3	30.7	20.1	9.9
2 = eher einverstanden	33.3	32.4	37.3	27.8	35.7	31.2	31.5	35.5	30.7	26.7	33.3	38.5	38.7	34.5	29.6
3 = eher nicht einverstanden	32.5	35.9	24.0	24.1	30.7	34.1	34.0	32.4	31.8	41.4	33.8	26.3	17.8	31.6	39.8
4 = gar nicht einverstanden	14.4	15.4	11.5	14.8	16.1	12.9	18.2	13.7	13.5	22.9	10.5	10.3	9.2	12.6	19.0
weiss nicht / keine Angabe	1.8	1.2	2.8	5.6	0.7	2.7	1.0	1.8	2.2	0.9	2.4	1.6	3.7	1.3	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.44	2.52	2.23	2.27	2.46	2.42	2.56	2.44	2.38	2.80	2.36	2.24	2.06	2.37	2.69

Anhang

## Sicherheitsstudie 2009

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 16

Q3. Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															D-CH
TOTAL INTERVIEWS	1200	659	287	54	566	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = eher besser und entspannter	12.7	13.0	9.8	22.2	12.2	14.3	12.9	11.3	14.5	11.4	11.9	10.4	12.0	14.2	
2 = bleibt etwa so wie heute	43.3	44.8	39.0	40.7	44.5	38.4	43.3	45.8	47.8	40.2	43.2	36.8	44.8	43.9	
3 = eher düsterer und gespannter	42.3	41.4	46.0	37.0	41.5	45.8	42.7	39.9	36.5	46.4	43.5	49.1	41.4	41.0	
weiss nicht / keine Angabe	1.8	0.7	5.2	-	1.8	1.5	1.1	3.0	1.2	1.9	1.3	3.7	1.8	1.0	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.30	2.29	2.38	2.15	2.30	2.32	2.30	2.29	2.22	2.36	2.32	2.40	2.30	2.27	

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 17

Q4. Wie sehen Sie die nähere Zukunft - etwa die nächsten fünf Jahre - für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr optimistisch	6.8	6.6	5.2	16.7	8.8	4.9	6.9	5.6	8.6	5.2	8.1	6.9	10.4	7.6	4.1
2 = eher optimistisch	69.1	70.2	70.0	46.3	67.8	70.2	71.4	68.7	68.5	73.9	69.0	66.8	53.4	70.4	73.5
3 = eher pessimistisch	21.3	21.0	20.6	29.6	20.1	22.2	18.2	22.5	20.8	19.1	21.0	22.8	28.8	19.9	20.2
4 = sehr pessimistisch	2.2	1.9	2.4	5.6	2.3	2.1	3.4	2.2	1.3	1.2	1.7	2.7	3.7	1.9	1.7
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.3	1.7	1.9	0.9	0.6	-	1.0	0.8	0.6	0.2	0.8	3.7	0.2	0.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.19	2.18	2.21	2.25	2.16	2.22	2.18	2.22	2.15	2.16	2.16	2.21	2.27	2.16	2.20

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 18  
Q5. Glauben Sie, dass der Terrorismus eine Gefahr für unser Land darstellt?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = Ja	15.3	16.1	12.5	16.7	15.7	14.8	9.9	14.5	19.4	7.0	18.8	17.8	23.3	15.5	11.6
2 = Eher ja	26.0	26.1	26.5	22.2	23.1	28.5	10.8	25.7	34.8	20.6	28.8	27.3	34.4	26.9	21.4
3 = Eher nein	42.6	43.0	43.6	31.5	41.2	43.8	48.8	45.4	34.5	50.1	37.9	44.6	30.1	42.6	47.7
4 = Nein	16.0	14.9	17.1	27.8	20.0	12.5	30.5	14.2	11.1	22.3	14.3	10.3	12.3	14.7	19.3
weiss nicht / keine Angabe	0.2	-	0.3	1.9	-	0.3	-	0.2	0.3	-	0.2	-	-	0.3	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.59	2.57	2.65	2.72	2.65	2.54	3.00	2.59	2.37	2.88	2.48	2.47	2.31	2.57	2.75

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 19

Q6. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?

A. Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	10.8	8.6	17.1	11.1	11.7	9.9	8.4	9.9	13.5	20.6	6.9	6.6	9.2	8.1	14.9
2 = eher einverstanden	20.4	18.3	27.5	16.7	19.1	21.6	18.7	23.2	16.7	29.3	19.8	14.3	12.3	20.6	23.6
3 = eher nicht einverstanden	32.3	34.8	26.1	24.1	29.3	34.9	33.5	33.2	29.9	29.9	37.1	30.5	33.1	33.3	30.4
4 = gar nicht einverstanden	33.7	36.6	23.0	44.4	38.7	29.2	36.9	31.3	35.8	16.5	33.3	47.2	39.3	35.1	29.6
weiss nicht / keine Angabe	2.9	1.7	6.3	3.7	1.2	4.4	2.5	2.4	4.0	3.8	2.9	1.3	6.1	2.9	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.92	3.01	2.59	3.06	2.96	2.87	3.02	2.88	2.92	2.44	3.00	3.20	3.09	2.98	2.76

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 20

06. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?  
 B Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415		
1 = sehr einverstanden	14.7	11.6	23.3	16.7	14.8	13.3	12.9	18.3	27.2	10.2	8.0	12.3	13.1	17.8		
2 = eher einverstanden	35.3	34.2	38.7	33.3	36.8	34.5	36.9	32.9	42.9	37.6	27.3	31.9	34.0	38.6		
3 = eher nicht einverstanden	31.8	34.8	24.4	24.1	31.7	34.0	32.1	30.2	22.3	35.7	37.4	31.3	34.6	28.2		
4 = gar nicht einverstanden	15.8	17.8	8.4	22.2	12.9	16.7	15.7	15.4	4.3	13.3	26.8	20.9	15.7	13.5		
weiss nicht / keine Angabe	2.5	1.5	5.2	3.7	3.8	1.5	2.4	3.2	3.2	3.1	0.5	3.7	2.6	1.9		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	2.50	2.60	2.19	2.54	2.44	2.55	2.52	2.44	2.04	2.54	2.83	2.63	2.54	2.38		

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 21

Q6. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?

C Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.

	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	36.6	37.5	31.4	50.0	39.6	33.9	34.5	32.1	45.3	31.3	36.2	41.4	43.6	35.4	35.2
2 = eher einverstanden	38.4	39.6	37.6	24.1	37.3	39.4	42.9	39.9	33.4	30.7	45.7	37.4	36.2	41.7	34.7
3 = eher nicht einverstanden	13.3	13.2	13.2	16.7	13.3	13.4	11.3	15.8	10.2	18.8	9.8	12.7	9.8	12.1	16.6
4 = gar nicht einverstanden	10.0	8.5	15.0	7.4	9.5	10.4	9.9	10.5	9.2	16.2	6.7	8.0	8.6	8.7	12.5
weiss nicht / keine Angabe	1.7	1.3	2.8	1.9	0.4	2.8	1.5	1.6	1.9	2.9	1.7	0.5	1.8	1.9	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.97	1.93	2.12	1.81	1.93	2.00	1.97	2.05	1.83	2.21	1.87	1.87	1.83	1.94	2.07

Anhang

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 22

06. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?  
 D Die Schweiz sollte ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes mehr ins Spiel bringen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = sehr einverstanden	35.3	31.1	45.3	48.1	35.0	31.5	33.1	41.0	41.2	32.1	31.0	37.4	34.1	35.4	
2 = eher einverstanden	45.2	47.1	41.1	35.2	44.6	50.7	47.4	38.3	44.6	46.2	45.4	38.7	47.9	44.1	
3 = eher nicht einverstanden	14.5	16.6	9.1	9.3	15.5	13.3	15.0	14.3	10.7	15.5	18.3	13.5	14.1	15.7	
4 = gar nicht einverstanden	3.5	3.5	3.5	3.7	4.4	2.5	3.5	4.0	2.0	4.0	4.5	7.4	2.4	3.6	
weiss nicht / keine Angabe	1.6	1.6	1.0	3.7	0.9	2.0	1.0	2.4	1.4	2.1	0.8	3.1	1.5	1.2	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	1.86	1.92	1.70	1.67	1.85	1.86	1.89	1.81	1.73	1.91	1.96	1.91	1.85	1.87	

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 23  
 Q6. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?  
 E Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = sehr einverstanden	29.7	27.4	34.1	42.6	32.5	27.1	23.6	30.2	32.1	41.2	26.4	22.0	22.1	27.0	36.4	
2 = eher einverstanden	42.8	43.9	42.2	27.8	41.5	43.8	47.3	42.5	40.7	45.8	45.2	39.0	38.0	42.9	44.8	
3 = eher nicht einverstanden	20.5	22.7	15.0	14.8	20.0	21.0	20.7	20.9	19.7	10.1	20.0	30.5	25.2	23.5	14.2	
4 = gar nicht einverstanden	5.9	5.4	6.6	11.1	5.8	6.0	7.4	6.1	4.9	1.4	7.4	8.0	10.4	5.5	4.6	
weiss nicht / keine Angabe	1.2	0.7	2.1	3.7	0.2	2.1	1.0	0.3	2.7	1.4	1.0	0.5	4.3	1.1	-	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.03	2.06	1.94	1.94	1.99	2.06	2.12	2.03	1.97	1.71	2.08	2.25	2.25	2.08	1.87	

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 24

06. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?  
 F Die Schweiz sollte mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415		
1 = sehr einverstanden	26.1	22.9	33.1	38.9	24.8	21.2	24.9	30.7	39.4	21.9	18.6	27.0	22.8	30.4		
2 = eher einverstanden	50.3	51.7	48.1	38.9	52.8	56.2	52.4	43.4	47.8	54.8	49.3	42.9	51.5	51.6		
3 = eher nicht einverstanden	16.2	18.9	9.4	9.3	17.7	13.8	16.1	17.5	9.0	15.7	23.6	16.6	17.8	13.5		
4 = gar nicht einverstanden	4.1	4.7	3.1	-	5.5	2.5	4.0	5.1	1.2	3.8	6.6	6.7	3.7	3.6		
weiss nicht / keine Angabe	3.4	1.9	6.3	13.0	4.7	6.4	2.6	3.2	2.6	3.8	1.9	6.7	4.2	1.0		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	1.98	2.05	1.81	1.66	1.96	1.97	1.99	1.97	1.71	2.01	2.19	2.03	2.03	1.90		

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 25

Q6. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?

G Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = sehr einverstanden	20.7	19.7	20.6	37.0	17.8	23.2	14.3	18.8	27.2	22.3	22.9	16.4	31.3	20.6	16.4	
2 = eher einverstanden	41.8	43.2	39.7	31.5	43.8	40.1	45.8	41.7	39.9	43.5	42.4	40.3	38.7	42.1	42.9	
3 = eher nicht einverstanden	22.8	23.3	21.6	20.4	23.3	22.2	25.6	23.6	19.7	20.3	22.6	26.3	12.9	24.9	23.6	
4 = gar nicht einverstanden	12.3	11.8	14.6	7.4	14.1	10.6	11.3	13.6	10.5	11.6	9.5	14.9	11.7	10.2	15.4	
weiss nicht / keine Angabe	2.5	2.1	3.5	3.7	0.9	3.9	3.0	2.2	2.7	2.3	2.6	2.1	5.5	2.3	1.7	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.27	2.28	2.31	1.98	2.34	2.21	2.35	2.33	2.14	2.22	2.19	2.40	2.05	2.25	2.39	

Anhang

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 26

06. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?  
 H Die Schweiz sollte auf ihre Neutralität ganz verzichten.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = sehr einverstanden	1.8	1.7	2.1	-	1.4	2.0	1.4	2.2	3.2	1.9	0.3	2.5	1.0	2.7	
2 = eher einverstanden	5.2	4.2	7.3	9.3	5.0	6.4	5.4	4.0	10.1	3.3	2.9	6.7	4.0	6.3	
3 = eher nicht einverstanden	28.1	28.8	30.3	5.6	26.7	31.0	29.6	24.0	36.2	28.3	22.0	24.5	26.9	31.6	
4 = gar nicht einverstanden	64.3	65.0	58.9	81.5	63.6	60.6	62.9	68.5	50.1	65.2	74.0	64.4	67.6	58.8	
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.3	1.4	3.7	0.6	-	0.6	1.3	0.3	1.2	0.8	1.8	0.5	0.7	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.56	3.57	3.48	3.75	3.56	3.50	3.55	3.61	3.34	3.59	3.71	3.54	3.62	3.48	

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 27

Q6. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?

! Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	5.8	5.9	4.9	9.3	6.2	5.5	6.9	5.8	5.4	6.4	4.3	6.4	9.2	4.4	6.5
2 = eher einverstanden	15.1	15.9	11.5	20.4	15.0	15.1	17.7	16.5	11.3	17.4	16.0	13.8	13.5	14.1	17.3
3 = eher nicht einverstanden	38.3	39.2	36.9	29.6	35.3	40.9	36.9	39.9	36.1	43.2	38.8	34.7	28.2	40.9	38.3
4 = gar nicht einverstanden	39.0	37.5	43.6	38.9	41.9	36.4	37.9	36.6	43.7	31.6	38.1	44.0	44.2	39.5	36.1
weiss nicht / keine Angabe	1.8	1.4	3.1	1.9	1.6	2.1	0.5	1.3	3.5	1.4	2.9	1.1	4.9	1.1	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.12	3.10	3.23	3.00	3.15	3.10	3.06	3.09	3.22	3.01	3.14	3.18	3.13	3.17	3.06

Anhang

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 28

06. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?  
 J Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = sehr einverstanden	23.7	18.4	36.2	40.7	23.5	33.5	20.3	24.0	42.6	18.3	11.7	19.6	19.7	30.8	
2 = eher einverstanden	37.7	37.3	41.1	25.9	39.1	40.9	39.8	32.3	40.6	37.9	37.1	30.7	37.1	41.4	
3 = eher nicht einverstanden	27.1	31.2	15.7	22.2	27.4	19.7	28.0	29.6	13.0	32.1	34.2	31.3	30.6	20.2	
4 = gar nicht einverstanden	10.2	12.0	5.6	5.6	8.0	5.4	10.2	12.7	2.6	10.0	16.4	16.0	11.0	6.7	
weiss nicht / keine Angabe	1.4	1.2	1.4	5.6	0.9	0.5	1.8	1.3	1.2	1.7	0.5	2.5	1.6	0.7	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.24	2.37	1.90	1.92	2.20	1.97	2.29	2.31	1.75	2.34	2.56	2.45	2.33	2.03	

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 29

Q6. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?

K Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.

	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	34.5	33.8	31.7	61.1	36.7	32.5	30.0	33.1	39.4	18.8	38.6	40.6	44.2	38.3	24.6
2 = eher einverstanden	34.8	35.7	35.9	13.0	32.0	37.2	34.5	36.7	31.5	32.8	35.7	36.9	33.1	34.3	36.4
3 = eher nicht einverstanden	22.1	22.8	20.2	20.4	21.4	22.7	26.6	23.3	17.5	33.6	17.6	18.6	13.5	19.9	28.9
4 = gar nicht einverstanden	6.7	6.2	8.7	3.7	8.3	5.2	7.4	5.4	8.4	12.8	5.5	2.9	6.1	5.2	9.2
weiss nicht / keine Angabe	2.0	1.5	3.5	1.9	1.6	2.4	1.5	1.4	3.2	2.0	2.6	1.1	3.1	2.3	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.01	2.01	2.06	1.66	2.01	2.01	2.12	2.01	1.95	2.41	1.90	1.84	1.81	1.92	2.23

Anhang

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 30

06. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?  
 L Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = sehr einverstanden	11.8	12.1	7.7	29.6	13.4	11.8	9.7	15.4	6.7	10.2	17.2	18.4	12.6	7.7	
2 = eher einverstanden	19.1	20.4	15.0	20.4	16.8	15.3	19.3	20.8	13.6	22.6	20.7	26.4	22.2	11.6	
3 = eher nicht einverstanden	41.0	43.9	35.5	24.1	38.0	41.9	43.8	35.8	40.3	44.3	40.3	28.2	42.6	44.1	
4 = gar nicht einverstanden	24.9	21.5	35.9	20.4	29.9	28.1	25.1	22.9	38.0	18.8	19.6	19.0	19.6	35.4	
weiss nicht / keine Angabe	3.2	2.1	5.9	5.6	1.9	3.0	2.1	5.1	1.4	4.0	2.1	8.0	3.1	1.2	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.82	2.76	3.06	2.37	2.86	2.89	2.86	2.70	3.11	2.75	2.64	2.52	2.71	3.09	

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 31

Q6. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?

M Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium der UNO, anstreben.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = sehr einverstanden	22.0	19.4	27.9	31.5	21.2	22.7	19.7	20.9	25.1	29.0	17.9	18.6	23.3	21.2	22.4	
2 = eher einverstanden	40.0	39.6	42.2	35.2	35.7	43.8	42.4	40.6	37.7	42.3	46.9	33.2	37.4	41.3	39.5	
3 = eher nicht einverstanden	23.1	26.3	14.3	18.5	26.7	19.9	25.1	22.4	23.2	18.0	21.4	30.5	20.9	23.0	24.3	
4 = gar nicht einverstanden	9.3	9.9	7.7	9.3	13.1	6.0	7.4	10.9	7.8	6.4	8.3	13.0	8.0	8.7	10.6	
weiss nicht / keine Angabe	5.6	4.8	8.0	5.6	3.4	7.6	5.4	5.3	6.2	4.3	5.5	4.8	10.4	5.8	3.1	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.21	2.28	2.02	2.06	2.33	2.10	2.21	2.24	2.15	2.02	2.21	2.40	2.15	2.20	2.24	

Anhang

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 32

Q6. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?

N Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415		
1 = sehr einverstanden	18.3	17.1	20.6	24.1	16.1	15.8	16.6	22.4	28.1	16.4	11.4	12.3	16.0	23.6		
2 = eher einverstanden	45.3	45.4	46.7	35.2	47.3	48.3	48.1	38.8	53.3	43.6	40.8	41.1	45.5	47.0		
3 = eher nicht einverstanden	24.2	27.0	16.7	18.5	23.8	25.1	22.8	25.9	13.0	27.4	31.6	27.0	25.6	21.0		
4 = gar nicht einverstanden	8.5	8.5	7.3	14.8	10.4	6.9	9.1	8.4	3.5	7.6	13.3	11.7	9.1	6.5		
weiss nicht / keine Angabe	3.8	2.0	8.7	7.4	6.0	3.9	3.4	4.6	2.0	5.0	2.9	8.0	3.9	1.9		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	2.24	2.27	2.12	2.26	2.23	2.24	2.25	2.21	1.92	2.28	2.48	2.41	2.29	2.11		

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 33  
 Q7. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.  
 A Drogenproblem

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
																1200
TOTAL INTERVIEWS																
0 = überhaupt keine Bedrohung	3.0	3.3	2.8	-	4.1	2.1	3.9	3.8	1.1	5.2	2.1	2.1	2.5	1.9	4.6	
1	10.1	10.6	9.1	7.4	13.3	7.3	11.8	11.5	6.7	15.4	9.3	5.6	6.1	7.6	15.4	
2	22.5	24.3	18.1	16.7	23.3	21.8	24.1	25.2	17.0	30.1	19.8	21.2	15.3	19.4	29.9	
3	25.0	27.1	21.6	9.3	24.4	25.6	29.6	25.9	21.0	22.6	24.3	29.2	19.0	27.3	24.1	
4	22.2	21.1	21.6	42.6	20.0	24.1	18.7	21.9	24.5	16.5	24.3	25.2	22.7	25.2	17.3	
5 = sehr grosse Bedrohung	16.9	13.4	26.5	22.2	14.7	18.9	11.3	11.3	29.4	10.1	20.2	16.2	33.1	18.1	8.7	
weiss nicht / keine Angabe	0.3	0.2	0.3	1.9	0.4	0.3	0.5	0.3	0.3	-	-	0.5	1.2	0.3	-	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.04	2.93	3.30	3.57	2.87	3.20	2.82	2.85	3.50	2.60	3.20	3.19	3.55	3.21	2.60	

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 34

Q7. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.  
 B Wirtschaftskrise

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	659	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
0 = überhaupt keine Bedrohung	0.9	0.8	1.0	1.9	0.5	1.3	1.5	0.6	1.1	1.2	1.0	0.5	-	1.3	0.7	
1	3.3	3.3	2.8	5.6	3.9	2.7	3.4	3.4	3.0	4.1	3.3	2.7	4.9	2.6	3.6	
2	16.1	16.6	15.7	9.3	18.9	13.6	15.8	15.3	17.5	16.2	15.0	17.2	14.7	15.9	16.9	
3	37.4	38.3	35.2	35.2	36.6	38.2	33.0	40.3	35.0	36.8	39.3	37.9	29.4	40.0	37.1	
4	27.0	27.8	25.8	20.4	26.7	27.3	30.5	26.0	26.7	27.0	25.0	29.7	22.1	28.2	27.0	
5 = sehr grosse Bedrohung	14.7	12.7	18.8	24.1	13.1	16.1	14.8	13.7	16.2	14.5	16.0	11.1	26.4	11.5	14.7	
weiss nicht / keine Angabe	0.7	0.5	0.7	3.7	0.4	0.9	1.0	0.6	0.5	0.3	0.5	0.8	2.5	0.6	-	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.31	3.28	3.39	3.44	3.25	3.37	3.33	3.30	3.33	3.28	3.33	3.28	3.52	3.26	3.30	

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 35

Q7. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.  
 C-Konflikte mit Atomwaffen

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	Region		Mann	Frau	18-29	Alter		links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
		F-CH	I-CH				30-59	60+								
TOTAL INTERVIEWS	1200	659	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
0 = überhaupt keine Bedrohung	14.8	15.1	10.1	33.3	20.3	9.8	15.8	16.8	10.8	15.7	15.2	13.0	14.1	13.6	16.9	
1	18.6	19.1	16.7	20.4	22.3	15.3	18.7	18.7	18.3	18.3	16.4	22.3	12.3	16.7	23.9	
2	23.8	26.0	19.5	11.1	25.6	22.1	24.1	24.9	21.6	24.1	23.3	26.0	14.7	25.4	24.8	
3	17.0	17.9	15.3	11.1	12.2	21.3	18.2	18.1	14.6	17.4	17.6	16.4	14.7	18.1	16.4	
4	10.4	10.7	9.4	11.1	7.1	13.4	11.3	8.8	12.7	13.0	8.3	10.6	12.3	9.7	10.8	
5 = sehr grosse Bedrohung	14.2	10.4	26.5	9.3	11.8	16.2	11.3	11.5	20.2	11.0	17.4	11.4	28.2	15.2	6.7	
weiss nicht / keine Angabe	1.3	0.8	2.4	3.7	0.7	1.9	0.5	1.3	1.9	0.6	1.7	0.3	3.7	1.3	0.5	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.33	2.21	2.79	1.73	1.99	2.63	2.25	2.18	2.62	2.27	2.40	2.24	2.87	2.40	2.01	

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 36

Q7. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.  
 D Naturkatastrophen

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	659	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
0 = überhaupt keine Bedrohung	2.6	2.1	3.5	5.6	2.7	2.5	3.9	1.6	3.5	0.9	3.6	2.7	8.0	2.1	1.2	
1	10.1	9.5	10.8	14.8	11.1	9.1	11.8	9.4	10.2	12.5	8.3	9.5	8.0	10.5	10.4	
2	20.5	20.3	20.6	24.1	20.5	20.5	21.2	21.2	18.9	24.9	20.2	18.3	12.3	20.9	23.1	
3	31.1	32.7	27.9	22.2	33.2	29.2	25.6	30.2	35.6	27.8	29.5	36.3	32.5	29.8	32.8	
4	22.5	23.2	21.3	18.5	21.7	23.2	22.7	26.4	15.9	22.0	25.0	21.8	18.4	23.3	22.9	
5 = sehr grosse Bedrohung	12.6	12.0	14.6	11.1	10.2	14.7	14.8	10.9	14.3	11.9	12.6	10.6	19.0	12.8	9.4	
weiss nicht / keine Angabe	0.7	0.2	1.4	3.7	0.5	0.8	-	0.3	1.6	-	0.7	0.8	1.8	0.6	0.2	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.99	3.02	2.98	2.69	2.91	3.06	2.96	3.03	2.95	2.93	3.03	2.98	3.04	3.01	2.94	

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 37

Q7. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.  
 E: Innere Unruhen

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	Region		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
		F-CH	I-CH													
TOTAL INTERVIEWS	1200	659	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
0 = überhaupt keine Bedrohung	10.8	10.8	11.5	7.4	12.9	9.0	9.9	11.3	10.5	14.8	7.4	10.6	10.4	8.3	14.9	
1	22.7	24.7	16.7	22.2	27.2	18.6	23.2	24.6	19.1	28.7	21.4	20.4	12.9	21.2	28.7	
2	30.8	31.5	29.6	25.9	31.3	30.4	30.5	32.6	28.0	29.3	28.8	35.3	20.9	33.0	31.6	
3	21.9	21.4	24.0	18.5	17.5	25.9	22.7	19.8	25.1	18.0	27.1	18.8	26.4	24.9	15.9	
4	8.4	7.5	9.8	16.7	7.1	9.6	9.4	7.7	9.2	6.4	9.8	8.5	12.9	8.3	6.7	
5 = sehr grosse Bedrohung	4.3	3.7	5.6	5.6	3.4	5.0	3.4	3.4	6.2	2.0	4.3	5.6	11.0	4.0	1.7	
weiss nicht / keine Angabe	1.1	0.3	2.8	3.7	0.7	1.4	1.0	0.6	1.9	0.9	1.2	0.8	5.5	0.3	0.5	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.07	2.01	2.21	2.33	1.89	2.24	2.09	1.98	2.22	1.78	2.24	2.11	2.55	2.16	1.76	

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 38

Q7. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.

F Terrorismus

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
0 = überhaupt keine Bedrohung	6.8	6.4	5.9	18.5	8.7	5.2	11.3	6.2	5.4	8.4	5.2	5.6	12.9	5.5	6.5
1	15.8	15.4	16.7	16.7	18.7	13.1	24.1	16.5	10.0	22.9	11.9	14.3	8.0	14.7	20.5
2	25.8	27.4	21.6	22.2	26.0	25.6	25.1	29.6	19.7	28.7	25.7	24.7	14.7	25.4	30.6
3	23.7	24.6	23.0	13.0	22.1	25.1	21.7	23.2	25.6	21.4	25.7	25.2	19.0	25.6	22.7
4	15.3	16.5	12.2	13.0	14.3	16.2	12.3	15.0	17.5	14.2	15.7	15.9	14.1	16.7	13.7
5 = sehr grosse Bedrohung	12.1	9.7	19.5	11.1	9.7	14.2	5.4	9.1	20.8	4.3	15.2	13.8	28.8	11.8	5.8
weiss nicht / keine Angabe	0.6	0.1	1.0	5.6	0.5	0.6	-	0.5	1.1	-	0.5	0.5	2.5	0.3	0.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.62	2.59	2.78	2.20	2.44	2.77	2.16	2.52	3.03	2.23	2.81	2.73	3.03	2.69	2.34

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 39

07. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.  
 G: Weltweite Überbevölkerung

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															859
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
0 = überhaupt keine Bedrohung	5.0	4.1	7.3	7.4	4.9	5.0	7.9	4.6	4.0	6.7	3.3	4.2	6.7	4.7	4.8
1	7.2	7.6	6.3	5.6	6.9	7.4	8.4	7.8	5.4	8.7	7.4	6.4	2.5	6.3	10.4
2	18.8	17.7	21.6	22.2	18.7	18.9	23.2	20.8	13.2	20.3	20.7	15.4	16.0	18.9	19.8
3	27.0	26.3	28.6	29.6	27.9	26.2	30.5	27.5	24.3	26.7	27.4	27.3	20.9	30.1	25.1
4	22.0	23.5	18.8	14.8	22.6	21.5	18.2	22.4	23.5	23.8	16.4	26.5	17.8	21.4	24.6
5 = sehr grosse Bedrohung	19.0	20.5	15.3	14.8	18.6	19.4	10.8	16.3	28.0	13.6	23.6	19.4	31.9	17.8	15.4
weiss nicht / keine Angabe	1.0	0.3	2.1	5.6	0.4	1.6	1.0	0.6	1.6	0.3	1.2	0.8	4.3	0.8	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.12	3.20	2.93	2.88	3.12	3.12	2.76	3.05	3.44	2.93	3.18	3.25	3.42	3.11	3.00

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 40

Q7. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.  
 H Umweltzerstörung

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
TOTAL INTERVIEWS	1200	659	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415		
0 = überhaupt keine Bedrohung	2.2	1.6	2.8	7.4	2.5	1.9	2.5	1.8	2.7	0.9	2.4	1.9	6.1	1.9	1.0		
1	4.3	4.4	2.4	11.1	5.3	3.3	5.9	3.8	4.0	3.5	3.3	5.8	5.5	4.5	3.4		
2	13.3	14.0	10.1	20.4	15.0	11.8	12.8	14.1	12.4	7.8	16.0	15.6	11.7	13.4	14.0		
3	26.6	28.8	22.6	13.0	28.8	24.6	26.1	27.8	24.8	22.6	26.9	32.4	20.9	28.2	26.7		
4	30.1	32.0	27.2	14.8	29.5	30.6	28.1	30.2	31.0	37.4	28.8	27.6	23.9	30.3	32.5		
5 = sehr grosse Bedrohung	23.3	19.2	34.1	29.6	18.7	27.3	24.1	22.2	24.5	27.5	22.1	16.7	30.1	21.5	22.4		
weiss nicht / keine Angabe	0.3	-	0.7	3.7	0.2	0.5	0.5	0.2	0.5	0.3	0.5	-	1.8	0.2	-		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	3.48	3.43	3.73	3.10	3.34	3.61	3.45	3.48	3.52	3.75	3.44	3.28	3.44	3.45	3.54		

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 41  
 07. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.  
 | Kriminalität

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															859
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
0 = überhaupt keine Bedrohung	1.1	0.6	2.8	-	0.9	1.5	1.0	1.1	1.7	0.7	0.8	1.8	1.1	0.7	
1	5.3	4.8	6.3	7.4	5.0	6.4	4.8	5.4	8.4	5.5	2.4	5.5	3.7	7.5	
2	19.9	19.7	20.6	20.4	20.8	19.1	24.1	16.4	26.7	18.1	15.1	12.3	19.4	23.9	
3	34.4	36.6	27.9	35.2	34.6	39.4	37.4	26.7	42.3	32.6	31.6	24.5	34.5	38.3	
4	24.3	25.3	22.3	20.4	25.8	23.0	19.7	27.8	14.5	25.7	31.8	22.1	26.5	21.9	
5 = sehr grosse Bedrohung	14.8	13.2	19.9	14.8	11.8	8.9	12.3	22.4	6.4	17.4	18.3	33.1	14.7	7.5	
weiss nicht / keine Angabe	0.2	-	0.3	1.9	0.2	-	0.2	0.3	-	-	-	0.6	-	0.2	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.20	3.21	3.21	3.15	3.26	2.96	3.15	3.42	2.79	3.29	3.46	3.60	3.26	2.96	

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 42

Q7. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.  
 J Überalterung der Schweiz

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
0 = überhaupt keine Bedrohung	8.0	8.4	6.6	9.3	7.8	8.2	7.4	6.2	11.3	6.1	8.1	8.5	12.9	8.6	5.1	
1	6.6	6.9	5.9	5.6	6.4	6.8	6.4	5.1	9.2	7.5	5.7	6.9	3.7	6.8	7.5	
2	17.8	18.2	18.8	7.4	18.6	17.2	14.3	19.5	17.0	19.4	18.6	16.7	17.2	20.2	14.7	
3	29.3	28.1	32.8	29.6	31.4	27.3	26.1	31.3	27.5	29.0	28.8	29.7	22.1	29.8	31.3	
4	26.3	26.9	22.6	35.2	26.3	26.2	32.0	27.8	20.5	27.2	26.0	26.3	28.2	24.6	28.0	
5 = sehr grosse Bedrohung	11.3	10.9	12.5	9.3	9.2	13.1	13.3	9.6	12.9	10.1	11.9	11.1	14.1	9.4	13.0	
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.7	0.7	3.7	0.4	1.3	0.5	0.5	1.6	0.6	1.0	0.8	1.8	0.6	0.5	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.94	2.92	2.97	3.08	2.90	2.97	3.09	2.99	2.77	2.95	2.95	2.93	2.93	2.84	3.09	

**Sicherheitsstudie 2009**

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 43

07. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.  
 K. Kriegerische Konflikte mit konventionellen Waffen in Europa

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															859
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
0 = überhaupt keine Bedrohung	18.7	17.9	19.5	25.9	23.3	14.5	21.7	18.4	17.5	22.6	17.6	14.3	17.2	16.8	21.9
1	22.6	24.7	17.4	16.7	25.3	20.2	23.2	23.8	20.2	25.5	19.8	24.1	15.3	21.4	27.2
2	24.4	25.4	23.0	16.7	25.1	23.8	27.1	24.8	22.4	27.2	24.0	24.1	19.0	23.5	28.2
3	19.1	18.5	19.2	27.8	14.8	22.9	18.7	19.2	19.1	16.2	21.0	20.4	17.8	21.7	15.9
4	6.8	7.0	7.7	-	5.8	7.7	3.9	7.2	7.8	4.6	7.6	8.2	9.2	7.4	5.1
5 = sehr grosse Bedrohung	6.8	5.6	10.1	9.3	5.1	8.4	5.4	5.1	10.5	2.9	8.3	7.2	16.0	7.6	1.7
weiss nicht / keine Angabe	1.6	0.9	3.1	3.7	0.5	2.5	-	1.6	2.4	0.9	1.7	1.6	5.5	1.6	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.93	1.89	2.09	1.87	1.70	2.15	1.76	1.88	2.11	1.63	2.06	2.06	2.36	2.04	1.60

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 44

Q7. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.  
 L Weltweite Verknappung der Rohstoffe

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	659	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
0 = überhaupt keine Bedrohung	1.9	1.2	2.4	11.1	1.9	1.9	2.5	1.6	2.2	1.4	2.1	2.1	3.7	1.9	1.2	
1	3.5	2.9	4.2	9.3	3.7	3.3	3.0	3.0	4.6	3.8	3.6	2.9	1.8	3.6	4.1	
2	13.9	13.0	16.0	16.7	16.1	12.0	12.3	14.4	14.0	13.3	13.1	14.9	11.0	14.9	13.7	
3	29.7	30.5	28.9	20.4	28.6	30.6	26.6	32.3	27.0	23.5	30.5	35.8	28.2	32.0	27.0	
4	32.9	35.3	28.2	20.4	34.3	31.7	33.5	31.9	34.2	38.6	30.5	31.3	27.0	32.0	36.4	
5 = sehr grosse Bedrohung	17.8	17.1	19.9	16.7	15.2	20.0	22.2	16.5	17.5	19.4	20.0	12.7	26.4	15.4	17.6	
weiss nicht / keine Angabe	0.3	-	0.3	5.6	0.2	0.5	-	0.3	0.5	-	0.2	0.3	1.8	0.2	-	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.42	3.47	3.36	2.84	3.35	3.48	3.52	3.40	3.40	3.52	3.44	3.30	3.55	3.35	3.46	

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 45  
 O7. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.  
 M Technische Katastrophen

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	659	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415		
0 = überhaupt keine Bedrohung	5.3	5.6	2.4	14.8	4.6	3.9	5.8	5.1	2.6	6.9	6.1	8.6	5.0	4.3		
1	13.3	14.4	9.4	14.8	11.8	14.3	14.5	10.5	14.5	10.7	14.9	9.2	13.4	14.7		
2	30.3	31.0	29.3	25.9	30.2	28.6	30.8	30.5	31.9	28.8	31.8	22.7	30.4	33.3		
3	29.2	29.8	28.6	22.2	30.0	26.6	29.1	30.7	28.7	30.7	28.9	28.8	29.0	29.9		
4	14.0	13.3	16.0	14.8	13.1	19.2	12.6	13.5	15.9	14.0	12.5	12.3	14.2	14.2		
5 = sehr grosse Bedrohung	6.5	5.5	9.8	5.6	7.7	5.9	6.1	7.5	5.2	7.9	5.0	12.9	6.8	3.1		
weiss nicht / keine Angabe	1.5	0.5	4.5	1.9	0.7	1.5	1.1	2.2	1.2	1.0	0.8	5.5	1.1	0.5		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	2.54	2.47	2.79	2.25	2.62	2.62	2.47	2.61	2.57	2.58	2.42	2.69	2.55	2.45		

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 46

Q7. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.  
 N Politische Radikalisierung durch Extremisten

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	659	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
0 = überhaupt keine Bedrohung	2.9	2.1	3.8	11.1	3.7	2.2	3.0	3.4	2.2	2.0	4.0	1.9	4.3	2.8	2.7
1	11.8	11.5	12.9	9.3	13.1	10.6	14.8	12.9	8.1	13.9	10.0	11.7	4.9	11.5	14.9
2	23.9	25.1	22.0	14.8	23.9	24.0	26.1	25.7	19.7	27.0	21.9	24.9	16.0	26.9	22.9
3	27.6	29.2	22.6	27.8	27.0	28.1	26.6	28.4	26.7	28.1	30.2	25.7	24.5	26.7	30.1
4	17.9	19.6	13.2	16.7	17.1	18.6	20.2	17.6	17.3	18.0	18.8	17.5	20.9	17.8	16.9
5 = sehr grosse Bedrohung	14.5	11.4	24.0	13.0	14.5	14.5	8.4	11.3	23.2	10.4	13.6	17.8	22.7	13.8	12.0
weiss nicht / keine Angabe	1.4	1.0	1.4	7.4	0.7	2.1	1.0	0.6	3.0	0.6	1.4	0.5	6.7	0.6	0.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.91	2.88	3.02	2.74	2.85	2.96	2.72	2.78	3.22	2.78	2.92	2.99	3.30	2.87	2.80

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 47  
 O7. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.  
 O Migration

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH		I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
		287	54													566
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
0 = überhaupt keine Bedrohung	5.6	5.0	7.0	7.4	6.4	4.9	6.9	5.3	5.4	9.9	5.0	2.4	5.5	4.0	8.0	
1	10.5	9.8	12.9	9.3	11.0	10.1	10.8	10.7	10.0	17.4	8.3	6.6	4.9	8.9	15.2	
2	22.9	22.5	24.7	20.4	21.7	24.0	28.1	24.1	18.1	29.0	22.6	18.3	20.2	21.8	25.3	
3	31.8	34.2	26.5	22.2	30.9	32.6	29.1	32.3	32.6	27.8	38.3	29.4	23.9	35.4	29.9	
4	16.3	16.8	13.9	20.4	16.6	15.9	17.2	16.8	14.8	12.2	12.6	23.6	15.3	18.0	14.2	
5 = sehr grosse Bedrohung	11.1	10.2	12.5	16.7	12.4	9.9	7.4	9.7	15.4	2.9	11.2	17.8	24.5	10.0	7.2	
weiss nicht / keine Angabe	1.8	1.5	2.4	3.7	1.1	2.5	0.5	1.1	3.8	0.9	1.9	1.9	5.5	1.8	0.2	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.77	2.80	2.67	2.92	2.78	2.76	2.61	2.75	2.91	2.24	2.80	3.21	3.19	2.86	2.49	

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 48

Q7. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.  
 P Epidemien, Seuchen

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
TOTAL INTERVIEWS	1200	659	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415		
0 = überhaupt keine Bedrohung	9.8	10.4	5.2	24.1	10.4	9.1	14.8	8.5	9.2	11.3	7.6	9.5	13.5	10.2	7.7		
1	19.5	21.7	13.2	18.5	19.4	19.6	19.2	22.2	15.1	22.9	18.1	19.6	10.4	19.6	23.1		
2	30.5	30.5	31.4	25.9	31.1	30.0	26.6	31.9	30.2	28.7	31.0	32.6	30.7	30.9	29.9		
3	24.3	24.1	26.1	18.5	24.0	24.6	26.1	22.8	25.9	26.4	25.0	23.1	20.9	24.9	24.8		
4	9.3	9.0	10.8	5.6	9.5	9.0	8.9	8.8	10.2	6.7	11.2	8.8	9.8	8.1	10.6		
5 = sehr grosse Bedrohung	5.9	4.2	11.5	3.7	4.6	7.1	3.9	5.0	8.6	3.5	6.7	5.8	12.9	5.7	3.4		
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.2	1.7	3.7	0.9	0.6	0.5	0.8	0.8	0.6	0.5	0.5	1.8	0.6	0.5		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	2.22	2.12	2.60	1.73	2.17	2.26	2.07	2.16	2.39	2.05	2.34	2.19	2.43	2.18	2.18		

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 49

Q7. Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes der folgenden Themen mit Hilfe einer Skala von 0 bis 5 an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.  
 Q Politischer Druck von aussen auf unser Land

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH		I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
		859	287													54
TOTAL INTERVIEWS	1200	659	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
0 = überhaupt keine Bedrohung	5.2	3.7	8.4	11.1	4.9	5.4	3.9	4.6	6.7	7.2	4.3	3.7	7.4	5.0	4.6	
1	9.5	8.6	12.9	5.6	10.8	8.4	12.3	8.6	9.4	12.5	10.5	6.6	4.3	9.2	12.0	
2	21.8	21.7	20.2	33.3	21.9	21.8	20.2	21.4	23.5	25.5	22.6	17.2	18.4	20.7	24.8	
3	31.6	32.9	29.3	22.2	32.3	30.9	31.0	36.4	23.7	34.5	28.8	34.0	20.9	33.7	33.0	
4	18.7	21.0	13.2	11.1	17.7	19.6	22.7	17.1	19.1	13.9	20.2	22.5	20.9	19.4	16.9	
5 = sehr grosse Bedrohung	12.4	11.8	14.3	13.0	12.2	12.6	8.9	11.2	16.4	5.2	12.9	15.9	25.8	11.2	8.4	
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.3	1.7	3.7	0.2	1.4	1.0	0.6	1.1	1.2	0.7	-	2.5	0.8	0.2	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.87	2.94	2.70	2.58	2.84	2.90	2.84	2.87	2.89	2.52	2.89	3.13	3.24	2.87	2.71	

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 50

Q8: Ich habe noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.

A: Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH		I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte		rechts	niedrig	mittel		hoch
		859	287								54	634			203	626	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415		
1 = sehr einverstanden	12.7	9.9	19.9	18.5	12.7	12.6	11.3	11.0	16.2	18.0	10.0	9.0	16.6	10.4	14.2		
2 = eher einverstanden	40.6	40.4	42.9	31.5	38.0	42.9	50.7	40.9	34.5	49.6	39.8	35.5	35.6	39.6	44.3		
3 = eher nicht einverstanden	27.7	30.2	20.6	25.9	28.4	27.0	25.1	28.9	27.0	20.3	31.7	31.0	24.5	30.6	24.6		
4 = gar nicht einverstanden	17.3	17.7	15.7	18.5	20.5	14.4	11.3	17.1	20.8	11.0	15.7	23.6	22.1	17.2	15.4		
weiss nicht / keine Angabe	1.8	1.9	1.0	5.6	0.4	3.2	1.5	2.1	1.6	1.2	2.9	0.8	1.2	2.3	1.4		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	2.50	2.57	2.32	2.47	2.57	2.44	2.37	2.53	2.53	2.25	2.55	2.70	2.53	2.56	2.42		

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 51

Q8. Ich habe noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.

B Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten

	Total		Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	34.5	34.8	32.4	40.7	40.8	28.9	23.2	30.0	48.2	13.9	37.6	48.8	47.2	34.3	29.6
2 = eher einverstanden	36.9	38.2	36.2	20.4	36.7	37.1	33.5	41.2	31.5	34.2	38.8	37.1	31.9	39.6	34.9
3 = eher nicht einverstanden	19.7	19.6	20.6	16.7	15.0	23.8	26.6	20.9	13.7	33.0	17.4	11.9	14.1	18.4	23.9
4 = gar nicht einverstanden	7.7	6.8	8.7	16.7	7.1	8.2	15.8	6.4	5.4	17.7	4.3	2.1	5.5	6.8	9.6
weiss nicht / keine Angabe	1.3	0.7	2.1	5.6	0.4	2.1	1.0	1.4	1.1	1.2	1.9	-	1.2	0.8	1.9
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.01	1.98	2.06	2.10	1.88	2.12	2.35	2.04	1.76	2.55	1.88	1.67	1.78	1.98	2.14

Anhang

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 52

Q8: Ich habe noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. C: Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															859
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	65.4	66.8	59.6	74.1	65.5	65.3	56.2	64.2	72.5	50.7	68.3	73.2	73.0	64.6	63.4
2 = eher einverstanden	27.8	27.1	31.0	20.4	27.9	27.6	34.0	28.8	22.6	35.1	27.4	23.3	22.1	29.9	27.0
3 = eher nicht einverstanden	5.3	4.9	6.6	3.7	5.3	5.2	6.9	5.6	3.8	11.3	3.6	2.1	3.7	4.5	7.0
4 = gar nicht einverstanden	1.3	1.0	1.7	1.9	1.2	1.3	2.5	1.1	0.8	2.9	0.2	0.8	0.6	0.6	2.4
weiss nicht / keine Angabe	0.3	0.1	1.0	-	-	0.6	0.5	0.3	0.3	-	0.5	0.5	0.6	0.3	0.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.42	1.40	1.50	1.33	1.42	1.42	1.55	1.43	1.33	1.66	1.35	1.30	1.31	1.41	1.48

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 53

Q8. Ich habe noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.

D Die Schweiz sollte ihre Armeekleinern

	Total		Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	17.7	17.7	18.1	14.8	20.3	15.3	28.1	16.6	13.7	35.9	12.4	8.2	11.0	13.8	26.0
2 = eher einverstanden	27.4	27.1	27.5	31.5	27.7	27.1	31.0	29.6	21.8	35.9	24.0	23.9	23.3	27.2	29.6
3 = eher nicht einverstanden	32.9	35.4	28.2	18.5	29.7	35.8	25.6	34.7	34.0	19.4	41.4	37.1	35.0	36.9	26.0
4 = gar nicht einverstanden	19.8	18.2	23.0	29.6	22.1	17.8	11.3	17.3	28.8	6.7	20.2	29.2	27.0	19.9	16.9
weiss nicht / keine Angabe	2.2	1.6	3.1	5.6	0.2	3.9	3.9	1.9	1.6	2.0	1.9	1.6	3.7	2.3	1.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.56	2.55	2.58	2.67	2.54	2.58	2.21	2.54	2.79	1.97	2.71	2.89	2.81	2.64	2.34

Anhang

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 54

Q8: Ich habe noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.  
 E Die Schweiz sollte beim Aufbau einer europäischen Armee mitmachen

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	4.3	2.7	8.0	11.1	5.7	3.2	4.9	4.8	3.2	5.2	5.0	2.7	7.4	3.4	4.3
2 = eher einverstanden	20.0	16.6	31.4	13.0	20.8	19.2	20.7	20.4	18.9	22.6	20.7	17.2	16.6	19.3	22.4
3 = eher nicht einverstanden	37.7	41.3	31.0	14.8	32.0	42.7	37.4	37.5	38.0	35.7	40.5	39.3	36.8	38.7	36.9
4 = gar nicht einverstanden	35.9	38.0	26.1	55.6	40.5	31.9	33.5	35.3	38.3	34.5	31.9	39.0	37.4	35.9	35.2
weiss nicht / keine Angabe	2.1	1.4	3.5	5.6	1.1	3.0	3.4	1.9	1.6	2.0	1.9	1.9	1.8	2.8	1.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.07	3.16	2.78	3.22	3.08	3.07	3.03	3.05	3.13	3.01	3.01	3.17	3.06	3.10	3.04

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 55

Q8. Ich habe noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.

F Die Schweiz sollte sich der NATO annähern

	Total		Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	5.5	3.8	9.4	11.1	5.8	5.2	4.9	5.0	6.7	7.0	5.0	4.8	8.6	5.3	4.6
2 = eher einverstanden	32.8	32.2	36.9	20.4	33.6	32.2	40.4	32.1	29.9	39.7	31.0	29.7	27.0	31.6	37.3
3 = eher nicht einverstanden	36.8	41.4	25.1	24.1	34.3	39.0	30.0	40.4	34.2	30.4	42.1	38.7	31.3	41.6	31.8
4 = gar nicht einverstanden	18.3	17.9	16.0	35.2	24.7	12.5	15.3	17.7	20.8	15.1	15.0	22.5	24.5	14.9	20.5
weiss nicht / keine Angabe	6.7	4.5	12.5	9.3	1.6	11.2	9.4	4.8	8.4	7.8	6.9	4.2	8.6	6.6	5.8
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.73	2.77	2.55	2.92	2.79	2.66	2.61	2.74	2.75	2.58	2.72	2.83	2.79	2.71	2.72

Anhang

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 56

Q8: Ich habe noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.

G: Die Schweiz sollte der NATO beitreten

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = sehr einverstanden	3.8	2.9	5.9	7.4	4.1	4.4	3.5	4.0	4.6	3.8	3.2	6.1	3.7	3.1	
2 = eher einverstanden	17.0	15.6	21.3	16.7	18.1	25.1	16.0	14.3	22.3	16.2	13.5	12.9	15.4	21.2	
3 = eher nicht einverstanden	38.7	41.9	31.0	27.8	40.7	36.5	40.4	36.9	37.7	42.1	37.9	38.0	44.0	31.1	
4 = gar nicht einverstanden	34.1	34.7	31.4	38.9	26.3	25.6	35.1	36.9	28.7	29.8	41.6	36.8	29.6	39.5	
weiss nicht / keine Angabe	6.4	4.9	10.5	9.3	10.7	8.4	5.0	7.8	6.7	8.1	3.7	6.1	7.3	5.1	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	3.10	3.14	2.98	3.08	3.00	2.91	3.13	3.16	2.97	3.06	3.23	3.12	3.07	3.13	

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 57

Q8: Ich habe noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.

H Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	21.8	22.4	15.0	48.1	24.2	19.6	14.3	19.2	30.2	10.4	22.9	28.9	33.1	22.2	16.1
2 = eher einverstanden	27.8	28.8	24.4	29.6	26.7	28.7	21.2	29.2	28.8	21.2	32.4	28.4	33.7	30.4	21.7
3 = eher nicht einverstanden	33.8	33.5	38.3	14.8	32.7	34.9	43.3	35.3	26.1	41.2	30.7	33.2	21.5	33.7	39.3
4 = gar nicht einverstanden	15.0	13.7	20.6	5.6	16.1	14.0	20.7	14.5	12.7	25.2	12.1	8.8	9.2	11.8	21.9
weiss nicht / keine Angabe	1.7	1.6	1.7	1.9	0.4	2.8	0.5	1.8	2.2	2.0	1.9	0.8	2.5	1.9	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.43	2.39	2.66	1.77	2.41	2.45	2.71	2.46	2.22	2.83	2.33	2.22	2.07	2.36	2.68

Anhang

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 58

Q8: Ich habe noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	15.3	14.6	16.4	22.2	16.4	14.4	13.8	14.4	17.8	14.8	15.0	16.7	23.3	14.2	13.5
2 = eher einverstanden	36.9	37.3	36.6	33.3	39.0	35.0	36.9	38.8	33.7	34.8	39.3	37.1	36.2	33.8	41.7
3 = eher nicht einverstanden	33.8	36.2	28.9	20.4	31.6	35.6	38.9	34.2	30.2	36.8	32.1	34.2	22.7	37.4	33.0
4 = gar nicht einverstanden	10.1	10.0	9.1	16.7	11.5	8.8	7.9	9.4	12.4	9.6	9.8	9.5	7.4	10.8	10.1
weiss nicht / keine Angabe	3.9	2.0	9.1	7.4	1.4	6.2	2.5	3.2	5.9	4.1	3.8	2.4	10.4	3.7	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.40	2.43	2.34	2.34	2.39	2.42	2.42	2.40	2.40	2.43	2.38	2.38	2.16	2.47	2.40

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 59

Q8. Ich habe noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte.

J Die Schweiz sollte an bewaffneten Friedenseinsätzen teilnehmen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	8.9	7.0	14.6	9.3	9.2	8.7	4.9	10.7	8.1	9.3	8.6	7.7	13.5	7.8	8.4
2 = eher einverstanden	26.6	24.9	34.8	9.3	29.2	24.3	31.5	26.7	23.7	29.9	24.8	27.1	24.5	23.8	31.8
3 = eher nicht einverstanden	34.9	37.8	27.2	29.6	32.2	37.4	37.4	33.2	36.4	35.1	37.9	34.2	30.7	37.2	33.3
4 = gar nicht einverstanden	27.6	29.3	18.1	50.0	29.2	26.2	24.1	27.0	30.5	23.8	27.4	29.4	28.8	29.1	24.8
weiss nicht / keine Angabe	2.0	0.9	5.2	1.9	0.4	3.5	2.0	2.4	1.3	2.0	1.4	1.6	2.5	2.1	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.83	2.90	2.51	3.23	2.82	2.84	2.82	2.78	2.90	2.75	2.85	2.87	2.77	2.90	2.76

Anhang

## Sicherheitsstudie 2009

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 60

Q9. Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

	Total		Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
Milizarmee auch in Zukunft genügend	51.3	55.2	38.7	57.4	49.1	53.3	42.9	48.9	60.1	42.6	52.9	58.6	52.1	50.6	51.8
wir würden eine Berufsarmee brauchen	41.8	39.7	49.8	33.3	46.8	37.4	52.2	43.9	32.6	51.6	40.0	35.0	38.0	43.0	41.7
weiss nicht / keine Angabe	6.8	5.1	11.5	9.3	4.1	9.3	4.9	7.2	7.3	5.8	7.1	6.4	9.8	6.3	6.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 61  
 Q10. Was meinen Sie zur Schweizer Armee? Halten Sie diese für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = unbedingt notwendig	30.8	34.0	22.6	24.1	26.2	17.7	27.8	43.1	10.4	34.5	45.6	34.4	31.7	28.0	
2 = eher notwendig	44.5	44.2	44.9	46.3	46.8	38.4	48.4	41.2	40.9	49.0	41.9	50.3	46.6	39.5	
3 = eher nicht notwendig	17.7	15.8	23.7	14.8	19.6	30.5	16.8	12.1	35.1	12.4	9.0	9.8	16.2	22.9	
4 = überhaupt nicht notwendig	6.3	5.8	6.6	13.0	6.2	13.3	6.1	3.0	13.3	3.3	3.4	4.3	5.0	9.2	
weiss nicht / keine Angabe	0.7	0.1	2.1	1.9	0.9	-	1.0	0.5	0.3	0.7	-	1.2	0.5	0.5	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	1.99	1.93	2.15	2.17	2.06	2.39	2.01	1.75	2.51	1.84	1.70	1.84	1.94	2.13	

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 62

Q13. Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

	Total			Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = viel zu viel	11.8	9.9	15.7	20.4	12.4	11.2	18.7	12.0	7.5	24.1	7.1	4.8	4.3	10.2	17.1
2 = zu viel	28.6	28.9	30.0	16.7	24.0	32.6	36.9	30.2	21.3	38.6	26.9	22.3	27.6	27.5	30.4
3 = gerade richtig	45.7	46.7	42.9	44.4	52.1	39.9	30.5	45.5	54.2	29.6	48.6	58.4	46.0	48.9	41.0
4 = zu wenig	6.6	7.6	4.9	-	7.8	5.5	4.9	5.4	9.4	2.9	7.6	9.5	9.2	6.1	6.0
5 = viel zu wenig	0.8	0.8	0.3	1.9	0.9	0.6	1.5	0.6	0.5	0.3	0.5	1.6	1.2	0.8	0.5
weiss nicht / keine Angabe	6.7	6.2	6.3	16.7	2.8	10.1	7.4	6.2	7.0	4.6	9.3	3.4	11.7	6.5	5.1
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.53	2.58	2.41	2.36	2.60	2.46	2.28	2.49	2.72	2.13	2.64	2.80	2.72	2.57	2.39

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 63  
 Q14. Wie steht es Ihrer Meinung nach mit der Akzeptanz der Armee in der Bevölkerung? Ist die Armee sehr oder eher bzw. eher nicht oder gar nicht akzeptiert?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr akzeptiert	12.8	12.8	11.1	22.2	12.5	13.1	9.4	11.0	17.8	9.0	14.5	13.8	20.9	12.3	9.9
2 = eher akzeptiert	64.6	63.4	69.0	59.3	66.8	62.6	59.1	67.9	62.0	69.0	64.0	63.9	55.8	67.2	64.6
3 = eher nicht akzeptiert	20.1	21.2	17.4	16.7	19.1	21.0	27.6	19.5	17.0	19.7	19.0	20.7	19.0	18.1	23.6
4 = gar nicht akzeptiert	0.8	0.9	0.7	-	0.7	0.9	2.5	0.2	1.1	0.9	0.7	0.5	2.5	0.8	0.2
weiss nicht / keine Angabe	1.7	1.6	1.7	1.9	0.9	2.4	1.5	1.4	2.2	1.4	1.7	1.1	1.8	1.6	1.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.09	2.10	2.08	1.94	2.08	2.10	2.24	2.09	2.01	2.13	2.06	2.08	2.03	2.08	2.14

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 64

Q15. Wie beurteilen Sie die folgenden Kriterien der Schweizer Milizarmee? Wie ist das mit der ...  
A. Ausbildung der Armee? Ist diese gut, eher gut, eher ungenügend oder ungenügend?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = gut	17.1	16.2	17.4	29.6	18.6	15.3	15.3	21.0	11.3	19.5	19.4	26.4	19.4	9.9	
2 = eher gut	41.5	42.5	39.0	38.9	43.6	41.4	43.0	39.1	40.6	40.5	46.2	38.0	42.6	41.4	
3 = eher ungenügend	22.1	24.8	16.7	7.4	24.6	23.6	23.0	19.7	23.8	21.2	23.1	13.5	19.7	28.9	
4 = ungenügend	4.9	4.5	5.6	7.4	7.8	7.9	5.9	1.6	7.8	4.3	2.7	4.9	3.9	6.5	
weiss nicht / keine Angabe	14.4	12.0	21.3	16.7	8.7	11.8	12.8	18.6	16.5	14.5	8.8	17.2	14.4	13.3	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.17	2.20	2.13	1.91	2.27	2.07	2.22	2.02	2.34	2.12	2.10	1.96	2.09	2.37	

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 65

Q15. Wie beurteilen Sie die folgenden Kriterien der Schweizer Milizarmee? Wie ist das mit der ...

B Führung der Armees? ist diese gut, eher gut, eher ungenügend oder ungenügend?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = gut	12.7	10.5	16.7	25.9	13.4	12.0	10.8	10.9	16.7	8.1	13.3	14.9	23.3	12.9	8.0
2 = eher gut	37.0	36.9	37.3	37.0	34.8	39.0	36.9	35.8	39.1	33.9	40.0	38.2	28.2	40.5	34.9
3 = eher ungenügend	31.3	35.2	22.6	14.8	33.2	29.5	28.1	35.5	25.9	35.4	29.5	32.9	22.1	31.4	34.9
4 = ungenügend	9.3	9.8	8.0	9.3	13.1	6.0	13.3	9.7	6.5	11.6	6.9	9.5	11.0	6.8	12.5
weiss nicht / keine Angabe	9.8	7.7	15.3	13.0	5.5	13.6	10.8	8.1	11.9	11.0	10.2	4.5	15.3	8.4	9.6
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.41	2.48	2.26	2.09	2.49	2.34	2.49	2.48	2.25	2.57	2.33	2.39	2.25	2.35	2.58

Anhang

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 66

Q15. Wie beurteilen Sie die folgenden Kriterien der Schweizer Milizarmee? Wie ist das mit der ...  
C Einsatzbereitschaft der Armee? Ist diese gut, eher gut, eher ungenügend oder ungenügend?

	Total			Region			Geschlecht			Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	Region		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch				
		D-CH	F-CH												I-CH			
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415			
1 = gut	20.7	20.8	18.5	29.6	19.6	21.6	14.3	20.3	24.8	16.8	19.8	23.3	33.1	22.0	13.7			
2 = eher gut	45.3	45.8	44.9	40.7	43.6	46.8	44.8	46.0	44.5	44.1	47.6	46.9	43.6	44.7	46.7			
3 = eher ungenügend	17.8	19.3	15.3	7.4	21.7	14.4	18.7	20.0	13.7	18.8	16.7	18.3	7.4	17.5	22.7			
4 = ungenügend	4.8	4.9	4.2	7.4	8.3	1.7	9.9	5.0	1.9	9.0	2.9	3.7	3.7	3.6	7.2			
weiss nicht / keine Angabe	11.3	9.2	17.1	14.8	6.7	15.5	12.3	8.8	15.1	11.3	13.1	7.7	12.3	12.3	9.6			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.08	2.09	2.06	1.91	2.20	1.96	2.28	2.11	1.91	2.23	2.03	2.03	1.79	2.03	2.26			

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 67

Q15: Wie beurteilen Sie die folgenden Kriterien der Schweizer Milizarmee ? Wie ist das mit der ...  
D Ausrüstung der Armee mit Waffen und Geräten? ist diese gut, eher gut, eher ungenügend oder ungenügend?

	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = gut	26.7	26.3	26.1	35.2	27.2	26.2	34.5	26.2	23.2	29.3	25.5	26.8	30.1	27.7	23.6
2 = eher gut	47.4	47.7	47.4	42.6	47.7	47.2	40.4	49.4	48.0	47.5	48.3	48.5	42.3	48.4	48.4
3 = eher ungenügend	10.9	13.0	5.9	3.7	15.7	6.6	10.3	11.3	10.5	6.1	10.7	15.6	9.8	9.4	13.5
4 = ungenügend	2.6	2.2	3.8	1.9	3.4	1.9	4.9	2.6	1.3	2.6	2.1	2.7	2.5	2.8	2.2
weiss nicht / keine Angabe	12.4	10.7	16.7	16.7	6.0	18.1	9.9	10.5	17.0	14.5	13.3	6.4	15.3	11.8	12.3
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.88	1.90	1.85	1.67	1.95	1.81	1.84	1.89	1.88	1.79	1.88	1.94	1.82	1.86	1.93

Anhang

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 68

Q15. Wie beurteilen Sie die folgenden Kriterien der Schweizer Milizarmee? Wie ist das mit der ...  
E Motivation der Soldaten? (ist diese gut, eher gut, eher ungenügend oder ungenügend?)

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = gut	8.6	8.5	8.4	11.1	7.4	5.4	8.8	10.0	5.8	9.0	9.5	14.1	10.0	4.3	
2 = eher gut	32.3	32.1	34.1	25.9	31.1	23.2	32.7	36.7	24.6	35.2	37.9	33.1	35.0	28.0	
3 = eher ungenügend	39.3	42.6	31.4	27.8	41.0	47.8	39.6	34.0	46.1	36.4	38.5	27.0	38.2	46.0	
4 = ungenügend	9.8	10.0	8.7	13.0	7.4	17.2	10.1	5.4	13.9	7.4	9.3	8.6	8.4	12.5	
weiss nicht / keine Angabe	10.0	6.8	17.4	22.2	13.1	6.4	8.8	14.0	9.6	11.9	4.8	17.2	8.4	9.2	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.56	2.58	2.49	2.55	2.56	2.82	2.56	2.40	2.75	2.48	2.50	2.36	2.49	2.73	

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 69

Q16: Wir haben hier einige Möglichkeiten zusammengestellt, wie die Schweizer Armee mit den Armeen anderer europäischer Länder zusammenarbeiten könnte. Könnten Sie sich vorstellen, dass...  
A ... die Schweiz ihre militärischen Verteidigung zusammen mit anderen europäischen Staaten planen würde

	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = könnte ich mir sehr gut vorstellen	14.1	11.9	20.6	14.8	19.3	9.5	14.8	15.5	11.3	20.3	10.5	12.5	8.6	11.3	20.2
2 = könnte ich mir gut vorstellen	42.2	41.8	44.3	37.0	40.5	43.7	46.3	43.1	38.3	47.2	45.2	36.6	36.8	43.4	42.9
3 = könnte ich mir eher nicht vorstellen	28.8	32.0	20.2	22.2	26.0	31.2	29.1	27.6	30.5	20.6	27.9	37.9	30.7	30.7	25.1
4 = könnte ich mir gar nicht vorstellen	12.4	12.9	10.1	16.7	13.1	11.8	8.4	12.5	14.6	9.6	14.0	11.9	17.8	11.8	10.8
weiss nicht / keine Angabe	2.6	1.4	4.9	9.3	1.2	3.8	1.5	1.3	5.4	2.3	2.4	1.1	6.1	2.8	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.41	2.47	2.21	2.45	2.33	2.47	2.32	2.38	2.51	2.20	2.47	2.50	2.61	2.44	2.27

Anhang

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabella 70

Q16. Wir haben hier einige Möglichkeiten zusammengestellt, wie die Schweizer Armee mit den Armeen anderer europäischer Länder zusammenarbeiten könnte. Könnten Sie sich vorstellen, dass...  
 B ... Schweizer Soldaten mit Soldaten anderer europäischer Staaten gemeinsame Manöver durchführen würden

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415			
TOTAL INTERVIEWS	1200																
1 = könnte ich mir sehr gut vorstellen	17.0	15.1	22.6	22.8	11.8	15.3	18.2	15.9	18.8	15.5	17.5	14.1	14.1	22.4			
2 = könnte ich mir gut vorstellen	45.8	44.5	52.3	45.1	46.5	53.7	45.4	42.3	47.8	48.8	41.6	43.6	43.5	50.4			
3 = könnte ich mir eher nicht vorstellen	24.8	28.6	13.9	20.4	28.4	19.2	25.6	26.4	21.7	22.6	31.0	26.4	28.2	19.3			
4 = könnte ich mir gar nicht vorstellen	10.6	10.2	8.7	10.8	10.4	9.4	9.6	12.9	9.0	11.2	9.5	14.1	11.8	7.0			
weiss nicht / keine Angabe	1.8	1.5	2.4	0.7	2.8	2.5	1.3	2.4	2.6	1.9	0.3	1.8	2.4	1.0			
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0			
Mittelwert	2.29	2.35	2.09	2.58	2.38	2.23	2.27	2.37	2.21	2.30	2.33	2.41	2.39	2.11			

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 71

Q16. Wir haben hier einige Möglichkeiten zusammengestellt, wie die Schweizer Armee mit den Armeen anderer europäischer Länder zusammenarbeiten könnte. Könnten Sie sich vorstellen, dass...  
 C... Schweizer Soldaten zusammen mit Soldaten anderer europäischer Staaten bei Grosskatastrophen zum Einsatz kommen würden

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = könnte ich mir sehr gut vorstellen	47.1	46.9	47.7	46.3	51.6	43.1	45.8	51.0	41.2	58.8	41.2	43.8	39.3	43.5	54.9
2 = könnte ich mir gut vorstellen	44.5	45.8	42.9	33.3	40.8	47.8	45.8	42.3	47.4	36.2	48.8	48.0	48.5	46.6	40.2
3 = könnte ich mir eher nicht vorstellen	4.8	4.7	4.9	5.6	4.4	5.0	4.9	3.8	6.2	3.8	5.0	4.8	5.5	6.0	2.7
4 = könnte ich mir gar nicht vorstellen	2.3	1.7	2.8	7.4	2.1	2.4	3.0	2.1	2.2	0.3	3.6	2.7	5.5	1.9	1.4
weiss nicht / keine Angabe	1.4	0.9	1.7	7.4	1.1	1.7	0.5	0.8	3.0	0.9	1.4	0.8	1.2	1.9	0.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.62	1.61	1.62	1.72	1.57	1.66	1.65	1.57	1.68	1.45	1.71	1.66	1.77	1.66	1.50

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabella 72

Q16. Wir haben hier einige Möglichkeiten zusammengestellt, wie die Schweizer Armee mit den Armeen anderer europäischer Länder zusammenarbeiten könnte. Könnten Sie sich vorstellen, dass...  
D ... die Schweiz ihre Armee so anpassen würde, dass sie mit den Armeen anderer europäischer Staaten besser zusammenarbeiten könnte

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = könnte ich mir sehr gut vorstellen	18.1	16.5	24.7	7.4	22.8	13.9	16.7	18.5	18.1	24.3	13.3	18.6	14.1	15.2	23.6
2 = könnte ich mir gut vorstellen	50.8	51.0	51.9	40.7	48.8	52.5	55.2	52.7	45.0	54.5	50.0	49.6	44.8	52.3	51.3
3 = könnte ich mir eher nicht vorstellen	19.8	22.6	11.5	18.5	17.7	21.6	17.7	17.9	24.0	13.6	22.9	23.1	22.1	21.5	16.4
4 = könnte ich mir gar nicht vorstellen	8.4	7.5	8.0	25.9	9.0	7.9	7.9	7.7	10.0	5.2	9.8	7.7	14.7	8.1	6.3
weiss nicht / keine Angabe	3.0	2.4	3.8	7.4	1.8	4.1	2.5	3.2	3.0	2.3	4.0	1.1	4.3	2.9	2.4
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.19	2.21	2.03	2.68	2.13	2.25	2.17	2.15	2.27	2.00	2.30	2.20	2.39	2.23	2.05

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 73

Q16: Wir haben hier einige Möglichkeiten zusammengestellt, wie die Schweizer Armee mit den Armeen anderer europäischer Länder zusammenarbeiten könnte. Könnten Sie sich vorstellen, dass...  
E ... Schweizer Soldaten gemeinsam mit Soldaten anderer europäischer Staaten ausgebildet würden

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = könnte ich mir sehr gut vorstellen	20.1	16.9	27.5	31.5	24.0	16.6	17.2	23.0	16.7	24.3	17.4	18.3	19.0	17.0	25.1	
2 = könnte ich mir gut vorstellen	45.2	43.5	53.3	27.8	44.2	46.1	45.8	46.3	42.9	46.4	47.1	43.0	37.4	43.5	50.8	
3 = könnte ich mir eher nicht vorstellen	23.8	29.0	10.1	14.8	20.7	26.7	28.1	21.6	25.3	21.4	24.0	27.3	25.8	26.9	18.8	
4 = könnte ich mir gar nicht vorstellen	9.5	9.8	6.3	22.2	10.2	8.8	7.4	8.1	12.9	6.4	10.0	11.1	16.6	10.7	4.6	
weiss nicht / keine Angabe	1.4	0.8	2.8	3.7	0.9	1.9	1.5	1.0	2.2	1.4	1.4	0.3	1.2	1.9	0.7	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.23	2.32	1.95	2.29	2.17	2.28	2.26	2.15	2.35	2.10	2.27	2.31	2.40	2.32	2.03	

Anhang

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 74

Q17: Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können:

	Total		Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so.	41.2	43.7	33.8	40.7	41.7	40.7	27.1	38.2	53.9	15.9	49.3	56.0	56.4	45.8	28.4
Das Militär ist ein notwendiges Übel.	44.8	44.2	48.8	31.5	44.0	45.4	49.3	47.1	38.3	53.3	43.1	38.7	35.6	42.6	51.3
Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.	12.7	11.5	14.3	22.2	13.1	12.3	21.7	13.3	6.7	29.3	6.7	4.5	6.7	10.4	18.6
weiss nicht	0.7	0.2	1.0	5.6	0.5	0.8	-	1.0	0.5	0.9	0.5	-	1.2	0.5	0.7
keine Angabe	0.8	0.3	2.1	-	0.7	0.8	2.0	0.5	0.5	0.6	0.5	0.8	-	0.8	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 75

Q18: Die Schweizer Armee ist eine Milizarmee. Das bedeutet, dass die meisten Wehrmänner jedes Jahr für dreiwöchige Wiederholungskurse ins Militär einrücken. Es wäre aber auch denkbar, dass alle Soldaten Ihre Dienstzeit inklusive Rekrutenschule an einem Stück absolvieren.

	Total		Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															859
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
stimme den jährlichen Wiederholungskursen sehr zu	18.8	19.4	14.3	31.5	19.4	18.1	13.8	17.1	24.3	13.0	20.0	21.8	23.3	20.4	14.2
stimme den jährlichen Wiederholungskursen eher zu	21.0	21.8	19.9	14.8	23.0	19.2	20.7	20.0	22.9	16.2	23.8	23.3	16.6	20.1	24.3
es spielt für mich keine Rolle	23.8	23.3	25.4	24.1	20.3	27.0	30.0	25.9	17.0	32.5	21.0	20.2	26.4	23.3	23.6
stimme dem Dienst am Stück eher zu	16.3	17.2	15.0	9.3	14.5	18.0	16.7	15.5	17.5	14.2	17.4	17.5	9.2	15.0	21.2
stimme dem Dienst am Stück sehr zu	17.2	15.9	20.9	16.7	20.1	14.5	15.8	19.0	14.8	20.0	15.7	15.1	20.9	18.0	14.5
weiss nicht / keine Angabe	2.9	2.3	4.5	3.7	2.7	3.2	3.0	2.6	3.5	4.1	2.1	2.1	3.7	3.2	2.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 76

Q19: Die Schweiz kennt eine allgemeine Wehrpflicht für Männer. Das heisst, jeder taugliche junge Schweizer muss Militärdienst leisten. Es wäre aber auch denkbar, dass die Schweiz die obligatorische Wehrpflicht aufhebt und nur noch die Schweizerinnen und Schweizer ins Militär holt, die freiwillig Dienst leisten wollen.

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415		
Stimme der Wehrpflicht sehr zu	23.0	23.2	21.6	27.8	27.2	19.2	15.8	22.8	27.2	10.1	25.5	32.6	27.0	23.8	20.2		
Stimme der Wehrpflicht eher zu	24.0	26.2	16.7	27.8	21.7	26.0	19.7	23.0	28.0	20.9	24.5	27.3	19.6	25.6	23.4		
es spielt für mich keine Rolle	7.8	8.5	5.9	7.4	6.4	9.1	7.9	8.9	5.9	7.2	8.8	6.1	9.8	7.0	8.4		
Stimme dem freiwilligen Militär-Dienst eher zu	20.8	20.0	25.4	9.3	21.0	20.7	25.6	21.1	17.8	22.3	21.4	18.0	19.0	19.9	22.9		
Stimme dem freiwilligen Militär-Dienst sehr zu	23.4	21.3	29.3	25.9	23.0	23.8	30.5	23.5	19.4	38.6	18.3	15.9	23.3	22.8	24.3		
weiss nicht / keine Angabe	0.9	0.8	1.0	1.9	0.7	1.1	0.5	0.6	1.6	0.9	1.4	-	1.2	1.0	0.7		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 77  
 Q20. In letzter Zeit wird die Idee diskutiert, die obligatorische Militärdienstpflicht in eine allgemeine obligatorische Dienstplicht, umzuwandeln. Bei dieser müssen die jungen Männer zwischen Militärdienst, Zivildienst oder Sozialdienst wählen. Was halten Sie von dieser Idee? Finden Sie diese ...

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	L-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr gut	44.7	45.3	42.5	46.3	39.9	48.9	44.3	50.0	35.8	60.9	39.8	34.5	35.0	42.1	52.3
2 = eher gut	40.3	39.2	47.0	20.4	41.0	39.6	40.9	38.0	43.7	32.5	42.9	44.8	44.8	42.2	35.9
3 = eher schlecht	10.4	11.5	6.3	14.8	14.7	6.6	8.9	8.8	14.0	3.5	11.9	15.6	14.7	10.8	8.0
4 = sehr schlecht	3.4	3.3	1.7	14.8	3.9	3.0	3.9	2.6	4.6	2.0	4.0	4.5	3.7	3.4	3.1
weiss nicht / keine Angabe	1.3	0.7	2.4	3.7	0.5	1.9	2.0	0.6	1.9	1.2	1.4	0.5	1.8	1.5	0.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.72	1.73	1.66	1.98	1.82	1.63	1.72	1.64	1.87	1.46	1.80	1.90	1.87	1.75	1.62

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 78

Q21. Für wie stark halten Sie den Einfluss des Militärs auf die Politik in der Schweiz auf einer Skala von 0 bis 10? 0 bedeutet, dass Sie keinen Einfluss der Armee auf Politik sehen, 10 bedeutet dass Sie den Einfluss der Armee als sehr stark einschätzen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	Total	D-CH	Region		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	Politische Einstellung			Bildungsniveau		
			F-CH	I-CH						F-CH	I-CH	links	mitte	rechts	niedrig
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
0 = kein Einfluss	3.6	3.1	4.9	3.7	4.8	2.5	3.0	3.0	4.9	1.2	4.8	4.5	4.3	4.4	2.2
1	2.0	2.2	1.7	-	2.3	1.7	3.0	1.8	1.9	1.7	2.1	1.6	3.1	1.1	2.9
2	6.1	6.2	6.6	1.9	7.8	4.6	6.9	6.5	4.9	8.1	5.0	5.6	3.7	5.0	8.7
3	11.8	12.5	10.5	9.3	15.0	9.0	11.8	12.1	11.3	11.0	11.7	13.8	10.4	11.2	13.5
4	16.3	17.8	12.9	11.1	18.0	14.8	21.7	15.7	14.6	18.3	14.8	16.2	9.8	16.2	19.0
5	24.8	25.1	24.4	22.2	21.6	27.8	16.3	24.1	30.7	20.3	33.6	20.4	31.9	28.3	16.6
6	12.3	12.7	11.8	9.3	11.7	12.9	11.8	13.3	11.1	12.8	11.2	14.3	8.6	12.8	13.3
7	11.3	10.9	12.9	9.3	11.5	11.2	14.3	12.5	7.8	13.3	9.8	12.5	9.8	9.5	14.5
8	5.8	5.4	5.9	11.1	4.9	6.5	5.9	6.2	4.9	7.0	3.3	6.6	2.5	6.5	6.0
9	0.6	0.6	0.3	1.9	0.5	0.6	0.5	0.6	0.5	0.6	0.7	0.3	0.6	0.6	0.5
10 = Sehr starker Einfluss	2.4	1.6	3.1	11.1	1.4	3.3	3.0	1.9	3.0	2.3	1.2	2.9	6.7	1.6	1.9
weiss nicht / keine Angabe	2.9	1.9	4.9	9.3	0.5	5.0	2.0	2.2	4.6	3.5	1.9	1.3	8.6	2.8	1.0
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	4.82	4.75	4.87	5.78	4.54	5.08	4.82	4.87	4.73	4.97	4.63	4.85	4.96	4.82	4.77

## Sicherheitsstudie 2009

CATH-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 79

Q22. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

A. Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.

	Total		Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	L-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	659	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	6.8	6.4	8.0	7.4	7.2	6.5	8.4	6.4	6.7	6.1	6.7	6.6	13.5	6.1	5.1
2 = eher einverstanden	28.4	27.9	30.3	25.9	24.6	31.9	34.0	29.6	23.5	31.3	29.5	24.9	28.8	29.8	26.5
3 = eher nicht einverstanden	37.3	39.1	34.5	24.1	35.9	38.6	35.0	37.9	37.7	36.2	39.5	39.0	30.1	39.5	37.3
4 = gar nicht einverstanden	25.7	25.5	23.7	38.9	31.8	20.2	21.2	24.4	30.2	25.5	22.6	27.6	23.9	22.7	30.4
weiss nicht / keine Angabe	1.8	1.0	3.5	3.7	0.5	2.8	1.5	1.8	1.9	0.9	1.7	1.9	3.7	1.9	0.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.83	2.85	2.77	2.98	2.93	2.75	2.70	2.82	2.93	2.82	2.79	2.89	2.67	2.80	2.94

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

## Tabelle 80

Q22. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

B Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
		859	287												54	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415		
1 = sehr einverstanden	45.3	47.3	37.3	55.6	44.0	36.5	44.1	52.0	38.8	43.1	51.5	41.7	44.5	47.5		
2 = eher einverstanden	37.8	36.9	42.2	29.6	39.7	38.9	40.6	32.6	38.3	41.4	34.7	40.5	39.8	34.2		
3 = eher nicht einverstanden	10.8	11.4	9.8	7.4	11.1	16.7	10.4	8.4	15.7	11.2	7.4	5.5	10.7	13.3		
4 = gar nicht einverstanden	3.4	3.1	4.2	3.7	5.3	4.9	3.5	2.4	4.3	2.1	3.7	1.8	2.9	4.8		
weiss nicht / keine Angabe	2.7	1.3	6.6	3.7	1.2	3.0	1.4	4.6	2.9	2.1	2.7	10.4	2.1	0.2		
TOTAL-ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	1.72	1.70	1.79	1.58	1.69	1.90	1.73	1.59	1.85	1.72	1.62	1.64	1.71	1.75		

**Sicherheitsstudie 2009**

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 81

Q22. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?  
 C Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.

	Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	4.8	4.3	4.9	11.1	4.9	4.6	4.4	4.5	5.4	6.7	4.5	2.4	5.5	3.9	5.3
2 = eher einverstanden	23.0	22.0	26.1	22.2	20.8	24.9	34.5	22.0	18.3	27.5	21.2	21.5	27.6	21.7	23.4
3 = eher nicht einverstanden	41.2	43.2	37.6	27.8	37.5	44.5	40.4	43.8	37.2	38.8	45.7	40.3	31.9	44.3	40.2
4 = gar nicht einverstanden	27.6	27.2	27.5	33.3	35.5	20.5	17.7	27.5	33.2	25.2	23.8	33.7	25.2	26.7	29.9
weiss nicht / keine Angabe	3.5	3.3	3.8	5.6	1.2	5.5	3.0	2.2	5.9	1.7	4.8	2.1	9.8	3.4	1.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.95	2.97	2.91	2.88	3.05	2.86	2.74	2.96	3.04	2.84	2.93	3.08	2.85	2.97	2.96

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 82

Q22. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

D) Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	50.3	51.0	46.0	61.1	53.2	47.6	41.4	47.6	59.6	51.3	45.5	52.3	46.6	46.6	56.6
2 = eher einverstanden	41.8	41.8	45.6	22.2	38.9	44.5	47.3	44.9	33.7	40.9	46.9	39.8	40.5	45.3	37.6
3 = eher nicht einverstanden	5.6	5.5	5.2	9.3	6.5	4.7	7.4	5.9	4.0	5.8	5.7	5.6	7.4	6.0	4.3
4 = gar nicht einverstanden	1.2	0.8	1.0	7.4	1.4	0.9	1.5	1.0	1.3	1.4	0.7	1.3	1.2	1.3	1.0
weiss nicht / keine Angabe	1.2	0.9	2.1	-	-	2.2	2.5	0.6	1.3	0.6	1.2	1.1	4.3	0.8	0.5
TOTAL-ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	1.57	1.56	1.60	1.63	1.56	1.58	1.68	1.60	1.46	1.57	1.61	1.55	1.62	1.62	1.49

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 83

Q22. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

E Die bewaffnete Neutralität der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.

	Total			Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	659	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	17.7	17.9	16.0	22.2	20.3	15.3	9.9	16.5	24.0	11.0	19.0	22.0	19.6	18.0	15.9
2 = eher einverstanden	39.0	39.0	40.1	33.3	37.6	40.2	36.9	39.0	40.2	31.0	41.9	44.8	42.3	40.5	35.9
3 = eher nicht einverstanden	31.3	32.9	28.6	18.5	29.3	33.0	36.5	32.9	25.6	40.0	31.0	24.1	23.9	30.9	34.7
4 = gar nicht einverstanden	8.1	7.2	8.4	20.4	11.1	5.4	12.8	7.8	5.9	13.9	5.2	5.6	6.1	6.8	10.8
weiss nicht / keine Angabe	4.0	2.9	7.0	5.6	1.6	6.2	3.9	3.8	4.3	4.1	2.9	3.4	8.0	3.9	2.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.31	2.30	2.31	2.39	2.32	2.30	2.54	2.33	2.14	2.59	2.23	2.14	2.18	2.28	2.42

Anhang

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 84

Q22. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

F: Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
															287
TOTAL INTERVIEWS	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = sehr einverstanden	23.9	25.0	15.3	23.3	24.4	20.7	19.5	33.2	15.1	26.2	27.6	35.0	24.8	18.3	
2 = eher einverstanden	40.7	43.2	35.2	38.0	43.1	43.8	44.2	32.9	40.6	40.5	42.2	35.6	41.4	41.4	
3 = eher nicht einverstanden	27.1	26.2	32.4	28.1	26.2	28.1	27.5	25.9	33.9	26.2	23.3	17.8	27.5	30.1	
4 = gar nicht einverstanden	6.4	4.7	11.8	9.4	3.8	5.4	7.2	5.7	9.6	5.2	4.8	6.1	4.9	8.9	
weiss nicht / keine Angabe	1.9	0.9	5.2	1.2	2.5	2.0	1.6	2.4	0.9	1.9	2.1	5.5	1.5	1.2	
TOTAL-ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.16	2.11	2.43	1.72	2.24	2.19	2.23	2.04	2.38	2.11	2.05	1.95	2.13	2.30	

**Sicherheitsstudie 2009**

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 85

Q22. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

G Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.

	Total			Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	11.4	9.7	15.7	16.7	13.4	9.6	7.9	13.3	10.2	17.7	10.2	6.1	12.9	9.4	14.0
2 = eher einverstanden	34.6	34.2	36.9	27.8	31.4	37.4	40.9	33.1	33.7	34.2	37.6	33.7	36.2	34.5	34.2
3 = eher nicht einverstanden	33.5	37.0	24.0	27.8	32.7	34.2	36.9	34.0	30.7	29.9	33.3	36.6	31.3	37.2	29.2
4 = gar nicht einverstanden	13.9	13.9	12.9	20.4	19.3	9.1	8.4	14.4	16.2	11.9	11.4	18.6	6.7	12.8	18.1
weiss nicht / keine Angabe	6.6	5.2	10.5	7.4	3.2	9.6	5.9	5.3	9.2	6.4	7.4	5.0	12.9	6.1	4.6
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	2.53	2.58	2.38	2.56	2.60	2.47	2.49	2.52	2.58	2.38	2.50	2.71	2.37	2.57	2.54

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 86

Q22. Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?  
 H Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = sehr einverstanden	6.1	5.4	7.0	13.0	6.0	6.2	7.9	5.8	5.7	9.9	4.3	4.0	9.8	5.2	6.0
2 = eher einverstanden	14.4	12.1	20.9	16.7	14.3	14.5	21.2	16.0	8.1	15.7	15.2	11.4	12.3	14.2	15.7
3 = eher nicht einverstanden	39.3	40.7	36.6	31.5	37.3	41.2	40.9	40.3	36.9	41.4	42.1	37.4	36.8	40.9	38.3
4 = gar nicht einverstanden	38.6	41.3	31.0	35.2	41.7	35.8	28.6	36.6	47.4	31.6	36.7	45.6	36.8	38.3	39.0
weiss nicht / keine Angabe	1.6	0.5	4.5	3.7	0.7	2.4	1.5	1.4	1.9	1.4	1.7	1.6	4.3	1.3	1.0
TOTAL-ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	3.12	3.19	2.96	2.92	3.15	3.09	2.92	3.09	3.29	2.96	3.13	3.27	3.05	3.14	3.11

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 87

Q23. Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik beantwortet. Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit, sehr stark, recht stark, ein bisschen oder überhaupt nicht ?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = sehr stark	18.3	19.0	16.4	16.7	22.8	14.2	16.8	23.5	11.6	16.0	26.8	22.1	15.7	20.2	
2 = recht stark	44.5	46.8	34.5	61.1	48.1	41.3	46.8	45.3	41.4	47.1	48.3	35.6	46.0	45.8	
3 = ein bisschen	34.9	32.5	44.6	22.2	27.2	41.8	34.5	27.5	45.8	34.5	22.8	35.0	36.2	33.3	
4 = überhaupt nicht	2.0	1.5	3.8	-	1.6	2.4	1.9	2.7	0.9	2.1	1.6	5.5	1.9	0.7	
weiss nicht / keine Angabe	0.3	0.2	0.7	-	0.4	0.3	-	1.1	0.3	0.2	0.5	1.8	0.2	-	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	2.21	2.17	2.36	2.06	2.08	2.32	2.22	2.10	2.36	2.23	1.99	2.24	2.24	2.14	

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 88

Q24. Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen genießen oder nicht.

Wie ist das mit ... A dem Bundesrat

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415		
1 = überhaupt kein Vertrauen	1.8	1.9	1.0	3.7	2.5	1.1	2.5	1.1	0.9	2.1	2.1	7.4	0.8	1.0		
2	2.9	2.9	3.1	1.9	3.7	2.2	2.7	4.0	0.9	2.9	4.8	5.5	2.6	2.4		
3	5.9	5.4	7.3	7.4	5.8	6.0	6.9	5.6	4.9	6.0	5.6	9.2	6.8	3.4		
4	4.6	4.3	4.9	7.4	3.5	5.5	4.9	4.2	4.6	4.5	4.2	8.6	4.4	3.4		
5	14.7	15.9	11.8	9.3	11.7	17.4	14.8	14.6	14.8	16.4	11.4	17.8	15.9	11.8		
6	13.3	14.2	10.1	14.8	14.1	12.5	15.3	13.3	9.9	14.5	15.1	14.7	13.6	12.0		
7	19.7	20.1	19.2	14.8	20.1	19.2	22.2	21.7	24.9	18.3	17.5	8.6	19.9	23.9		
8	23.2	21.7	27.2	25.9	24.6	21.9	24.1	22.6	26.7	21.0	22.5	12.3	23.0	27.7		
9	8.4	8.7	8.0	5.6	9.0	7.9	8.4	8.3	9.3	6.2	11.4	3.7	8.1	10.6		
10 = volles Vertrauen	5.3	4.7	7.0	7.4	4.8	5.8	2.5	3.8	2.9	7.9	5.0	11.7	4.9	3.4		
weiss nicht / keine Angabe	0.3	0.2	0.3	1.9	0.2	0.5	-	0.5	0.3	0.2	0.3	0.6	0.2	0.5		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	6.51	6.47	6.64	6.42	6.50	6.36	6.54	6.53	6.71	6.45	6.51	5.69	6.50	6.82		

## Sicherheitsstudie 2009

CATH-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 89

Q24. Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen genießen oder nicht. Wie ist das mit ... B dem Parlament in Bern

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = überhaupt kein Vertrauen	1.8	2.2	1.0	-	2.3	1.4	2.0	1.4	2.4	2.0	1.7	1.9	6.1	1.5	0.7
2	3.0	3.0	2.1	7.4	3.2	2.8	2.0	2.4	4.6	2.6	2.1	3.4	3.7	2.3	3.9
3	5.3	5.1	5.9	5.6	6.9	3.9	5.4	4.6	6.5	4.1	6.7	4.8	6.7	6.0	3.9
4	7.2	7.9	5.6	3.7	7.1	7.3	5.4	7.7	7.3	7.5	6.9	7.2	11.0	6.1	7.0
5	17.8	19.1	15.7	7.4	17.0	18.5	18.7	17.7	17.3	15.9	18.8	17.2	20.2	20.1	13.5
6	18.1	18.7	16.0	18.5	16.1	19.9	17.7	20.1	14.8	16.8	20.7	16.7	14.1	18.1	19.8
7	20.2	19.7	21.6	20.4	21.4	19.1	22.2	21.9	16.2	24.3	16.9	21.8	8.6	20.2	24.8
8	18.3	16.8	22.6	18.5	18.6	18.0	16.7	17.7	19.9	18.3	17.1	19.1	14.7	18.1	19.5
9	3.8	4.1	2.1	9.3	4.2	3.5	7.4	3.0	3.2	4.9	2.6	4.8	3.1	3.9	4.1
10 = volles Vertrauen	4.0	2.7	7.0	9.3	2.8	5.0	1.5	3.0	7.0	2.9	5.7	3.2	10.4	2.9	2.9
weiss nicht / keine Angabe	0.6	0.7	0.3	-	0.5	0.6	1.0	0.3	0.8	0.6	0.7	-	1.2	0.8	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.15	6.03	6.43	6.61	6.07	6.23	6.20	6.15	6.12	6.24	6.12	6.18	5.81	6.13	6.30

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 90

Q24. Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen genießen oder nicht.

Wie ist das mit ... C den Gerichten

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415		
1 = überhaupt kein Vertrauen	2.1	2.2	2.1	-	2.8	1.4	2.1	2.4	2.0	2.1	2.1	6.1	1.1	1.9		
2	2.4	2.7	1.4	3.7	3.2	1.7	1.8	4.0	0.6	3.3	2.7	5.5	2.1	1.7		
3	3.6	3.1	4.9	3.7	4.2	3.0	3.4	4.6	4.1	2.9	3.7	4.3	4.4	2.2		
4	5.4	5.8	4.9	1.9	4.8	6.0	4.8	8.4	3.8	4.8	6.9	6.1	5.7	4.8		
5	11.8	12.0	12.9	3.7	9.9	13.6	7.4	11.2	8.7	15.0	11.4	18.4	12.3	8.4		
6	11.9	11.8	12.5	11.1	11.1	12.6	8.9	12.6	11.9	11.2	12.7	11.0	12.3	11.6		
7	18.5	17.2	22.0	20.4	18.0	18.9	20.7	18.5	22.6	17.4	17.8	12.3	20.1	18.8		
8	25.3	25.6	23.3	31.5	24.7	25.9	31.0	27.0	27.0	26.0	23.6	17.2	24.8	29.2		
9	9.4	10.5	5.9	11.1	10.8	8.2	13.3	9.1	11.3	6.9	10.9	1.8	8.6	13.7		
10 = volles Vertrauen	7.3	6.8	8.7	7.4	9.5	5.2	9.4	7.5	7.0	6.7	7.4	9.8	6.6	7.2		
weiss nicht / keine Angabe	2.3	2.3	1.4	5.6	0.9	3.5	2.0	2.1	1.2	3.8	0.8	7.4	2.1	0.5		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	6.75	6.74	6.69	7.20	6.70	7.31	6.83	6.29	6.99	6.62	6.70	5.95	6.73	7.07		

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 91

Q24. Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen genossen oder nicht.

Wie ist das mit... D der Polizei

	Total		Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = überhaupt kein Vertrauen	1.3	1.7	0.3	-	1.8	0.9	2.5	1.1	1.1	1.4	1.7	1.1	4.3	0.5	1.4
2	1.7	1.6	1.4	3.7	2.5	0.9	3.9	1.1	1.3	0.6	1.2	2.1	2.5	2.1	0.7
3	3.1	2.7	3.8	5.6	3.0	3.2	4.4	2.4	3.5	4.3	2.4	2.7	4.3	2.4	3.6
4	4.1	3.6	5.9	1.9	4.1	4.1	5.4	3.2	4.9	5.2	4.3	2.4	6.7	3.6	3.6
5	11.4	10.9	13.6	7.4	11.1	11.7	10.3	11.8	11.3	13.6	11.7	8.5	15.3	11.0	10.6
6	12.3	11.1	17.1	7.4	11.5	13.1	12.8	12.5	11.9	16.2	13.1	8.8	9.8	12.9	12.3
7	20.4	20.7	19.2	22.2	21.6	19.4	22.2	21.2	18.1	21.2	20.7	21.5	12.3	21.0	22.9
8	29.3	30.5	25.4	31.5	28.3	30.3	25.1	29.9	30.7	25.8	28.3	34.2	24.5	29.4	31.1
9	9.0	9.4	6.3	16.7	9.2	8.8	5.9	11.0	7.3	8.1	8.6	10.1	6.1	9.7	9.2
10 = volles Vertrauen	7.3	7.7	7.0	3.7	7.1	7.6	7.4	5.8	10.0	3.5	8.1	8.8	14.1	7.3	4.6
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	6.93	6.99	6.72	7.07	6.87	6.99	6.57	7.02	6.99	6.64	6.95	7.20	6.63	7.02	6.92

**Sicherheitsstudie 2009**

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 92

Q24. Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen genießen oder nicht.

Wie ist das mit... E der Armee

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415		
1 = überhaupt kein Vertrauen	3.6	2.3	5.9	11.1	4.2	6.9	3.5	1.9	7.0	1.7	1.9	3.1	2.9	4.8		
2	3.8	3.6	4.5	3.7	3.4	5.9	3.7	3.0	7.8	2.4	1.3	3.7	2.9	5.3		
3	5.9	6.3	5.9	-	5.7	8.4	5.9	4.6	10.7	4.5	3.2	6.7	4.0	8.2		
4	9.7	9.7	9.4	11.1	10.2	14.3	9.4	7.5	16.5	8.8	5.0	8.0	7.8	13.3		
5	18.5	19.4	18.5	3.7	17.3	14.3	18.5	20.8	16.5	23.6	15.4	22.7	17.8	18.1		
6	14.9	15.4	14.3	11.1	14.3	16.3	15.0	14.0	13.3	13.8	18.6	11.7	15.9	14.7		
7	17.9	18.6	16.4	14.8	18.2	17.7	19.8	15.9	15.7	18.1	20.7	13.5	19.7	17.1		
8	16.3	15.7	15.3	29.6	16.4	9.9	17.1	18.3	8.7	16.7	21.8	14.1	18.4	13.7		
9	3.6	3.8	3.1	1.9	5.1	3.9	2.7	4.9	1.7	3.1	5.6	2.5	4.4	2.9		
10 = volles Vertrauen	5.3	4.7	6.3	11.1	5.1	3.9	4.0	8.4	1.7	6.7	6.6	12.9	5.5	1.9		
weiss nicht / keine Angabe	0.5	0.5	0.3	1.9	-	0.5	0.3	0.8	0.3	0.7	-	1.2	0.6	-		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	5.94	5.96	5.79	6.28	5.90	5.37	5.91	6.30	4.97	6.15	6.58	6.12	6.20	5.47		

**Sicherheitsstudie 2009**

CATH-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 93

Q24. Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen genießen oder nicht. Wie ist das mit ... F den Medien

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
1 = überhaupt kein Vertrauen	7.2	5.6	10.8	13.0	8.3	6.2	8.9	5.8	8.6	5.5	6.9	8.8	10.4	6.6	6.5
2	9.4	9.1	11.1	5.6	9.2	9.6	8.4	9.9	9.2	7.2	10.2	9.8	11.0	9.9	8.2
3	11.8	12.7	9.4	11.1	13.1	10.7	11.3	11.5	12.7	9.9	11.4	13.3	14.7	10.2	13.3
4	15.7	16.8	13.6	9.3	13.3	17.8	14.8	16.6	14.6	17.1	15.0	15.6	11.7	16.8	15.4
5	24.5	22.7	29.3	27.8	24.7	24.3	19.7	24.0	28.0	24.6	25.0	23.6	27.0	26.7	20.2
6	13.5	14.2	11.8	11.1	14.0	13.1	13.3	15.0	11.1	13.9	13.3	13.8	9.2	12.9	16.1
7	9.1	10.2	5.9	7.4	8.8	9.3	13.8	9.4	5.9	11.9	9.5	6.9	6.1	8.4	11.3
8	6.8	6.6	6.6	9.3	6.4	7.1	7.4	5.8	8.1	8.1	6.4	6.1	5.5	6.5	7.5
9	0.8	0.7	1.0	1.9	0.9	0.8	1.5	0.8	0.5	0.6	0.5	1.3	-	1.3	0.5
10 = volles Vertrauen	0.8	0.9	0.3	-	1.2	0.3	1.0	0.6	0.8	0.3	1.4	0.5	3.1	0.3	0.5
weiss nicht / keine Angabe	0.5	0.5	-	3.7	0.2	0.8	-	0.6	0.5	0.9	0.2	0.3	1.2	0.3	0.5
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	4.63	4.70	4.40	4.60	4.60	4.65	4.76	4.65	4.51	4.85	4.64	4.47	4.37	4.63	4.73

**Sicherheitsstudie 2009**

CAT-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 94

Q24. Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen genießen oder nicht.

Wie ist das mit... G der Schweizer Wirtschaft

	Total			Region			Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch			
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415		
1 = überhaupt kein Vertrauen	1.4	1.0	2.1	3.7	1.1	1.7	3.4	1.3	0.5	2.0	0.5	1.3	3.1	0.8	1.7		
2	1.8	2.0	0.7	3.7	1.6	1.9	1.0	2.1	1.6	2.0	1.7	1.6	4.3	1.0	1.9		
3	4.2	4.5	3.5	1.9	5.1	3.3	3.0	4.3	4.6	6.7	3.3	2.4	3.1	4.7	3.6		
4	6.4	6.2	7.3	5.6	4.2	8.4	3.9	7.7	5.7	7.2	7.9	3.2	6.7	7.1	5.3		
5	19.1	19.9	17.4	14.8	15.0	22.7	17.7	19.5	19.1	19.1	24.0	13.0	20.9	20.6	16.1		
6	18.5	18.7	18.8	13.0	18.6	18.5	21.7	19.0	15.9	21.4	14.3	21.2	20.2	17.8	19.0		
7	22.9	23.3	23.0	16.7	24.4	21.6	21.2	23.6	22.6	22.0	26.2	21.5	15.3	23.6	25.1		
8	17.8	17.9	16.4	24.1	20.8	15.1	20.2	16.8	18.3	14.5	15.5	23.6	13.5	17.0	20.5		
9	4.7	4.0	5.9	9.3	6.2	3.3	5.9	4.0	5.1	2.6	3.6	8.2	4.3	4.4	5.3		
10 = volles Vertrauen	2.5	2.1	3.5	3.7	2.8	2.2	1.0	1.4	5.1	1.4	2.4	4.0	5.5	2.6	1.2		
weiss nicht / keine Angabe	0.8	0.3	1.4	3.7	0.2	1.3	1.0	0.3	1.3	0.9	0.7	-	3.1	0.5	0.2		
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		
Mittelwert	6.24	6.20	6.32	6.44	6.45	6.05	6.28	6.13	6.42	5.93	6.19	6.70	6.01	6.24	6.33		

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 95

Q24. Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen genießen oder nicht. Wie ist das mit ... H den politischen Parteien

	Total			Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch		
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
1 = überhaupt kein Vertrauen	4.3	3.1	7.3	7.4	4.8	3.9	3.0	3.7	6.2	2.6	6.2	2.9	8.0	3.9	3.6	
2	6.9	7.5	5.2	7.4	8.0	6.0	4.4	8.1	6.2	8.1	6.7	5.0	7.4	7.9	5.3	
3	11.0	10.0	13.2	14.8	12.4	9.8	7.4	11.2	12.7	10.1	11.4	11.7	15.3	8.6	13.0	
4	14.9	15.4	13.6	14.8	16.4	13.6	18.2	14.2	14.3	14.5	16.2	14.9	14.1	14.4	16.1	
5	24.8	24.3	26.5	22.2	21.7	27.4	22.2	24.9	25.9	24.6	26.9	22.5	23.9	25.4	24.1	
6	16.1	17.1	13.9	11.1	17.5	14.8	17.7	16.9	13.7	16.8	13.1	19.9	7.4	18.1	16.6	
7	12.7	13.6	10.5	9.3	11.5	13.7	17.2	12.3	10.8	13.0	11.2	14.9	10.4	12.9	13.0	
8	5.3	5.4	4.9	7.4	4.9	5.7	5.4	5.6	4.9	6.7	4.5	4.8	4.3	6.1	4.3	
9	0.7	0.6	1.0	-	0.7	0.6	1.5	0.5	0.5	0.9	0.5	0.8	0.6	0.6	0.7	
10 = volles Vertrauen	1.0	0.8	1.7	-	0.9	1.1	1.5	0.5	1.6	0.6	1.4	1.1	1.8	1.1	0.5	
weiss nicht / keine Angabe	2.3	2.2	2.1	5.6	1.2	3.3	1.5	2.1	3.2	2.0	1.9	1.6	6.7	0.8	2.7	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
Mittelwert	4.90	4.96	4.77	4.53	4.78	5.00	5.24	4.87	4.76	5.00	4.74	5.08	4.51	5.00	4.88	

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 96

Q25. Welches ist die höchste Schule, die Sie besucht haben?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
Primarschule	4.4	3.0	8.0	7.4	3.2	5.5	1.0	1.9	10.5	2.9	6.0	2.9	32.5	-	-
Sekundar-/Rear-/Bezirksschule	9.2	9.4	8.0	11.1	7.1	11.0	10.3	6.2	13.5	4.9	10.2	10.9	67.5	-	-
Berufsschule/Gewerbeschule/KV	41.5	42.8	38.0	38.9	39.0	43.7	30.0	46.2	39.9	32.2	47.4	43.0	-	80.6	-
Mittelschule/Gymnasium	10.0	11.1	5.9	14.8	10.1	9.9	19.7	7.0	9.7	12.2	10.7	7.7	-	19.4	-
Technikum/Fachhochschule/Seminar/Hochschule/Uni, PolyETH/HW	34.6	33.3	39.7	27.8	40.5	29.3	38.9	38.5	25.6	47.5	25.5	36.3	-	-	100.0
andere	0.3	0.2	0.3	-	-	0.5	-	0.2	0.5	0.3	0.2	0.3	-	-	-
weiss nicht / keine Angabe	0.1	0.1	-	-	0.2	-	-	-	0.3	-	-	-	-	-	-
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

**Sicherheitsstudie 2009**  
 CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 97  
 Q26. Welches ist Ihre Muttersprache, d.h. die Sprache, in der Sie normalerweise denken?

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
Deutsch	69.4	94.4	5.2	13.0	68.4	70.3	88.5	69.5	69.8	69.6	71.2	72.4	63.2	72.3	67.7
Französisch	21.5	1.3	86.1	-	21.6	21.5	19.2	21.1	23.5	22.3	19.3	20.4	24.5	18.8	24.3
Italienisch	4.8	0.6	2.1	85.2	5.1	4.4	6.9	4.6	3.8	4.6	5.0	2.9	5.5	5.5	3.4
Rätoromanisch	0.6	0.8	-	-	0.9	0.3	-	0.5	1.1	0.3	1.0	0.5	1.2	0.5	0.5
andere Sprache	3.8	2.9	6.6	1.9	4.1	3.5	5.4	4.3	1.9	3.2	3.6	3.7	5.5	2.9	4.1
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

## Sicherheitsstudie 2009

CAT1-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 98

Q27. Sind Sie im Militär eingeteilt oder eingeteilt gewesen? INT: Vorlesen

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
Ja, bin im Militär eingeteilt	6.3	6.6	5.2	5.6	12.9	0.3	24.6	3.0	1.6	4.1	4.3	10.6	4.3	5.0	8.9
Ja, war im Militär eingeteilt	32.1	32.8	30.7	27.8	66.4	1.4	6.9	39.0	34.2	25.2	31.0	41.4	19.0	32.0	37.3
Nein, nicht im Militär eingeteilt (gewesen)	61.3	60.2	63.8	66.7	20.1	98.1	67.5	57.7	64.2	70.4	64.5	47.7	76.7	62.5	53.5
weiss nicht / keine Angabe	0.3	0.3	0.3	-	0.5	0.2	1.0	0.3	-	0.3	0.2	0.3	-	0.5	0.2
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

**Sicherheitsstudie 2009**

CATH-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 99

Q28. "Links, Mitte und Rechts" sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) etwa stehen?

	Total		Region		Geschlecht		Alter		Politische Einstellung			Bildungsniveau			
	D-CH	F-CH	I-CH		Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	566	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415
0 = ganz links	1.8	1.9	1.0	3.7	1.6	1.9	3.4	1.0	2.2	6.1	-	-	3.7	1.9	0.7
1	1.0	1.3	0.3	-	0.7	1.3	1.5	1.0	0.8	3.5	-	-	-	0.6	1.7
2	4.3	4.0	4.9	5.6	3.4	5.0	6.9	3.7	3.8	14.8	-	-	2.5	3.4	6.3
3	8.1	7.3	11.5	1.9	6.4	9.6	13.8	7.7	5.7	28.1	-	-	3.1	7.4	11.1
4	13.7	14.3	11.8	13.0	12.5	14.7	13.8	16.1	9.4	47.5	-	-	7.4	11.3	19.8
5	35.0	35.4	32.4	42.6	30.0	39.4	22.7	35.8	40.4	-	100.0	-	41.7	39.5	25.8
6	10.0	10.5	9.8	3.7	13.8	6.6	9.4	11.2	8.4	-	-	31.8	9.2	9.2	11.6
7	11.6	12.8	9.4	3.7	14.1	9.3	10.8	10.4	14.0	-	-	36.9	10.4	10.7	13.5
8	6.8	6.8	7.7	1.9	8.5	5.2	9.4	5.9	6.7	-	-	21.5	6.1	8.1	4.8
9	1.3	1.3	1.0	1.9	2.1	0.5	2.0	0.6	1.9	-	-	4.0	1.8	1.1	1.2
10 = ganz rechts	1.8	2.0	0.7	5.6	2.3	1.4	2.0	1.6	2.2	-	-	5.8	4.3	1.8	1.0
weiss nicht / keine Angabe	4.8	2.6	9.4	16.7	4.6	5.0	4.4	5.1	4.6	-	-	-	9.8	4.9	2.7
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Mittelwert	5.13	5.16	5.03	5.00	5.43	4.86	4.91	5.10	5.30	3.08	5.00	7.15	5.42	5.21	4.91

## Sicherheitsstudie 2009

CATI-Befragung vom 7. - 28. Januar 2009

Tabelle 100

Q28. Wie hoch ist das gesamte monatliche Netto-Einkommen Ihres Haushaltes, also das was alle Mitglieder Ihres Haushaltes zusammen pro Monat ausbezahlt erhalten? Ist es ...

	Total		Region		Geschlecht		Alter			Politische Einstellung			Bildungsniveau		
	D-CH	F-CH	I-CH	Mann	Frau	18-29	30-59	60+	links	mitte	rechts	niedrig	mittel	hoch	
TOTAL INTERVIEWS	1200	859	287	54	634	203	626	371	345	420	377	163	618	415	
0 bis 2000,-	1.9	1.3	3.1	5.6	2.8	3.9	1.1	2.2	3.2	1.4	1.1	6.1	1.3	1.0	
2001 bis 4000	12.3	11.6	13.6	16.7	16.4	11.8	7.7	20.5	9.9	15.2	10.1	27.6	12.6	5.5	
4001 bis 6000	23.7	24.9	18.8	29.6	26.7	21.7	21.4	28.6	24.6	24.5	21.5	28.2	28.5	14.9	
6001 bis 8000	21.2	20.8	23.7	13.0	18.0	22.7	24.1	15.4	24.6	20.5	20.4	13.5	25.2	18.3	
8001 bis 10000	13.6	13.9	11.5	20.4	12.3	11.3	16.1	10.5	14.2	13.3	13.5	7.4	10.8	20.2	
10000 bis 12000	9.4	9.7	9.1	7.4	7.6	9.9	12.3	4.3	9.3	7.6	13.0	3.7	7.8	14.2	
12001 bis 14000	3.4	4.3	1.4	-	4.4	3.9	4.5	1.3	3.5	2.1	5.3	1.8	2.3	5.8	
14001 bis 16000	2.0	2.2	1.4	1.9	1.4	4.4	1.9	0.8	2.6	0.7	2.7	0.6	1.9	2.7	
mehr als 16000	3.2	2.9	4.5	-	4.1	1.0	4.0	3.0	3.2	2.6	4.2	0.6	1.0	7.5	
weiss nicht / keine Angabe	9.3	8.4	12.9	5.6	8.7	9.4	6.9	13.5	4.9	11.9	8.2	10.4	8.6	9.9	
TOTAL ANTWORTEN IN PROZENT	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	

## **Forschungsstelle für Sicherheitspolitik**

Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich wurde 1986 gegründet und befasst sich in Lehre und Forschung mit Fragen der schweizerischen und internationalen Sicherheitspolitik. Im Rahmen des International Relations and Security Network (ISN) entwickelt und betreibt die Forschungsstelle zudem spezialisierte elektronische Informationsdienste. Die Forschungsstelle ist Mitglied des Zentrums für Vergleichende und Internationale Studien (CIS).

## **Militärakademie**

Die Militärakademie an der ETH Zürich (MILAK) ist die Aus- und Weiterbildungsstätte für Berufs-offiziere. Neben der Lehrtätigkeit wird an der MILAK Forschung in den Bereichen Menschenführung und Kommunikation, Militärpädagogik und -psychologie, Militärgeschichte, Strategische Studien, Militärökonomie und Militärsoziologie betrieben. Die Ergebnisse schlagen sich in einer regen Vortrags- und Publikationstätigkeit nieder und bilden eine wichtige Grundlage für die Lehre.

## **Sicherheit**

Die Jahresstudien «Sicherheit», welche die Militärakademie und die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik gemeinsam publizieren, dienen der Ermittlung langfristiger Trends und Tendenzen in der aussen-, sicherheits-, und wehrpolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahres- und Zweijahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen und beinhalten die Wiederholung von Kernfragen zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Erhebungen zu ausgewählten Vertiefungsthemen.